

Schutzraum bietet keinen Schutz; Eine lesbische Frau aus Tunesien wird abgeschoben, während sie in einer psychiatrischen Fachklinik in Schleswig-Holstein behandelt wird. Die Nordkirche und Geflüchtetenorganisationen sind entsetzt. Das soll sich nicht wiederholen, sagt das Land

taz, die tageszeitung

Mittwoch 09. August 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 25

Length: 905 words

Byline: Esther Geißlinger

Highlight: Eine lesbische Frau aus Tunesien wird abgeschoben, während sie in einer psychiatrischen Fachklinik in Schleswig-Holstein behandelt wird. Die Nordkirche und Geflüchtetenorganisationen sind entsetzt. Das soll sich nicht wiederholen, sagt das Land

Body

Von Esther Geißlinger

Die Fachklinik Rickling nimmt in dem gleichnamigen 3.000-Einwohner*innen-Ort ein weites, parkähnliches Gelände ein. Rasenflächen und Büsche liegen zwischen den Wohn- und Behandlungsgebäuden der psychiatrischen Klinik, ein großzügiger Pavillon ist der Kunsttherapie vorbehalten. Eine Atmosphäre, um durchzuatmen und um gesund zu werden. Doch in der Nacht zum Donnerstag der vergangenen Woche fuhr die Grenzpolizei vor und holte eine Patientin aus ihrem Zimmer: Die 37-jährige Mariem F., die aus Tunesien stammt, wurde abgeschoben.

Die Aktion, die in der Verantwortung des Bundes lag, war formal rechtens – dennoch ist das Entsetzen von Geflüchtetenorganisationen groß. Das Grün-geführte Sozial- und Integrationsministerium in Kiel arbeitet nun daran, solche Fälle künftig anders zu handhaben.

Dass eine Abschiebung aus einer laufenden Behandlung im Krankenhaus erfolgt, ist ein Skandal, erklärt Dietlind Jochims, Flüchtlingsbeauftragte der evangelisch-lutherischen Nordkirche – die Fachklinik Rickling ist eine evangelische Einrichtung. Der Schutzraum Krankenhaus ist eine Voraussetzung für die Gesundheit und darf nicht angetastet werden. Protest kommt auch von Stefan Schmidt, dem Flüchtlingsbeauftragten des Landes: Ich habe es erst gar nicht geglaubt, sagte er dem NDR. Er befürchtet Schlimmes für die 37-Jährige: Ihr drohe bei einer Auslieferung nach Tunesien Gefahr für Leib und Leben.

Mariem F. ist lesbisch – in ihrem Herkunftsland Tunesien stehen darauf harte Strafen. So wurde ein männliches Paar im Juli 2020 zu je einem Jahr Haft verurteilt, berichtet der Lesben- und Schwulenverband Deutschlands.

Schutzraum bietet keinen Schutz Eine lesbische Frau aus Tunesien wird abgeschoben, während sie in einer psychiatrischen Fachklinik in Schleswig-Holstein behande....

Männern, die einer homosexuellen Beziehung beschuldigt werden, drohen so genannte Anal-Tests , Untersuchungen des Afters, bei denen Behörden herausfinden wollen, ob die Männer Analverkehr hatten. Die Untersuchung hat keine wissenschaftliche Grundlage und gilt, wenn sie unter Zwang stattfindet, nach internationalen Maßstäben als Folter. Gleichgeschlechtliche Sexualbeziehungen sind verboten und können in Tunesien strafverfolgt werden , warnt das Auswärtige Amt in seinen aktuellen Reise- und Sicherheitshinweisen. Vermeiden Sie Zeichen der Zuneigung in der Öffentlichkeit.

Auch lesbischen Frauen drohen Haft oder Zwangsbehandlungen, denn Homosexualität gilt als Krankheit. Mariem F. war zuerst nach Schweden geflohen, wo sie einen Asylantrag stellte. Der wurde abgelehnt, die Frau reiste daraufhin weiter nach Deutschland und landete in Schleswig-Holstein. Doch nach den Regeln des Dublin-Abkommens ist innerhalb Europas das Land zuständig, in dem der erste Asylantrag gestellt wird. Damit soll die Sekundärwanderung innerhalb Europas gesteuert oder begrenzt werden , heißt es auf der Homepage des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF).

Dass direkt aus einer Klinik abgeschoben wird, ist selten, kommt aber vor: So wurde der Jordanier Mohammed K. im September vergangenen Jahres aus dem Uniklinikum Leipzig abgeholt und in die Dresdner Abschiebehaftanstalt gebracht. Er hatte sich zuvor selbst verletzt und mit Suizid gedroht, berichtete die taz. Die Gewerkschaft Ver.di berichtet über eine Schwangere mit Diabetes, die aus der Uniklinik Mainz nach Italien abgeschoben wurde: Nervenaufreibende Situationen für die Betroffenen und nicht zuletzt belastend und herausfordernd für Beschäftigte der Krankenhäuser.

Nachdem wir als Ministerium von der Rückführung von Mariem F. durch das Landesamt für Zuwanderung und Flüchtlinge erfahren haben, haben wir rechtlich nichts zu beanstanden gehabt , teilt eine Sprecherin der Sozial- und Integrationsministerin Aminata Touré mit. Eine Behandlung sei vielmehr Grund, die Reisefähigkeit der betroffenen Person besonders sorgfältig zu prüfen und gegebenenfalls durch geeignete Maßnahmen zu gewährleisten. Das ist in diesem Fall passiert. Ein Arzt war anwesend und hat die Frau auch nach Schweden begleitet.

Auch wenn die Verantwortung beim Bund liegt, können die Bundesländer den Ablauf einer Abschiebung beeinflussen. Denn die Planung des Überstellungstermins liegt bei den örtlichen Ausländerbehörden, heißt es auf der Homepage des BAMF. Diese Behörden sind an die Landkreise angedockt und damit Landesrecht unterstellt. Nach der nächtlichen Abschiebung aus Rickling brauche es eine über den Einzelfall hinaus wirksame Klärung, die Pa-ti-en-t*in-nen und Beschäftigte in Kliniken Sicherheit gebe, sagte die Flüchtlingsbeauftragte Jochims.

Tatsächlich habe das Ministerium diesen Fall zum Anlass genommen, um unseren aktuellen Rückführungserlass zu überprüfen und arbeite mit Hochdruck , daran, ihn zu ändern, so die Sprecherin auf taz-Anfrage. Das Ziel sei, vulnerable Gruppen mehr zu schützen. Da der Landtag einer solche Änderung nicht zustimmen muss, sei ein Ergebnis in Kürze zu erwarten. Als Vorbild könnten Erlasse aus Thüringen und Rheinland-Pfalz gelten. In beiden Bundesländern gilt seit 2019 ein Verbot für Abschiebungen aus einer Klinik. Auslöser waren jeweils Fälle, die für Proteste und Kritik gesorgt hatten. Für Mariem F. kommt diese Regelung allerdings zu spät: Laut NDR sitzt sie nun in Südschweden in Abschiebehaft.

Wenn Sie Suizidgedanken haben, sprechen Sie darüber mit jemandem. Sie können sich rund um die Uhr an die Telefonseelsorge wenden (08 00/111 0 111 oder 08 00/111 0 222) oder www.telefonseelsorge.de besuchen.

Dass eine Abschiebung aus einer laufenden Behandlung im Krankenhaus erfolgt, ist ein Skandal

Load-Date: August 8, 2023

Schiffbruch, Rettung, Knast; In Malta stehen drei Migranten wegen terroristischer Handlungen vor Gericht. Im Jahr 2019 zwangen sie den Kapitän eines Öltankers, sie nach ihrem Schiffbruch im Mittelmeer nach Malta statt Libyen zu bringen

taz, die tageszeitung

Freitag 01. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 571 words

Byline: Christian Jakob

Highlight: In Malta stehen drei Migranten wegen terroristischer Handlungen vor Gericht. Im Jahr 2019 zwangen sie den Kapitän eines Öltankers, sie nach ihrem Schiffbruch im Mittelmeer nach Malta statt Libyen zu bringen

Body

Von Christian Jakob

Die Generalstaatsanwaltschaft auf Malta hat einen Strafantrag gegen drei junge Mi-gran-t:in-nen aus Gambia und der Elfenbeinküste gestellt. Ihnen droht lebenslange Haft. Den dreien wird vorgeworfen, den Kapitän des Öltankers El Hiblu im März 2019 gezwungen zu haben, sie und 105 weitere Menschen nicht nach Libyen, sondern nach Malta zu bringen.

Das Verfahren läuft bereits seit 2019. Die Staatsanwaltschaft beantragte nun, die zur Tatzeit 15, 16 und 19 Jahre alten Personen wegen terroristischen Handlungen, illegalem Freiheitsentzug, rechtswidriger Abschiebung ins Ausland sowie Gewalt zu verurteilen.

Am 25. März 2019 hatte ein Schlauchboot mit 108 Menschen von Gasr Garabulli in Libyen abgelegt. Das Boot verlor nach einiger Zeit Luft, wurde jedoch von einem Flugzeug der EU Mission Eunavfor Med entdeckt. Deren Kommando wies den in der Nähe fahrenden Öltanker El Hiblu an, die Menschen aufzunehmen. Italienischen Medienberichten zufolge ordnete die Besatzung des Marineflugzeugs an, dass die El Hiblu-Crew die Menschen nach Libyen bringt.

Als die Geretteten bemerkten, dass sie wieder zurückfuhren, brachten sie den Kapitän dazu, den Kurs zu ändern und Richtung Malta zu fahren. Ein Sprecher der Armee Maltas sagte später, sie hätten die nur aus wenigen Männern bestehende Crew mit Werkzeugen bedroht und so zur Umkehr gezwungen.

Schiffbruch, Rettung, Knast In Malta stehen drei Migranten wegen terroristischer Handlungen vor Gericht. Im Jahr 2019 zwangen sie den Kapitän eines Öltankers,....

Malta's Militär nahm damals Kontakt zu dem Kapitän auf. Dieser gab an, keine Kontrolle mehr über sein Schiff zu haben. Eine Spezialeinheit der Marine von Malta stürmte das Schiff. Der Kapitän brachte die El Hiblu in den Hafen von Valletta, die drei später Angeklagten wurden festgenommen.

Elisa De Pieri von der Menschenrechtsorganisation Amnesty International sagte am Donnerstag, der Generalstaatsanwalt habe mehr als viereinhalb Jahre gebraucht, um die schlimmstmögliche Entscheidung zu treffen. Es sei ein Hohn auf die Gerechtigkeit, dass die Männer, die als Vermittler zwischen der Besatzung und einer Gruppe von in Panik geratenen Asylsuchenden agierten, nun vor Gericht stünden.

Die Anklage erkenne, dass sie mit einer illegalen Rückführung nach Libyen konfrontiert waren, die ihr Leben in Gefahr gebracht hätte, so De Pieri. Die maltesische Justiz hätte die damaligen Minderjährigen weder in Erwachsenenstrafanstalten inhaftieren dürfen, noch sie vor Gericht wie Erwachsene behandeln. Zudem seien wichtige Zeugen als Zeugen nicht geladen worden. Die Anklage hätte nie erhoben werden dürfen, aber noch ist Zeit für die maltesischen Behörden, die Anklage fallen zu lassen und den jungen Männern weiteres Unrecht zu ersparen, sagte De Pieri.

Entsetzlich und beschämend nannte Maurice Stierl vom Unterstützerkreis der Drei die Anklage. Es gab keine Gewalt an Bord und der Kapitän wollte sie illegal nach Libyen zurückbringen, dem Ort, an dem sie Schrecken und Not erlebt hatten, sagt Stierl. Die Geretteten hätten friedlich protestiert und als Vermittler zwischen der Besatzung und der Gruppe der Migranten fungiert. Sie kamen als Teenager mit Hoffnungen und Träumen, aber Malta hat ihnen die Jugend gestohlen, sagt Stierl. Verzögerungen im Strafverfahren hätten dazu geführt, dass sie jahrelang in Angst gelebt haben. Nun sei auch ihre Zukunft ungewiss.

Schon zu Beginn der Verhandlung hatte die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte die Anklage kritisiert. Wir halten die Vorwürfe für übertrieben, sagte damals Sprecherin Ravina Shamdasani.

Load-Date: November 30, 2023

Die Vertrauensfrage; Auf ihrem Parteitag in Karlsruhe ringen die Grünen mit sich und der Ampel. Vor der Debatte über Migration sind alle nervös, die Grüne Jugend will keine weiteren Asylverschärfungen. Dann gibt s doch eine Einigung

taz, die tageszeitung

Montag 27. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 1691 words

Byline: Sabine am Orde, Benno Stieber

Highlight: Auf ihrem Parteitag in Karlsruhe ringen die Grünen mit sich und der Ampel. Vor der Debatte über Migration sind alle nervös, die Grüne Jugend will keine weiteren Asylverschärfungen. Dann gibt s doch eine Einigung

Body

Aus Karlsruhe Sabine am Orde und Benno Stieber

Samstagabend, fast 22 Uhr. In anderen Parteien würde man um diese Uhrzeit langsam zu Wein und Bier übergehen, auf dem Karlsruher Parteitag der Grünen wird es jetzt noch mal ernst: Robert Habeck tritt ans Redepult. Die Ärmel des schwarzen Hemds hochgekrempelt, die Haare wie früher verwuschelt. Der Vizekanzler im Kampfmodus. Habeck sagt, die jetzige Debatte werde die schwierigste und emotionalste des Parteitags. Er wolle nicht drohen, aber alle sollten sich die Konsequenzen dieser Abstimmung klarmachen, das ist kein Spiel. Der Antrag sei ein Misstrauensvotum, das verkleidet sagt: Verlasst die Regierung.

Es ist ein Antrag der Grünen Jugend, der den Minister dazu bringt, solchen Druck auf die Delegierten aufzubauen. Sie wollen alle Grünen in Regierungsverantwortung und auch die Fraktionen verpflichten, keinen Asylrechtsverschärfungen mehr zuzustimmen. Also keinen weiteren sicheren Drittstaaten, keine Sozialhilfekürzungen und keine Asylverfahren an den Außengrenzen der Europäischen Union. Ich kann diese Forderung nicht einhalten, sagt Außenministerin Annalena Baerbock in der Debatte. Soll ich die Verhandlungen über Grenzsicherung meinem ungarischen Kollegen überlassen, weil ich darüber nicht mehr verhandeln darf? Die frühere Bundesvorsitzende der Grünen Jugend Sarah-Lee Heinrich widerspricht der Parteiführung: Wir wollen nicht das Ende dieser Regierung. Wir wollen den Anfang einer anderen Asylpolitik.

Während es den einen um Regierungsfähigkeit der Grünen und eine Asylpolitik in schwierigem europäischen Umfeld geht, geht es den anderen um Moral und einen Umgang mit Geflüchteten, der dem und der Einzelnen gerecht wird. 130 Änderungsanträge wurden in zähen Verhandlungen bis kurz vor der Debatte in den Text

Die Vertrauensfrage Auf ihrem Parteitag in Karlsruhe ringen die Grünen mit sich und der Ampel. Vor der Debatte über Migration sind alle nervös, die Grüne Jugend....

eingearbeitet und sollen, wie es in der Überschrift heißt, für Humanität und Ordnung in der Asylpolitik sorgen. Nur noch der Antrag der Grünen Jugend mit ihrer imperativ anmutenden Forderung steht zur Abstimmung.

Die Jungen dominieren dank hoher Beteiligung die geloste Redeliste. Es sei unehrlich über Ordnung zu reden, während im Mittelmeer Menschen sterben, sagt der Delegierte Vasili Franco. Und Leon Schlömer aus Köln wünscht sich: Lasst uns nicht die Partei sein, die sagt, im großen Stil abschieben. Lasst uns sagen: Kein Mensch ist illegal. Sie werfen der Parteispitze vor, an den härtesten Asylrechtsverschärfungen der letzten 30 Jahre beteiligt zu sein.

Ist tatsächlich vorstellbar, dass die Partei ihren Amts- und Mandatsträgern solche Fesseln anlegt? Offenbar traut die Führung der eigenen Partei derzeit wieder vieles zu. Neben den beiden Ministern werfen auch die Vorsitzenden Omid Nouripour und Ricarda Lang ihren Einfluss in die Waagschale. Langs Worte haben dabei besonderes Gewicht: Die 29-jährige Parteilinke war bis vor wenigen Jahren selbst Bundessprecherin der Grünen Jugend. Sie sagt, emotional könne sie vieles nachvollziehen, was die Grüne Jugend fordert. Aber wenn wir nicht mehr am Tisch sitzen, wird sich nix ändern.

Schon vor dem Parteitag war klar: Es gärt an Teilen der Basis. Über 1.200 Parteimitglieder hatten einen Brandbrief unterzeichnet, der von der eigenen Spitze eine Kurskorrektur fordert. Der Oberrealo Winfried Kretschmann hatte überraschend mit Lang einen Gastbeitrag im Tagesspiegel veröffentlicht, der unter der Formel Humanität und Ordnung für eine pragmatische Asylpolitik der Partei warb.

Der Unmut an der Basis über diese und andere Kompromisse ist auch auf dem Parteitag zu hören. Wir erkennen unsere Partei nicht wieder, ruft eine Delegierte. Die Grünen ließen sich von SPD und FDP am Nasenring durch die politische Manege ziehen, kritisierte ein anderer. Ich bin sehr enttäuscht über die Koalition, auf der Habenseite steht zu wenig, meint ein dritter. Und einer fragt die Parteispitze: Wie wollt ihr die FDP endlich an die Kandare kriegen? Der Hauptfeind hier aber sind die CDU und ihr Vorsitzender, Friedrich Merz. Dem attestiert Parteichef Omid Nouripour, nicht einmal Opposition zu können. Das kann doch nicht sein, dass eine Opposition mehr die Niederlage der Regierung will als den Erfolg des Landes, sagt er mit Blick auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds. Und reimt: Das Land brauche mehr Herz als Merz.

Die Generaldebatte am Donnerstagabend dient dazu, den Puls der Partei nach zwei Jahren Regierung und dem Urteil aus Karlsruhe zu beruhigen. Da wird schnell klar: Anders als bei der FDP, wo gerade 500 Mitglieder eine Befragung zum Austritt aus der Koalition angestoßen haben, will bei den Grünen niemand ernsthaft die Regierung verlassen. Viel ist an diesem Abend von Verantwortung die Rede, für das Land und für Europa. Robert Habeck, der mal als Heilsbringer verehrt wurde, bekommt hier zwar unterschwellig das Misstrauen vor allem aus linken Teilen der Partei zu spüren. Aber er erhält den größten Applaus, als er fürs Regieren auch unter erschwerten Bedingungen wirbt: Ich höre immer, die Grünen müssten in der Realität ankommen. Ich kann es nicht mehr hören. Die Partei habe die Realitäten von Krieg, Klimakrise und Migration früher angenommen als andere. Die Groko hat uns in diese Lage gebracht. Realitätsblind gegenüber Putin, China, gegenüber der Klimakrise. Immer nur leere Phrasen, Gesetze ohne Konsequenzen. Und jetzt soll die Groko wieder ein Kassenschlager sein?

Auch in ihrer Haltung zur Schuldenbremse müssen sich die Grünen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht korrigieren. Bei deren Einführung hatten sie dagegen gestimmt, seit Langem wollen sie eine Reform, die Investitionen möglich macht. Der Parteitag bekräftigt diese Position. Wird das am Ende auf ihr Konto einzahlen?

Auf diesem Konto scheint gerade Ebbe zu herrschen. In Berlin und Hessen sind die Grünen aus der Regierung geflogen, zwei Drittel der Bevölkerung blickt inzwischen negativ auf die Partei. Klimapolitik, das grüne Kernthema, ist auf der Prioritätenliste der Deutschen nach hinten gerutscht. Das drückt auf die Stimmung. Oliver Hildebrandt, Landtagsabgeordneter aus Baden-Württemberg, sagt: Das ist ja nur für die jungen Mitglieder was Neues, die noch keine Veggieday-Debatte oder 5-Euro-Benzinpreis-Diskussion mitbekommen haben.

Die Vertrauensfrage Auf ihrem Parteitag in Karlsruhe ringen die Grünen mit sich und der Ampel. Vor der Debatte über Migration sind alle nervös, die Grüne Jugend....

Angesichts der Lage schneiden die beiden Vorsitzenden bei ihrer Wiederwahl respektabel ab: Omid Nouripour, der mit 79 Prozent der Stimmen wieder gewählt wird, verliert nur leicht an Zustimmung. Ricarda Lang erreicht mit 82,3 Prozent ein leicht besseres Ergebnis als vor zwei Jahren.

Nouripour halten manche Realos vor, ihre Interessen nicht gut genug durchzusetzen und Lang, der Parteilinken, zu viel Raum zu geben. Zu Beginn ihrer Amtszeit hatten viele vermutet, dass Lang im Schatten des deutlich erfahreneren Nouripours stehen würde. Tatsächlich ist es manchmal genau andersherum. Beide aber sind deutlich weniger profiliert, als es ihre Vorgängerinnen Habeck und Baerbock waren.

Auch an anderen Stellen ist zu merken, dass die Delegierten nicht zufrieden sind und versuchen, das Profil der Partei zu stärken zumindest ein bisschen. Da wird ein Zitat Konrad Adenauers zur europäischen Einheit aus der Präambel des Europa-Wahlprogramms geworfen, mit der Begründung, der erste Bundeskanzler der Republik sei Sexist gewesen.

Auch die Abstimmung zum Handelsabkommen Mercosur wird zum Testfall für grünes Selbstverständnis. Der Parteitag stimmt mit knapper Mehrheit für einen Antrag, der von Habeck verlangt, das Abkommen zwischen 30 Staaten der EU und Südamerikas in einzelnen Teilen neu zu verhandeln. Zu Realpolitik gehört aber auch: Der Abschluss dieses Vertrags hängt eher vom Amtsantritt des als unberechenbar geltenden neuen Präsidenten Argentinens Javier Milei am 10. Dezember ab.

Der Parteitag verabschiedet außerdem das Wahlprogramm zur Europawahl im nächsten Jahr. Die Liste wird von der Sozialpolitikerin Terry Reintke angeführt, die seit dem vergangenen Jahr bereits Fraktionschefin der Grünen im Europäischen Parlament ist. Auf der Liste setzen sich in zahlreichen Kampfabstimmungen auffällig viele Parteilinke durch.

Bevor es dann am Samstag gegen 1 Uhr nachts doch noch auf die Tanzfläche geht, unterstützen die Delegierten nach zweieinhalbstündiger ernsthafter Debatte ihre Parteispitze in der Asylfrage mit überraschend großer Mehrheit: Sie stimmen gegen den Antrag der Grünen Jugend. Die Partei einigt sich damit auf eine Asylpolitik mit Kernaussagen wie: Steuerung, Ordnung und Rückführung gehören zur Realität eines Einwanderungslands wie Deutschland dazu. Es braucht legale und sichere Wege zu uns, jenseits einer menschenfeindlichen Festung Europa einerseits und unkontrollierter Grenzen andererseits.

Die Parteivorsitzenden sind sichtlich erleichtert, Habecks Staatssekretärin Franziska Brantner, die im Hintergrund bei den Landesverbänden für den Antrag geworben hatte, zeigt sich zufrieden. Am Ende sei es wie immer, sagt ein anderer Grüner aus den vorderen Reihen: Wenn der Partei der Gegenwind ins Gesicht blase, dann stehe man eben zusammen.

Lasst uns nicht die Partei sein, die sagt, im großen Stil abschieben

Terry Reintke

Parteilinke Bislang ist Terry Reintke, 36, Sozial- und Beschäftigungs-politikerin, hierzulande noch nicht sehr bekannt. Das muss die Parteilinke in den kommenden Monaten noch ändern.

Spitzenkandidatin Reintke ist Spitzenkandidatin der Grünen für die Europawahl im kommenden Jahr. Im knallroten Kleid spricht sie in ihrer Bewerbungsrede über den europäischen Mindestlohn, besseren Arbeitsschutz und über die Lkw-Fahrer, die im hessischen Gräfenhausen mit einem Hungerstreik ihren Lohn einforderten. Und sagt: Wir werden nächstes Jahr mit aller Kraft gegen einen Rechtsruck im Europäischen Parlament kämpfen müssen.

MeToo Reintke hat im vergangenen Jahr den Fraktionsvorsitz im Europäischen Parlament übernommen. Die größte mediale Aufmerksamkeit allerdings hat ihr bislang ihr Engagement in der #MeToo-Debatte beschert: Weil sie das Thema nach Brüssel gebracht hat, hat das Time Magazine sie als Person of the Year ausgezeichnet. Reintke könnte auch Spitzenkandidatin der europäischen Grünen werden, das aber wird erst im Februar entschieden. (taz)

Die Vertrauensfrage Auf ihrem Parteitag in Karlsruhe ringen die Grünen mit sich und der Ampel. Vor der Debatte über Migration sind alle nervös, die Grüne Jugend....

Load-Date: November 26, 2023

End of Document

Schweinchen Schnuffel muss weg; Abschiebung auf weiche Art: Die Bundesregierung greift endlich im ganz großen Stil durch und lässt abtransportieren

taz, die tageszeitung

Dienstag 21. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: DIE WAHRHEIT; S. 20

Length: 861 words

Byline: Uli Hannemann

Highlight: Abschiebung auf weiche Art: Die Bundesregierung greift endlich im ganz großen Stil durch und lässt abtransportieren

Body

Von Uli Hannemann

Mit seinem unfrohen Wunsch, endlich im großen Stil abzuschieben, steht Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) in Europa alles andere als alleine da. Als leuchtendes Vorbild gelten ihm die dänischen Sozialdemokraten. Im Nachbarland wird das Asylrecht schon länger ausgehöhlt und unterlaufen, mit Ruanda verhandelte man gar über die Einrichtung dorthin ausgelagerter Asylzentren.

Abschiebung, so lautet die Frohbotschaft, kann nämlich auch progressiv sein. Was noch bis vor Kurzem im Ruch eines klassischen Arschloch-Moves stand, geht nun auch als legitimes Feature linker Volksfürsorge durch. Es braucht weder Rechtsextreme noch Konservative für eine schamlos restriktive Migrationspolitik, und mit der Übernahme von Fascho-Elementen in das eigene Parteiprogramm lassen sich durchaus Wahlen gewinnen.

Zwar ist unklar, ob das auf Deutschland übertragbar ist, da die Wählenden im Mutterland des Nationalsozialismus traditionell eher das Original bevorzugen, aber man kann es wenigstens versuchen. Doch selbstverständlich wird sich rot-grünes Abschieben völlig anders gestalten, als wir es bisher kennen. Entscheidend sind Humanität und Ordnung (Katharina Schulze, Grüne). Gerade bei den Jesidinnen, die man nun vermehrt wieder abschiebt, ist man sich der eigenen Verantwortung zum Glück voll bewusst: Die traumatisierten Frauen dürfen den immensen Gefahren, die ihnen in ihrem sicheren Herkunftsland drohen, nur äußerst behutsam ausgesetzt werden. Stichwort Soft Deportation.

So sollen unter anderem kleine Give Aways die Härten des da sind sich Rot, Grün und Gelb immerhin einig grausamen und vollkommen sinnlosen Vorgangs mildern. Denn wenn so eine Jesidin dann in der staubigen Vorhölle des Nordiraks mit ihrem hervorragenden deutschen Schulzeugnis in der Hand vor ihrem zerbombten Elternhaus steht, wird ihr auf einmal ein hübsch gestaltetes Heftchen ein tröstliches Schmunzeln ins verhärmte

Schweinchen Schnuffel muss weg Abschiebung auf weiche Art: Die Bundesregierung greift endlich im ganz großen Stil durch und lässt abtransportieren

Antlitz zaubern: Mit der lustigen Fibel Redas Rückkehr im Tornister, die das Bundesinnenministerium allen Abgeschobenen als kleines Erinnerungsgeschenk an ein großes Gastland mitgibt, fällt die Wiedergewöhnung an Mord, Elend und Verfolgung bestimmt um einiges leichter.

Wo unter Horst Seehofer (CSU) seinerzeit noch Hass und Hohn die gesamte Abschiebeprozedur begleiteten, als hätten die Geflüchteten dem damaligen Innenminister persönlich vors Schienbein getreten, wird hier in warmen Farben, einfacher Sprache und perfekt gegendert eine Geschichte des ehrlichen Bedauerns erzählt: Das Rosettenmeerschweinchen Schnuffel sitzt mit seiner Familie in einem Boot, als die Wanderratte Abdul herbeischwimmt und auch ins Boot will. Doch das ist leider schon voll. Schnuffel muss richtig weinen, so leid tut ihr Abdul, aber es geht nicht anders. Doch dann sieht das Meerschweinchen weit weg, am Horizont in einen Silberstreif getaucht, wie Festland erscheint. Schnuffel weist die Ratte darauf hin, damit sie dorthin schwimmen kann. Am Ende sind alle glücklich und winken einander aus der Ferne zu.

Doch das ist nur eine von zahlreichen Maßnahmen, mit denen die Ampel den Abschiebungen ihr unmenschliches Image nehmen will, das sie unter Schwarz-Rot noch besaßen. So soll mit dem zu verabschiedenden Migrationspaket der kostenlose Aufenthalt im hochkomfortablen Abschiebegewahrsam von bislang 10 auf bis zu 28 Tage verlängert werden. Die Häuser werden mit Pelletheizung, und Photovoltaik ausgestattet sein, die Gitterstäbe sind zu hundert Prozent recyclebar.

Auch eine Bio-Sauna und eine Saftbar wird es geben, sofern es gelingt, das Sondervermögen für die Bundeswehr entsprechend umzuwidmen. Psychotherapeuten bemühen sich rund um die Uhr, den Heimzuführenden geeignete Werkzeuge an die Hand zu geben, die sie die Aussicht auf Verschleppung, Vergewaltigung und Rechtlosigkeit zufriedenstellend meistern lassen.

Böse Stimmen mögen hier von Greenwashing faseln, doch missgünstige Schlaumeier, die es bitte erst mal besser machen sollen, gibt es leider überall. Rot-grüne Abschiebepolitik wird nach den Vorstellungen ihrer geistigen Urheber fair, klimaneutral, gleichberechtigt und divers sein. Achtsamkeit und Minderheitenschutz sind Trumpf, People of Color werden in der Transportfolge sogar bevorzugt. Die Abschiebung selbst erfolgt per Eisenbahn oder Lastenfahrrad. Das ist doppelt nachhaltig, denn es ist umweltschonend und verhindert zugleich eine baldige Rückkehr.

Wenn von Rückkehr überhaupt die Rede sein kann, denn analog zur britischen Ruanda-Idee ist nun auch bei uns ein externalisiertes Asylzentrum geplant: Statt in Deutschland sollen Asylsuchende in Zukunft in Sachsen ihre Anträge stellen. Die Hoffnung der Bundesregierung dürfte dabei sein, dass sie es sich vorher vielleicht noch mal genauer überlegen.

Und das wohl allerschönste kommt zuletzt in einem Kompromiss Finanzminister Christian Lindner (FDP) abgerungen: Sumsi von der Volksbank schenkt allen abgeschobenen Kindern unter acht Jahren ein Sparbuch mit fünf Euro Guthaben, einzulösen allerdings nur in Deutschland. Pech gehabt, aber kann man nix machen.

Kleine Give Aways sollen, da ist sich die Regierung einig, die Härten des grausamen und vollkommen sinnlosen Vorgangs deutlich mildern

Load-Date: November 20, 2023

Abschottung ist nichts Neues; Lukas Wallraff über Steinmeiers Belastungsgrenze

taz, die tageszeitung

Donnerstag 21. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 348 words

Byline: Lukas Wallraff

Body

Lukas Wallraff über Steinmeiers Belastungsgrenze

Jetzt wird also auch der Bundespräsident Abwehrchef. Deutschland sei bei der Aufnahme von **Geflüchteten** an der Belastungsgrenze, erklärte Frank-Walter Steinmeier auf seiner Italienreise und sprach von lauten Hilferufen, die er höre und ernst nehme. Und nein, Steinmeier meinte nicht Hilferufe von **MigrantInnen** in Seenot, sondern die aus deutschen Städten. Damit nimmt er am rhetorischen Abschottungswettbewerb teil, der gerade von rechts bis links geführt wird.

Vorher befand bereits FDP-General Bijan Djir-Sarai: Die Migration, die wir derzeit in Deutschland erleben, überfordert die Menschen in unserem Land. Und Grünen-Chefin Ricarda Lang forderte mehr Abschiebungen. CSU-Chef Söder solle da nicht nur meckern, sondern selbst mal anpacken. Ja, sind denn alle verrückt geworden und plappern nur noch der AfD nach?

Die Vermutung, dass die Regierung nur aus Angst vor den Rechtsextremen restriktiver wird, liegt nahe, aber sie greift zu kurz. Tagespolitisch und historisch. Ja, der Ampel geht angesichts der Umfragen der Arsch auf Grundeis. Aber sie könnte es auch ohne AfD nicht ignorieren, wenn eigene Parteifreunde klagen, dass sie keine Plätze mehr in Unterkünften, Kitas und Schulen haben. Das sind ja keine Nazis.

Es wäre besser, wenn die Ampel mehr Geld für die Unterbringung zahlen würde, statt die Überforderung nur zu beklagen. Doch die SPD war schon immer für Grenzen der Aufnahme. Für Steinmeier war die deutsche Belastungsgrenze schon überschritten, als es darum ging, dem unschuldigen Guantánamo-Häftling Murat Kurnaz die Rückkehr zu erlauben. Dem Asylverhinderungskompromiss stimmte die SPD 1993 zu, lange vor der AfD.

Der Job der Grünen wäre es jetzt, eine ähnlich krasse Abschottung zu bremsen, statt sie anzufeuern. Aber alle Begrenzungsmaßnahmen abzulehnen, ist als Regierungspartei aussichtslos. Wer das will, kann bei der Europawahl nur die linke Spitzenkandidatin Carola Rackete wählen. Dann ist es erstmals möglich, für offene Grenzen zu votieren und humanitär Druck zu machen, der derzeit nur von rechts kommt.

Abschottung ist nichts Neues Lukas Wallraff über Steinmeiers Belastungsgrenze

Load-Date: September 20, 2023

End of Document

Irgendwann ist es zu viel; Kommentar von Sabine am Orde zu grüner Asylpolitik

taz, die tageszeitung

Montag 27. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SEITE 1; S. 1

Length: 478 words

Byline: Sabine am Orde

Body

Kommentar von Sabine am Orde zu grüner **Asylpolitik**

Drei Tage lang lief der Parteitag der Grünen weitgehend ruhig, selbst als es um die Schuldenbremse und die nun fehlenden 60 Milliarden Euro im Klima- und Transformationsfonds ging, die die Umsetzung grüner Politik in der Ampel noch weiter erschweren werden. Erst in der Debatte zur **Migrations-** und **Asylpolitik** entlud sich das Unbehagen, das sich in Teilen der Basis gesammelt hat. Darüber, dass die Grünen an den härtesten **Asylrechtsverschärfungen** der letzten 30 Jahre beteiligt sind; und dass es falsch sei, einen Rechtsruck damit zu beantworten, den Rechten immer weiter entgegenzukommen. Kritik an den eigenen Spitzenleuten zu formulieren, Dampf abzulassen, war wichtig für die Partei. Ob es Konsequenzen haben wird? Darf man bezweifeln.

Für führende Spitzen-Grüne ist klar: Angesichts der gesellschaftlichen Stimmung wäre es falsch, in der Asyldebatte die Humanität zu stark zu betonen, stattdessen müssen die Grünen auch über Ordnung sprechen: also über Steuerung, Begrenzung, Abschiebung. Sonst, so die Analyse, würden sie weiter an gesellschaftlicher Zustimmung verlieren, am Ende wieder in der Nische landen. Das Irre daran: Die Grünen werden derzeit für eine Politik kritisiert, die sie gar nicht umsetzen. Das gilt für konsequente Klimapolitik und auch für humanitäre Asylpolitik. Ihre Konsequenz daraus: weitere Zugeständnisse. An der gesellschaftlichen Stimmung ändert das bislang nichts. Im Gegenteil. Man kann also bezweifeln, dass diese Strategie richtig ist. Eine andere aber, die regierungstauglich wäre, gibt es im Moment nicht. Ratlos blicken die Grünen darauf, wie sich die Stimmung gegen sie und eine progressive Politik gewendet hat und wie erfolgreich die AfD gerade ist.

Richtig ist es aber, dass der Parteitag den Antrag der Grünen Jugend abgelehnt hat, die ihren Spitzenleuten die Zustimmung zu weiteren Asylrechtsverschärfungen untersagen wollte. Es hätte die grünen Regierungsmitglieder vor die Alternative gestellt: im Bund und auf europäischer Ebene nicht mehr verhandeln zu können oder sich über einen Parteitagsbeschluss hinwegsetzen zu müssen. Zwei ausgesprochen schlechte Alternativen. Dass Habeck, Baerbock und die Parteivorsitzenden in die Debatte eingriffen zeigt, wie nervös die Spitze war. Inhaltlich wurde dabei wenig diskutiert. Das zentrale Argument: Die Regierungsbeteiligung stehe auf dem Spiel. Und dass die Asylpolitik ohne die Grünen wahrlich nicht besser würde. Damit hat die Spitze die Partei auf ihren Kurs gezwungen

Irgendwann ist es zu viel Kommentar von Sabine am Orde zu grüner Asylpolitik

und auch mit einem Versprechen gelockt: Wir haben gehört, dass eure Kompromissbereitschaft Grenzen hat. Die gleiche Ansage allerdings haben sie im Juni gemacht, als es um das europäische Asylrecht ging. Danach kamen weitere Verschärfungen. Ob die Partei das ein drittes Mal mitmacht? Irgendwann könnte es selbst den staatstragenden Grünen zu viel werden.

Load-Date: November 26, 2023

End of Document

Gabriel Boric spielt den Hardliner; Unter dem Druck der rechten Opposition droht Chiles linker Präsident Boric jetzt tausenden Migrant*innen mit Abschiebung

taz, die tageszeitung

Donnerstag 30. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 14

Length: 567 words

Byline: Sophia Boddenberg

Highlight: Unter dem Druck der rechten Opposition droht Chiles linker Präsident Boric jetzt tausenden Mi-gran-t*in-nen mit Abschiebung

Body

Aus Santiago Sophia Boddenberg

Eine von der politischen Rechten entfachte Debatte über **Migration** und Kriminalität bringt Chiles Präsidenten Gabriel Boric unter Druck. Die Anzahl der Mi-grant:innen, die nach Chile einreisen, hat sich in den vergangenen zehn Jahren fast verdreifacht. Zahlen der Vereinten Nationen zufolge leben in Chile 1.645.015 Mi-gran-t:in-nen, das macht etwa 8,45 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Chile ist damit das Land mit dem höchsten Anteil ausländischer Bevölkerung in Südamerika. Die meisten von ihnen kommen aus Venezuela, Peru und Haiti und Kolumbien.

Auch stark angestiegen ist die Zahl der Menschen, die über nicht genehmigte Grenzübergänge einreisen, meistens nach tagelangen Fußmärschen durch die Atacamawüste im Norden des Landes. Tagsüber ist es dort extrem heiß und nachts extrem kalt.

Gleichzeitig ist in Chile die Anzahl krimineller Banden, ungeklärter Mordfälle und der Drogenhandel angestiegen. Obwohl diese Entwicklung in keinem nachweisbaren kausalen Zusammenhang zur Migration steht, nutzen rechte Po-li-ti-ke-r:in-nen die Situation aus, um die Mi-gran-t:in-nen zu stigmatisieren und ein Feindbild zu schaffen – ein Diskurs, der von vielen Medien übernommen wird.

Und die populistische Strategie ist erfolgreich: Einer Umfrage des Centro de Estudios Públicos (CEP) zufolge glauben sieben von zehn Chilen:innen, dass die Mi-gran-t:in-nen für den Anstieg der Kriminalität verantwortlich sind.

Die rechte Opposition, die im Parlament die Mehrheit hat, setzt die Regierung von Gabriel Boric unter Druck – und der Präsident gibt nach. Die Regierung muss kriminelle Migranten abschieben, sagte Felipe Kast, Senator der

Gabriel Boric spielt den Hardliner Unter dem Druck der rechten Opposition droht Chiles linker Präsident Boric jetzt tausenden Migrant*innen mit Abschiebung

Partei Evópoli vergangene Woche in einem Interview mit dem Kanal T13. Die Parlamentsabgeordneten der rechten Partei Renovación Nacional, der auch der rechte Ex-Präsident Sebastián Piñera angehört, stellten Mitte November ein Ultimatum: Wenn die Regierung bis zum Jahresende nicht 12.000 Mi-gran-t:in-nen abschiebt, will die Opposition eine Verfassungsklage gegen die Innenministerin Carolina Tohá einreichen.

Boric teilte zwar in einer Ansprache mit, dass Migration nicht mit Kriminalität verwechselt werden dürfe. Aber er ordnete einen Flug zur Abschiebung von 60 Mi-gran-t:in-nen nach Venezuela an. Nur durfte das Flugzeug nicht in Venezuela landen, weil es offenbar nicht über die notwendige Autorisierung verfügte. Mehrere der Menschen, die abgeschoben werden sollten, hatten keine Einträge im Strafregister, sondern waren lediglich über unerlaubte Grenzübergänge eingereist. Der gescheiterte Flug verschärfte die Debatte über die Migrationspolitik der Regierung zusätzlich.

Am 31. Dezember läuft jetzt eine Frist ab, die Boric gesetzt hat. Alle volljährigen Migrant:innen, die vor dem 30. Mai über nicht genehmigte Grenzübergänge nach Chile eingereist sind, sollen sich mittels eines biometrischen Registrierungsverfahrens anmelden. Der Staat registriert ihre Fingerabdrücke, eine biometrische Aufnahme ihres Gesichts und persönliche Daten. Wer dem nicht nachkommt, soll als verdächtig eingestuft, gesucht und abgeschoben werden.

Bislang allerdings haben nur etwa die Hälfte der 230.000 Personen, die sich anfangs für den Prozess angemeldet hatten, ihre Daten registrieren lassen. Das geht aus Daten der Nationalen Migrationsbehörde hervor. Der Druck auf Boric steigt, dem von ihm selbst gesetzten Ultimatum dann auch Taten folgen zu lassen.

Load-Date: November 29, 2023

Grüne zoffen sich weiter über Asylreform; Die parteiinterne Debatte über die geplanten Änderungen am europäischen Asylsystem reißt nicht ab. Die Sitzung im Länderrat am kommenden Samstag könnte hitzig werden

taz, die tageszeitung

Dienstag 13. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 796 words

Byline: Stefan Reinecke, Alexandra Hilpert

Highlight: Die parteiinterne Debatte über die geplanten Änderungen am europäischen Asylsystem reißt nicht ab. Die Sitzung im Länderrat am kommenden Samstag könnte hitzig werden

Body

Aus Berlin Alexandra Hilpert und Stefan Reinecke

Die Grünen haben die Kunst geräuscharmer interner Konfliktbewältigung perfektioniert. Der Streit zwischen den Flügeln gehört schon lange zur Parteihistorie. Annalena Baerbock und Robert Habeck, die von 2018 bis 2022 die Partei führten, haben alte, tief eingefräste Konfliktlinien entschlossen zugeschüttet. Doch durch das Ja zum EU-Asylkompromiss scheint es mit dem Image der stets geschlossen auftretenden Partei nun vorbei zu sein.

Parteichefin Ricarda Lang, die ihre ablehnende Haltung zum Asylideal schon vergangene Woche kundtat, schlägt am Montag in Berlin einen um Ruhe bemühten Ton an. Der Asylkompromiss wäre ohne Deutschland schlechter ausgefallen, sagt Lang, die zum linken Flügel zählt. Andererseits führe der Kompromiss nicht zu geordneten Verfahren an den Außengrenzen.

Das gemeinsame Europäische Asylsystem, auf das sich der EU-Innenrat geeinigt hat, könnte in der Zukunft bedeuten, dass ein Großteil der Geflüchteten an der EU-Außengrenze in sogenannte Grenzverfahren geraten. Dabei prüfen die Länder, ob ein Asylantrag als unzulässig abgelehnt werden kann, etwa weil die Person zuvor einen sicheren Drittstaat passiert hat. Eine inhaltliche Prüfung der Asylanträge findet in der Regel nicht statt. So würden auch Geflüchtete aus Ländern mit hoher Anerkennungsquote sofort im Grenzverfahren landen und abgelehnt werden. Bis zu drei Monate dauert das Verfahren, welche die Betroffenen meist in Haft verbringen. Mit der neuen Regelung könnten Staaten leichter als sichere Drittstaaten eingestuft werden. Auch Familien mit Kindern sollen nicht mehr von Grenzverfahren ausgenommen sein.

Schon am Donnerstag gestand Grünen-Außenministerin Annalena Baerbock: Wenn wir die Reform als Bundesregierung alleine hätten beschließen können, dann sähe sie anders aus. Insgesamt spricht sie sich aber für

Grüne zoffen sich weiter über Asylreform Die parteiinterne Debatte über die geplanten Änderungen am europäischen Asylsystem reißt nicht ab. Die Sitzung im Länderrat...

die Reform aus: Wer meint, dieser Kompromiss ist nicht akzeptabel, der nimmt für die Zukunft in Kauf, dass niemand mehr verteilt wird.

Aus den Reihen der Grünen hagelt es Kritik: Mit den -regelungen könne man die Haupttransitländer Türkei, -Maghreb oder Westlibyen als sichere Drittstaaten einstufen und somit einen Großteil der Geflüchteten in Grenzverfahren nehmen und ablehnen, kritisiert Erik Marquardt auf Twitter. Für Geflüchtete habe das schlimme Konsequenzen, analysiert der Grüne EU-Abgeordnete: Die Idee, dass die Einigung irreguläre Migration reduziert ist sehr abwegig, es gibt nur weniger Rechte für Geflüchtete, gefährlichere Routen, mehr Leid und mehr Chaos, wenn sich das durchsetzt.

Am Samstag trifft sich der Länderrat der Grünen, eine Art kleiner Parteitag im hessischen Bad Vilbel. Dafür kündigte die Parteispitze einen Leitantrag an, der eigentlich am Montag veröffentlicht werden sollte. Dass Lang den bei ihrer Pressekonferenz aber nicht präsentierte, ist ein Indiz dafür, wie schwierig es ist, alle zufriedenzustellen.

Das Treffen sollte eigentlich der Unterstützung der Grünen in Hessen dienen. Dort wird im Herbst gewählt. Doch nach dem Ja von Baerbock und Parteichef Omid Nouripour zu dem EU-Asylkompromiss ist die große Harmonieshow abgeblasen. Viele gehen davon aus, dass es am Samstag knallen wird. Vor allem Parteilinke wollen, dass sich die Grünen auf keinen Fall Baerbocks Regierungslogik unterordnen. Sie zielen auf eine entschiedene Verschärfung des Antrags Für eine moderne und menschenrechtsorientierte Migrationspolitik in Deutschland und der Europäischen Union. Die Kritiker des EU-Asylkompromisses wollen eine andere Tonart nicht bloß sanfte Kritik an den menschenrechtlich fragwürdigen Asyllagern, die manche als haftähnlich bezeichnen, sondern ein klares Nein. Das würde die maximale Konfrontation bedeuten mit dem Risiko, dass die Ampel scheitert. Denn diese Regelung hat SPD-Innenministerin Nancy Faeser gerade als historisch bezeichnet, und die grüne Außenministerin als unvermeidlich verteidigt.

Falls im Länderrat nur milde Mahnungen formuliert werden, sieht EU-Parlamentarier Rasmus Andresen ein neues Szenario am Horizont Es gebe Stimmen, die eine Sonder-BDK fordern, so der grüne Parlamentarier. Ein Sonderparteitag würde bedeuten: Die Grünen würden sich wochen-, wenn nicht monatelang öffentlich über den Asyldeal streiten. Davon hält Grünen-Chefin Lang nichts: Der Ort für die Debatte ist der Länderrat, sagt sie.

Auch in der SPD schlägt der Asyldeal Wellen. Andrea Ypsilanti, einst Vorsitzende in Hessen und Beinahe-Ministerpräsidentin, verkündet am Montag deshalb ihren Austritt aus der Partei. Ihrer bisherigen Parteikollegin und Innenministerin Nancy Faeser (SPD), die den Deal mitverhandelte, hatte sie zuvor auf Twitter geschrieben: Nicht dein Ernst.

Unruhe auch in der SPD: Aus Protest tritt die frühere Hessen-Chefin Ypsilanti aus der Partei aus

Load-Date: June 12, 2023

Raus aus der Außenseiter-Schublade ; Der neue Salon Narrativ am Thalia Theater präsentiert deutsche Literatur von Migrant*innen

taz, die tageszeitung

Dienstag 19. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: KULTUR; S. 28

Length: 416 words

Highlight: Der neue Salon Narrativ am Thalia Theater präsentiert deutsche Literatur von Migrant*innen

Body

das wird

Interview Jonas Graeber

taz: Herr Ghunaim, heute beginnt der Salon Narrativ am Thalia Theater. Was erwartet Be-su-che-r*in-nen?

Mohammed Ghunaim: Wir freuen uns auf den neuen Salon, den Amir Gudarzi eröffnen wird. Amir ist ein vielfach ausgezeichnete Wiener Autor, der 2009 aus dem Iran geflüchtet ist. Bekannt wurde er vor allem als Dramatiker, für die kommende Spielzeit ist er Hausautor am Nationaltheater Mannheim. Das Ende ist nah ist sein erster Roman.

Wovon handelt das Buch?

Es ist die Geschichte eines jungen Mannes aus Teheran, der als kritischer Autor sein Land verlassen muss und nach Wien flieht. Dort wird er vom Künstler zum verachteten Flüchtling. Es geht um Gefühle wie Fremdheit und Außenseitertum, aber auch um Mut und die Kraft der Sprache und der Liebe.

Ist das die Art Literatur, die im Salon Narrativ besprochen wird?

Es gibt viele hervorragende deutschsprachige Autor*innen, deren Werke wesentlich von postmigrantischen Erfahrungen geprägt sind. Wir wollen diese neue deutsche Literatur auf die Bühne bringen, ihre Stimmen und Ästhetiken, ihre Perspektiven und ihre Poesie in den literarischen Kanon aufnehmen. Die Werke gehören aus unserer Sicht einfach zur zeitgenössischen deutschen Literatur und sollen raus aus ihrer Außenseiter-Schublade. Dieses Narrativ möchten wir im Salon entwickeln.

Weil diese Perspektiven in der Literatur und am Theater fehlen?

Nicht unbedingt. Aber häufig werden sie auf Aspekte wie Flucht oder politische Verfolgung reduziert. Im Salon Narrativ wollen wir dem entgegenwirken.

Raus aus der Außenseiter-Schublade Der neue Salon Narrativ am Thalia Theater präsentiert deutsche Literatur von Migrant*innen

Wie ist die Veranstaltung aufgebaut?

Für die Eröffnung haben wir uns eine szenische Lesung mit Musik vorgenommen. Roxana Safarabadi und Steffen Siegmund vom Thalia-Ensemble werden Texte aus Amirs Theaterstücken lesen. Ich selber werde Platten auflegen und in die Rolle eines Taxifahrers aus Aleppo schlüpfen. Außerdem wird mein Kollege Matthias Günther Amir zu seiner Arbeit befragen. Die verschiedenen Formate können die Erfahrungen und Perspektiven der Autor*in-nen hoffentlich in ihrer gesamten Vielfalt abbilden.

Gibt es schon weitere Termine?

Aktuell planen wir weitere Veranstaltungen mit Au-to-r*in-nen aus dem gesamten deutschsprachigen Raum.

Lesung Das Ende ist nah mit Amir Gudarzi zum Auftakt des Salon Narrativ : heute, 20 Uhr, Thalia Nachtsyl, Hamburg, Alstertor 1

Mohammed Ghunaim geboren 1991, hat in Damaskus Journalismus und Literatur studiert. 2015 kam er nach Hamburg. Seit der Spielzeit 2020/21 ist er Referent für Diversität am Thalia Theater.

Load-Date: December 18, 2023

Wieder mal die Angst; Diesen Freitag endet der Winterabschiebestopp. Befürchtet wird, dass es schon bald zu ersten Massenabschiebungen aus Berlin kommen könnte, etwa von Rom*nja nach Moldau

taz, die tageszeitung

Freitag 31. März 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 21

Length: 1227 words

Byline: Susanne Memarnia

Highlight: Diesen Freitag endet der Winterabschiebestopp. Befürchtet wird, dass es schon bald zu ersten Massenabschiebungen aus Berlin kommen könnte, etwa von Rom*nja nach Moldau

Body

Von Susanne Memarnia

Die Geschichte von Mihail, 19 Jahre, ist in mancher Hinsicht typisch für das, was Rom*nja in Moldau und Berlin widerfährt. Die taz trifft den schüchternen Jungen in den Räumen des **Flüchtlingsrats**. 2016, erzählt er in gutem Deutsch, kam er das erste Mal nach Berlin mit seiner Familie, 2018 wurden sie abgeschoben. Das Leben in Moldau ist sehr schwer, erzählt er: Die Eltern fanden nur selten Arbeit, er und sein Bruder mussten in den Ferien Feldarbeit verrichten, damit genug Essen da ist. Oft sei die Familie umgezogen, auch mal ein paar Jahre in die Ukraine.

Im Winter 2021 kam die Familie zurück nach Berlin, wegen der Armut, aber auch weil ich meine Schule weitermachen will, sagt Mihail. Diesmal wurde der **Asylantrag** schnell abgelehnt, der große Bruder, gerade volljährig geworden, wurde im Januar 2022 abgeschoben. Nun bangt Mihail um den Rest der Familie: Ich habe Angst, aus der Schule zu kommen, und keiner ist mehr da.

Die Angst ist nicht unberechtigt, denn diesen Freitag endet der von Rot-Grün-Rot vereinbarte Winterabschiebestopp. Un-ter-stüt-ze-r*in-nen von Geflüchteten befürchten, dass es schon in den nächsten Tagen zu ersten Massenabschiebungen aus Berlin kommen könnte. Davon betroffen sind auch rund 3.500 Moldauer*innen, die als vollziehbar ausreisepflichtig gelten. Die meisten von ihnen sind Rom*nja, die laut Berichten von Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen in ihrer Heimat massiv und strukturell diskriminiert werden.

Der Berliner Flüchtlingsrat Berlin und das BARE-Bündnis gegen Antiziganismus rufen daher für Freitag um 15 Uhr zu einer Demonstration vor der Innenverwaltung (Klosterstraße 47) auf. Diese kündigte auf taz-Anfrage in der Tat

Wieder mal die Angst Diesen Freitag endet der Winterabschiebestopp. Befürchtet wird, dass es schon bald zu ersten Massenabschiebungen aus Berlin kommen könnte,

an, dass ab 1. April Ausreisepflichten im Einklang mit den geltenden Richtlinien der Regierungspolitik grundsätzlich wieder durchgesetzt werden wobei vor jeder Abschiebung die Umstände jedes Einzelfalls geprüft würden.

Die Ak-ti-vis-t*in-nen von BARE fordern dagegen ein humanitäres Bleiberecht für alle Rom*-nja aus Moldau. Berlin muss seine landesrechtlichen Spielräume nutzen und sich auch auf Bundesebene für eine entsprechende Regelung einsetzen. Ein Bleiberecht für alle nach Berlin fliehenden Rom*-nja ist schon aufgrund unserer historischen Verantwortung wegen ihrer Verfolgung und Vernichtung während der Nazizeit geboten , sagt Emily Barnickel, Sprecherin des Flüchtlingsrats.

Seit Jahren ist Moldau eines der Hauptherkunftsländer von Asylbewerbern in Berlin. Das Land mit nur 2,6 Millionen Ein-woh-ne-r*in-nen zwischen Rumänien und der Ukraine galt schon vor dem Ukrainekrieg als eines der ärmsten Länder Europas. Zudem bestehen dort gegen Rom*-nja weit verbreitete Vorurteile, die auch aus der Geschichte rühren: Bis weit ins 19. Jahrhunderte galten sie als Leibeigene , also Sklaven. Diese Geschichte wirkt bis heute in Stereotypen, einer tief verwurzelten Ablehnung, Stigmatisierung und massiver Diskriminierung nach , schreibt die Slawistin Kristina Holzapfel in einer Studie für Pro Asyl und Berliner Flüchtlingsrat von 2022. Der Bericht betont, dass Diskriminierung auch durch staatliche Stellen wie die Polizei geschieht. Der neue Amnesty-Bericht für Moldau hat zum Beispiel Belege dafür, dass die staatlichen Aufnahmelager für Flüchtlinge aus der Ukraine auf Betreiben der Polizei keine Rom*-nja aus der Ukraine aufnehmen.

Auch Emily Barnickel vom Flüchtlingsrat weiß aus Beratungsgesprächen von Diskriminierungserfahrungen ihrer Kli-en-t*in-nen in Moldau. Erst kürzlich hatte ich ein Ehepaar hier, dessen eigenes Haus in ihrer Abwesenheit einfach abgerissen wurde, weil der Stadtrat entschied, dass es zu baufällig sei. Würden sie nach Moldau zurückmüssen, stünden sie vor dem Nichts. Rom*-nja würden oft aus den städtischen Zentren in die Peripherien vertrieben, wo sie in ärmlichsten Verhältnissen leben müssten. Durch fehlende ärztliche Versorgung litten viele unter chronischen Krankheiten, Schulbesuche seien wegen der Kosten oft nicht möglich.

In Berlin aufgrund der regionalen Aufteilung kommen Asyl-be-wer-be-r*in-nen aus Moldau meist hierher werden die Asylanträge von Mol-dau-er*in-nen jedoch zum allergrößten Teil abgelehnt. Und das ziemlich schnell, findet Barnickel von Antragstellung bis Abschiebung dauere es oft keine 12 Monate, das ist viel schneller als bei allen anderen Gruppen . Dieser Eindruck wird bestätigt durch die Antworten der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Linksfraktion von Februar.

Ein Hauptkritikpunkt von Barnickel an den Asylverfahren: Die strukturelle Diskriminierung von Rom*-nja in Moldau, auch durch staatliche Stellen, wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nicht anerkannt. Man muss daher im Asylinterview eine individuelle Diskriminierung nachweisen, aber wer kann das schon? , fragt sie. Zudem wüssten die Betroffenen oft selbst gar nicht, dass sie diskriminiert werden. Und die Befragten stellen keinerlei Nachfragen , kritisiert sie. Dadurch würden systematische Diskriminierungen nicht erkannt und entsprechend nicht ins Verfahren einbezogen, moniert auch die Studie.

Zusätzlich zum unfairen Asylverfahrens, berichtet Barnickel, würden Rom*-nja auch in Berlin häufig aufgrund von Fremdzuschreibungen benachteiligt. Viele Mitarbeitende in Heimen oder auf Ämtern haben Vorurteile: Roma wollten ja gar nicht arbeiten, sich nicht integrieren.' Oder es heiße, die sind ja eh bald wieder weg, dann ist das nicht so wichtig. Entsprechend gebe es für ihre Kinder oft keine Kita- oder Schulplätze, keine Krankenkassenscheine et cetera. Es seien auffällig oft Kinder aus Rom*-nja-Familien, die lange bis zu sieben Monate auf einen Schulplatz warten müssten. Dieser Befund wird durch den neuen Bericht der Dokumentationsstelle Antiziganismus (DOSTA) bestätigt, der am Mittwoch vorgestellt wurde (s. Text nebenan). Dort heißt es: 2021 dokumentierte DOSTA vermehrt antiziganistische Vorfälle, welche geflüchtete Menschen aus der Republik Moldau erlebten, deren Kinder trotz Schulpflicht an keiner Schule aufgenommen wurden .

Für Mihail will Barnickel jetzt einen Härtefallantrag stellen, damit er nicht mitten im Mittleren Schulabschluss abgeschoben wird, den er gerade macht er hat sich nämlich selber einen Schulplatz gesucht. Danach will er sich einen Ausbildungsplatz suchen sein Traum: Hotelfachmann. Barnickel ist vorsichtig optimistisch, dass es klappen

Wieder mal die Angst Diesen Freitag endet der Winterabschiebestopp. Befürchtet wird, dass es schon bald zu ersten Massenabschiebungen aus Berlin kommen könnte,

kann. Wenn er bis Sommer eine Ausbildungszusage bekommt, hat er gute Chancen auf eine Ausbildungsplatzduldung.

Auf die Frage, wie das wird, wenn er bald vielleicht vom Vater und den beiden kleineren Geschwistern getrennt wird, antwortet Mihail mit einem traurigen Scherz. Mein Vater hat schon gesagt, dass ich ihnen etwas Geld schicken muss, damit sie leben können. Ich habe gesagt: Okay aber nicht alles.

Romaday 2023: No Climate for Nomads

Romaday Anlässlich des Internationalen Tags der Rom*nja am 8. April (Romaday) untersucht ein neuntägiges Programm unter dem Titel Romaday 2023: No Climate for Nomads das Phänomen Umweltrassismus/Klimagerechtigkeit. Start ist am Freitag im Grünen Salon der Volksbühne. Dort wird auch das BARE-Bündnis über seine Aktionen berichten.

Parade Höhepunkt des vom Verein RomaTrial kuratierten Programms ist am 8. April die traditionelle Romaday-Parade vom Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas durch die Mitte Berlins. (sum)

Load-Date: March 30, 2023

Man wird verrückt, wenn man so lebt ; Aufgrund einer Regelung der belgischen Regierung kommen besonders viele Asylsuchende aus Afghanistan nach Brüssel. Die Behörden sind überfordert, viele Menschen landen auf der Straße. Um dem zum entgegen, hat eine Gruppe Geflüchteter ein Bürogebäude in der Nordstadt besetzt. Doch jetzt droht die Räumung

taz, die tageszeitung

Donnerstag 19. Januar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 833 words

Byline: Lena Reiner

Highlight: Aufgrund einer Regelung der belgischen Regierung kommen besonders viele Asylsuchende aus Afghanistan nach Brüssel. Die Behörden sind überfordert, viele Menschen landen auf der Straße. Um dem zum entgegen, hat eine Gruppe Geflüchteter ein Bürogebäude in der Nordstadt besetzt. Doch jetzt droht die Räumung

Body

Aus Brüssel Lena Reiner

Alle auf diesem Bild sind von den Taliban ermordet worden, nur ich nicht, sagt Ahmad, dessen Name eigentlich anders lautet, und zeigt das Foto einer Gruppe uniformierter Männer auf seinem Smartphone. Er wischt weiter, deutet auf Personen: Er ist auch tot, er auch. Wie Ahmad hätten sie für den Inlandsgeheimdienst der afghanischen Republikregierung gearbeitet, die Taliban hätten nach ihrer Machtergreifung im August 2021 gezielt nach ihnen gesucht. Sein Bruder und Vater flohen nach Iran, er selbst kam nach Brüssel.

Hier hoffte Ahmad auf einen Aufenthaltsstatus, um seine Familie nachholen zu können, die weiterhin in Afghanistan lebt dort sei es auch für sie nicht sicher. Doch weil sich Belgien überfordert mit der Menge an Asylanträgen zeigt und Tausende Schutzsuchende auf der Straße leben, haben rund 1.000 Menschen in ihrer Not ein Bürogebäude an der Rue des Palais in der Brüsseler Nordstadt besetzt.

Die Bewohner schlafen in ehemaligen Aufenthalts-, Keller- und Büroräumen eines 50er-Jahre-Baus. Wer Glück hat, liegt auf einer Matratze. Andere müssen mit dem blanken Kellerboden vorliebnehmen, notdürftig mit Pappkartons ausgelegt. Von außen wirkt das Provisorium durch Container des Roten Kreuzes und den Sicherheitsdienst wie eine offizielle Unterkunft. Doch im Grunde ist sie eine Baustelle, die eigentlich für ukrainische Geflüchtete saniert werden sollte, ohne ausreichend Sanitäreinrichtungen und echte Wohnräume.

Doch die Bewohner sind froh um diese Bleibe, denn sonst würde ihnen nur die Straße bleiben. Seit die belgische Regierung Ende 2022 die Räumung verordnet hat, fürchten sie um ihr Dach über dem Kopf.

Man wird verrückt, wenn man so lebt Aufgrund einer Regelung der belgischen Regierung kommen besonders viele Asylsuchende aus Afghanistan nach Brüssel. Die Behör....

Auf Nachfrage der taz räumt die belgische Aufnahmebehörde für Asylsuchende (Fedasil) ein, dass sie nicht allen Asylbewerbern im November 2022 waren es rund 2.000 einen Schlafplatz anbieten kann. Fedasil versuche, die Asylsuchenden in ihrem Zuständigkeitsbereich so schnell wie möglich unterzubringen. Frauen und Kinder würden dabei priorisiert.

Clothilde Bodson vom Hub Humanitaire berichtet, dass im Oktober 2022 sogar minderjährige Flüchtlinge und Familien auf der Straße leben mussten. Mit bis zu 1.000 Mahlzeiten pro Tag, medizinischer Betreuung, Sachspenden und Aufenthaltsräumen unterstützt das Gemeinschaftsprojekt von fünf Nichtregierungsorganisationen Flüchtlinge. Ein komplexes Gefüge an Zuständigkeiten und Entscheidungsprozessen in Belgien erschwere schnelle Lösungen zulasten der Asylsuchenden, sagt Bodson. Der fortdauernde Fokus auf die vulnerablen Gruppen bedeute für die Männer zudem einen Teufelskreis. Wir sollten nicht vergessen, dass es Tausende Männer gibt. Auch sie benötigen eine Unterbringung, sagt sie.

Auf einen Schlafplatz im Trockenen und Warmen warten unter anderem rund 50 Asylbewerber aus Afghanistan, die auf einer Brücke zelten. Eine Plane soll vor dem Regen schützen, sie flattert laut im Wind. Man wird verrückt, wenn man so lebt, sagt einer der Afghanen. Es sei immerzu laut hier draußen. Wie zum Beweis fährt ein Krankenwagen mit Sirene vorbei. Er selbst harrt hier schon seit mehreren Monaten aus. Zwischenzeitlich habe seine Gruppe Unterschlupf in dem besetzten Haus in der Rue des Palais gesucht, den sie für eine offizielle Unterkunft gehalten habe, sei jedoch von anderen Bewohnern rausgeworfen worden.

Die Frage, wieso es gerade Afghanen nach Belgien zieht, beantwortet die Gruppe mit Hilfe eines Übersetzers am Telefon: Wir hatten gehört, dass die belgische Regierung ehemaligen Soldaten hilft. Tatsächlich gibt Belgien seit März 2022 allen Afghanen den Flüchtlingsstatus sofern sie nicht wegen des Dublin-Verfahrens in das EU-Land ihrer Erstregistrierung zurückgeschickt werden.

Mit fast 5.400 Erstanträgen stellen Menschen aus Afghanistan die größte Gruppe der mehr als 30.000 Erstasylanträge in Belgien im Vorjahr. Danach folgen die Herkunftsländer Syrien (3.000), Burundi (2.600) und Palästina (2.300).

Das Staatssekretariat für Asyl und Migration weist darauf hin, dass Belgien mit seinen 11,5 Millionen Einwohnern im Vorjahr die sechsthöchste Zahl an Asylsuchenden im EU-Vergleich aufgenommen habe, hinzu kämen mehr als 60.000 Ukrainer. Aber nur mehr Aufnahmeeinrichtungen sind nicht die alleinige Antwort, sagt Sprecherin Sieghild Lacoere. Die EU müsse Asylsuchende über die gesamte Fläche verteilen, Länder wie die Slowakei zeigten sich hier jedoch wenig solidarisch. Die Kapazitäten Belgiens aber hätten ihr Limit erreicht.

In ganz Belgien gibt es derzeit mehr als 3.000 obdachlose Schutz suchende Menschen, berichtet Marie Doutrepont, eine der Anwältinnen, die die Menschen im besetzten Haus und auf der Straße unterstützen. Die Rechtsvertreter haben bereits mehr als 7.000 Gerichtsurteile erstritten, die die belgische Regierung zu menschenwürdiger Behandlung von Asylsuchenden auffordern zuletzt urteilte der Europäische Menschenrechtsgerichtshof zur Unterbringung von Asylbewerbern eine Woche vor Weihnachten.

Doch vergeblich: Es hat sich rein gar nichts verbessert, sagt Doutrepont.

Load-Date: January 18, 2023

Griechenland stimmt für harte Flüchtlingspolitik; Die konservative Nea Dimokratia gewinnt die Wahl deutlich. Zwei neue rechte Parteien ziehen ins Parlament ein. Die linke Syriza fährt eine herbe Niederlage ein

taz, die tageszeitung

Dienstag 27. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 890 words

Byline: Ferry Batzoglou

Highlight: Die konservative Nea Dimokratia gewinnt die Wahl deutlich. Zwei neue rechte Parteien ziehen ins Parlament ein. Die linke Syriza fährt eine herbe Niederlage ein

Body

Aus Athen Ferry Batzoglou

Die konservative Nea Dimokratia (ND) hat die Parlamentswahl in Griechenland vom Sonntag klar für sich entschieden. Sie erhielt 40,6 Prozent der Stimmen und konnte damit die absolute Mehrheit von 158 Mandaten im 300-köpfigen Parlament erringen. Der erstplatzierten Partei wird bei dieser Wahl ein Mandatebonus gewährt. Neuer Regierungschef ist damit der bisherige Amtsinhaber Kyriakos Mitsotakis, der weiter alleine regieren kann. Der 55-jährige ND-Chef regiert Griechenland bereits seit 2019, ohne auf Koalitionspartner angewiesen zu sein.

Bei der letzten Wahl vor erst fünf Wochen hatte die ND noch 40,8 Prozent der Stimmen auf sich vereint. Damit hatten die Konservativen aber auf Grundlage des bei jenem Urnengang geltenden reinen Verhältniswahlrechts die absolute Mehrheit verfehlt. Weil keine der fünf Parlamentsparteien eine Koalition eingehen wollte, wurde die Wahl erneut ausgerufen. Die Wahlbeteiligung brach am Sonntag auf 52,8 Prozent ein – eine historische Negativmarke. Insgesamt acht Parteien schafften den Einzug ins Parlament, gleich drei Parteien mehr als im Mai.

Mit einem Rückstand von knapp 23 Prozent landete das Bündnis der Radikalen Linken (Syriza) auf Platz zwei. Syriza kam auf 17,8 Prozent der Stimmen und 48 Mandate, 23 Sitze weniger als bisher. Die sozialdemokratische Pasok kam auf 11,9 Prozent (32 Sitze), die Kommunistische Partei KKE vereinte 7,7 Prozent (20 Sitze) auf sich und für die nationalkonservative Griechische Lösung votierten 4,4 Prozent der Wähler (12 Sitze).

Den Sprung über die Dreiprozenthürde schafften neben der linksnationalen Plefsi Eleftherias (Kurs der Freiheit) mit 3,2 Prozent (8 Sitze) erstmals auch die ultranationalistischen Spartaner mit 4,7 Prozent (12 Sitze) sowie die ultrareligiöse Partei Niki (der Sieg) mit 3,7 Prozent (10 Sitze). Damit sind von zuvor einer fortan gleich drei Parteien rechts der ND im Parlament vertreten. Das Rechtradikalen-Trio Spartaner, Niki und Griechische Lösung überbietet sich gegenseitig mit Forderungen nach einer maximal harten Flüchtlings- und Migrationspolitik.

Griechenland stimmt für harte Flüchtlingspolitik Die konservative Nea Dimokratia gewinnt die Wahl deutlich.
Zwei neue rechte Parteien ziehen ins Parlament ein.

Die Spartaner meinen, dass Europa in Millionen von Menschen ertrinkt, die aus völlig anderen Kulturen, Zivilisationen und Bräuchen und Wirtschaftslagen fliehen . Sie kämen illegal nach Griechenland und würden Zehntausende Euro an Sklavenhändler zahlen, die mit illegalen Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeiten, was seltsam und vor allem moralisch und inhaltlich absurd sei.

Die Partei fordert, die (griechischen) Grenzen mit modernen Mitteln zu schließen und dafür zu sorgen, dass alten und neuen NGOs die Tätigkeit auf griechischem Territorium untersagt wird . Vergünstigungen und Sonderprivilegien für illegale Einwanderer sollten komplett eingestellt werden, um ihnen (den Flüchtlingen und Migranten) den Weg zu ebnen, Griechenland freiwillig zu verlassen .

Laut Umfragen befürworten gegenwärtig rund 80 Prozent der Griechen eine restriktive Flüchtlings- und Migrationspolitik. Sie finden es gut, dass Griechenland in der Ära Mitsotakis vergleichsweise wenige Schutzsuchende zählt. Stichwort: Festung Griechenland. Registrierte die UNO 2015 noch fast 900.000 Neuankömmlinge in Griechenland, waren es 2022 laut Angaben des Athener Migrationsministeriums nur noch 17.122 neu registrierte Flüchtlinge und Migranten.

Das Bootsunglück vom 14. Juni, elf Tage vor der Wahl, vor der Südwestküste des Peloponnes mit vermutlich 646 ertrunkenen Menschen ließ das Gros der Griechen eher kalt. Eine bekannte Fernsehmoderatorin ärgerte sich unmittelbar nach der Katastrophe in ihrer Sendung darüber, dass im Hafen von Kalamata so viele Rettungswagen auf Gerettete warten, die anderswo fehlen . Der Aufschrei über die Aussage hielt sich in Grenzen.

Der alte und neue Regierungschef Mitsotakis feierte am Sonntagabend vor der ND-Zentrale in Athen den Wahlsieg. Er werde Premierminister aller Griechen sein. Die ND sei die stärkste Mitte-rechts-Partei in Europa , hob er hervor. Wir haben endgültig den Kreis der Spaltung und der Toxizität geschlossen, der vor zehn Jahren begonnen hat , fügte er hinzu ein Seitenhieb auf die radikallinke Syriza unter Ex-Regierungschef Alexis Tsipras.

Syriza steht nun vor einem Scherbenhaufen. In den 2010er-Jahren hatte sich Syriza von einer Kleinpartei zur Regierungspartei katapultiert. 2015 holte die sie noch mehr als 35 Prozent. Der politische Emporkömmling verdankte den Aufstieg maßgeblich dem rapiden Verfall der sozialdemokratischen Pasok.

Syriza-Chef Alexis Tsipras, 48, gab sich am Sonntagabend niedergeschlagen. Zwar bleibe Syriza die führende Oppositionskraft . Aber: Das ist eine ernsthafte Wahlniederlage. Das erfordert schnelle Entscheidungen für notwendige Änderungen. Syriza werde ihre Entscheidungen durch koordinierte und kollektive Prozesse treffen, so wie es sich für eine demokratische und partizipatorische Partei gehört . Die Parteimitglieder seien aufgerufen, uns alle zu beurteilen und eine Strategie zu formulieren, die auf die schwierigen Umstände reagiert . Tsipras, der Syriza seit 2008 führt, stellte klar: Es versteht sich von selbst, dass ich in diesem schöpferischen kollektiven Prozess des Wiederaufbaus der Erste bin, der sich dem Urteil der Parteimitglieder stellen wird.

Das Bootsunglück mit vermutlich 646 Ertrunkenen ließ das Gros der Griechen eher kalt

wahl in griechenland

Load-Date: June 26, 2023

Die Terminlotterie; Das Berliner Landesamt für Einwanderung ist komplett überfordert. Viele Geflüchtete stehen vor dem Nichts, weil sie keinen Termin bekommen

taz, die tageszeitung

Dienstag 29. August 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 21

Length: 1027 words

Byline: Marina Mai

Highlight: Das Berliner Landesamt für Einwanderung ist komplett überfordert. Viele Geflüchtete stehen vor dem Nichts, weil sie keinen Termin bekommen

Body

Von Marina Mai

Seit ein paar Tagen ist Drar Habtom* wieder arbeitslos. Sein Arbeitgeber, ein Dienstleister der Deutschen Bahn, hatte keine andere Wahl, als den Eritreer zu kündigen obwohl das Unternehmen Reinigungskräfte wie ihn dringend braucht. Denn Habtom hat keinen gültigen Aufenthaltstitel mehr für Deutschland.

Schon Wochen bevor seine befristete Aufenthaltserlaubnis ablief, hatte der Mann versucht, einen Termin beim Landesamt für Einwanderung (LEA) zu buchen, um die Genehmigung zu verlängern. Nach unzähligen Versuchen war er froh, für Anfang September einen Termin bekommen zu haben. Bis die Behörde per Mail wieder absagte.

Wann immer Drar Habtom auf der LEA-Website seither seine Daten eingibt, um einen neuen Termin zu buchen, erhält er die Antwort: Diese Terminart ist derzeit nicht verfügbar. Seit Wochen geht das so. Der Mann ist ratlos. Und er ist kein Einzelfall.

Seit mindestens zwei Jahren haben zugewanderte Menschen Probleme, dringend benötigte Termine beim LEA zu bekommen. Bis Anfang 2023 gelang es immerhin noch, einen Termin zu buchen, der Monate in der Zukunft lag. Diese Buchung sollte man ausdrucken. Damit galt das Aufenthaltsrecht erst einmal weiter bis zu diesem Termin. Arbeitsverträge, Sprachkurse, Mietverträge konnten so verlängert werden, Arbeitslosengeld wurde weiter gezahlt. Inzwischen funktioniert das immer seltener.

Die frühere Berliner Linken-Abgeordnete Karin Hopfmann, die heute ehrenamtlich Flüchtlinge betreut, berichtet von einem weiteren Betroffenen: Der Asylsuchende aus Russland hatte ein Praktikum absolviert. Sein Betrieb wollte ihn anschließend als Monteur für Photovoltaikanlagen beschäftigen. Im Juni lief sein Aufenthaltsrecht ab, einen Termin beim Amt gab es nicht und der Job war weg.

Die Terminlotterie Das Berliner Landesamt für Einwanderung ist komplett überfordert. Viele Geflüchtete stehen vor dem Nichts, weil sie keinen Termin bekommen

Da ihm seither auch der Einlass im Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten verwehrt bleibt, kann er aber auch keine Sozialleistungen mehr beziehen. Um sich etwas zu essen zu kaufen, musste er sich verschulden. Erst im August gelang es Karin Hopfmann, für Mitte September einen Vorsprachetermin für den Mann zu buchen. Sie kämpft jetzt darum, dass er die entgangenen Sozialleistungen nachgezahlt bekommt.

Im Wochenrhythmus wendeten sich Menschen an sein Büro, die Probleme mit dem LEA haben, sagt Jian Omar der taz. Der migrationspolitische Sprecher der Grünen-Fraktion im Abgeordnetenhaus berichtet von einer Israelin, die visafrei nach Deutschland einreisen durfte und hier heiratete. Nach drei Monaten Visafreiheit benötigte sie jedoch ein Aufenthaltsrecht im Rahmen des Familiennachzuges, das ihr gesetzlich auch zusteht.

Sie gehört sogar zu den Glücklichen, die einen Termin buchen konnten für den kommenden Januar. Doch das nutzt ihr wenig. Zwar ist sie bis dahin vor einer Abschiebung sicher. Allerdings kann sie keine Arbeit aufnehmen, kein Konto eröffnen. Schlimmer noch: Sie hätte für eine dringende Familienangelegenheit nach Israel fliegen müssen. Doch ohne Aufenthaltsrecht war eine legale Ausreise ebenso wenig möglich wie eine spätere Wiedereinreise. Omar sagt: Es ist historisch gesehen ein Unding, dass eine Jüdin nicht aus Deutschland ausreisen darf.

Der Grüne sieht nur eine Lösung: Das Einwanderungsamt muss sein Personal stark aufstocken. Ich habe zu Beginn der Legislatur dort hospitiert, sagt Omar. Die MitarbeiterInnen arbeiten engagiert, und die vorhandenen Stellen sind besetzt. Aber es gibt einfach zu wenige Stellen. Berlin brauche und erlebe Zuwanderung, dem müsse sich die Stadt stellen.

Zudem fordert Omar Änderungen bei der elektronischen Terminvergabe. Viele würden zunächst Termine buchen, die angeboten werden, aber recht spät liegen. Finden sie dann überraschend doch noch einen früheren Termin, sagen sie den langfristig gebuchten nicht ab, und dieser verfalle. Mir liegen sogar gesicherte Erkenntnisse vor, dass Termine inzwischen auf dem Schwarzmarkt verkauft werden. Das ist nicht hinnehmbar, so Omar.

Eine Sprecherin der Senatsinnenverwaltung räumt auf taz-Nachfrage ein, dass freigeschaltete Termine in kürzester Zeit ausgebucht seien. Ursache sei ein stetiger und in den beiden letzten Jahren sprunghafter Anstieg von Flucht und Migration nach Berlin.

Im Jahr 2022 seien 50 Prozent mehr Aufenthaltstitel und Bescheinigungen ausgestellt worden als noch 2019. Eine Lösung sieht die Innenverwaltung in einer erheblichen personellen Verstärkung der Behörde. Auf eine parlamentarische Anfrage der Linksfraktion hatte das Haus von Senatorin Iris Spranger (SPD) erklärt, in Notfällen wie einem drohenden Verlust des Arbeitsplatzes sei es auch möglich, auf anderen Wegen Termine zu buchen.

FlüchtlingsberaterInnen berichten der taz, dass es bis vor wenigen Monaten noch möglich war, in nachgewiesenen Notfällen ohne Termin zur Behörde zu kommen. Laut Karin Hopfmann funktioniert das nicht mehr.

Sie hat sich darum in einer Petition an das Abgeordnetenhaus gewandt. Darin beschreibt sie auch, wie sie mit ihrem Klienten aus Russland im Juli erfolglos versuchte, ohne Termin in die Behörde zu gelangen. Sie machte beim Sicherheitsdienst geltend, dass es sich um einen Notfall handle. Es standen Dutzende Menschen dort, denen es ebenso ging, so Hopfmann. Aber der Sicherheitsdienst hat uns ohne Prüfung des Einzelfalls fortgeschickt.

Wäre sie nicht gegangen, hätte ihr und ihrem Klienten Platzverweis und Polizei gedroht, davon ist Hopfmann überzeugt. In ihrer Petition spricht Hopfmann von einer Terminglücksspiellotterie mit Folgen, wo es um Not oder Brot ginge.

Jian Omar verweist darauf, dass das Problem im kommenden Jahr noch größer werde, wenn nicht sofort gehandelt wird. So hätten sich etliche LEA-MitarbeiterInnen beim neuen Landesamt für Einbürgerung beworben, das ab Januar entstehen soll. Neue MitarbeiterInnen müssten jedoch erst in die juristische Materie eingearbeitet werden. Und nicht zuletzt laufe Anfang März 2024 für die meisten ukrainischen Flüchtlinge die Aufenthaltserlaubnis ab. Wenn der Krieg bis dahin nicht beendet ist, wofür wenig spricht, wird das LEA dann mit einer riesigen Zahl neuer AntragstellerInnen auf die Verlängerung des Aufenthaltstitels zu tun haben.

Die Terminlotterie Das Berliner Landesamt für Einwanderung ist komplett überfordert. Viele Geflüchtete stehen vor dem Nichts, weil sie keinen Termin bekommen

*Name geändert

Termine sollen inzwischen sogar auf dem Schwarzmarkt gehandelt werden

Load-Date: August 28, 2023

End of Document

Thüringen bekommt eine afrodeutsche Ministerin; Die Grünen schmeißen ihren Minister für Justiz und Migration, Dirk Adams, raus. Nachfolgerin wird die Polizistin Doreen Denstädt aus Erfurt

taz, die tageszeitung

Dienstag 10. Januar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 583 words

Byline: Sabine am Orde

Highlight: Die Grünen schmeißen ihren Minister für Justiz und Migration, Dirk Adams, raus. Nachfolgerin wird die Polizistin Doreen Denstädt aus Erfurt

Body

Von Sabine am Orde

Die Thüringer Grünen besetzen ihre beiden Kabinettsposten in der rot-rot-grünen Minderheitsregierung mitten in der Legislaturperiode neu. Ministerin für Justiz, Migration und Verbraucherschutz wird die Polizeihauptkommissarin und Diplom-Verwaltungswirtin Doreen Denstädt. Ihre Berufung hat durchaus Symbolcharakter: Die einzige schwarze Polizistin in Thüringen nannte Bundestagsvizepräsidentin Katrin-Göring-Eckart Denstädt im vergangenen Jahr. Die Thüringer Grünen hatten sie damals nach Berlin geschickt, um den Bundespräsidenten zu wählen. Neuer Umweltminister wird Co-Landeschef Bernhard Stengele, der auch den Posten des stellvertretenden Ministerpräsidenten übernimmt.

Für die Neubesetzung schmeißen die Grünen ihren derzeit amtierenden Justiz- und Migrationsminister Dirk Adams raus. Nach intensiven Gesprächen hat sich der Landesvorstand entschieden, nach der Vakanz im Umweltministerium eine kraftvolle personelle Neuaufstellung vorzunehmen, sagte Ann-Sophie Bohm, Stengeles Co-Landeschefin, am Montag in Erfurt.

Umweltministerin Anja Siegesmund hatte kurz vor Weihnachten aus persönlichen Gründen ihren Rücktritt angekündigt. Man habe Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) gebeten, Adams als Minister zu entlassen, so Bohm weiter. Dieser Schritt ist für uns alle schmerzlich.

Besonders schmerzlich dürfte er für Adams sein. Dieser hatte am Montagvormittag auf Twitter noch betont, dass er der Aufforderung der beiden Landesvorsitzenden, selbst zurückzutreten, nicht nachkommen werde. In der derzeitigen Situation kann ich, aus Verantwortung gegenüber meinem Ministerium, dieser Aufforderung nicht nachkommen, so Adams. In der Vergangenheit gab es aus den Kommunen Kritik an der Flüchtlingspolitik der

Thüringen bekommt eine afrodeutsche Ministerin Die Grünen schmeißen ihren Minister für Justiz und Migration, Dirk Adams, raus. Nachfolgerin wird die Polizistin

Landesregierung, für die Adams bislang zuständig war. Innerhalb der Grünen ist zu hören, dass Adams als Minister bloss gewesen sei, eigene Akzente in der Migrationspolitik hätten gefehlt.

Adams Nachfolgerin, die im Thüringer Saalefeld geboren und in Erfurt aufgewachsen ist, arbeitet derzeit in der Polizeivertrauensstelle im Thüringer Innenministerium. Die 45-Jährige ist erst seit 2021 Mitglied der Thüringer Grünen und Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Innenpolitik. Der Wert einer Gesellschaft bemisst sich ganz maßgeblich am Umgang mit den Schwächsten , sagte Landeschef Stengel. Diesem Grundsatz fühle sich Denstädt verpflichtet. Mit Denstädt an der Spitze des Ministeriums unterstreiche man, welchen Stellenwert die Themen Integration und Migration für uns Bündnisgrüne haben , so Stengel.

Der Landeschef, der nun Umweltminister und Ramelows Vize wird, kommt aus dem Allgäu und hat lange als Schauspieler gearbeitet. Als Schauspielregisseur für die Bühnen in Altenburg und Gera kam er 2012 nach Thüringen, seit drei Jahren ist er Landeschef der Grünen. Dieses Amt wird er zum Landesparteitag im März zur Verfügung stellen.

Stengels habe sich nicht erst als Landeschef intensiv mit den Themen Energiewende, Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Forsten beschäftigt und ein tiefes Verständnis von der Komplexität der Klimakrise entwickelt, sagte seine Co-Vorsitzende Böhm.

Die Personaldecke der Thüringer Grünen ist dünn, sie stellen im Landtag mit fünf Mitgliedern die kleinste Fraktion. Bei der Landtagswahl 2019 hatten sie 5,2 Prozent der Stimmen erhalten. Nach Umfragen lagen sie jüngst zwischen 5 und 7 Prozent. Die nächste Landtagswahl findet regulär im Herbst 2024 statt.

Innerhalb der Grünen ist zu hören, dass Adams als Minister bloss gewesen sei

Load-Date: January 9, 2023

Hass von oben; Gewalt gegen Schwarze Migranten aus Subsahara-Afrika: Die populistische Rhetorik des tunesischen Präsidenten Kais Saied und ihre Folgen

taz, die tageszeitung

Freitag 17. März 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 1000 words

Byline: Sadem Jebali

Highlight: Gewalt gegen Schwarze Migranten aus Subsahara-Afrika: Die populistische Rhetorik des tunesischen Präsidenten Kais Saied und ihre Folgen

Body

debatte

Eine Woche, nachdem ich in Tunis demonstriert hatte und nur Stunden nach meiner Ankunft in Berlin traf ich mich mit einer Gruppe Tunesier und Vertreter afrikanischer Einwandererorganisationen, die vor der tunesischen Botschaft in Charlottenburg protestierten. Die Polizeibeamten vor der Tür schienen sich zu wundern über die Slogans, die gerufen wurden: Solidarität mit Migranten und papierlosen Migranten!, Die Diktatur von Kais Saied muss enden! . Die tunesischen Diplomaten beobachteten das Spektakel von den Fenstern der Botschaft aus.

Die Wut der Demonstranten wurde von den Ereignissen des 21. Februar angestachelt. An diesem Tag verkündete der tunesische Präsident Kais Saied, dass der tunesische Sicherheitsrat über dringende Sicherheitsmaßnahmen gegen die große Zahl irregulärer Einwanderer aus Subsahara-Afrika berate. Nach Angaben der Organisation FTDES (Forum Tunesien des Droits économiques et sociaux) leben mehr als 20.000 Menschen aus Ländern südlich der Sahara in Tunesien, was weniger als 0,2 Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht. Während des libyschen Bürgerkriegs 2011 fand eine Million Flüchtlinge in Tunesien Zuflucht und blieb länger im Land es war also keineswegs die erste Situation dieser Art.

In seiner Rede betonte der Präsident, es handele sich um eine Ausnahmesituation; schon länger sei ein Plan im Gange, Tunesiens demografische Zusammensetzung zu ändern. Nach der Revolution von 2011 sei viel Geld geflossen für die Ansiedlung illegal Eingereister aus Subsahara-Afrika eine Anspielung auf den Druck aus Italien und der EU, die Migrationsströme einzudämmen. Saied betonte die Notwendigkeit, die Migrationswelle schnell zu beenden, da die Abertausenden Migranten aus dem südlichen Afrika Gewalt, Kriminalität und inakzeptable Praktiken ins Land brächten.

Hass von oben Gewalt gegen Schwarze Migranten aus Subsahara- Afrika : Die populistische Rhetorik des tunesischen Präsidenten Kais Saied und ihre Folgen

Nur Stunden nach der Rede trendeten migrantenfeindliche Sprüche in den sozialen Medien frisch legitimiert vom politischen Diskurs. Einen Tag später nahmen Sicherheitskräfte willkürlich Schwarze Menschen auf den Straßen und in öffentlichen Verkehrsmitteln fest. Videos machten die Runde, in denen Bürger illegale Migranten angriffen und Familien aus ihren Wohnungen geräumt wurden. In den Regionen Tunis und Sfax wurden tätliche Angriffe gemeldet. In weniger als 48 Stunden waren die Schwarzen Communitys gelähmt vor Angst. Man konnte stundenlang durch Tunis laufen, ohne auch nur eine Schwarze Person zu sehen. Auch Schwarze Tunesier wurden zum Ziel von Angriffen und in den sozialen Medien begannen Verleumdungskampagnen gegen tunesische Black-Rights-Aktivistinnen wie die Feministin Saadia Mesbah. In Guinea, Mali und der Elfenbeinküste wurden eilig Rückholflüge angesetzt für Menschen, die in den Botschaften in Tunis warteten.

Im Land begann eine lebhafte Debatte über Migration, in der sich die einfache Lesart durchsetzte, das Problem seien die durchreisenden Illegalen aus dem Süden, die in Tunesien lediglich ein Transitland sähen. Dass die vielen Flüchtenden etwas mit gescheiterten Wirtschaftsreformen, Inflation, Mangel an Grundnahrungsmitteln und Staatspleiten zu tun hatten, verschwand schnell aus dem öffentlichen Bewusstsein. Die Aufmerksamkeit konzentrierte sich auf das Thema Migration und ob der Präsident denn nun recht oder unrecht habe mit seiner Haltung. Mich erinnerte das an rechtsextreme Bewegungen anderswo, etwa an die AfD in Deutschland. Was in Tunesien geschah, ist wie ein Lehrbeispiel für Massenmanipulation dafür, wie man als nicht besonders weise politische Führungsfigur die öffentliche Meinung von sich weglenken kann.

Am 6. März gab das Saied-Kabinett eine erneute Stellungnahme ab, die folgendermaßen begann: Tunesien ist überrascht über die Kampagne gegen angeblichen Rassismus in Tunesien. Tunesien weist die Anschuldigungen gegen den tunesischen Staat zurück. Wir sind ein Gründungsmitglied der Organization of African Unity (OAU), der späteren Afrikanischen Union, und haben stets nationale Befreiungsbewegungen auf der ganzen Welt unterstützt, vor allem in Afrika.

Das war ein klares Zurückrudern und eine Anerkennung der nationalen und internationalen Wirksamkeit der ursprünglichen OAU-Erklärung. Erkennbar war Druck zur Mäßigung ausgeübt worden, angesichts einer Hass- und Gewaltwelle, die nationalistische und faschistische Politiker lostraten, die dem Glauben anhängen, das Land sei bedroht durch die gezielte Ansiedlung von Menschen aus Subsahara-Afrika in Tunesien statt in Europa. Solche Behauptungen werden vom Aufstieg der extremen Rechten in Europa und ihrer restriktiven Migrationspolitik noch befeuert. Der italienische Außenminister Tajani und der Innenminister Piantedosi besuchten am 18. Januar Tunis, um über Zusammenarbeit gegen Menschenhandel zu beraten nur drei Tage vor Kais Saieds Erklärung vor dem nationalen Sicherheitsrat.

Der tunesische Präsident zeigte nur allzu deutlich, dass seine populistische Rhetorik ablenken sollte vom repressiven Vorgehen gegen politische Gegner und von seinem Scheitern an einer Wirtschaftsreform, ebenso wie von seinem Unvermögen, sich mit dem Internationalen Währungsfonds auf ein Vorgehen zu einigen, das Tunesien kurzfristig vor dem Bankrott bewahrt und längerfristige Stabilität bringt.

Ich kann nicht für alle Tunesier sprechen, aber ich kann mich auf die Tatsache berufen, dass die tunesische Geschichte immer tief in den afrikanischen Befreiungsbewegungen verankert war. Auch Kais Saied kann nicht für alle Tunesier sprechen. Solange Panafrikanisten und Menschen, die an humanistische Werte glauben, noch laut protestieren, werden Hassrede und Volksverhetzer nicht die Oberhand bekommen nirgendwo.

Aus dem Englischen: Nina Apin

Videos kursierten, in denen Bürger Schwarze angriffen und Familien aus ihren Wohnungen vertrieben wurden

Sadem Jebali ist politischer Analyst und freier Journalist. Er studierte an der Hertie School of Governance in Berlin und arbeitet mit verschiedenen nationalen und internationalen Organisationen in Deutschland und der Region Mittlerer Osten/Nordafrika zusammen.

Hass von oben Gewalt gegen Schwarze Migranten aus Subsahara- Afrika : Die populistische Rhetorik des tunesischen Präsidenten Kais Saied und ihre Folgen

End of Document

Tunesier bleiben auf dem Nachbarkontinent unerwünscht; Unter Ausschluss von Journalisten wird das Abkommen zwischen EU-Vertretern und Tunesiens Regierung im Präsidentenpalast gefeiert. Für Familien aus dem afrikanischen Staat bleiben selbst Urlaubsreisen nach Italien oder Frankreich weiterhin nahezu unmöglich

taz, die tageszeitung

Dienstag 18. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 578 words

Byline: Mirco Keilberth

Highlight: Unter Ausschluss von Journalisten wird das Abkommen zwischen EU-Vertretern und Tunesiens Regierung im Präsidentenpalast gefeiert. Für Familien aus dem afrikanischen Staat bleiben selbst Urlaubsreisen nach Italien oder Frankreich weiterhin nahezu unmöglich

Body

Aus Tunis Mirco Keilberth

Die beste Nachricht im Zusammenhang mit **Migranten** in Tunesien kam am Sonntag nicht aus dem Präsidentenpalast in Tunis, sondern aus der Sahara an der algerisch-tunesischen Grenze: Mindestens 80 Menschen, die von den tunesischen Behörden in der Hafenstadt Sfax dorthin deportiert worden waren, wurden am Sonntagabend gefunden und gerettet. Tunesische Freiwillige auf Motorrädern hatten sich auf eigene Faust in das menschenleere Gebiet begeben, um die ohne Wasser und Lebensmittel nach Süden wandernde Gruppe zu orten. Helfer des Roten Halbmonds brachten die Erschöpften aus diversen Ländern Subsahara-Afrikas schließlich in Krankenhäuser in der tunesischen Stadt Tataouine. Human Rights Watch hatte den tunesischen Sicherheitskräften zuvor vorgeworfen, Hunderte Menschen kollektiv an den Grenzen zu Libyen und Algerien ausgesetzt zu haben.

Unterdessen sprach während der Abschlusserklärung europäischer Vertreter in Tunis nur der Gastgeber, Tunesiens Präsident Kais Saied, das Schicksal der insgesamt rund 1.000 ausgesetzten Menschen an. Diese würden gut behandelt, alles andere sei Propaganda im Dienste der Schleppernetzwerke, die gegen sein Land ein Komplott gestartet hätten, so Saied in Anwesenheit von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der Regierungschefs Italiens und der Niederlande, Georgia Meloni und Mark Rutte. Anlässlich der Unterzeichnung des Migrationsabkommens gab es keine Pressekonferenz, internationale und tunesische Journalisten schauten den Ablauf aus einem Café in der Nähe des Präsidentenpalastes an. Wer ist dieser Mann? , fragte ein tunesischer Journalist des staatlichen TV-Senders Watania, als ein tunesischer Vertreter die Übereinkunft unterzeichnete. Schon vor der Zeremonie hatten tunesische Medienvertreter immer wieder bei italienischen Kollegen gefragt, wie

Tunesier bleiben auf dem Nachbarkontinent unerwünscht Unter Ausschluss von Journalisten wird das Abkommen zwischen EU-Vertretern und Tunesiens Regierung im Präs....

der Besuch des Team Europe in Tunis denn ablaufen würde. Doch selbst nach der Unterzeichnung drangen aus dem Präsidentenpalast kaum Informationen an die Öffentlichkeit. Einzige Botschaft der neuen Partnerschaft war die freundliche Stimmung.

Schon das Beantragen eines einfachen Touristenvisums zeigte den Tunesiern in den letzten Jahren, dass sie im Schengenraum unerwünscht sind. Neben unwirscher Behandlung während der an Privatfirmen ausgelagerten Prozedur erfüllten immer weniger Tunesier die finanziellen Bedingungen einer Reise nach Europa. Die Wirtschaftskrise und der Verfall der Währung machte vielen Familien den Traum von einem Urlaub in Frankreich oder Italien unerreichbar.

Den Traum von einem besseren Leben in Europa haben auch die weiterhin in Sfax und Zarzis lebenden Migranten. In Sfax übernachteten derzeit Hunderte auf der Straße, Tunesier dürfen an Migranten ohne Aufenthaltstitel weder Wohnungen vermieten noch sie für sich arbeiten lassen. Ich habe von dem Abkommen mit der EU gehört, sagt Ali aus Khartum in Sudan. Ich komme aus einem Kriegsgebiet und habe einen Ausweis des UNHCR, der mir Flüchtlingsschutz bieten sollte. Dennoch wurden viele meiner Freunde an die libysche Grenze deportiert.

Ali hat wie alle anderen Mi-gran-ten, die am Montag auf das Abkommen mit der EU angesprochen werden, kaum Hoffnung auf eine Besserung seiner Lage. Die Bevölkerung und Polizei will uns vertreiben; was in dem Vertrag steht, spielt doch keine Rolle, sagt Mohamed Amin aus dem Sudan. Ihm fehlt das Geld, um nach Europa zu reisen oder in die Heimat zurückzukehren. Wir sitzen in einer Falle, sagt er.

eu-migrationspolitik

Load-Date: July 17, 2023

End of Document

Mexikos tödliche Gleise Richtung Nordgrenze; Nachdem in den letzten Tagen sechs Migrant*innen als blinde Passagiere auf Güterzügen Richtung USA verunglückten, setzt ein mexikanisches Bahnunternehmen 60 Züge aus

taz, die tageszeitung

Donnerstag 21. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 597 words

Byline: Wolf-Dieter Vogel

Highlight: Nachdem in den letzten Tagen sechs Mi-gran-t*in-nen als blinde Passagiere auf Güterzügen Richtung USA verunglückten, setzt ein mexikanisches Bahnunternehmen 60 Züge aus

Body

Aus Oaxaca Wolf-Dieter Vogel

Mexikos Regierung tut sich schwer damit, mit der Ankunft von immer mehr Mi-gran-t*in-nen umzugehen. Das führt an vielen Orten Mexikos zu großen Problemen. Angesichts mehrerer Toter und Verletzter hat das mexikanische Bahnunternehmen Ferromex jetzt einen Teil seines Zugverkehrs auf der Reiseroute Richtung USA eingestellt.

Da in einigen Regionen des Landes immer mehr Menschen unter gefährlichen Bedingungen Güterzüge zur Reise nutzen würden, sei der Verkehr von 60 Zügen vorübergehend ausgesetzt worden, informierte die Grupo México, die Eigentümerin von Ferromex, am Dienstag. Man habe den Verkehr ausgesetzt, um das Leben und die Gesundheit der Migranten nicht zu gefährden, und warte nun auf Maßnahmen der Behörden, heißt es in einem Schreiben der Unternehmensgruppe.

In den vergangenen Tagen seien sechs Personen schwer verletzt worden oder gestorben. Tausende Menschen befänden sich auf den Waggons der Züge und auf den Betriebshöfen von Ferromex in Zentralmexiko sowie im nördlichen Bundesstaat Chihuahua. Es ist das erste Mal in so kurzer Zeit, dass eine so große Anzahl von Personen versucht hat, auf die Tankwagen und Waggons zu steigen, erklärte das Unternehmen. Videos in sozialen Netzwerken zeigen, dass sich zahlreiche Menschen auf den Gleisen bewegen.

Lange Zeit war der Güterzug, der La Bestia (die Bestie) genannt wurde, für Mi-gran-t*in-nen das wichtigste Verkehrsmittel, um aus dem Süden Mexikos Richtung US-Grenze zu reisen. Entlang der Bahnstrecke wurden Herbergen errichtet. Aufgrund zahlreicher Unfälle beim Aufsteigen sowie Überfällen krimineller Banden sahen die Menschen dann jedoch davon ab, den Zug zu benutzen. Erst mit der aktuellen starken Zunahme der Einreise steigen in den letzten Jahren wieder mehr Personen auf die Güterzüge.

Mexikos tödliche Gleise Richtung Nordgrenze Nachdem in den letzten Tagen sechs Migrant*innen als blinde Passagiere auf Güterzügen Richtung USA verunglückten, se....

Im Süden kommt es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und Einreisenden. Menschen aus Haiti und afrikanischen Staaten rissen am Montag in der Stadt Tapachula an der Grenze zu Guatemala einen Zaun nieder und versuchten, in die Räume der Migrationsbehörde (Comar) einzudringen, um Aufenthaltspapiere zu erhalten. Es kam zu Rangeleien zwischen etwa 5.000 Mi-gran-t*in-nen mit Polizei und Nationalgarde. In der Stadt im Bundesstaat Chiapas warten viele auf die Ausstellung eines Visums, ohne das eine legale Weiterreise nicht möglich ist. Nach Angaben der Comar hat sich die Zahl der Asylanträge zwischen Januar und August 2023 um 30 Prozent erhöht.

Auch im Isthmus von Tehuantepec im Bundesstaat Oaxaca sowie dessen gleichnamiger Landeshauptstadt Oaxaca de Juárez sind die Behörden angesichts der großen Menge ankommender Mi-gran-t*in-nen überfordert. Organisationen der Zivilgesellschaft müssten sich um eine humanitäre Grundversorgung kümmern, informierte die dortige Ombudsstelle für Menschenrechte. Eine provisorisch zur Unterkunft umfunktionierte Kirche könne wegen des Fehlens von Nahrungsmitteln nicht mehr genutzt werden. Die Behörde forderte die Regierung zum Handeln auf.

Hunderttausende, die sich auf der Flucht vor Armut, Gewalt oder politischer Verfolgung befinden, reisen jährlich durch Mexiko. Sie kommen aus Zentralamerika, Haiti, Kuba, Venezuela und Ecuador, aber auch aus afrikanischen und asiatischen Staaten. Die meisten von ihnen wollen in die USA, nicht wenige bleiben jedoch an der US-Grenze hängen. Vergangenes Jahr nahmen US-Beamte dort mehr als 2,76 Millionen Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere fest, etwa ein Drittel von ihnen waren Mexikaner*innen.

Mexikos Behörden sind mit der großen Zahl durchreisender Mi-gran-t*in-nen heillos überfordert

Load-Date: September 20, 2023

Schizophrene Migrationsgegner, Neandertaler der Wutbürger und die totale Vervolksfestung des 1. Mai; wie geht es uns, herr küppersbusch?

taz, die tageszeitung

Montag 08. Mai 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: GESELLSCHAFT; S. 14

Length: 749 words

Body

wie geht es uns, herr küppersbusch?

taz: Herr Küppersbusch, was war schlecht vergangene Woche?

Friedrich Küppersbusch: Vertrauen in die Demokratie schwindet.

Und was wird diese Woche besser?

42,6 Prozent Marktanteil für die Krönung in der ARD.

Laut ARD-Deutschlandtrend unterstützen vier von fünf Deutschen den Vorschlag, Asylverfahren künftig an den EU-Außengrenzen durchzuführen. Was s das nun endgültig mit Wir schaffen das ?

Harter Schlag für Nancy -Faeser: Lob von Horst Seehofer. Seit drei Jahren schimmelt der EU-Migrationspakt auf dem Tisch des Innenministeriums. Er enthält allerlei Zugeständnisse an Migrationsgegner, um den Kern eine europäische Verteilung durchzubringen. Pech: Bisher wurden nur einige abschottende Elemente durchgesetzt. Faeser will sich nun auch für die Asylverfahren an den Außengrenzen starkmachen. Kalkül vieler EU-Grenzländer: Die Verteilungsfrage so lange aussitzen, bis niemand zum Verteilen mehr reinkommt. Dass 79 Prozent der Deutschen das ebenso sehen, mag Faeser anfeuern. Diese ablehnenden Deutschen haben gerade über einer Million Kriegsflüchtligen aus der Ukraine geholfen. Immerhin sind wir so schizophren wie unsere Innenpolitik.

Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer ist aus den Grünen ausgetreten und hat eine Auszeit angekündigt, um sich professionelle Hilfe zu holen. Wer kann sich daran ein Beispiel nehmen?

Palmers jüngster Schub mit seriellem N-Wort und Selbstverleihung eines Judensterns war schon fröstelnd ähnlich den legendären Auftritten seines Vaters, des Neandertalers der Wutbürger. Kurz bevor man höflich verschweigt, dass man sein Ich und sein Über-Ich gern mal wieder in getrennten Ringecken sähe, meldet er selbst Therapiebedarf an. Das kann man nur respektieren. Politik, Macht, mediale Präsenz: Betäubungsmittel für Leute, die sich gern aus dem Weg gehen. Davon ist die Welt voll.

Schizophrene Migrationsgegner, Neandertaler der Wutbürger und die totale Vervolksfestung des 1. Mai wie geht es uns, herr küppersbusch?

Die Berliner Polizei gibt sich erstaunt über den angeblich friedlichsten 1. Mai seit 1987 . Staunen Sie auch?

Der dämonische Fressfeind des Radikalismus: Vervolksfestung. Und erstaunlich, dass diese Strategie aufging. Die Berlinenden wurden zugeschmissen mit DGB, Walpurgis, Weinfest, Rave und Tanz in den Mai. Noch heuert visitBerlin keine Komparsen an, um in Kreuzberg für Touristen ein bisschen Alarm zu machen.

Mehr Menschen als erwartet haben das Deutschland-ticket zu seinem Start Anfang Mai erworben, rund ein Viertel von ihnen hatte vorher kein Abo für den Nahverkehr. -Worauf kann sich dieser neue Kundenstamm einstellen?

Beziehungsstatus: Es ist kompliziert. Minister Wissing tanzt in den Mai mit dem Slogan Ab heute gilt: Schluss mit kompliziert und anstrengend . Stattdessen wird es kompliziert und anstrengend: Mal gilt das Ticket doch nicht auf jedem Nahverkehrszug, mal gucken Studierende in die Röhre. Der ÖPNV hat mehr Ausnahmen als Einnahmen. 750.000 Neukunden bisher werden die Endstation Sehnsucht besuchen: Je Land, desto kein Anschluss. Und gerade das kann man als Gewinn sehen: Der öffentliche Druck auf Verbesserungen sollte mit jedem neuen Fahrgast steigen. Noch prahlt Wissing mit dem Glück, zu dem er gezwungen wurde. Doch die Liberalen wollen schon bald Unfallflucht straffrei stellen.

Hollywoods Drehbuchautor*innen streiken für bessere Bezahlung, millionenschwere Showmaster wie Jimmy Fallon oder Jay Leno solidarisieren sich mit ihnen, indem sie beispielsweise gratis Donuts verteilen. Heuchelei oder Branchenzusammenhalt?

Einsicht. In den USA bewerben sich Regisseure bei Drehbuchautoren, in Deutschland gelten Schreiber bis auf wenige als austauschbares Studioproletariat. Die Hierarchie der Branche ist andersherum. Die Writers Guild organisiert viele Tausend Asse und Assinnen der Branche. Studios, die unorganisierte Schreibknechte einwechseln, nehmen sich aus dem Spiel. Kurz: Wenn die AutorInnen die Witzpipeline sprengen, hilft nur noch Lachgas.

Am Samstag stand die Krönung von Charles III. an. Was war Ihr persönliches Highlight?

Deutschlandfunk Kultur sendete spät Handels Coronation Anthems von 1727. Gewöhnungsbedürftig, aber ich hatte tagsüber zu tun und nix mitbekommen, und in der Dosis war s okay.

Und was machen die Borussen?

Die DFL plant gerade, den ganzen Laden über Jahre an einen Investor zu versklaven. Na ja, aber ausgerechnet diesmal ist die Meisterschaft so spannend.

Fragen: Luise Mosig, waam

Friedrich Küppersbusch ist Journalist, Produzent und therapiert.

Harter Schlag für Nancy Faeser: Lob von Horst Seehofer. Faeser will sich nun auch für die Asylverfahren an den Außengrenzen starkmachen

Load-Date: May 7, 2023

leserInnenbriefe; Unsinnige Fragen zur Migrationsp

taz, die tageszeitung

Dienstag 07. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 26-27

Length: 415 words

Body

leserInnenbriefe

Unsinnige Fragen zur Migrationspolitik

Radio Bremen bedient die AfD , taz nord vom 3. 11. 23

Die Frage nach der Zufriedenheit mit der Migrationspolitik ist in der Tat unsinnig, und die Frage nach dem Gelingen von Abschiebungen ist eine Suggestivfrage. Aber die zitierten Fragen betreffend die im Artikel als menschenrechtsverletzend bewerteten Forderungen bedienen keine rechten Argumentationen, da die Befragten die Forderungen auch vollständig ablehnen können. Und die Frage, wie groß die Sorge um Migrationsfolgen sei, ist im Ergebnis auch keine Suggestivfrage, da die Befragten die Sorge auch mit Null bewerten können. Mir erschließt sich außerdem nicht, dass Migranten, migrantisierte Menschen (was bedeutet das?) und Geflüchtete in der Umfrage nicht zu Wort kämen beziehungsweise deren Perspektive nicht berücksichtigt werde, weil sich die Fragen offensichtlich an Nicht-Geflüchtete richteten. Zum einen sind längst nicht alle Migranten geflüchtet. Zum anderen können auch Geflüchtete, die sich in Deutschland befinden und die Situation daher zwangsläufig aus der Perspektive eines Einwohners Deutschlands betrachten, die Fragen beantworten. Es sind im Übrigen keineswegs alle Geflüchteten und erst recht nicht alle Migranten Befürworter einer unbeschränkten Migration beziehungsweise Gegner jeglicher Abschiebungen. Budzylein, taz.de

Paradigmenwechsel notwendig

Stillstand am Elbtower ,

taz nord vom 1. 11. 23

Die Selbstreflexion im Hamburger Rathaus führt nicht weit genug. Zum einen fehlen beim Thema Elbtower immer sichtbare, kritische Reaktionen seitens der Grünen, obwohl ein derartiges gigantisches Betongebäude schon aus Klimaschutzgründen in vielen anderen Metropolen längst nicht mehr errichtet werden dürfte. Zum anderen besteht das entscheidende Defizit beim Abschiedsgeschenk von Olaf Scholz vor allem darin, dass dieses von Beginn an wie eine Blackbox ohne jegliche Beteiligung der Zivilgesellschaft vorangetrieben wurde. Deshalb bedarf es hier in jedem Fall eines deutlichen Paradigmenwechsels, da nur eine transparente und partizipative

leserInnenbriefe Unsinnige Fragen zur Migrationsp

Stadtentwicklungspolitik, bei der die Bürger ein echtes demokratisches Mitsprachrecht bekommen, auf internationaler Ebene noch vorzeigbar und zeitgemäß ist! Rasmus Ph. Helt, Hamburg

taz nord Stresemannstraße 23 22769 Hamburg briefer@taz-nord.de www.taz.de

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von Leser:innenbriefen vor.

Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Load-Date: November 6, 2023

Streit über Zollboni für ärmere Länder; Der Europäische Rat will Tarifrabatte für Entwicklungsländer an die Rücknahme Geflüchteter koppeln

taz, die tageszeitung

Montag 09. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: WIRTSCHAFT UND UMWELT; S. 10

Length: 464 words

Byline: Leila van Rinsum

Highlight: Der Europäische Rat will Tarif-rabatte für Entwicklungsländer an die Rücknahme Geflüchteter koppeln

Body

Von Leila van Rinsum

Das Europäische Parlament hat sich Zeit verschafft. Mit großer Mehrheit stimmten die Parlamentarier für den Weiterlauf des Allgemeinen Präferenzsystems (APS) der EU. Die Zollbegünstigung auf Exporte in die EU für Entwicklungsländer mit geringem Einkommen wären sonst am Ende des Jahres ausgelaufen.

Denn die Verhandlung zur Überarbeitung der Regelungen liegen seit Juni auf Eis – die Gespräche im Trilog sind pausiert. Der Europäische Rat und die Kommission wollen Zollbegünstigungen an die Rücknahme abgelehnter Asyl-be-wer-be-r*in-nen koppeln. Die Ver-hand-lungs-fü-he-r*in-nen des Europäischen Parlaments lehnen das ab.

Mit 561 zu 5 Stimmen hat das Parlament nun die bestehenden Regelungen bis Ende 2027 verlängert. Damit werden erhebliche sozioökonomische Störungen für die begünstigten Länder und auch für die Unternehmen vermieden, sagte Berichtsteratterin im Handelskomitee, Heidi Hautala (Grüne/EFA), in der Plenarsitzung. Jetzt muss der Rat noch der Verlängerung zustimmen. Der hat Bereitschaft dazu signalisiert.

Der spanische Ratsvorsitz hat außerdem angekündigt, sich für weitere Gespräche zwischen dem Parlament und dem Rat einzusetzen, um eine Einigung über eine Reformierung der Regelungen zu finden. Auch das Parlament will die Verhandlungen fortführen. Grünen-Abgeordnete Heidi Hautala betonte aber: Dies würde jedoch eine Änderung des Ansatzes des Rats in der Frage der Rückübernahme erfordern. Wir müssen das APS als Entwicklungsinstrument bewahren. Migrationspolitische Forderungen lehnt sie ab.

Mit dem Allgemeinen Präferenzsystem zahlen Entwicklungsländer mit geringem Einkommen weniger Zölle auf Ausfuhren in die EU, bei einigen Ländern und Produkten fallen Zölle ganz weg. Das gilt für mehr als 60 Länder, in denen etwa zwei Milliarden Menschen wohnen. Die Initiative der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (Unctad) wurde in der EU bereits 1971 eingeführt. Mit den Zollbegünstigungen sollten die Länder ökonomisch unterstützt und Armut bekämpft werden. Die günstigen Tarife sind an Verpflichtungen zu

Streit über Zollboni für ärmere Länder Der Europäische Rat will Tarifrabatte für Entwicklungsländer an die Rücknahme Geflüchteter koppeln

Menschenrechten und Umweltstandards gebunden. In den überarbeitenden Regelungen, die noch verhandelt werden, soll Nachhaltigkeit eine größere Rolle spielen.

So müssen begünstigte Länder Maßnahmen zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens ergreifen. Auch soll die Umsetzung der Verpflichtungen zu Menschenrechten, Arbeitsschutz oder Nachhaltigkeit besser kontrolliert werden und die örtliche Zivilgesellschaft mehr einbezogen werden. So weit besteht Einigung.

Neben den migrationspolitischen Verpflichtungen gibt es aber noch ein weiteres Streitthema. Die Mitglieder im Rat, gestützt etwa vom Wirtschaftsverband BusinessEurope, wollen stärkere Ausnahmen von Tarifbegünstigungen, wenn Einfuhren EU Produzenten gefährden .

Load-Date: October 8, 2023

End of Document

Migration löst viele Probleme ; Der Staat muss mehr Verantwortung für die Bildungschancen der Kinder übernehmen, fordert die SPD-Vorsitzende Saskia Esken. Im Kampf gegen den Fachkräftemangel setzt sie auf finanzielle Anreize und Zuzug aus dem Ausland

taz, die tageszeitung

Mittwoch 22. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BILDUNG; S. 7

Length: 1815 words

Byline: Anna Lehmann

Highlight: Der Staat muss mehr Verantwortung für die Bildungschancen der Kinder übernehmen, fordert die SPD-Vorsitzende Saskia Esken. Im Kampf gegen den Fachkräftemangel setzt sie auf finanzielle Anreize und Zuzug aus dem Ausland

Body

Interview Anna Lehmann

Das Interview findet im Büro von Saskia Esken in der SPD-Parteizentrale statt. An der Wand des Büros hängt ein großes Foto. Es zeigt Saskia Esken und Malu Dreyer, die auf die drei FDP-Minister:innen Bettina Stark-Watzinger, Marco Buschmann und Christian Lindner einreden.

taz: Frau Esken, auf diesem Foto erklären Sie der FDP gerade, wie gute Bildungspolitik geht?

Saskia Esken: Nein, das muss ich der FDP nicht erklären. Das Foto ist während der Koalitionsverhandlungen entstanden. Da haben wir immer eher über die großen Linien gesprochen. Zu den größeren Projekten, die wir dort vereinbart haben, gehört sicher auch das Startchancen-Programm für Schulen in schwieriger Lage.

Das erst 2024/2025 starten soll. Der Eindruck ist doch: Beim Thema Bildung kommt die Ampel nicht voran. Überall fehlt Personal, ein Viertel der Viert-kläss-le-r:in-nen kann nicht richtig lesen und rechnen, die Schulen sind marode.

Natürlich kann man immer sagen: too little too late. Aber Bildung ist in erster Linie Aufgabe der Länder. Weil wir als Ampel aber auch die große Aufgabe sehen, für mehr Bildungschancen und gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen, gehen wir da jetzt rein. Wir initiieren ein Startchancenprogramm, mit dem wir vom Bund für 4.000 Schulen über 10 Jahre eine Milliarde Euro pro Jahr bereitstellen, die die Länder durch entsprechende Programme doppeln können.

Hat die Haushaltssperre Auswirkungen auf das Startchancen-Programm?

Migration löst viele Probleme Der Staat muss mehr Verantwortung für die Bildungschancen der Kinder übernehmen, fordert die SPD-Vorsitzende Saskia Esken. Im Kamp....

Die aktuelle Sperre ist eine temporäre, rein technisch notwendige Maßnahme, die Sicherheit und Handlungsfähigkeit gibt, bis wir geklärt haben, auf welchem Weg wir künftig die Finanzierung der dringend anstehenden Aufgaben im Klima- und Transformationsfonds organisieren. Gleichzeitig werden wir zügig Klarheit darüber herstellen, wie wir die finanziellen Spielräume für einen handlungsfähigen Staat sichern, der aktiv die Zukunft unseres Landes und unserer Kinder gestaltet und unterstützt.

Wie sollte man das 60-Milliarden-Loch stopfen?

Da wir uns durch die Folgen der Pandemie und militärische Konflikte in einer fortdauernden krisenhaften Situation befinden, halte ich es für notwendig, die Schuldenbremse für 2023 und 2024 auszusetzen. Darüber hinaus wird durch die riesigen Aufgaben des Klimawandels, der Digitalisierung und des demografischen Wandels, die viele Haushaltsjahre und alle staatlichen Ebenen umfassen, immer deutlicher, dass wir eine Reform der Schuldenbremse brauchen in ihrer derzeitigen Form droht sie zu einer Bremse für Modernisierung, Gerechtigkeit und Wohlstand zu werden.

Die FDP will Sozialausgaben kürzen, Sie die Schuldenbremse aussetzen. Zerbricht die Ampel im Streit um den Umgang mit dem Urteil?

Wir haben bislang auf die Krisensituationen mit guten Antworten reagiert und werden auch jetzt gemeinsam Lösungen finden, die für die Stabilität und den Zukunftsmut unseres Landes erforderlich sind.

Zurück zum Startchancen-Programm. Damit erreichen sie 10 Prozent der Schüler:innen. Ist das der große Wurf?

Das ist schon ganz gut. Trotzdem: In der Frage der Bildungsgerechtigkeit braucht es einen größeren Wurf. Deshalb schlagen wir als SPD einen Deutschlandpakt für Bildung vor, für einen Aufbruch und eine enge Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen, der alle Kinder erreicht, die Unterstützung brauchen.

Im Antrag für den SPD-Parteitag im Dezember heißt es, Kinder sollten zum zweiten Geburtstag einen Kitaplatz angeboten bekommen. Ihre Partei fordert zudem regelmäßige Entwicklungstests in Kitas und Grundschulen. Der Staat soll sich stärker kümmern?

Der Staat muss da viel stärker rein, muss Verantwortung übernehmen. Und zwar dafür, dass unsere Zukunft gelingt. Und die gelingt eben nur, wenn die Potenziale aller jungen Menschen auch wirklich ausgeschöpft werden. Bund, Länder und Kommunen müssen gemeinsam entscheiden und handeln, damit das gelingt.

Was derzeit nicht der Fall ist?

Der hohe Anteil von Schülern und Schülerinnen, die die Mindeststandards im Lesen, Schreiben, Rechnen und Zuhören nicht erreichen, ist in den vergangenen 10 Jahren von 20 auf 25 Prozent nochmal massiv gestiegen. Da gibt es doch offenkundig einen Handlungsdruck. Gestiegen ist allerdings auch der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die in armutsgefährdeten Haushalten aufwachsen oder in Haushalten, in denen nicht oder nicht genügend gut deutsch gesprochen wird. Das sind genau die Schülerinnen und Schüler, die durchs Raster fallen. Und die dann auch die weiterführende Schule viel zu häufig ohne Abschluss verlassen. Da wird es schwierig mit einer Ausbildung, mit der gesellschaftlichen Teilhabe und auch mit der politischen Mitwirkung. Deswegen müssen wir den Fokus ganz gezielt auf die frühe Bildung und die Basiskompetenzen richten.

Woher kommt das Personal für den Deutschlandpakt? Schon jetzt fehlen überall Leh-re:r:in-nen und Erzieher:innen.

Wir müssen pädagogische Berufe attraktiver gestalten, auch finanziell, sodass man dort lange und zumindest nahe Vollzeit arbeiten kann. Wir haben zurzeit eine sehr hohe Teilzeitquote, denn die pädagogischen Berufe sind in den letzten Jahren immer weiblicher geworden. Wenn die Lehrerinnen Kinder bekommen, sind sie genauso in der Betreuungsfalle wie andere Mütter auch. Wenn wir es nicht schaffen, mehr Betreuungsangebote zu schaffen, wird es schwierig.

Migration löst viele Probleme Der Staat muss mehr Verantwortung für die Bildungschancen der Kinder übernehmen, fordert die SPD-Vorsitzende Saskia Esken. Im Kamp....

Das ist ein bisschen das Henne-Ei-Problem. Muss man nicht auch auf Zuzug aus dem Ausland setzen?

Am Ende müssen wir in allen Fragen des Fachkräftemangels auf die Stärkung der Potenziale im Land, aber auch auf Zuzug aus dem Ausland setzen. Das Problem ist, wir erkennen ausländische Berufserfahrungen und Qualifikationen kaum an. Es kann doch nicht sein, dass eine Frau aus dem außereuropäischen Ausland, die dort eine Grundschule geleitet hat, hier noch einmal eine Ausbildung machen muss und es am Ende zur Kinderpflegerin reicht. Viele Arbeitskräfte, die aus dem Ausland zu uns kommen, arbeiten prekär im Niedriglohnssektor und unter ihrer Qualifikation. Da müssen wir besser werden.

Der jetzige Diskurs dreht sich aber nicht um bessere Integration, sondern vor allem darum, wie man Menschen schneller wieder abschiebt. Die Jusos haben Ihnen vorgeworfen, die SPD setze dem nichts entgegen. Haben sie recht?

Deswegen ist es mir so wichtig, dass wir über die Frage zu mehr Ordnung in die Fluchtmigration nicht wieder in eine Debatte kommen, dass Migration die Mutter aller Probleme sei. Tatsächlich ist die Migration eine Lösung für viele unserer Probleme. Die Migrantinnen und Migranten, die hier in unserer Mitte leben und arbeiten, haben es nicht verdient, als Problem angesehen zu werden.

Aber genau das denken viele Menschen. Selbst der Kanzler spricht davon, man müsse jetzt in großem Stile abschieben. Finden Sie das auch?

Wir müssen jedenfalls schneller entscheiden, wer bleiben darf und wer wieder gehen muss, ja. Es gibt Asylbewerber, die nicht bleiben können, und da müssen wir Rückführungen auch wirklich durchführen. Das ist notwendig, damit wir jenen, die bleiben können und denjenigen, die zukünftig noch kommen, diesen Schutz auch gewähren können. Außerdem sind geltende und dann auch umgesetzte Regeln für das Vertrauen der Menschen in den Rechtsstaat wichtig.

260.000 Menschen sind ausreisepflichtig, von denen 210.000 eine Duldung haben. Bleiben 50.000. Sie hätten auch fordern können, diesen Menschen den Spurwechsel in einen Job zu ermöglichen. Warum nicht?

Den Spurwechsel haben wir doch schon lange beschlossen. Er heißt Chancenaufenthaltsrecht und gehört zu unserer migrationspolitischen Gesamtstrategie. Und die lautet: Wer Schutz sucht und politisch verfolgt wird, bekommt Asyl. Wer bisher geduldet wurde, der soll auch eine Integrationsperspektive entwickeln können. Wer aber mit der Intention einer wirtschaftlichen Perspektive kommt und das ist in keiner Weise verwerflich, sollte eben nicht die Fluchtroute wählen, die ohnehin gefährlich und teuer ist. Denn dafür haben wir das Fachkräfteeinwanderungsgesetz geschaffen.

Der Spurwechsel gilt nur für jene, die bis 29. März schon hier waren, für alle, die danach kamen, nicht. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz muss erst mal anfangen zu wirken. Wie wollen Sie den Diskurs, bei dem Abschiebung im Mittelpunkt steht, wieder drehen?

Am Ende muss es uns gelingen darzustellen, dass unser Land auf Migration und gelingende Integration angewiesen ist. Dass Infineon (deutscher Chiphersteller; d. Red.) gegenüber den Medien darauf hinweist, dass sie ihre Fachkräfte nur innerhalb der Werkstore beschützen können und dass die das Land wieder verlassen, wenn sie draußen Anfeindungen ausgesetzt sind das ist doch ein Alarmsignal. Jenoptik (Technologieunternehmen aus Jena; d. Red.) macht mit einer ganz starken Kampagne unter dem Motto #bleiboffen deutlich, dass ohne Zuwanderung dem Unternehmen, aber auch unserer Gesellschaft was fehlen würde. Wir müssen verstehen, dass wir Zuwanderung und eine Willkommenskultur brauchen, damit unser Wohlstand erhalten bleibt.

Das Wort Willkommenskultur wird aber auch von Po-li-ti-ke-r:in-nen kaum noch gebraucht. Aus Angst vor dem gesellschaftlichen Klima und dem Shitstorm von rechts?

Migration löst viele Probleme Der Staat muss mehr Verantwortung für die Bildungschancen der Kinder übernehmen, fordert die SPD-Vorsitzende Saskia Esken. Im Kamp....

Für mich ist Angst in der Politik kein treibender Faktor. Es geht darum, deutlich zu machen, dass wir auf Zuwanderung angewiesen sind, dass wir seit vielen Jahren Einwanderungsland sind und dass wir jetzt Integrationsgesellschaft werden müssen.

Noch einmal zurück zum Thema Bildung. Sie wollen ein Sondervermögen für Bildung. Der nächste Schuldentopf?

Nein, denn das Geld dafür soll ja nicht vom Kreditmarkt kommen. Unsere Idee eines gemeinsamen Sondervermögens soll von Bund und Ländern aus Steuermitteln gemeinschaftlich aufgebaut und bewirtschaftet werden. Dafür wollen wir zum einen sehr hohe Erbschaften und Schenkungen höher besteuern und zum anderen die Einkommenssteuer so reformieren, dass kleine und mittlere Einkommen entlastet und sehr hohe stärker in die Verantwortung genommen werden. Die Länder sollen einen Teil ihrer Mehreinnahmen aus der Erbschaft- und Schenkungssteuer in das Sondervermögen einbringen, während der Bund einen Teil seiner Mehreinnahmen aus der Reform der Einkommensteuer beisteuert. So können wir den Deutschlandpakt Bildung mit 10 Milliarden Euro pro Jahr ausstatten.

Höhere Steuern Sie wollen 2025 also nicht mehr mit der FDP regieren!?

Ich zähle auf die Kraft des Arguments. Ich bin sicher, dass auch die Hochvermögenden und Bezieher sehr hoher Einkommen verstehen, dass eine gelingende Bildung für alle Kinder und Jugendlichen die wichtigste Bedingung für künftigen Wohlstand ist und deshalb jeden Cent wert.

Es kann doch nicht sein, dass eine Frau aus dem außereuropäischen Ausland, die dort eine Grundschule geleitet hat, hier noch einmal eine Ausbildung machen muss

Saskia Esken

62, ist seit 2019 eine der beiden Bundesvorsitzenden der SPD. Beim Bundesparteitag vom 8. bis 10. Dezember in Berlin kandidiert Esken erneut zusammen mit Lars Klingbeil als Doppelspitze für den Parteivorsitz.

Load-Date: November 21, 2023

Saied sieht Verschwörung; Erst nahm sich Tunesiens Präsident Oppositionelle vor. Dann ließ er Sicherheitskräfte gegen Migranten vorgehen. Nun legt Kais Saied mit einer Verschwörungstheorie nach

taz, die tageszeitung

Donnerstag 23. Februar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 707 words

Byline: Mirco Keilberth

Highlight: Erst nahm sich Tunesiens Präsident Oppositionelle vor. Dann ließ er Sicherheitskräfte gegen Migranten vorgehen. Nun legt Kais Saied mit einer Verschwörungstheorie nach

Body

Aus Tunis Mirco Keilberth

In einer Rede vor Tunesiens Nationalem Sicherheitsrat hat Präsident Kais Saied die im Land lebenden Mi-gran-ten am Dienstag als Teil einer internationalen Verschwörung gegen Tunesien bezeichnet. Ziel sei es, die arabische Kultur Nordafrikas und den Islam durch einen Bevölkerungsaustausch zu schwächen. Die in den Präsidentenpalast geladenen Generäle sowie Vertreter des Innenministeriums und der Nationalgarde wies Saied an, gegen illegal im Land lebende Migranten vorzugehen. Der Rede vorausgegangen war in den vergangenen Tagen ein rigoroses Vorgehen tunesischer Sicherheitskräfte gegen Migranten, die oftmals aus Westafrika stammen.

Seit einer 2015 eingeführten Visafreiheit für mehrere westafrikanische Länder ist Tunesien ein beliebtes Ziel von Studenten aus der Elfenbeinküste, Guinea, Mali oder Senegal. Doch täglich überqueren auch Flüchtlinge und Migranten die Grenze nach Tunesien, um sich vor Entführung und Folter in Libyen in Sicherheit zu bringen. Zwar erhalten nur wenige Afrikaner in Tunesien einen Aufenthaltsstatus, aber fast alle finden Arbeit und eine Wohnung.

Viele Hotels, Restaurants und Betriebe hätten die Wirtschaftskrise der letzten Jahre ohne die meist unter Mindestlohn bezahlten Mi-gran-ten nicht überstanden, sagt Abir Cherif, die in ihrer Boutique in Tunis zwei Frauen aus der Elfenbeinküste angestellt hat. Doch seitdem die Polizei seit Ende letzter Woche Menschen mit dunkler Hautfarbe festnimmt, verlassen beide das Haus nicht mehr. Ich hatte gehofft, dass die Verhaftungswelle nach ein paar Tagen wieder endet, denn sie schadet dem Land wirtschaftlich, sagt Cherif, aber mit der Rede des Präsidenten wird nun sogar eine neue Welle des Rassismus durchs Land gehen.

In Tunis werden in diesen Tagen Fahrgäste mit dunkler Hautfarbe aus den Straßenbahnen und Bussen geholt und in Sammeltransporten der Polizei in Abschiebehäft gebracht. François Ehouman, ein gewählter Repräsentant von Migranten aus der Elfenbeinküste, berichtet von brutaler Behandlung der Festgenommenen auf Polizeiwachen

Saied sieht Verschwörung Erst nahm sich Tunesiens Präsident Oppositionelle vor. Dann ließ er Sicherheitskräfte gegen Migranten vorgehen. Nun legt Kais Saied mit....

sowie von Panik unter seinen Landsleuten. Viele trauen sich nicht mehr aus dem Haus. Wir wissen nicht, ob wir in Tunesien weiter leben können.

Der 45-jährige Familienvater hatte seinen Plan, nach Europa zu gehen, eigentlich aufgegeben. Als Spielervermittler hat er in den letzten zwei Jahren ein Dutzend westafrikanische Fußballtalente bei tunesischen Fußballvereinen unterbringen können; auch als Spezialist für die Wartung von Klimaanlage verdient er gut. Doch ohne Rechtssicherheit habe ich hier keine Zukunft. Die Kampagne der Regierung unterscheidet nicht zwischen Straftätern und der großen Mehrheit der Migranten, die mit harter Arbeit ein normales Leben in Tunesien bestreiten.

Um der Inhaftierung zu entgehen, schlagen sich viele Westafrikaner in die Hafenstadt Sfax durch. Auf Videos, die im Internet kursieren, erzählen sie von ihrer Angst, auf offener Straße verhaftet zu werden und ihr verdientes Geld abgeben zu müssen. Ein von der taz am Stadtrand von Tunis interviewter 25-Jähriger aus Guinea berichtet, wie Nachbarn zusammen mit Polizisten in seine Mietwohnung eindringen und ihm alle Wertsachen abnehmen. Ich könne mir aussuchen, in Abschiebehaft zu gehen oder das Land per Boot zu verlassen, erzählt er. Er und viele seiner Bekannten suchen nun in Sfax nach einem Platz auf einem Boot nach Italien.

Auch Tunesiens Zivilgesellschaft ist empört über die populistischen Bemerkungen des Präsidenten. Denn nicht nur Migranten hat Saied in seiner Rede ins Visier genommen, sondern auch Aktivisten und Oppositionelle, die seinen autokratischen Kurs kritisieren. Menschenrechtsaktivisten würden die Migrationswellen steuern, behauptete Saied.

Am Wochenende hatte die Gewerkschaft UGTT in acht Städten mehrere Tausend Menschen auf die Straße gebracht. In der Vorwoche waren mehrere oppositionelle Politiker sowie Nouredine Boutarder, Direktor eines beliebten privaten Radiosenders, festgenommen worden. Am Mittwoch folgte ein Haftbefehl gegen Boutarder. Mitten in dieser Krise begannen regierungsnahе Medien, über die vermeintliche Gefahr der Migranten im Land zu berichten, deren Anzahl auf rund eine Million geschätzt wird.

Viele Migranten trauen sich nicht mehr aus dem Haus

Load-Date: February 22, 2023

**Transit vor Europa; In Tunesien sammeln sich Geflüchtete aus ganz Afrika.
Sie wollen von dort weiter nach Lampedusa. Der Staat hat die Situation
kaum unter Kontrolle. Ein Ortsbesuch**

taz, die tageszeitung

Freitag 22. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 4-5

Length: 1685 words

Byline: Mirco Keilberth

Highlight: In Tunesien sammeln sich Geflüchtete aus ganz Afrika. Sie wollen von dort weiter nach Lampedusa. Der Staat hat die Situation kaum unter Kontrolle. Ein Ortsbesuch

Body

Aus Sfax Mirco Keilberth

Sabr Hamedi steht in den verwaisten Gassen von Afara, einem Stadtteil der tunesischen Hafenstadt Sfax, und wirkt zufrieden. Gut dass sie weg sind, sagt er. Vor zwei Wochen hatten Mi-gran-t:in-nen den weitläufigen Stadtteil noch in einen quirligen Markt verwandelt. Nun erinnern nur noch einige am Boden liegende bunte Stoffe an das Getümmel. Polizeieinheiten der Sondereinheit BIS hatten in der vergangenen Woche die letzten hier noch lebenden Mi-gran-t:in-nen nachts aus ihren Häusern geholt und außerhalb der Stadt ausgesetzt. Angesichts der wachsenden Wirtschaftskrise und einem Vorfall im Februar kippte die Stimmung gegen Mi-gran-t:in-nen in den vergangenen Monaten. Seither werden sie systematisch aus der Stadt vertrieben und sammeln sich in kleineren Küstenorten außerhalb der Stadt. Für die Mi-gran-t:in-nen ist Tunesien nur ein Zwischenstopp, sie wollen weiter nach Lampedusa.

Die Mehrheit der dort ankommenden Boote legen von den Küsten nördlich von Sfax ab. Am Sonntag vor einer Woche kamen an einem einzigen Tag 5.000 Mi-gran-t:in-nen in Italien an. In Brüssel und Rom führen diese stark steigenden Zahlen zu Unmut. Mit dem im Juli unterzeichnetem Abkommen mit Tunesiens Präsident Kais Saied hatte man Finanzhilfen von über einer Milliarde Euro im Gegenzug zu einem verstärkten Vorgehen der tunesischen Sicherheitskräfte gegen die Schmuggler in Aussicht gestellt. Ursula von der Leyen, die Präsidentin der Europäischen Kommission, reiste am vergangenen Sonntag mit Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni nach Lampedusa, um sich ein Bild von der Lage auf der Insel zu machen. Die beiden kündigten einen 10-Punkte-Plan an, mit dem der zunehmend umstrittene Migrationspakt, der im Juli mit Tunesien unterzeichnet wurde, gerettet werden soll. Zu den neuen Maßnahmen gehört die Aufstockung der Gelder an die Behörden, die an der Bekämpfung der irregulären Migration nach Europa beteiligt sind. In Sfax ist von einer Verbesserung der Lage noch nichts zu spüren.

Transit vor Europa In Tunesien sammeln sich Geflüchtete aus ganz Afrika. Sie wollen von dort weiter nach Lampedusa. Der Staat hat die Situation kaum unter Kontr....

Afara wurde in den letzten zwei Jahren zum Ziel der nach Europa reisenden Mi-gran-t:in-nen aus West- und Zentralafrika. Sabr Hamedi und seine Freunde sind froh, dass die Geflüchteten jetzt weg sind. Gleichzeitig sind sie auch ein wenig wehmütig. Denn mit ihrer Abreise ist auch eine Geldquelle verloren gegangen. 20.000 Menschen kamen über Algerien oder Libyen hierhin, schätzt Hamedi, der an der Universität von Sfax als Ingenieur lehrt. Als Tagelöhner auf Olivenhainen und kleineren Betrieben außerhalb von Sfax verdienen sie das nötige Geld, um die Überfahrt von einem der nahegelegenen Fischerdörfer nach Lampedusa zu finanzieren. Zudem profitierten die Einheimischen mit dem Vermieten von Wohnungen und Läden. Es war eine Win-Win-Situation, doch im Februar eskalierte die Lage mit einem vermeintlichen Mord.

Ein paar Straßen weiter war damals ein aus Afara stammender Vermieter unter bis heute ungeklärten Umständen ums Leben gekommen. Es gab angeblich Streit mit Mi-gran-t:in-nen aus der Elfenbeinküste, die nicht wie abgesprochen zu viert, sondern mit doppelt so vielen Menschen eingezogen waren, erinnert sich Hamedi. Dann ging plötzlich alles ganz schnell. Die Wut über die seit Beginn des Ukraine-Krieges rasant gestiegenen Preise, die wachsende Zahl neu eintreffender Afrikaner und der Mord hätten zu ersten Straßenprotesten der Anwohner geführt, sagen die Nachbarn von Sabr Hamedi.

Ihren Höhepunkt erreichte die Hetze mit einer Rede des tunesischen Präsidenten Kais Saied eine Woche nach dem Mord. Dieser hatte angesichts der Wirtschaftskrise an Popularität verloren und nutzte den Moment, um sein Image zu polieren. Öffentlich bezeichnete er die meist ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung in Tunesien lebenden Mi-gran-t:in-nen als Verschwörung gegen die arabische und islamische Identität Tunesiens. Stunden später rollte eine Welle der Gewalt durch Tunis und die 280 Kilometer südlich gelegene Industrie- und Handelsstadt Sfax. Wir Anwohner beschlossen spontan, sie gemeinsam auf den Beb Jebli-Platz im Stadtzentrum zu treiben, sagt ein Bewohner aus Afara.

Mitte September ist die riesige Rasenfläche des Beb Jebli-Platzes menschenleer. Vergangene Woche schliefen auf dem Kreisel jede Nacht noch hunderte Menschen, die aus ihren Wohnungen vertrieben worden waren. Jetzt stehen hier nur Polizisten im Schatten der Straßenbäume und beobachten stumm das Geschehen. Das Geschäft mit den aus Algerien und aus Libyen eintreffenden Migranten wird wieder heimlich betrieben.

Fast stündlich kommen Flüchtlinge aus dem Sudan und Äthiopien in Sammeltaxis am Beb Jebli an. Bis vor Kurzem vernetzten Mittelsmänner die Ankommenden nach wenigen Minuten mit Schmugglern und anderen Migrant:innen, die entlang der 50 Kilometer langen Küste nach Lampedusa fahren wollten. Nun verlassen sie umgehend die Stadt oder verstecken sich, sagt der Taxifahrer Osama. Seitdem die schwarz gekleideten Polizeieinheiten im Einsatz sind, muss auch er vorsichtig sein. Taxifahrern ist das Mitnehmen von Mi-gran-t:in-nen verboten. Aber ich kenne die Schleichwege und drücke einigen Leuten ein wenig Geld in die Hand, lacht er. Die umgerechnet 30 Euro, die ihm Mi-gran-t:in-nen für die 30 Kilometer von Ben Jebli nach Al Hamra zahlen, verdient der 35-Jährige sonst in zwei Tagen. Dass Sfax nun migrantenfrei ist, haben ein paar Nationalisten am Wochenende mit einer kleinen Demonstration gefeiert. Aber für viele von uns war Migration die einzige wirklich lukrative Einnahmequelle, wir sehen mit Sorgen in die Zukunft, sagt ein anderer Taxifahrer.

Um die ehemals in Sfax lebenden Menschen zu treffen, folgt man einfach den vielen Menschen, die am Straßenrand mit Rucksäcken und Wasserflaschen bepackt gen Norden gehen. Weil die Einsatzkommandos der Polizei nach Sonnenuntergang alle nicht Einheimischen einsammeln und am Stadtrand aussetzen, machen sich seit letztem Montag auch diejenigen auf den Weg, die bisher noch in Sfax ausgeharrt hatten. Ihr Ziel ist das Fischerdorf Al Amra.

Die Landstraße dorthin führt an Olivenfeldern und Fabriken vorbei. Hunderte Mi-gran-t:in-nen sind heute unterwegs. Am Straßenrand stehen vereinzelt junge Männer aus Westafrika, die sich dort das Geld für die Überfahrt nach Lampedusa verdienen. Die 1.000 Dinar (umgerechnet 320 Euro), habe ich in zwei Wochen zusammen, sagt der Nigerianer Jonathan und geht zurück in den Schatten eines Olivenbaumes. Zwei Männer aus der Elfenbeinküste gehen trotz der stechenden Sonne weiter, sie zeigen Vorbeifahrenden, dass ihre Plastikflaschen mit Wasser leer sind. Ich habe kein Geld in der Tasche, sagt Issouf, seinen echten Nachnamen will er nicht nennen. Am Vortag hatte eine tunesische Marine-Patrouille ihr Boot mit 30 anderen Migranten vor Sfax aufgebracht. Sie brachten uns

Transit vor Europa In Tunesien sammeln sich Geflüchtete aus ganz Afrika. Sie wollen von dort weiter nach Lampedusa. Der Staat hat die Situation kaum unter Kontr....

in den Hafen von Sfax und sagten, wir sollen wegen des auffrischenden Windes ein paar Tage warten, bis wir es wieder probieren. Nun schlagen sich die beiden bis nach Al Amra durch und arbeiten tageweise bei Bauern. Spätestens in zwei Wochen probieren wir wieder, mit dem Boot nach Lampedusa zu gelangen , sagt Issouf.

Wenige Minuten in einem Café der kleinen Gemeinde El Ghroub, direkt am Stadtrand von Sfax, reichen, um zu verstehen, wie sich alle Akteure an die neue Lage anpassen. Statt in Sfax tummeln sich die Mi-gran-t:in-nen jetzt hier. Vor Kurzem hatte ich ein paar schlecht gelaunte Kunden am Tag und wollte dicht machen , lacht der Besitzer Yassin. Auch er bittet, seinen Nachnamen und den Namen des Cafés nicht zu veröffentlichen. Ansonsten spricht er inmitten von mindestens 80 Gästen ganz offen über die Geschehnisse der letzten Tage. Ein sudanesischer Mittelsmann wäre zusammen mit einem Fischer aus dem Dorf aufgetaucht und habe nach Häusern gesucht. Wegen der günstigen Mieten und der Nähe zu dem Fischerhafen Sidi Mansour hatten sie den Ort als neuen Logistik-Hub für die sudanesischen Flüchtlinge ausgewählt. Die jungen Sudanesen sitzen in Yassins Cafe und spielen Karten. Als wir mit einigen ins Gespräch kommen wollen, legt ein in der Ecke sitzender Mann den Zeigefinger auf seine Lippen. Niemand traut sich, mit einem Journalisten zu sprechen.

Im Minutentakt fahren junge Tunesier vor und handeln mit kleinen Gruppen von Gästen die Preise für die Überfahrt nach Lampedusa aus. Ein Lieferwagen aus Sfax bringt Matratzen und neue Ware für den Supermarkt. Zuerst waren einige meiner Nachbarn sauer, dass hier plötzliche mehrere Hundert Sudanesen leben , berichtet Yassin und zuckt mit den Schultern. Ich habe sie daran erinnert, dass wir alle noch vor einem Jahr kaum Geld zum Essen hatten und es nun allen im Dorf wirtschaftlich gut geht. Ein PolizeijEEP mit Beamten in Zivil fährt im Schrittempo vorbei. Sie wissen Bescheid, was hier vor sich geht, aber sorgen nur dafür, dass alles friedlich bleibt , sagt Yassin.

Auch das selbst in Sfax bisher kaum bekannte Dorf Al Mara erlebt durch die wachsende Zahl an Mi-gran-t:in-nen einen nie da gewesenen Wirtschaftsboom. In den Cafés sitzen die Migranten neben furchteinflößend dreinschauenden Fischern. Ist doch klar, warum die Behörden jetzt alle hier zu uns bringen , sagt Mohamad, der Frikasse - Brötchen in eine Fritteuse wirft. Der Staat ist doch in Wirklichkeit gar nicht in der Lage das Phänomen der Migration zu begrenzen, so wie man es den Europäern versprochen hat. Daher hat man das Geschehen einfach in die entlegenen Dörfer verlagert. Aber glauben Sie mir, alle, die Sie hier sehen, sind spätestens im Oktober auf Lampedusa.

In Sfax feiern die Medien derweil den Erfolg der Intervention aus Tunis. Sfax ist wieder sauber , sagt ein Moderator des Radiosenders Diwan FM. In der nächsten Woche will die Stadtverwaltung von Sfax damit beginnen, die Bürgersteige und Straßen zu renovieren und für die Ankunft der Touristen vorzubereiten. Viele Einheimische glauben, dass Mi-gran-t:in-nen wieder in die Stadt kommen, sobald die Sondereinheiten der Polizei weg sind. Und die Migration nach Lampedusa geht weiter.

Die Einheimischen profitieren von den Mi-gran-ten. Sie arbeiten als Tagelöhner für sie

Der tunesische Staat ist gar nicht in der Lage, die Versprechen an Europa einzuhalten

Load-Date: September 21, 2023

Willkommen in Arbeit ist wohl überflüssig; Das Flüchtlingsprojekt muss bis zum Jahresende alle Büros schließen, weil der Sozialverwaltung das Geld fehlt

taz, die tageszeitung

Freitag 17. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 22

Length: 776 words

Byline: Marina Mai

Highlight: Das **Flüchtlingsprojekt** muss bis zum Jahresende alle Büros schließen, weil der Sozialverwaltung das Geld fehlt

Body

Von Marina Mai

Vor vier Jahren war der Syrer schon einmal in dem Willkommen in Arbeit -Büro in Spandau. Er wurde in einen Deutschkurs vermittelt, bekam Hilfe beim Schreiben des Lebenslaufs und fand mit Unterstützung des Büros einen Arbeitsplatz. Jetzt ist er wieder hier. Den vermittelten Job kann er aus gesundheitlichen Gründen nicht länger ausüben. Er möchte U-Bahn-Fahrer werden und braucht Hilfe, um einen Ausbildungsplatz zu finden.

Für Laura Geiling, **Migrationsberaterin** von der GIZ GmbH, ist das ein vergleichsweise einfacher Fall: **Geflüchtete** haben oft andere Probleme bei der Jobsuche als andere Leute, und hier finden sie alles aus einer Hand, sagt sie. Da geht es etwa um Schulabschlüsse, die nachgeholt werden müssen, um die Anerkennung vom im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen, um Sprachhürden und aufenthaltsrechtliche Fragen.

Letzteres war so bei dem 19-jährigen Libyer, der in ihrem Büro nur Hilfe beim Schreiben des Lebenslaufes suchte. Er war abgelehnter Asylbewerber, hatte nur eine Duldung, sprach aber fast akzentfrei Deutsch und ging zur Schule, sagt Geiling. Im Gespräch zeigte sich, dass er ein Fall für das Chancen-Aufenthaltsrecht war.

Das bekam er und mit dem darf er bald sogar eine Ausbildung beginnen, worauf er nie Hoffnung hatte. Und seine Eltern haben nach sieben Jahren Nichtstun in Deutschland erstmals die Möglichkeit, Deutsch zu lernen und können später auch arbeiten, erzählt die Beraterin.

Ein anderer Fall: Ein 30-jähriger Eritreer, der 2015 nach Deutschland kam und bisher im Reinigungsgewerbe arbeitete, möchte ebenfalls U-Bahn-Fahrer oder auch S-Bahn-Fahrer werden. Doch er hat nie einen Schulabschluss erworben. Den müsste er erst einmal nachholen, auch sein deutsches Sprachniveau verbessern.

Willkommen in Arbeit ist wohl überflüssig Das Flüchtlingsprojekt muss bis zum Jahresende alle Büros schließen, weil der Sozialverwaltung das Geld fehlt

Ein komplexer Beratungsfall, für den man normalerweise viele verschiedene Stellen aufsuchen müsste. Hier gibt es alles aus einer Hand.

Im Willkommen in Arbeit -Büro arbeiten vier Angestellte. Dazu kommen 16 BeraterInnen und SprachmittlerInnen, die auf verschiedene Themen spezialisiert sind, regelmäßig in das Ladenlokal in der Spandauer Altstadt. Dieses und ein weiteres Büro in Lichtenberg wurden 2016 eröffnet, um Geflüchteten schneller eine Arbeit zu vermitteln.

Doch zum Jahresende sollen sie geschlossen werden. Im Entwurf für den Landeshaushalt sind keine Gelder mehr dafür vorgesehen. Stefan Strauß, Sprecher von Arbeitssenatorin Cansel Kiziltepe (SPD), begründet das mit knappen Finanzen. Die zur Verfügung stehenden Mittel reichen nicht aus, um alle bisher geförderten Maßnahmen fortzusetzen. Allerdings würden, so Kiziltepe, die Beratungen nicht ersatzlos gestrichen. Sie würden beispielsweise in den Stadtbezirken, Unterkünften für Geflüchtete, in Volkshochschulen und anderen bereits bestehenden Einrichtungen fortgesetzt.

Die Spandauer BeraterInnen schütteln den Kopf. Ich kann meinen Ratsuchenden keine Stelle nennen, wo sie ab Januar hingehen können, sagt eine Beraterin der taz. Die grüne Abgeordnete Tonka Wojahn teilt die Problemsicht: Wenn der Senat die Ausbildungsberatung, Berufsorientierung und Arbeitsvermittlung den Volkshochschulen und Flüchtlingsheimen übertragen will, muss er ihnen dazu auch die personellen Ressourcen zur Verfügung stellen, damit sie mit diesem ganzheitlichen Konzept für die Zielgruppe arbeiten können.

Die Grünen haben einen Änderungsantrag zum Haushaltsentwurf gestellt, der Kürzungen für Berufsvorbereitung, Jobcoaching und Beratungen zurücknehmen sollte. Doch der wurde, so Wojahn, abgelehnt. Sie sagt: Dabei haben wir gerade hier eine dynamische Situation. Es kommen weitere Geflüchtete, sie brauchen ganzheitliche Konzepte mit dauerhaften AnsprechpartnerInnen und Vertrauenspersonen.

Eine unterschiedliche Wahrnehmung gibt es auch beim Bedarf: So habe der Senat ihr mitgeteilt, dass die Willkommen in Arbeit -Büros stark sinkende Kundenzahlen hätten. In diesem Jahr sollen es laut Senat nur 387 Beratungsgespräche gewesen sein, sagt Wojahn. Das Spandauer Büro selbst hat allerdings in den ersten drei Quartalen dieses Jahres 1.200 spontane Kurzberatungen plus 2.000 Beratungen nach Terminvereinbarung statistisch erfasst. Tendenz steigend, sagt Geschäftsführerin Britta Marschke. Hinzu kämen Informationsveranstaltungen zu konkreten Berufsfeldern wie beispielsweise die Altenpflege.

Der Bedarf an unseren nie-dringschwelligen ganzheitlichen Beratungen ist da. Wir erreichen die Zielgruppe, haben bei vielen Menschen seit sieben Jahren Vertrauen aufgebaut und tragen dazu bei, dass Geflüchtete schneller und passgenauer Arbeit finden, sagt Marschke.

Die Arbeit der Büros würde in bereits bestehenden Einrichtungen fortgesetzt, sagt die Senatsverwaltung

Load-Date: November 16, 2023

Vor den Zäunen; Hawaou aus Guinea sitzt fest, genauso wie der Syrer Akram mit seiner Familie. Tausende Migranten versuchen an der Grenze Serbiens zu Ungarn, einen Weg in die Europäische Union zu finden. Menschen wie der deutsche Mediziner Nicolai Kißling stehen ihnen bei doch wirklich helfen können sie nicht

taz, die tageszeitung

Dienstag 17. Januar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 4-5

Length: 2560 words

Byline: Marita Fischer

Highlight: Hawaou aus Guinea sitzt fest, genauso wie der Syrer Akram mit seiner Familie. Tausende **Migranten** versuchen an der Grenze Serbiens zu Ungarn, einen Weg in die Europäische Union zu finden. Menschen wie der deutsche Mediziner Nicolai Kißling stehen ihnen bei doch wirklich helfen können sie nicht

Body

Aus Horgo Marita Fischer

Hawaou sitzt auf ihrer Jacke auf einer vom Regen durchweichten Wiese. Hinter ihr ragen heruntergekommene Häuser, alte Stallanlagen und einige Zelte in den bewölkten Himmel. Einige Hundert Meter vor ihr fahren vereinzelt Autos auf einer Schnellstraße vorbei. Und knapp einen Kilometer hinter dieser Straße verläuft die serbisch-ungarische Grenze. Dahinter beginnt die Europäische Union. Hawaou stammt aus dem afrikanischen Guinea und möchte in die EU. Ihre erste Station wäre Ungarn. Doch da gibt es diesen meterhohen, mit Stacheldraht gesicherten Grenzzaun.

Hawaou trägt eigentlich einen anderen Namen, doch sie möchte nicht, dass dieser in der Zeitung steht. Sie sei schon einmal in Ungarn gewesen, erzählt sie. Anfang November sei das gewesen, und sie habe es bis nach Budapest geschafft. Aber dort angekommen wurde sie von ungarischen Beamten aufgegriffen und zusammen mit anderen Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus zurück nach Serbien gebracht. Jetzt harret sie in der provisorischen Unterkunft zwischen der serbischen Schnellstraße und dem Grenzzaun aus und bereitet sich auf ihren nächsten Grenzübertrittsversuch vor. Der Weg ist wirklich nicht leicht, sagt sie leise und kopfschüttelnd. Ihr Reisegefährte ein junger Mann, ebenfalls aus Guinea nickt dazu bekräftigend.

Nach Schätzungen von internationalen humanitären Organisationen hausten zu Beginn dieses Winters rund 3.500 Menschen in inoffiziellen Camps im Norden Serbiens. Über 5.000 lebten in den offiziellen Camps des Landes. Weil diese Camps teils kilometerweit im Landesinneren liegen, entscheiden sich viele der Migranten für die inoffiziellen

Vor den Zäunen Hawaou aus Guinea sitzt fest, genauso wie der Syrer Akram mit seiner Familie. Tausende Migranten versuchen an der Grenze Serbiens zu Ungarn, eine....

Lager. Von dort aus sind die nächsten Grenzen zur Europäischen Union die ungarische, die kroatische und die rumänische zu Fuß erreichbar.

Auf dem Feldern in der Nähe der Kleinstadt Horgo, wo Hawaou Unterschlupf gefunden hat, leben etwa 500 Menschen. Hawaou sticht aus der Menge heraus, denn sie scheint die einzige Frau unter Hunderten Männern zu sein. Für mich als Frau ist es besonders schwer hier, erzählt sie. Es gibt kaum Privatsphäre. Ich kann mich nicht unbeobachtet waschen und ich habe auch keinen Zugang zu Hygieneprodukten für Frauen.

In einigen Räumen sind Decken und ungenutzte Kleidung zu einem notdürftigen Schlaflager ausgebreitet. Um die Gebäude herum stehen Zelte, in denen weitere Menschen unterkommen. Auf der umliegenden freien Fläche sind Feuerstellen zum Kochen von Speisen entstanden und Plätze zum Waschen. Ein nur durch Gestrüpp abgetrenntes Areal dient als Toilette. Strom und fließend Wasser gibt es nicht. Überall liegt der Müll herum, in manchen Ecken des Areals wird er verbrannt. Immer wieder wabert der süßliche Gestank von brennendem Kunststoff über die Wiese.

Hygienisch sind das schon schwierige Zustände in den Behausungen, urteilt Nicolai Kißling, ein deutscher Arzt, der medizinische Unterstützung für Schutzsuchenden in den inoffiziellen Camps im Norden Serbiens leistet.

Nur wenige Kilometer entfernt leben Akram und seine Familie in einem aus blauer Plastikplane und Ästen gebauten Zelt. Sie sind vor dem Krieg in Syrien geflüchtet, sagen sie. Ihr Weg hat sie über die Türkei und Bulgarien bis nach Serbien gebracht. Ihr Ziel ist Frankreich. Sie haben dort Verwandte und möchten ihren Kindern ein besseres, ein angstfreies Leben ermöglichen, erklärt der Familienvater, auch er trägt in Wirklichkeit einen anderen Namen.

Die drei kleinen Kinder laufen und hüpfen um die umstehenden Zelte herum, während die Mutter in einem Topf Reis rührt, der auf einem improvisierten Rost über einer Feuerstelle steht. Auch in diesem Camp leben mehrere Hundert Menschen. Sie kommen aus Syrien und Afghanistan. Einige Menschen aus Burundi, Pakistan und Tunesien nutzen die Visaabkommen, die Serbien als diplomatischen Dank für die Nichtanerkennung der Souveränität des Kosovos mit diesen Ländern geschlossen hat, um über Serbien in die EU zu gelangen.

Im Vergleich zum letzten Jahr beobachten wir eine Verdreifachung der Anzahl an Menschen, die in inoffiziellen Unterkünften im Norden Serbiens leben, erzählt Betty Wang, die Projektkoordinatorin der internationalen Flüchtlingshilfsorganisation CollectiveAid in Subotica.

Milica vabi ist Anwältin. Sie lebt in Belgrad und arbeitet seit acht Jahren für die serbische NGO klikAktiv, die gratis Rechtsberatung für Schutzsuchende anbietet. Wir informieren die Menschen über ihre Möglichkeiten hier in Serbien, aber auch über das EU-Asylsystem. Themen wie Familienzusammenführung und das Eurodac-System (ein EU-weites Fingerabdruck-Identifizierungssystem; d. Red.) sind wichtige Themen für die durchreisenden Migrant:innen, erklärt die Belgrader Anwältin. Einmal in der Woche fährt das Team von klikAktiv aus der serbischen Hauptstadt in den Norden des Landes und besucht die inoffiziellen Camps.

Nicolai Kißling lebt seit März vergangenen Jahres im nordserbischen Subotica, einer Stadt mit mehr als 100.000 Einwohner:innen. Er koordiniert dort das Projekt und die Einsätze der Hamburger Hilfsorganisation Medical Volunteers International (MVI). Fast jeden Tag fahren deren Freiwilligen in eine der von Mi-gran-t:in-nen bevorzugten Regionen in Grenznähe, um medizinische Unterstützung zu leisten. Ich war letztes Jahr in Griechenland und bin da irgendwie in die Geflüchtetenarbeit gestolpert, erzählt Kißling von den Anfängen seines Engagements. Es sind die Kontakte und Bindungen zu den Menschen auf der Flucht, die Kißling in dieser Zeit aufbauen konnte, die ihn motivieren, die Arbeit an den EU-Außengrenzen weiterzuführen. Ich finde, dass es eine extreme Ignoranz gegenüber dem Thema der Flucht über die Balkanroute gibt. Und gerade im Norden der Route gibt es sehr viel Misshandlung und wenige Hilfsstrukturen.

So ist Kißling im letzten März nach Subotica gezogen. Die Interaktion mit den meisten Menschen ist sehr nett. Sie freuen sich über die Hilfe, die wir anbieten können. Als unabhängige Organisation ist Medical Volunteers International ein neutraler Player, der unparteiisch medizinische Unterstützung für alle anbietet. Deswegen werden die Ärzt:in-nen meist herzlich empfangen. Ich nehme es aber auch niemandem übel, wenn sie sauer sind auf

Vor den Zäunen Hawaou aus Guinea sitzt fest, genauso wie der Syrer Akram mit seiner Familie. Tausende Migranten versuchen an der Grenze Serbiens zu Ungarn, eine....

weiße Menschen. Am Ende sehen die Typen, die die Schutzsuchenden am Grenzzaun zurückprügeln, nicht so viel anders aus als ich. Wenn es vereinzelt Unmut gegen das Team von Kißling gibt, nehmen es die Hel-fe-r:in-nen verständnisvoll auf. Die Menschen sind in dieser Situation wegen Europa und dann kommen Eu-ro-päe-r:in-nen und wollen sie unterstützen natürlich ist das auch absurd.

Häufig sehen Kißling und sein achtköpfiges, aus jungen Freiwilligen mit medizinischer Ausbildung bestehendes Team Verletzungen, die sich die Menschen bei dem Versuch eines Grenzübertritts zugezogen haben. Nicht selten bleiben Menschen mit einem Finger beim Überklettern des Zauns hängen. Nicht selten sehen wir komplett aufgerissene Hände mit tiefen Wunden. Ab und zu reißen sich Menschen sogar Finger ab, sagt Kißling. Blasen, aufgeschürfte Füße und Hypothermie behandeln die Freiwilligen ebenfalls immer wieder.

Neben den Verletzungen, die sich Menschen beim nächtlichen Überqueren des meterhohen Stacheldrahts zuziehen, behandeln die Mediziner immer wieder Spuren körperlicher Gewalt. Wir sehen Spuren von Schlagstöcken, von Kabeln, von Tränengas, von Tritten und Teasergebrauch erzählt Kißling. In der Datenbank des Border Violence Monitoring Network sind zahlreiche Berichte über folterähnliche Behandlung und unmenschliche Erniedrigung an der Grenze zusammengetragen. Dazu zählt das zwangsweise Einflößen von Lebensmitteln, die die Personen etwa aus religiösen Gründen nicht zu sich nehmen möchten, das Aussetzen in extremer Kälte sowie Zwangsentkleidung sind genauso Teil der Grenzgewalt wie Diebstahl und die Zerstörung privater Gegenstände.

Im September 2022 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) die Rückführung von illegal eingereisten Mi-gran-t:in-nen aus Ungarn nach Serbien ohne individuelle Prüfung des Asylbegehrens als Verstoß gegen die Menschenrechte bewertet. Diese sogenannten Pushbacks verstießen gegen das Verbot der Kollektivausweisung, so das einstimmige Urteil der Straßburger Richter:innen. Den Versuch der ungarischen Regierung, diese Rückführungen durch ein nationales Gesetz zu legalisieren, hatte der Gerichtshof der Europäischen Union (CJEU) schon 2020 für EU-rechtswidrig erklärt. Nationale Gesetze der Mitgliedstaaten der EU unterliegen dem übergeordneten Recht der Union. Das ungarische Gesetz ist daher aufgrund der Entscheidung des Gerichtshofs hinfällig.

Trotzdem schiebt Ungarn weiterhin systematisch Tausende schutzsuchende Menschen über die Grenze nach Serbien ab. Allein in der ersten Hälfte des Jahres 2021 waren es monatlich durchschnittlich 3.000 bis 4.000 Personen, geht aus einer Statistik des Hungarian Helsinki Committee hervor. Die EU-Staaten müssten sich eigentlich nur an geltende Gesetze halten. Dann würde es den Menschen hier schon um einiges besser gehen, sagt Kißling.

Obwohl ein Zaun und die Grenz-be-am-t:in-nen ihnen den Weg in die Europäische Union versperren, versuchen Hawaou, Akram und Tausende andere Migranten immer wieder, einen Asylantrag in der EU zu stellen. Sichere Fluchtrouten, humanitäre Visa oder Korridore für Menschen, die aus Kriegsgebieten fliehen und gute Aussicht auf einen Schutzstatus in der EU haben, gibt es nicht. Ich verstehe nicht, warum es keinen Weg für sie gibt, legal nach Europa zu gelangen. Ihre Menschenrechte werden an den Außengrenzen regelmäßig buchstäblich mit Füßen getreten, aber wenn sie dann in der EU sind, dann heißt es, dass wir diese Menschen schützen wollen. Das ist doch schizophren, kommentiert Kißling.

Eigentlich sollte das serbische Asylsystem an das der EU angepasst sein. Die Realität sieht anders aus. Die Menschen in den offiziellen Camps werden von den Behörden einfach nicht registriert, erklärt die Anwältin Milica vabi. Ohne die Möglichkeit, einen legalen Status zu erlangen, ist ihnen der Zugang zu staatlichen Leistungen versperrt. Illegalisierte Mi-gran-t:in-nen erhalten keine Sozialleistungen, Kinder können nicht zur Schule gehen, oftmals werden sie nicht einmal in Krankenhäusern behandelt. Das macht die Menschen sehr vulnerabel. Sie sind ausbeuterischen Strukturen schutzlos ausgeliefert, sagt vabi.

Schmuggler fordern hohe Summen für die Bereitstellung von Leitern, um einen Grenzübertritt zu erleichtern. Banden haben sich den Grenzzaun untereinander aufgeteilt und verteidigen ihre Abschnitte wenn nötig mit physischer Gewalt. Wer die nötige Summe nicht aufbringen kann, muss Zwangsarbeit in den inoffiziellen Camps leisten, denn auch diese werden von den Schmuggelbanden kontrolliert. Es herrschen klare Hierarchien und

Vor den Zäunen Hawaou aus Guinea sitzt fest, genauso wie der Syrer Akram mit seiner Familie. Tausende Migranten versuchen an der Grenze Serbiens zu Ungarn, eine....

Machtstrukturen, die auch die Arbeit der Hilfsorganisation Medical Volunteers International beeinflussen. Dass es in den inoffiziellen Camps ausbeuterische Machtstrukturen gibt, die zum Teil von der organisierten Kriminalität beherrscht werden, macht das ungestörte Ausführen unserer Arbeit manchmal unmöglich, erzählt Kißling. Er berichtet, dass es schon mehrfach vorgekommen sei, dass er und sein Team einen bestimmten Bereich der Camps abrupt verlassen mussten, da ihre Sicherheit in Gefahr war. Sichtbar sind diese Formen der Gewalt in den Camps nicht auf den ersten Blick. Nach einigen Besuchen kann man nur anhand der Kleidung und des Habitus einiger der dort Lebenden erahnen, wer weiter oben in der Rangordnung steht.

Wir haben viele Frauen getroffen, bei denen wir vermuten, dass sie Opfer von Zwangsprostitution sind, sagt die Anwältin vabi. Die Frauen seien wohl oft abgeschottet in Hinterzimmern anzutreffen, oder in Hotels in der Stadt. Anhand ihrer Geschichten, ihrer Kleidung und daran, wie lange sie schon hier sind, können wir erahnen, dass sie Zwangsprostitution leisten müssen, sagt die Serbin. Offen darüber zu sprechen oder gar um Hilfe zu bitten traut sich niemand. Staatliche Schutzmöglichkeiten oder Frauenhäuser fehlen. Die betroffenen Frauen können der Gewalt nur entfliehen, wenn sie genug gearbeitet haben, um sich den Grenzübergang leisten zu können, sagt vabi.

Statistiken zeigten, dass auf der ungarischen Seite der Grenze etwa gleich viele Männer und Frauen ankommen. In den provisorischen Camps auf der serbischen Seite sind aber kaum Frauen zu finden, was die Aussage der Belgrader Aktivistin, dass viele Frauen abgeschottet und sexuell ausgebeutet werden, unterstützt. Auch deswegen ist Hawaou aus Guinea die einzige sichtbare Frau unter Hunderten Männern in der Unterkunft zwischen der Schnellstraße und dem Grenzzaun.

Ende November kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Mi-gran-t:in-nen im Grenzgebiet. Vor einem Kiosk im Ortszentrum von Horgo fielen an einem Nachmittag Schüsse. Ein Mann wurde mehrfach getroffen und starb, sechs weitere erlitten Verletzungen und mussten ins Krankenhaus gebracht werden. Einige der mutmaßlich Beteiligten befinden sich in polizeilichem Gewahrsam. In der darauffolgenden Nacht stürmten Sondereinheiten der serbischen Polizei die von Mi-gran-t:in-nen bewohnten Areale. Die dort lebenden Menschen transportierte man anschließend in offizielle Camps im Süden des Landes. Dann rückten Bulldozer an und zerstörten die improvisierten Behausungen, berichtet Nicolai Kißling. Dort wo Akram mit seiner Familie und Hunderten Menschen Anfang November noch gekocht, getobt, geraucht und geschlafen haben, ist jetzt alles verlassen. Auf der Wiese, wo Hawaou gesessen hatte, befindet sich niemand mehr. Ob die Menschen bald in die Grenzregion zurückkehren werden, ist ungewiss. Lokale Ak-ti-vis-t:in-nen berichten, dass sie am Verlassen der offiziellen Camps gehindert würden.

Subotica gilt als recht liberale Stadt. Viele Menschen hätten keine Vorurteile gegen die Migranten, meint der medizinische Helfer Nicolai Kißling. Im ländlicheren Raum, etwa um Horgo herum, sei das anders. Die dortigen Einwohner fühlten sich von der großen Zahl an Schutzsuchenden überfordert.

Die Anwältin Milica vabi hat eine veränderte Haltung vieler Ser-bie-r:in-nen gegenüber den Migranten wahrgenommen. Es hat sich einiges geändert seit der sogenannten Flüchtlingskrise 2015, sagt sie. Am Anfang waren viele sehr hilfsbereit, haben Kleiderspenden gesammelt und Essen ausgeteilt. Mittlerweile ist es anders. Die Stimmung ist gekippt, berichtet sie. Die Lokalregierung will einerseits, dass die Menschen nicht mehr in den inoffiziellen Camps leben, sie will aber auch nicht, dass offizielle Camps in der Region gebaut werden. Sie sollen einfach verschwinden. Auch einigen EU-Staaten wäre es wohl recht, wenn die Mi-gran-t:in-nen aus dem serbischen Grenzgebiet verschwinden würden, zurück in ihr Herkunftsland.

Dass sich die serbische oder europäische Migrationspolitik fundamental ändern wird, hält Milica vabi für unwahrscheinlich. Deswegen müssen wir die kleinen Siege feiern, sagt die Anwältin. Ich freue mich zum Beispiel immer riesig, wenn ein Klient von mir nach langen Rechtstreitigkeiten tatsächlich einen Flüchtlingsstatus in Serbien bekommt.

Es sind diese Siege, die vabi motivieren und weitermachen lassen.

Die Menschen in den offiziellen Camps werden von den Behörden einfach nicht registriert.

Vor den Zäunen Hawaou aus Guinea sitzt fest, genauso wie der Syrer Akram mit seiner Familie. Tausende Migranten versuchen an der Grenze Serbiens zu Ungarn, eine....

Nicht selten sehen wir komplett aufgerissene Hände mit tiefen Wunden. Ab und zu reißen sich Menschen sogar Finger ab

Load-Date: January 16, 2023

End of Document

meinungsstark; Menschenrechte sprengen Budget?

taz, die tageszeitung

Mittwoch 10. Mai 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 18

Length: 621 words

Body

meinungsstark

Menschenrechte sprengen Budget?

Zahlenschlacht vor Flüchtlingsgipfel, taz vom 9. 5. 23

Was kosten Asyl und Flüchtlinge? Da ist spätestens Schluss mit dem Menschenrecht. Nützlich oder nur Ballast? So lösen sich die Menschenrechte am Ende auf. Wirtschaftsflüchtlinge, ist schnell zu hören, und keiner denkt an deutsche Flüchtlinge, die einst nicht einmal wirtschaftliche Gründe zur Flucht hatten. Was ist verwerflich daran, dem verlockenden Ruf der Menschenrechtler zu folgen, aus wirklich unmenschlichen Lebensverhältnissen zu fliehen vor Krieg, Not, Zerstörung, Hunger, bedrohter Existenz, Umwelt- und Naturzerstörung? Wer die meisten dieser Zustände mit Krieg und Raubbau produziert, das wird kaum Thema sein. Den Ländern Hilfe zur Selbsthilfe zu geben, auch nicht. Es ist nicht zu verstehen, dass so viele in unserem Lande nicht weiter zu blicken vermögen als den Flüchtling als Feind, Schmarotzer oder Kriminellen zu sehen. Wie kommt das in die Köpfe? Roland Winkler, Aue

Was denkt die bürgerliche Mitte ?

Rassismus bei Konferenz in Frankfurt: Boomer befeuern rechte Debatten , taz vom 2. 5. 23

Ich bin so ein Boomer (Jahrgang 1963). Das, was Sie in diesem Artikel als rechts bezeichnen, war vor der Merkel-Ära tatsächlich die bürgerliche Mitte (Kohl, Strauß, Biedenkopf, Helmut Schmidt). Ich stimme mit deren Werten, Worten und Ansichten überein, ebenso wie heute mit Meidinger und Palmer. Früher war ich immer irgendwo zwischen CDU/CSU und SPD. Heute gilt meine Haltung zu Migration, Energiepolitik, Militär/Wehrpflicht und generischem Maskulinum als rechts. Dabei habe ich nichts getan, als meine Werte seit den 1980er Jahren unverändert beizubehalten.

Gisela Müller-Plath, Potsdam

Krieg ist keine Naturkatastrophe

meinungsstark Menschenrechte sprengen Budget?

Opa war schrecklich kalt im Krieg , taz vom 8. 5. 23

Danke für diese exzellente Analyse. Die Autorin Tikhomirova legt ein paar deutsche Lebenslügen offen. Es fehlt nur noch die Kritik an dem Märchen vom Ausbruch des Krieges ein Euphemismus, der auch durchgängig für Putins Krieg Verwendung findet. Merke: Kriege sind keine Naturkatastrophen! Heinz Mundschau, Aachen

Ein Spiegel für die Selbstdarsteller

Schimpfen, schubsen, schlagen , wochentaz vom 29. 4. 23

Der Hass entsteht auch dadurch, dass die Letzte Generation all jenen unserer mittlerweile pervertierten, konsumgeilen Ich-Ich-Gesellschaft den Spiegel vor die Nase hält, die als Selbstdarsteller im dicken SUV auf ihre persönliche Freiheit pochen und sich partout nicht darauf einlassen wollen, künftigen Generationen eine vernünftige Lebensgrundlage auf diesem Planeten zu hinterlassen. Ein Spiegel auch für die Politiker, die negieren, dass am Ende der letzten 20 Jahre in Sachen Öffis, Energiegewinnung, aber auch sozial- und bildungspolitisch mehr oder weniger eine dicke Null steht. Leider bin ich etwas zu alt und ungelenkig, um nach dem Festkleben wieder aus eigener Kraft in die Vertikale zu kommen im Herzen bin ich aber ganz bei diesen mutigen Menschen. Sie tun nichts Böses, sie wollen Gehör. Sylvia Eller, München

Kosten gedämpft, Patient k.o

Hatschi? KI! Künstliche Intelligenz hält zunehmend Einzug in die Medizin. Das ist kein Problem , taz vom 2. 5. 23

Nach über 40 Jahren im deutschen Gesundheitswesen sehe ich dies anders als die Autorin. Wenn in ein, in weiten Teilen schon intensivpflichtig erkranktes System, welches sich seit Jahrzehnten weg vom Menschen und hin zur Gewinnmaximierung entwickelt wenn nun in dieses System ein Instrument namens KI implementiert wird, welches geeignet erscheint, die lebensgefährdenden Symptome des gesetzlichen Gesundheitswesens exponentiell zu verschärfen dann erscheint mir doch dringend ein kritischer Umgang mit dem Thema geboten. Wilhelm K. Kraus, Ebsdorfergrund

Load-Date: May 9, 2023

Kurzsichtiger Egoismus; Kommentar von Michael Braun zu Italiens Flüchtlingspolitik

taz, die tageszeitung

Mittwoch 19. April 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SEITE 1; S. 1

Length: 428 words

Byline: Michael Braun

Body

Kommentar von Michael Braun zu Italiens Flüchtlingspolitik

Prima gli italiani! Italiener zuerst, ist seit Jahren der Schlachtruf der Postfaschistin Giorgia Meloni und auch ihres Koalitionspartners Matteo Salvini. Ginge es nach ihnen, würde sich Italien perfekt abschotten gegen die Elendsgestalten, die die gefährliche Überfahrt übers Mittelmeer riskieren, um nach Europa zu gelangen.

Seeblockaden hatte Meloni im Wahlkampf letztes Jahr verlangt, und Salvini war mit seinem Evergreen, der Forderung nach geschlossenen Häfen, im Rennen. Jetzt sitzen beide gemeinsam in der Regierung und müssen sich der harten Realität stellen: der Realität, dass die Geflüchteten, ob aus Syrien, Irak, Pakistan, aus Tunesien oder den Ländern Subsahara-Afrikas, einfach weiterhin kommen.

Für Italiens Rechte ist das gegenwärtige Fluchtgeschehen ein PR-Desaster, denn ausgerechnet seit ihrem Regierungsantritt im letzten Oktober ist die Zahl der eintreffenden Menschen nach oben geschneit. Schon diese Tatsache ist ein klares Dementi der rechten Rhetorik, wonach vor allem die in der Rettung auf dem Mittelmeer tätigen NGOs die Schuld am Zufluss trugen: Den Ret-te-r*in-nen nämlich hat sie mit schikanösen Auflagen weitgehend das Handwerk gelegt.

Doch Meloni macht ungerührt weiter. Jetzt geht es direkt gegen die Flüchtlinge selbst. Die Anerkennungsgründe sollen zusammengestrichen, die Unterbringungsbedingungen verschlechtert werden. Schon jetzt dürfen wir die Prognose wagen: Die Zahl der Mi-gran-t*in-nen wird dadurch nicht kleiner werden. Nur ihre Lebensbedingungen werden sich deutlich verschlechtern.

Weniger Anerkennungen bedeuten ja nicht weniger Mi-gran-t*in-nen im Land, sondern mehr, die irregulär in Italien leben, die auf den schwarzen Arbeitsmarkt oder mangels anderer Perspektiven gleich in die Kriminalität gedrängt werden. Ausgerechnet die Sicherheitsfanatiker der italienischen Rechten tun so einiges dafür, mit ihrer inhumanen Politik die Städte unsicherer zu machen.

Kurzsichtiger Egoismus Kommentar von Michael Braun zu Italiens Flüchtlingspolitik

Italien steht mit seiner Migrationsabwehr keineswegs allein in Europa: Die Bilder der letzten Jahre, aus Spaniens Afrika-Enklaven Ceuta und Melilla, aus dem französischen Calais, aus Kroatien oder von Polens Grenze zu Belarus belegen das. Meloni aber will von Immigration schier gar nichts wissen. Sie aber regiert das Land in Europa, das mangels Geburten am schnellsten vergreist, am schnellsten zu schrumpfen droht. Eine Antwort hierauf hat sie nicht. Nur eines weiß Meloni: Italiens Demografie-Problem will sie nicht mit Migranten lösen. Auch hier gilt schließlich Italiener zuerst!

das thema

Load-Date: April 18, 2023

End of Document

In die Wüste verschleppt; Tunesien deportiert Migrant:innen an die Grenze zu Libyen und überlässt sie dort sich selbst ohne Wasser oder medizinische Hilfe. Die Menschen in der Umgebung machen entsetzliche Funde, wie neue Videos und Fotos zeigen

taz, die tageszeitung

Samstag 29. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: POLITIK; S. 12

Length: 1378 words

Byline: Mirco Keilberth

Highlight: Tunesien deportiert Mi-gran-t:in-nen an die Grenze zu Libyen und überlässt sie dort sich selbst ohne Wasser oder medizinische Hilfe. Die Menschen in der Umgebung machen entsetzliche Funde, wie neue Videos und Fotos zeigen

Body

Aus Sfax, Ben Guerdane und Zuwara Mirco Keilberth

Mohammed Rizq ist Kommandeur einer Gruppe libyscher Soldaten, er patrouilliert regelmäßig an einem kleinen Abschnitt der Grenze zu Tunesien. In diesem Sommer ist die Hitze im Grenzgebiet gnadenlos, knapp unter 50 Grad zeigt das Thermometer. In einem Video, das Rizqs Kollegen kürzlich von ihm aufnahmen, macht der 33-Jährige lautstark seinem Ärger Luft: nicht über die Arbeitsbedingungen unter der sengenden Sonne, sondern über das, was er tagtäglich erlebt.

Immer am Nachmittag entdeckt Rizq in weiter Ferne eine Gruppe Menschen, erst nur kleine Punkte am Horizont. Viele Stunden dauert es, bis man sie in der vor Hitze flimmernden Wüstenlandschaft besser erkennen kann. Wie in Zeitlupe schleppen sie sich zur Grenze.

Manchmal folgen den Vertriebenen in großem Abstand Jeeps der tunesischen Nationalgarde, um sie von der Rückkehr in die tunesischen Küstenstädte Sfax oder Zarzis abzuhalten. Wasser, so sagt es ein libyscher Grenzbeamter der taz, bekommen sie nicht.

In einem anderen Video stehen plötzlich drei ausgemergelte Gestalten vor Rizq. Sie berichten den libyschen Beamten, in Sfax gelebt und gearbeitet zu haben. Vor drei Wochen seien sie von einem Mob mit Gewalt aus ihren Wohnungen auf die Straße getrieben worden. Dann habe man sie mit Hunderten weiteren Menschen in einen Bus getrieben und an der 400 Kilometer entfernten Grenze zu Libyen rausgeworfen. Kommt niemals zurück! , habe ein tunesischer Uniformierter ihnen noch hinterhergerufen, erzählt ein erschöpfter Mann aus der Elfenbeinküste in dem ersten Video. Auf dem Arm hält er ein Baby, mit einem Tuch notdürftig vor der Sonne geschützt. Mehrmals pro

In die Wüste verschleppt Tunesien deportiert Migrant:innen an die Grenze zu Libyen und überlässt sie dort sich selbst ohne Wasser oder medizinische Hilfe. Die....

Woche begegnen den libyschen Grenzwächtern völlig entkräftete Mi-grant:in-nen. Sie bringen sie in ein provisorisches Lager in der libyschen Stadt Zuwara.

Rizq hält die Koordinaten seines GPS-Empfängers in die Kamera und wendet sich direkt an die Verantwortlichen in Tunis und Brüssel. Wir finden fast täglich verdurstete Migranten. Sie wurden ohne Wasser in den Tod geschickt. Das ist eine Schande für Tunesien und Europa.

Es ist nicht das erste Mal, dass Mi-grant:in-nen mit Gewalt aus Tunesien vertrieben werden. Präsident Kais Saied hatte im Februar die aus Libyen nach Tunesien Geflohenen oder ohne Visum aus Westafrika nach Tunesien Eingereisten der Verschwörung gegen die arabische und islamische Kultur des Landes bezichtigt. Die illegale Migration müsse beendet werden, sagte Saied damals. Viele der Menschen hielten sich seitdem in Sfax auf, das bis vor Kurzem als Zufluchtsort galt.

Die aktuellen Deportationen aus der tunesischen Hafenstadt hatten Anfang des Monats begonnen und hängen offenbar auch mit dem Tod eines Tunesiers zusammen, der bei einer Aus-einandersetzung mit drei Kamerunern Anfang Juli ums Leben kam. Ohne Absprache mit den algerischen und libyschen Behörden setzt Tunesien die Menschen seitdem in Grenzgebieten aus und überlässt sie dort sich selbst.

An der libyschen Grenze bei Ras Jadir trafen die libyschen Grenzbeamten Anfang Juli plötzlich auf Hunderte Menschen, die an einem Strandabschnitt ohne Wasser oder medizinische Hilfe ausharrten. Einige von ihnen waren von den Mobs in Sfax nicht nur vertrieben, sondern auch verwundet worden.

Mindestens 20 Leichen sollen die libyschen Patrouillen in dem Grenzgebiet bereits gefunden haben. Auch Bewohner der Wüstenoase Tataouine entdeckten offenbar mehrere Menschen, die an Erschöpfung gestorben waren. Ein von einem libyschen Offizier aufgenommenes Foto von Fati Dosso aus der Elfenbeinküste, die zusammen mit ihrer sechsjährigen Tochter Marie verdurstete, führte in Libyen zu einer Welle der Empörung. Arm in Arm lagen Mutter und Tochter im Sand.

In Libyen fragen sich nun viele, warum die tunesischen Behörden direkt vor dem Abschluss eines Migrationsabkommens mit der EU Mi-grant:in-nen nach Libyen abschieben wollen. Am 17. Juli hatte Tunesien mit Brüssel vereinbart, die in diesem Jahr drastisch gestiegene Zahl der Abfahrten von Schlepperbooten zu reduzieren, und erhofft sich dafür Zahlungen von über einer Milliarde Euro.

Wir haben selbst 700.000 Migranten in Libyen, sagt ein Beamter der Behörde gegen illegale Migration in der Hafenstadt Zuwara der taz. Stellen Sie sich vor, wir würden Tunesiens Beispiel folgen und anfangen, Tausende Mi-gran-ten an der Grenze auszusetzen. Es wäre ein Desaster für Libyens Nachbarländer. Diese unmenschlichen Deportationen müssen sofort enden.

Nach der Berichterstattung des Fernsehsenders Al Jazeera über die Deportationen lenkte Tunesien zunächst ein und evakuierte die Ausgesetzten wieder aus dem Grenzgebiet. Die weltweite Kritik am Vorgehen der tunesischen Behörden hat die Regierung wohl aufschrecken lassen. Wichtige Kredite schienen in Gefahr.

Ein Sprecher der Organisation Roter Halbmond behauptete, man habe alle Mi-grant:in-nen gerettet. Die Videos der libyschen Grenzbeamten deuten allerdings auf einen Strategiewechsel Saieds hin: Die Menschen werden nun in unauffälligeren, kleineren Gruppen durch die Wüste nach Libyen geschickt. Berichte über die gefundenen Toten bezeichnete der tunesische Präsident auf einer Konferenz in Rom am vergangenen Sonntag als Propaganda.

Auf dem von der italienischen Premierministerin Giorgia Meloni einberufenen Treffen hatten rund 20 teilnehmende Staaten am Sonntag bekräftigt, im Zusammenhang mit Migration künftig enger zusammenarbeiten zu wollen. EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen bemerkte bei der Gelegenheit, dass das eine Woche zuvor mit Tunesien unterzeichnete Abkommen als Vorbild für die Kooperation der EU mit den Ländern der Region dienen solle.

In die Wüste verschleppt Tunesien deportiert Migrant:innen an die Grenze zu Libyen und überlässt sie dort sich selbst ohne Wasser oder medizinische Hilfe. Die....

Brüssel will trotz der Deportationen aus Sfax über eine Milliarde Euro an die tunesische Regierung überweisen und bei der Beendigung der Wirtschaftskrise helfen. Tunesien verpflichtet sich im Gegenzug, abgelehnte Asylbewerber zurückzunehmen und stärker gegen Schleppernetzwerke vorzugehen.

Wir müssen ihr zynisches Geschäftsmodell zerstören, sagte von der Leyen in Rom und versprach, mit neuen Ansätzen die Migration über das Mittelmeer zu reduzieren: Die Eröffnung neuer legaler Routen zwischen den Kontinenten kann eine sichere Alternative zu den gefährlichen Seereisen sein.

Das einzige sichtbare Resultat des Abkommens der EU mit Tunesien sei, dass wir Migranten nun ständig auf der Flucht sind, klagt ein Mann in Sfax gegenü

In Tunesien schließen sich offenbar auch die Gewerkschaften dem brutalen Kurs gegen Mi-grant:in-nen an. Bei einer Fahrt durch Vororte der Grenzstadt Ben Guerdane stieß die taz auf mehrere Gruppen von Mi-grant:in-nen, die nachts aus der Grenzregion geflohen waren. Die vom Roten Halbmond eingerichteten Notquartiere sollen nach Protesten der Bevölkerung und der Gewerkschaft UGGT wieder geschlossen werden.

Trotzdem kommen aktuell wieder mehr Menschen in Sfax an. In tagelangen Märschen bringen sie sich vor der Willkür libyscher Milizen in Sicherheit. Überall trifft man auf Verzweifelte, berichtet ein Mann in Ben Guerdane der taz. Weil sich die Lage in Sfax seit Anfang Juli etwas beruhigt hat, scheinen auch wieder mehr Boote nach der italienischen Insel Lampedusa abzulegen.

Omnia aus Khartum bestätigt das. Die 25-jährige Sudanerin arbeitet auf dem Kleidungsmarkt am Bab-Jebli-Platz, auf dem sich allabendlich Hunderte obdachlose Mi-grant:in-nen aufhalten, um auf den Bürgersteigen und Rasenflächen des Kreisverkehrs zu übernachten. Tu-ne-sier:in-nen dürfen seit Februar, dem Beginn der Kampagne Kais Saieds gegen illegale Migration, Menschen ohne offizielle Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis weder beschäftigen noch unterbringen.

Seitdem die Deportationen aus Angst vor negativer Medienbericht-erstellung nur noch in kleinerem Maßstab stattfinden, hat sich das Verhältnis zwischen den Be-woh-ner:in-nen von Sfax und den Mi-gran-t:in-nen wieder etwas normalisiert. Eine Bürgerinitiative verteilt Wasser an die Obdachlosen, heimlich vermieten Wohn-ungs-be-sit-zer:in-nen auch wieder an die mehreren Tausend Mi-grant:in-nen in der Stadt.

Dafür sind die Schlepper nun brutaler, sagt Ali aus Khartum. Einer von ihnen hat uns in einem Garten vor der Polizei versteckt. Für den schattigen Platz unter einem Baum mussten wir 5 Dinar am Tag zahlen.

Kommt niemals zurück!, habe ein tunesischer Uniformierter ihnen noch hinterhergerufen

Load-Date: July 28, 2023

brief des tages; Kriege und Stammtische Im Krieg

taz, die tageszeitung

Donnerstag 12. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 205 words

Body

brief des tages

Kriege und Stammtische

Im Kriegszustand , taz vom 11. 10. 23

Noch ein Krieg! Wieder werden Tausende Menschen sinnlos hingeschlachtet, weil kranke Männerhirne ihre Macht demonstrieren müssen, nun mal wieder im Namen eines Gottes! Die Rüstungsindustrie ist schon total trunken von ihren vielen Champagner-Orgien. In etlichen Ländern sind rechtsradikale Regierungen gewählt worden. Bei uns plustert sich die AfD voll auf. Das erinnert mich an das Zitat aus dem Mittelalter: Sprach der König zum Priester: Halte du sie dumm, ich halte sie arm. Und an den Stammtischen wird dann schwadroniert, die Migranten bekämen alles reingeschoben , wir Deutschen würden durchrasst von Asylanten, die alle Kriminelle sind. Die Grünen werden verteufelt, weil es ohne sie keine Klimakrise gäbe, alle täglich Fleisch essen dürften und im Vollrausch in ihren SUVs über die neu gebauten Autobahnen rasen könnten. Nazis werden wieder salonfähig. Ich würde mich heute nicht mehr trauen (insbesondere meines Namens wegen), die Polizei zu rufen. Ich fürchte, es ist schon zu spät für ein Wehret den Anfängen! . Gegen Dummheit kämpfen selbst Götter vergebens siehe all die grausamen Kriege im Namen der Götter. Ellen Al Saadawe, Riegelsberg

Load-Date: October 11, 2023

Teuer bezahlte Budgetkürzungen; Wiedereingliederung, Migrationsberatung, Freiwilligendienste, Bafög bei vielen sozialen Leistungen und Projekten wird im Haushalt der Rotstift angesetzt

taz, die tageszeitung

Mittwoch 06. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 714 words

Byline: Jana Ballweber

Highlight: Wiedereingliederung, **Migrationsberatung**, Freiwilligendienste, Bafög bei vielen sozialen Leistungen und Projekten wird im Haushalt der Rotstift angesetzt

Body

Von Jana Ballweber

Schon jetzt könne man nur 4,1 Prozent der potenziell behandlungsbedürftigen Personen versorgen, warnte die Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der psychosozialen Zentren für **Flüchtlinge** und Folteropfer (BafF) in einer Pressemitteilung im Juli. Die geplanten Kürzungen im Bundeshaushalt für das Jahr 2024 sind da gerade bekannt geworden. Schon damals war klar, dass die Aussichten für Organisationen im Bereich **Migration** und Integration nicht rosiger werden dürften: Angebote zur Beratung und Betreuung **geflüchteter** Menschen verlieren fast 60 Prozent ihrer Fördermittel, kritisiert die BafF.

Lukas Welz, deren Geschäftsleiter, rechnet infolge der Kürzungen mit Entlassungen von Fachkräften und Aufnahmestopps, während die Zahl der Betroffenen immer weiter ansteige: Die Kürzungen sind auch gesellschaftspolitisch fatal und zeugen von mangelnder Weitsicht. Die Bildungs- und Berufsperspektiven der Schutzsuchenden werden zerstört. Durchschnittlich 7,2 Monate müssen traumatisierte Geflüchtete aktuell auf Hilfe warten. Die Folgen werden Welz zufolge alle anderen gesellschaftlichen Systeme ein Vielfaches dessen kosten, was im Moment für Beratung ausgegeben werde. Dazu streicht die Ampel auch Mittel für Integration, Migrationsberatung und für humanitäre Hilfe und Krisenprävention, die die Bekämpfung von Fluchtursachen zum Ziel hat.

Im Bereich Arbeit sieht die Bundesregierung ebenfalls Kürzungen vor. Zwar soll das Bürgergeld für arbeitslose Menschen nach dem Wunsch der Koalition 2024 um 12 Prozent steigen. Für die Eingliederung, also Programme, die Langzeitarbeitslosen den Weg zurück in den Arbeitsmarkt ebnen sollen, sind statt 4,4 Milliarden aber nur noch 4,2 Milliarden Euro vorgesehen. Ein Jahr zuvor waren die Leistungen hier schon um 400 Millionen Euro gekürzt worden. Die angekündigten Einsparungen werden zu Reduzierungen der Beschäftigungsprogramme führen, warnt die BAG Arbeit, ein Zusammenschluss von Beschäftigungs- und Qualifizierungsunternehmen, die sich für die

Teuer bezahlte Budgetkürzungen Wiedereingliederung, Migrationsberatung, Freiwilligendienste, Bafög bei vielen sozialen Leistungen und Projekten wird im Hausha....

Integration arbeitsloser Menschen einsetzen. Dies wird insbesondere die Förderung für Langzeitarbeitslose betreffen, schreibt die Organisation in einer Pressemitteilung. Es erscheine in Zeiten des gravierenden Arbeits- und Fachkräftemangels völlig unverständlich, bei der Qualifizierung und Reintegration in Arbeit zu sparen.

Verschärfen könnte sich der Mangel an Arbeitskräften in vielen Bereichen auch durch die Streichungen bei den Freiwilligendiensten. 78 Millionen Euro, also etwa ein Viertel des gesamten Budgets, sollen hier 2024 wegfallen, für 2025 sind weitere Kürzungen geplant. Damit könnte jede vierte Einsatzstelle für Freiwilligendienste wegfallen, fürchtet der Wohlfahrtsverband Diakonie. Neben der Zahl der Plätze würde auch die Vielfalt der Einsatzstellen unter der Haushaltsplanung der Bundesregierung leiden: Wer hier spart, nimmt der Jugend nicht nur eine wichtige Orientierungsperspektive, sondern gefährdet auch die Zukunft unserer sozialen Infrastruktur, warnt Maria Loheide, Vorständin Sozialpolitik der Diakonie Deutschland. Die Bundesregierung konterkariere mit ihrer Fiskalpolitik ihre eigenen Pläne, Berufe im Sozialen und in der Pflege attraktiver zu machen und dem Fachkräftemangel zu begegnen, so Loheide weiter.

Auch die Kürzungen, die die Bundesregierung beim Bafög für Schü-le-r:in-nen und Studierende vorsieht, würden vor allem zulasten junger Menschen gehen. Im Koalitionsvertrag hatte man sich eigentlich den Ausbau der Ausbildungsförderung auf die Fahnen geschrieben. Stattdessen würde das Budget für Studierende um 440 Millionen auf 1,37 Milliarden und für Schü-le-r:in-nen um 212 Millionen auf 551 Millionen schrumpfen. Das Deutsche Studierendenwerk hatte die Kürzungen deutlich kritisiert und im Zuge der Debatte rund um das Bürgergeld eine Erhöhung des Bafög-Satzes gefordert, der bisher nicht an die gestiegenen Lebenshaltungskosten angepasst worden sei. Auch die im Koalitionsvertrag angekündigten Strukturreformen, mit denen mehr Menschen Anspruch auf Bafög hätten, seien mit den Kürzungen nicht realisierbar: Mit weniger Geld kann man nicht mehr Studierende fördern wollen, heißt es in einer Pressemitteilung des Studierendenwerks zu den aktuellen Bafög-Zahlen, die das Statistische Bundesamt am Montag veröffentlicht hatte.

bundeshaushalt

Load-Date: September 5, 2023

Der Hass ist wieder da; Angriffe auf Geflüchtete nehmen zu. Die Linke fordert mehr Schutz

taz, die tageszeitung

Freitag 03. März 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 9

Length: 245 words

Byline: Konrad Litschko

Highlight: Angriffe auf Geflüchtete nehmen zu. Die Linke fordert mehr Schutz

Body

Von Konrad Litschko

Erstmals seit 2015 nehmen die Angriffe auf Geflüchtetenunterkünfte wieder zu. Das geht aus einer Antwort des Innenministeriums auf eine Anfrage der Linken-Bundestagsabgeordneten Clara Büniger hervor, die der taz vorliegt. Demnach kam es im vergangenen Jahr zu 121 Angriffen auf Geflüchtetenunterkünfte ein deutlicher Anstieg zum Vorjahr, als es 70 Attacken waren.

Es geht um Sachbeschädigungen, Schmierereien, Hausfriedensbrüche aber auch Brandanschläge wie zuletzt in Bautzen, Cuxhaven oder Groß Strömkendorf. Die Behörden zählten 2022 zudem 1.248 Angriffe gegen Asyl-be-wer-be-r:in-nen außerhalb der Unterkünfte ungefähr so viele wie im Vorjahr. Dabei wurden 189 Personen verletzt, darunter 18 Kinder.

Die Geflüchtetenzahl war zuletzt unter anderem wegen des Ukraine-Kriegs wieder gestiegen. 218.000 Erstanträge auf Asyl wurden 2022 in Deutschland gestellt, dazu kamen rund eine Millionen Geflüchtete aus der Ukraine.

Büniger sagte der taz, der Wiederanstieg der Angriffszahlen auf die Unterkünfte sollte uns in große Alarmbereitschaft versetzen. Die Linken-Abgeordnete machte dafür auch die rassistischen Proteste von Gruppen wie den Freien Sachsen verantwortlich oder rechte Stimmungsmache etwa von CDU-Chef Friedrich Merz. Po-li-ti-ke-r:in-nen müssten aufhören, Migration immer wieder als Gefahr darzustellen. Asyl sei ein Menschenrecht. Büniger fordert auch ein Maßnahmenpaket zum Schutz vor Angriffen auf Geflüchtete und deren Unterkünfte.

Load-Date: March 2, 2023

Der Aufstand bei den Grünen bleibt aus; Beim Länderrat der Grünen gibt es Küsschen für Annalena Baerbock. Die große Abrechnung mit dem Ja zum EU-Asylkompromiss fällt aus.

taz, die tageszeitung

Montag 19. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 906 words

Byline: Stefan Reinecke

Highlight: Beim Länderrat der Grünen gibt es Küsschen für Annalena Baerbock. Die große Abrechnung mit dem Ja zum EU-Asylkompromiss fällt aus.

Body

Aus Bad Vilbel Stefan Reinecke

Zur Kundgebung von Pro Asyl vor der schicken neuen Stadthalle im hessischen Bad Vilbel sind etwa 30 Menschen gekommen. Die Kritik an der realpolitisch motivierten Zustimmung der Grünen zum Asylkompromiss ist eindeutig. Man müsse Nein zum Europa der Haft- und Elendslager sagen, fordert Pro Asyl.

Tim van Slobbe, ein Grüner aus Gießen, sympathisiert mit dem Protest: Man kann bei Menschenrechten keine Kompromisse machen, sagt er. Er will klarmachen, dass es linke Grüne gibt, die auf der Seite von Pro Asyl stehen. Beim Länderrat in der Stadthalle ist er nur Gast, kein Delegierter. Und er hofft, dass der Länderrat das zögerliche grüne Ja zu einem klaren Nein macht. Leider vergeblich.

Emily Büning, Geschäftsführerin der Grünen, versucht in der Halle derweil die Proteste von Pro Asyl einzugemeinden. Es ist gut, dass da draußen zivilgesellschaftliche Organisationen demonstrieren, sagt sie. Auch Parteichef Omid Nouripour umarmt rhetorisch Pro Asyl. Die kenne er schon lange und würden unglaublich tolle Arbeit leisten. So klingt sie die spezielle grüne Harmonie-dialektik. Die Logik der Macht aber sagt: Deutschland kann nicht erst Ja zum EU-Kompromiss sagen, und am Ende zu einem Nein schwenken. Doch die Logik vieler Grüner sagt: Wir dürfen nicht Ja zu etwas sagen, das wir grundsätzlich ablehnen. Die Freundlichkeiten Richtung Pro Asyl dienen dazu, das Unvereinbare zu vereinen.

Die Parteispitze setzt auf den Weg der Mitte. Ricarda Lang, Parteichefin vom linken Flügel, ist milde gegen den EU-Asylkompromiss, Omid Nouripour, Realo-Parteichef, ist zweifelnd dafür. Lang sagt zu Beginn: Wir werden nicht in die Nische zurückkehren. Sie erntet dafür lauten Beifall. Es ist das erste Zeichen dafür, in welche Richtung die Stimmung an diesem Nachmittag im Konflikt Moral versus Realpolitik kippen wird.

Der Aufstand bei den Grünen bleibt aus Beim Länderrat der Grünen gibt es Küsschen für Annalena Baerbock.
Die große Abrechnung mit dem Ja zum EU-Asylkompromiss f....

Bad Vilbel wird kein Bielefeld zwei, wo damals Farbbeutel auf Joschka Fischer flogen. Der Asylstreit ist zwar ernst. Schließlich haben 80 grüne Landtagsabgeordnete in einem Protestbrief ein klares Nein gefordert. Aber dieser Streit wird nicht so hart ausgetragen wie der Konflikt um Kriegseinsätze. Erwachsener, gelassener und mit sehr viel Rücksicht auf Robert Habeck und Annalena Baerbock wird diskutiert. Verantwortung scheint das Schlüsselwort zu sein.

Robert Habeck warnt noch: Habt keine Sehnsucht nach der Opposition. Die Grünen würden derzeit von allen Seiten Druck bekommen, aber die Partei dürfe deshalb nicht konfrontativer werden und sich in die Nische zurückziehen. Er benutzt dabei den gleichen Sprech wie die Parteilinke Lang. Dass der Aufstand abgeblasen wird, zeichnet sich früh ab nämlich als Erik Marquardt ans Rednerpult tritt. Marquardt ist als Flüchtlingsaktivist in die Politik gekommen. Jetzt ist er grüner Abgeordneter im EU-Parlament und ein scharfer Kritiker des Asylkompromisses. Eigentlich. Doch Angriffe auf Baerbocks Ja vermeidet auch er tunlichst: Wir vertrauten unserem Führungspersonal, sagt er. Er halte die Entscheidung zwar inhaltlich für falsch, aber man müsse ja auch wahrnehmen, dass die Grünen beim Thema Asyl nicht die Hegemonie haben. Nach der Rede herzt die Außenministerin den EU-Abgeordneten. Also doch kein Familienkrach. Dass man den grünen MinisterInnen vertraue, ist ein immer wiederkehrender Refrain in den Reden.

Baerbock stellte geschickt eigene Zweifel in den Mittelpunkt. Das Ja zum Kompromiss sei für sie eine 51 zu 49 - Entscheidung gewesen. Eigentlich gehe der Kompromiss für uns Grüne nicht, aber ein Nein hätte schlimmere Folgen gehabt. Die EU wäre angeschlagen, Italien würde womöglich aus allen EU-Verpflichtungen ausscheren. Baerbock beteuert mehrfach, wie schmerzhaft die Debatte für sie sei. Die Botschaft lautet: Ich bin eine von euch. Wir wollen das Gleiche. Der Applaus für Baerbocks Rede ist groß.

Als Gegenfigur zu Baerbock tritt Aminata Touré in den Ring. Die Eltern der Sozial- und Integrationsministerin in Kiel flohen Anfang der 90er Jahre aus Mali nach Deutschland. Der EU-Asylkompromiss sei falsch, sagt sie. Die Grünen dürften sich nicht mehr dafür interessieren, wie Politik ankomme als für den Inhalt der Politik. Und schon gar nicht Menschenrechte in politischen Deals tauschen. Touré trifft die grüne Gemütslage. Sie drückt das Gefühl aus, dass man eigentlich lieber Nein sagen würde.

Auffällig ist allerdings, was Touré nicht fordert nämlich die grünen MinisterInnen in der Ampel darauf zu verpflichten, im Kabinett den Asylkompromiss abzulehnen, wenn der in der EU nicht noch besser wird. Genau dafür wirbt Timon Dzienus, Chef der Grünen Jugend. Grüne könnten nicht Ja sagen, wenn Kinder in Haft kommen und asylberechtigte Syrer in EU-Grenzlagern abgeschoben werden können. Deshalb müsse man die grünen MinisterInnen auf ein Nein im Kabinett verpflichten. Das würde Stress bedeuten, den nächsten Ampelstreit. Nur ungefähr 15 Prozent der Stimmberechtigten heben ihre Delegiertenkarte für den Antrag der Grünen Jugend, der das fordert.

Am Ende herrscht eitel Sonnenschein. Es gibt, trotz 50 Änderungsanträgen im Vorfeld, einen geeinten Leitantrag. Ein Erfolg der geschickten Parteitagsregie. Im Antrag heißt es nun Der Ratsbeschluss wäre ohne unseren Einsatz ein schlechterer gewesen. Doch er enthält auch substantielle Verschärfungen, die wir aus asylpolitischer Sicht falsch finden.

Ricarda Lang ist milde gegen den EU-Asylkompromiss, Omid Nouripour ist zweifelnd dafür
migration und asyl

Load-Date: June 18, 2023

**Braucht die Verfassung Schutz vor Maaßen?; Der CDU-Rechtsaußen
erläutert in einem Grundgesetz-Kommentar ausgerechnet das
Asylgrundrecht. Der Beck-Verlag hält an ihm fest**

taz, die tageszeitung

Samstag 14. Januar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: KULTUR; S. 41

Length: 615 words

Byline: Christian Rath

Highlight: Der CDU-Rechtsaußen erläutert in einem Grundgesetz-Kommentar ausgerechnet das Asylgrundrecht. Der Beck-Verlag hält an ihm fest

Body

Von Christian Rath

Er oder ich. So kann man die Intervention des Bochumer Rechtsprofessors Stefan Huster aus dem vergangenen Sommer zusammenfassen. Wenn Hans-Georg Maaßen, der nach rechtsaußen gerückte ehemalige Verfassungsschutzchef, weiter im Grundgesetz-Kommentar Epping/Hillgruber schreiben darf, dann will Huster aus dem Autorenkreis ausscheiden. Er wolle die Positionen Maaßens nicht hoffähig machen, indem er mit ihm gemeinsam das Grundgesetz erläutert.

Der Verlag C. H. Beck, in dem das Buch erscheint, hat sich inzwischen entschieden. Maaßen bleibt Autor des Grundgesetz-Kommentars. Jedoch wurde der Autorenvertrag mit Huster auf dessen Wunsch aufgelöst. Begründung für die Treue zu Maaßen: Man stehe für eine pluralistische und freie wissenschaftliche Diskussionskultur, solange sich diese im verfassungsrechtlichen Rahmen bewegt.

Mehr Bauchschmerzen sind in einer internen Email der leitenden Beck-Lektoren zu spüren, die vom juristischen Portal LTO zitiert wird: Sein Verhalten mag für Sie und uns in den vergangenen Jahren unerträglich gewesen sein, heißt es dort, eine Gesinnungskündigung des Verlags sei jedoch rechtlich nur in sehr engen Grenzen zulässig.

Vor einigen Tagen machte Huster die Entscheidung des Verlags und sein Ausscheiden via Twitter öffentlich, was im Lauf dieser Woche zu einer lebhaften Diskussion führte. Die SZ (Ronen Steinke) und die FAZ (Patrick Bahners) kritisierten C. H. Beck. Die Welt (Andreas Rosenfelder) lobte dagegen die Standhaftigkeit des Verlags.

Parallel dazu zeigte Maaßen wieder einmal seine bizarre Gedankenwelt. In einem Weltwoche-Beitrag zu den Berliner Silvesterkrawallen unterstellte er Parteien und Medien, sie verschleierten gezielt die Migranten-Kriminalität.

Braucht die Verfassung Schutz vor Maaßen? Der CDU-Rechtsaußen erläutert in einem Grundgesetz-Kommentar ausgerechnet das Asylgrundrecht. Der Beck-Verlag hält an

, um die weitere ungesteuerte Massenzuwanderung nicht zu gefährden. Ziel sei eine Enthomogenisierung der Bevölkerung, ein Menschenzuchtprogramm, das einem antideutschen und antiweißen Rassismus entspringe.

Man kann Huster also gut verstehen, wenn er mit Maaßen nichts zu tun haben will. Aber ist Maaßens Beitrag in einem Buch, an dem insgesamt 40 Autor:innen beteiligt sind, wirklich die Aufregung wert?

Auf den ersten Blick erscheint es zwar besonders befremdlich, dass Maaßen in dem Grundgesetz-Kommentar ausgerechnet Artikel 16a, das Grundrecht auf Asyl, erläutert. Allerdings wurde das deutsche Asyl-Grundrecht bekanntlich 1993 weitgehend abgeschafft. Maßgeblich ist inzwischen das eher großzügigere EU-Asylrecht.

Maaßen schreibt also über einen ziemlich irrelevant gewordenen Grundgesetz-Artikel. Er räumt auch selbst ein, dass Artikel 16a wegen der EU-rechtlichen Entwicklung erheblich an Bedeutung verloren hat. Hans-Georg Maaßen verzichtet in seiner Erläuterung von Artikel 16a sogar auf jeden Seitenhieb gegen seine Lieblingsfeindin, die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihre offene Flüchtlingspolitik des Jahres 2015. Sein Text besteht fast nur aus Rechtsprechungs-Zitaten.

Auch die bloße Beteiligung an diesem Grundgesetz-Kommentar macht Maaßen nicht hoffähig. Es gibt in Deutschland 17 ernst zu nehmende Grundgesetz-Kommentare. Allein acht davon gibt der C. H.-Beck-Verlag heraus, der auch Marktführer für juristische Literatur ist. Und der Epping/Hillgruber-Kommentar, an dem Maaßen beteiligt ist, ist ganz sicher nicht der Relevanteste von ihnen.

Wenn etwas die Hoffähigkeit von Hans-Georg Maaßen sichert, dann ist es doch eher seine fortdauernde Mitgliedschaft in der Christlich-Demokratischen Union (CDU), die ihn zur letzten Bundestagswahl immerhin als Direktkandidat in Thüringen aufstellte.

Man kann Huster gut verstehen, wenn er mit Maaßen nichts zu tun haben will. Aber ist der Beitrag wirklich die Aufregung wert?

Load-Date: January 13, 2023

Über 300 Geflüchtete vermisst; Drei Flüchtlingsboote mit insges

taz, die tageszeitung

Dienstag 11. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 285 words

Body

Drei **Flüchtlingsboote** mit insgesamt möglicherweise mehr als 300 Menschen an Bord werden im Seegebiet zwischen Afrika und den zu Spanien gehörenden Kanarischen Inseln vermisst. Zwei Boote mit je bis zu 60 Menschen an Bord seien am 23. Juni vom Senegal aus Richtung Kanaren aufgebrochen, ein drittes mit etwa 200 Menschen am 27. Juni von dem Küstenort Kafountine aus, sagte Helena Maleno von der in Afrika gut vernetzten spanischen Hilfsorganisation Caminando Fronteras (Grenzgänger) am Montag.

Die Organisation stehe mit Angehörigen der Vermissten in Kontakt, die keine Nachricht von den Menschen auf den Booten hätten. Wir sind sehr besorgt, weil die Menschen nach den Unruhen im Senegal im Juni und wegen der politischen Verfolgung die Flucht noch schlechter vorbereitet als sonst Hals über Kopf antreten, sagte Maleno der Deutschen Presse-Agentur. Im Juni seien 19 Boote mit Flüchtlingen aus dem Senegal auf den Kanaren angekommen, während zuvor seit Jahresbeginn nicht eines registriert worden sei. Spanien setze zudem nur ein Suchflugzeug ein, das auch nur wenige Stunden pro Tag in der Luft sei, kritisierte Maleno. Auch mangle es an der Kooperation mit Marokko. Die funktioniert nur bei der Abwehr von Flüchtlingen, aber nicht bei deren Rettung. Kafountine liegt rund 1.700 Kilometer von der spanischen Inselgruppe entfernt und der Atlantik mit seinen starken Strömungen und hohem Wellengang gilt als eine der gefährlichsten Fluchtrouten. Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR wurden dieses Jahr bis zum 2. Juli auf den Kanaren 7.278 Migranten aus Afrika gezählt. Nach Angaben von Caminando Fronteras starben im ersten Halbjahr auf der Atlantikroute bereits mindestens 778 Menschen. (dpa, afp)

Load-Date: July 10, 2023

Die Fratze des Hasses ist zurück; In Ostdeutschland kommt es zuletzt vermehrt zu Protesten gegen Asylunterkünfte. So mobilisieren Rechtsextreme der Freien Sachsen und der Identitären Bewegung wiederholt zu verschiedenen Kundgebungen

taz, die tageszeitung

Dienstag 31. Januar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 1060 words

Byline: Rieke Wiemann

Highlight: In Ostdeutschland kommt es zuletzt vermehrt zu Protesten gegen Asylunterkünfte. So mobilisieren Rechtsextreme der Freien Sachsen und der Identitären Bewegung wiederholt zu verschiedenen Kundgebungen

Body

Aus Leipzig Rieke Wiemann

Die Fernsehbilder von den tumultartigen Protesten in Grevesmühlen gegen den Bau einer Flüchtlingsunterkunft sind noch frisch in Erinnerung. Am vergangenen Donnerstagabend waren im Kreis Nordwestmecklenburg 700 Menschen vor dem Landkreisgebäude zusammengekommen, um während einer außerordentlichen Kreistagssitzung gegen den geplanten Bau einer Containerunterkunft zu demonstrieren. Laut Polizeiangaben mischten sich auch Rechtsextreme, Hooligans sowie Mitglieder der Reichsbürgerszene unter die Einwohner:innen. Ein Teil der De-mons-tran-t:in-nen versuchte ins Landkreisgebäude zu gelangen, was die Polizei aber verhinderte.

Leider ist der Vorfall in Mecklenburg-Vorpommern kein Einzelfall, denn auch in Sachsen zogen zuletzt Rechtsextreme der Identitären Bewegung durch die Straßen der Stadt Chemnitz, um gegen eine Geflüchtetenunterkunft zu protestieren. Im Schlepptau rund 70 Menschen, darunter viele Rentner:innen. Die Demonstrierenden trugen Fahnen der rechtsextremen Freien Sachsen und eine große Deutschlandfahne mit sich. Die Szene, die in einem Video der Freien Sachsen zu sehen ist, stammt von Ende Januar.

Den Demonstrierenden hier geht es um das ehemalige Pionierlager Palmiro Togliatti in Einsiedel, einem kleinstädtisch geprägten Stadtteil im Süden von Chemnitz. In der DDR verbrachten Schü-le-r:in-nen hier ihre Sommerferien. 2015 und 2016 diente das nach einem italienischen Kommunisten benannte Gebäude als Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete und schon damals demonstrierten Bür-ge-r:in-nen dagegen, teils zu Hunderten. Der Hass auf die Schutzsuchenden erreichte seinen Höhepunkt, als im Frühjahr 2016 ein Brandanschlag auf die Unterkunft verübt wurde.

Die Fratze des Hasses ist zurück In Ostdeutschland kommt es zuletzt vermehrt zu Protesten gegen Asylunterkünfte. So mobilisieren Rechtsextreme der Freien Sachs....

Aufgrund steigender Geflüchtetenzahlen hat das Land Sachsen die Einrichtung, die Platz für 352 Menschen bietet, jetzt wieder aktiviert. Dort sollen frühere afghanische Ortskräfte der Bundeswehr und ihre Familien unterkommen allerdings nur vorübergehend. Sobald geeignete Wohnungen gefunden sind, sollen die Geflüchteten auf Kommunen verteilt werden. Mitte Januar zogen die ersten 41 Geflüchteten ein: elf Männer, zehn Frauen und 20 Kinder.

Einer kleinen lauten Gruppe jedoch passt das nicht. Nur einen Tag, nachdem im Oktober 2022 bekannt wurde, dass die Erstaufnahmeeinrichtung wieder in Betrieb genommen wird, demonstrierten 120 Menschen dagegen. Seither finden jeden Mittwoch Protestmärsche im sächsischen Einsiedel statt, die Zahl der Demonstrierenden liegt laut Polizei Chemnitz seit Wochen konstant im zweistelligen Bereich .

Zu den Protesten rufen die Rechtsextremen der Freien Sachsen und der Identitären Bewegung auf. Die Ortsgruppe der Identitären Bewegung hat Anfang Januar eine Telegram-Gruppe namens Keine Einzelfälle in Einsiedel eröffnet, in der sie gegen die Geflüchteten hetzt. Darin heißt es unter anderem, dass Einsiedel noch ein ruhiger und friedlicher Ort sei, sich dies aber bald drastisch ändern werde. Es ist von Bevölkerungsaustausch und Überfremdung die Rede.

Die Proteste in Einsiedel sind keine Ausnahme in Sachsen. Sie stehen exemplarisch für das, was sich derzeit in mehreren Orten des Bundeslandes abspielt. Im Dresdner Stadtteil Sporitz protestieren seit November jede Woche zwischen 100 und 200 Menschen gegen Wohncontainer, in denen ab April bis zu 52 Geflüchtete verschiedener Herkunftsländer unterkommen sollen. Im mittelsächsischen Kriebethal gehen Leute auf die Straße, weil sie nicht wollen, dass zwölf minderjährige Geflüchtete vorübergehend in einem ehemaligen Pflegeheim im Ort wohnen. Und in der nordsächsischen Gemeinde Laußig protestierten Mitte Januar 280 Menschen gegen die Idee des Landkreises, eine Notunterkunft in der leerstehenden Laußiger Grundschule zu errichten.

Nach einem von den Freien Sachsen auf Telegram veröffentlichten Video zogen die Demonstrierenden dort vor das Gemeindehaus, skandierten mehrfach Wir wollen keine Asylantenheime , schwenkten Freie Sachsen -Fahnen und riefen wütend nach dem Bürgermeister Lothar Schneider (parteilos), der für die CDU im nordsächsischen Kreistag sitzt. Als der Bürgermeister ans Fenster trat und zu der Menge sprach, wirkte es so, als sei er ebenfalls gegen die Unterkunft. Er sprach von Asylern , sagte Sätze wie da habt ihr auch alle recht, wir wollen das alle nicht, da sind wir uns doch einig . Gegenüber der Leipziger Volkszeitung erklärte Schneider später, dass er nicht zu den Rechtsextremen der Freien Sachsen gesprochen habe, sondern zu den Laußiger Bürger:innen, die ihre berechtigten Nöte und Sorgen haben . Auf Nachfrage der taz gab Schneider keine Stellungnahme ab.

Die rechtsextremen Freien Sachsen , die erst die Coronaproteste und dann die Kundgebungen gegen steigende Energiepreise im Freistaat befeuerten, mobilisieren nun maßgeblich zu den Protesten gegen Asylunterkünfte. Sie verbreiten Videos, kündigen neue Demos an, werben für ihre Broschüre Asylflut stoppen und für die Unterschriftenaktion Sächsische Erklärung gegen weitere Asyleinwanderung , die bereits mehr als 9.800 Menschen unterzeichnet haben.

Wie der sächsische Verfassungsschutz auf Anfrage mitteilte, sei es den Freien Sachsen dennoch nicht gelungen, mit ihren Energieprotesten an die Anti-Corona-Protestzahlen anzuknüpfen. Deswegen haben sie schon im Herbst damit begonnen, ihren Agitationsfokus auf die Flüchtlingsströme zu lenken , sagte eine Sprecherin.

Sachsens Integrationsministerin Petra Köpping (SPD) sagte gegenüber der taz, dass sie die mancherorts wieder aufflammende pauschale Ablehnung von Geflüchteten unsäglich finde. Ich hatte eigentlich gehofft, dass sich 2015 nicht wiederholt.

Dave Schmidtke vom sächsischen Flüchtlingsrat macht auch das Land Sachsen für die sich häufenden Proteste gegen Asylunterkünfte verantwortlich. Der Freistaat habe seit Jahren vor den Rechtsextremisten gekuschelt, chronisch unterfinanzierte Demokratieprojekte zu wenig unterstützt und positive Folgen von Migration kaum diskutiert. Stattdessen gibt es oft Verständnis für sogenannte besorgte Bürger, die sich dann in ihrem Weltbild nur bestätigt fühlen , sagte Schmidtke. Ihm zufolge sollte der Freistaat Geflüchtete nicht in Orten unterbringen, in denen

Die Fratze des Hasses ist zurück In Ostdeutschland kommt es zuletzt vermehrt zu Protesten gegen Asylunterkünfte. So mobilisieren Rechtsextreme der Freien Sachs....

akute Gefahr bestehe, dass sie angefeindet oder attackiert werden, sondern Einrichtungen in urbanen Räumen oder anderen Bundesländern organisieren. (mit dpa und epd)

hass auf geflüchtete

Load-Date: January 30, 2023

End of Document

Ein unauflösbares Dilemma; Sabine am Orde über grüne Migrationsdebatten

taz, die tageszeitung

Montag 23. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 338 words

Byline: Sabine am Orde

Body

Sabine am Orde über grüne Migrationsdebatten

Natürlich darf man den Einfluss der Grünen Jugend nicht überschätzen. Der Nachwuchsverband hat gerade 16.000 Mitglieder, er steht links in der Partei, die Realos haben ihre Macht dort kräftig ausgebaut. Doch auf dem letzten Parteitag hat die Grüne Jugend gezeigt, dass sie Wirkung entfalten kann: Mit einem Antrag gegen den Abriss des Dorfs Lützerath hat sie die Parteispitze an den Rand einer Niederlage gebracht. Sie hat es geschafft, dem Unmut der Basis mit dem Treiben der Grünen in der Bundesregierung eine Stimme zu geben.

Der Unmut ist auch jetzt groß, auch wenn er sich öffentlich bislang kaum geäußert hat, zumindest nicht gegen die eigenen Leute. GEAS, Krisenverordnung, jetzt Migrationspaket II: In der Migrationspolitik werfen die Grünen eine Position nach der nächsten über Bord. Dass sie stets auch Verbesserungen ausgehandelt haben, macht die Ergebnisse nicht gut.

Die einen in der Partei meinen, idealtypisch gesprochen, dass dies zwar nicht schön, aber unabwendbar sei. Weil die Stimmung in der Bevölkerung ist, wie sie ist. Weil die Grünen nicht als Bremser vermeintlich oder tatsächlich notwendiger Maßnahmen dastehen dürfen. Und weil Streit in der Regierung verhindert werden muss, weil der die Ampel schwächt und die AfD stärkt.

Die anderen halten das für einen schweren Fehler. Weil eine menschenrechtsorientierte Migrationspolitik für sie zur grünen Identität gehört. Und weil harte Rhetorik und restriktive Politik den Rechtsruck eher verschärfe, was wiederum bei der AfD einzahle. Laut Erfahrung und wissenschaftlicher Studien spricht vieles für diese Lesart.

Doch was folgt daraus? Weil kaum jemand glaubt, dass es besser würde, würden die Grünen die Ampel verlassen, steckt die Partei in einem unauflösbaren Dilemma. Auch deshalb, und wegen der Angst vor der AfD, bleibt es bislang so still. Auf dem Parteitag im November könnte sich das ändern, auch auf Betreiben der Grünen Jugend. Der Partei steht eine schwierige Debatte mit dem Zeug zur Spaltung bevor. inland

Load-Date: October 22, 2023

End of Document

Zentralstellen schlagen Alarm; Erstorientierungskurse sollen Geflüchteten in Deutschland das Ankommen hierzulande erleichtern. Doch die Verantwortlichen klagen über zu wenig Geld. Der Haushaltsausschuss des Bundestags soll es richten

taz, die tageszeitung

Montag 23. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 558 words

Byline: Moritz Müllender

Highlight: Erstorientierungskurse sollen Geflüchteten in Deutschland das Ankommen hierzulande erleichtern. Doch die Verantwortlichen klagen über zu wenig Geld. Der Haushaltsausschuss des Bundestags soll es richten

Body

Von Moritz Müllender

Gerade gewinnt die Debatte über Migration wieder an Fahrt: Der Kanzler hat jetzt mehr Abschiebungen versprochen. Was in der Debatte zu kurz kommt: Es fehlt an Geld für die Integration derjenigen Menschen, die bleiben werden. Der aktuelle Haushaltsentwurf für das Jahr 2024 deckt nicht den Bedarf an Erstorientierungskursen, der vonseiten der Träger angemeldet wurde. Das geht aus Informationen des Bundesinnenministeriums hervor, die der taz vorliegen.

Die Zeit läuft uns davon, warnen die Verantwortlichen der Zentralstellen dieser Kurse aus Hessen, Hamburg, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und Bremen in einem Brief an den Haushaltsausschuss des Bundestags. Spätestens bei der Bereinigungssitzung am 16. November müsse der Mangel korrigiert werden.

Erstorientierungskurse sind oftmals das erste Integrationsangebot für Geflüchtete, das bei der Ankunft in Deutschland greift. Geflüchtete können ab dem ersten Tag flexibel einsteigen. Die Kurse sollen eine erste Orientierung bieten, um sich im Aufnahmeland zurechtzufinden. Eine vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) beauftragte Evaluation von 2021 bestätigt: Das Konzept der Erstorientierungskurse habe sich bewährt.

Bereits für das laufende Jahr bangten die Träger jedoch um Geld. Einige standen diesen Sommer nach eigenen Angaben kurz vor dem Zusammenbruch. Im Juni erhöhte der Haushaltsausschuss die Mittel dann von 25 auf 40 Millionen Euro. Damals sagte der Linken-Abgeordnete im Haushaltsausschuss Victor Perli: Die Hängepartie darf sich nicht wiederholen. Doch genau danach sieht es jetzt wieder aus.

Zentralstellen schlagen Alarm Erstorientierungskurse sollen Geflüchteten in Deutschland das Ankommen hierzulande erleichtern. Doch die Verantwortlichen klagen ü....

Für das Jahr 2024 ermittelte das Bamf in Nürnberg erneut einen Bedarf von etwa 40 Millionen Euro für die Erstorientierungskurse. Eingeplant hat das zuständige Innenministerium aber nur 25 Millionen Euro. Für die Kommunen, die Landkreise, die Länder, vor allem aber die Geflüchteten ist es eine Katastrophe, schreiben die Zentralstellen. Wie bereits 2023 seien auch für 2024 viel zu geringe Mittel eingeplant.

Der Haushaltspolitiker Victor Perli (Linke) sagt der taz, mit der Unterfinanzierung und Unsicherheit provoziere die Ampel, dass Fachkräfte das Weite suchen und dass Kurse gestoppt würden. Die Ampel lässt vorsätzlich einen Stützfeiler der Integrationsarbeit ausbluten!

Innenministerin Nancy Faeser zeigt bisher wenig Gesprächsbereitschaft. Aufgrund der Schuldenbremse steht sie unter Druck, Ausgaben zu kürzen. Das geht nun auf Kosten der Angebote für Integration. Das Innenministerium schreibt auf Anfrage der taz zwar, Integration habe im Haushalt hohe Priorität. Es verweist aber auch auf die engen finanziellen Spielräume: Übergeordnetes Ziel der Bundesregierung ist die Konsolidierung der staatlichen Finanzen. Daher müsse man noch stärker als bislang priorisieren. Der Haushaltsentwurf sei nun Gegenstand der parlamentarischen Beratung.

Auf diese Beratungen setzen die Zentralstellen. Sie verweisen dabei auch auf einen Beschluss des Bundeskanzlers und der Länder hin. Im Mai hatten sie noch erklärt, die Erstorientierungskurse ausbauen zu wollen. Man brauche eine klare Planungsperspektive, sodass nicht jedes Jahr aufs Neue gekämpft werden müsse, schreiben sie. Wenn Integration nachhaltig sein soll, muss es die Mittelversorgung auch endlich sein.

Spätestens bei der Bereinigungssitzung am 16. November müsse der Mangel korrigiert werden

Load-Date: October 22, 2023

Das Auswanderungsland; Junge Ecuatorianer*innen verlassen in Scharen aus wirtschaftlichen Gründen ihre Heimat. Es ist nicht die erste Migrationswelle aus dem südamerikanischen Land. Wie Familien und Gemeinden mit der räumlichen Trennung umgehen

taz, die tageszeitung

Mittwoch 12. April 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 4-5

Length: 2657 words

Byline: Mirjana Jandik, Galo Paguay

Highlight: Junge Ecua-do-ria-ne-r*in-nen verlassen in Scharen aus wirtschaftlichen Gründen ihre Heimat. Es ist nicht die erste **Migrationswelle** aus dem südamerikanischen Land. Wie Familien und Gemeinden mit der räumlichen Trennung umgehen

Body

Aus Quisapincha und Ambatillo Mirjana Jandik und Galo Paguay

Früh morgens umhüllt ein dichter Nebel die rauen Berghänge von Quisapincha in den ecuadorianischen Anden. Wäre es ein klarer Tag, man könnte den schneebedeckten Gipfel des über 6.000 Meter hohen Chimborazo sehen. Und man würde schon von Weitem erkennen, wie unterschiedlich die Häuser sind: Kleine, unverputzte Betonbauten wechseln sich ab mit mehrstöckigen Häusern in Orange, Gelb, Rosa, Grün und Hellblau mit riesigen Spiegelglasfenstern. Eine feuchte Kälte kriecht in die Knochen, die wenigen Menschen, die so früh schon unterwegs sind, schlingen ihre bunten Jacken und Ponchos fest um die Körper. Sie alle scheinen um die fünfzig zu sein oder älter. Der Großteil der um die 18.000 Ein-woh-ne-r*in-nen von Quisapincha identifiziert sich als Kichwa-Indigene. Gegen sieben Uhr morgens werden die Straßen voller und lebhafter sein, dann kommen die Kinder aus den verschiedenen Dörfern in die Schule im Ortskern. Einigen von ihnen werden die Großmütter das Frühstück gemacht haben, weil ihre Mütter und Väter nicht in Quisapincha leben, sondern in den USA. In den letzten beiden Jahren haben so viele Menschen Ecuador verlassen wie seit der Jahrtausendwende nicht mehr, denn es fehlen politische Antworten auf die Krise der landwirtschaftlichen Produktion, die hohen Lebenshaltungskosten und die Ausbreitung des organisierten Verbrechens.

Schlängelt man sich ein paar Serpentina hinauf, landet man in Calhuasig Chico, einem der 18 Ortsteile von Quisapincha. Hier auf 3.400 Meter Höhe widmen sich die meisten Familien der Landwirtschaft, oder was davon übrig ist. Der 49-jährige Dorfvorsteher Sebastián Chisag steht in einer weinroten Daunenjacke am Abhang hinter seinem Haus und streicht einem seiner 40 Schafe übers Fell. Um die kümmert er sich alleine mit seiner Frau, denn alle vier Kinder leben inzwischen in den USA. Auf dem Markt bekomme er im Moment 40 bis 50 Dollar pro Schaf

Das Auswanderungsland Junge Ecuadorianer*innen verlassen in Scharen aus wirtschaftlichen Gründen ihre Heimat. Es ist nicht die erste Migrationswelle aus dem süd....

das reiche kaum zum Überleben, sagt er. Seinem Spanisch hört man die Kichwa-Färbung an. Auch der Markt für Wolle sei mit der Pandemie eingebrochen und im Anbau sei es nicht viel besser: Wir investieren viel Geld in Samen, Dünger und Ernte-helfer, aber die Preise sind viel zu niedrig. Deswegen sehen viele Jugendliche keine Zukunft in der Landwirtschaft und versuchen zu migrieren. So auch Chisags jüngster Sohn Enrique*. 2019 war das, da war er 17 und hatte die Schule noch nicht fertig. Lehrerin Lourdes Basantes erzählt, dass das nicht so ungewöhnlich ist: Zehn Jugendliche aus Quisapincha haben vergangenes Jahr den Schulabschluss online gemacht. Ein Programm der ecuadorianischen Regierung ermöglicht seit 2018 ecuadorianischen Staatsangehörigen im Ausland, ihren Schulabschluss kostenfrei online nachzuholen so sollen auch die bis zu 1,5 Millionen Aus-land-secua-do-ria-ne-r*in-nen ihr Recht auf Bildung wahrnehmen können.

Ecuador ist ein transnationales Land, sagt die Literaturwissenschaftlerin und Aktivistin Cristina Burneo aus der Hauptstadt Quito. Zusammen mit anderen hat sie Corredores Migratorios (Migrationskorridore) gegründet, eine Plattform, auf der Mi-gran-t*in-nen literarisch ihre Geschichten erzählen und sich für eine Politik der Bewegungsfreiheit einsetzen. Größere Migrationsbewegungen aus Ecuador in die USA gibt es schon seit den 1960ern. Wer heute migriere, tue das auf den Schultern der Pionier*innen. Wissen um Routen, Grenzübertritte und Arbeitsmöglichkeiten in den USA werde von Generation zu Generation weitergegeben, sagt Burneo. Vor allem an die Zeit der ecuadorianischen Bankenkrise 1999/2000 erinnern sich die Menschen als den Exodus. Damals waren auch Spanien und Italien beliebte Ziele, denn ecuadorianische Staats-bür-ge-r*in-nen brauchten kein Visum zur Einreise. Es waren auffällig viele Frauen mit mittlerem Bildungsabschluss, die dort Arbeit im Care-Sektor fanden: als Hausangestellte, Nannys und Reinigungskräfte. Mit Einführung des Schengenvisums 2003 allerdings rückten Spanien und Italien als Migrationsziele in weite Ferne. Für die aktuelle Migrationsbewegung gibt es noch keine so konkreten demografischen Daten, aber Burneo beobachtet: Weiterhin migrieren Angehörige der Mittel- und Oberschicht, aber viele auch, weil sie sich keine drei Mahlzeiten am Tag mehr leisten können. Ganze Familien machen sich aktuell auf den Weg, statt wie früher alleinreisende Erwachsene, zeigen die Zahlen der US-Grenzschutzbehörden. Über die Hälfte der an der Grenze registrierten Ecu-do-ria-ne-r*in-nen reiste in sogenannten Familieneinheiten. Die meisten von ihnen stellen nach Ankunft in den USA einen Asylantrag. Manche hoffen, dass sie bessere Chancen auf Bewilligung eines Asylantrags haben, wenn sie mit Kindern reisen, versucht Burneo eine Erklärung. Über Whatsapp und Tiktok werden Erzählungen verbreitet, die Grenzbehörden würden Familien mit Kindern einfach durchlassen. Fakt ist: Seit Ende 2021 sollen illegal in die USA eingereiste Familien mit Kindern nicht mehr festgenommen werden dürfen, wie es unter Präsident Bidens Vorgängerregierungen üblich war. Dadurch können sie sich bis zur Asylanholung relativ frei im Land bewegen. Aber weil für die kommenden Monate mit weiter steigenden Zahlen illegalisierter Mi-gran-t*in-nen gerechnet wird, könnten Festnahmen bald wieder zulässig werden, berichtete im März die New York Times unter Berufung auf Regierungskreise.

Enrique Chisag, der heute 21 ist, machte sich alleine auf den Weg. Er wollte studieren, eine Arbeit finden, die ihm Spaß macht in Ecuador sah er dafür keine Möglichkeit, vor allem nicht für ihn als Indigenen. Nicht mal gut ausgebildete Ausländer finden einen Job, geschweige denn wir, sagt Enrique frustriert. Also schien die Perspektive attraktiv, sich auf den Weg zu seiner Schwester und ihrem Mann in die USA zu machen. 2018 hatte Mexiko die Visapflicht für ecuadorianische Staats-bür-ge-r*in-nen aufgehoben, sodass Enrique statt des beschwerlichen Wegs durch Zentralamerika legal nach Mexiko fliegen konnte. So schaffte er es in nur vier Tagen von Calhuasig Chico über die Grenze in die USA wo er dann zwei Monate in der migración saß. Weil er minderjährig war, durfte er schließlich zu seiner Schwester nach New Jersey. Englisch zu lernen, fiel ihm schwer, und den Traum vom Studium musste er bald aufgeben: zu hoch die Studiengebühren, zu wenig staatliche Unterstützung. Trotzdem ist er zufrieden: Im Moment jobbt er, bekommt 15 Dollar die Stunde viel mehr als in Ecuador, wo der monatliche Mindestlohn bei 450 Dollar liegt. Ich will einfach erst mal Geld verdienen, um meine Familie zu unterstützen, sagt Enrique. Die Schulden für den Coyotero, wie in Ecuador die Leute heißen, die die illegale Einreise in die USA organisieren, hat er schon abbezahlt.

Nicht allen gelingt das so schnell: Die meisten Mi-gran-t*in-nen leihen sich zu hohen Zinsen Geld, hinterlassen oft Häuser oder Grundstücke als Garantien. Um die 20.000 bis 23.000 Dollar nehmen die coyoterros, berichtete letztes Jahr die ecuadorianische Zeitung El Mercurio. Josefa Chunchas Stimme fängt noch immer vor Aufregung an zu zittern, wenn sie sich an die Whatsapp-Nachrichten erinnert, die ihre Tochter damals aus Mexiko schickte. Dort hing sie tagelang in einem Hotel fest, erzählt Chuncha. Der Coyotero verlangte jeden Tag mehr Geld und

Das Auswanderungsland Junge Ecuadorianer*innen verlassen in Scharen aus wirtschaftlichen Gründen ihre Heimat. Es ist nicht die erste Migrationswelle aus dem süd....

schließlich musste ihre Tochter tagelange Fußmärsche hinter sich legen, bis sie nach insgesamt drei Monaten endlich über die Grenze gelangte. Während die 54-Jährige von ihrer Tochter erzählt, steht sie in Gummistiefeln in einem kleinen Stall hinter ihrem Haus. Um sie herum quiekt und grunzt es, Chuncha wirft den Babyschweinen Futter auf den Boden. Hier in Ambatillo ist die Lage nicht anders als im Nachbarort Quisapincha: Ganz Ambatillo ist leer! , ruft sie auf die Frage nach der Migration. Auch ihre vier Kinder leben in den USA, alle illegal eingereist, wie die von Chisag. Eine Tochter hat zwei Enkel bei ihr zurückgelassen, 8 und 14 Jahre alt sind die heute. Bis vor ein paar Jahren hat Chuncha Mais, Bohnen und Kartoffeln angebaut, doch vom Verkauf konnte auch sie irgendwann nicht mehr leben. Wegen des Klimawandels geraten in den Anden Regen- und Trockenzeit durcheinander, was früher gut wuchs, gehe heute ein, erzählen die Leute. Und nachdem Ecuador seit dem Einbruch der Erdölpreise 2014 ohnehin wirtschaftlich zu kämpfen hatte, verschärfte die Coronakrise die Lage. Weil die Weltmarktpreise für die meisten landwirtschaftlichen Produkte sanken, konnten Klein-bäue-r*in-nen ihre Erzeugnisse kaum noch zu existenzsichernden Preisen verkaufen. Gleichzeitig schnellten wegen der gestiegenen Gaspreise die Kosten für Düngemittel in die Höhe, für Urea (Harnstoff) etwa von Januar bis Oktober 2021 um 155 Prozent, so die Ecuadorianische Zentralbank. Manche Klein-bäue-r*in-nen entschieden sich deswegen dazu, Felder erst mal brachliegen zu lassen.

Der neoliberalen Regierung von Guillermo Lasso fehle es an Konzepten, auf die wirtschaftliche Krise und die tiefe politische Unzufriedenheit zu reagieren, meint Aktivistin Cristina Burneo. 2019 und 2022 führte das zu massiven landesweiten Protesten mit mehreren Toten. Die Zusagen, die die Ver-hand-lungs-füh-re-r*in-nen der größten Indigenenorganisation Conaie der Regierung abgerungen hatten etwa einen Schuldenerlass für Schulden in geringer Höhe und eine Subvention von Düngemitteln , blieben größtenteils leere Versprechungen, so Spre-che-r*in-nen der Conaie. Grade angesichts dieser multiplen Krisen sind viele Ecu-a-do-ria-ne-r*in-nen auf die Rücküberweisungen angewiesen, die Verwandte aus dem Ausland schicken. Josefa Chuncha könnte aber gerade besser die Unterstützung ihrer Kinder bei der Arbeit gebrauchen. Ihr Mann ist krank, auf dem Hof helfen ihr die beiden Enkel und ihre 80-jährige Mutter. Nachdem sie den Anbau an den Nagel gehängt hatte, stellte ihr die Lokalregierung einige Schweine und Meerschweinchen als Startkapital zur Verfügung. Meerschweinchen sind in den Anden eine Delikatesse, etwa acht Dollar bekommt sie pro Stück, letzte Woche konnte sie 150 verkaufen. Wenn sie per Videocall mit ihren Kindern in den USA spricht, dann bittet sie, sie sollen doch zurückkommen, jetzt wo es hier für sie so gut läuft. Nur noch ein Jahr , sagt ihr Sohn dann. Aber wer weiß, denn er und seine Frau sind noch immer verschuldet. Ob sich dafür die ganze Mühe gelohnt habe? Sie wisse es nicht, sagt Josefa Chuncha nachdenklich. Es wird wenig darüber gesprochen, wenn die Dinge nicht laufen wie erhofft. Lieber erzählt man die Erfolgsgeschichten, blickt auf die schicken mehrstöckigen Häuser mit den verspiegelten Fenstern. Sie motivieren viele, ihr Glück im Norden zu versuchen.

Unterstützung von der Regierung wünscht sich auch Sebastián Chisag für die Schafzucht. Er denkt, dass es nur so Chancen gibt, dass mehr Jugendliche in Quisapincha bleiben. Eigentlich seien sie eine gut organisierte Gemeinde, man kenne sich, es gebe kaum Kriminalität. Ihn beunruhigt die Lage in den Großstädten und an der Küste. Täglich liest man inzwischen in der Zeitung von Überfällen und Entführungen, 25 Morde pro 100.000 Ein-woh-ne-r*in-nen gab es im letzten Jahr so viele wie nie zuvor. Polizeichef Fausto Salinas führt das darauf zurück, dass das organisierte Verbrechen, vor allem der Kokainhandel, in Ecuador auf dem Vormarsch sei. Nicht zuletzt die gestiegene Kriminalität und die gefühlte Unsicherheit sind ausschlaggebende Faktoren für die Entscheidung, das Land zu verlassen. Aktuell wandern nicht mehr nur Leute aus den historischen Migrationsprovinzen der mittleren und südlichen Anden (Tungurahua, Chimborazo, Cañar, Azuay und Loja) aus, sondern aus dem ganzen Land. Als Reaktion auf den starken Anstieg ecuadorianischer Mi-gran-t*in-nen hatte die US-Regierung Mexiko empfohlen, die Visapflicht wieder einzuführen, wie das Washington Office on Latin America berichtete. Dem folgte Mexiko im September 2021. In den Folgemonaten wurden auch zunächst weniger Ecu-a-do-ria-ne-r*in-nen an der Grenze registriert, doch Ende 2022 erreichten die Zahlen Rekordhöhe. Inzwischen verabreden sich Gruppen von Hunderten Migrationswilligen aus verschiedenen Ländern, oft per Whatsapp. In Karawanen durchqueren sie zu Fuß und auf Booten die berüchtigte Darién-Enge, den Dschungel zwischen Kolumbien und Panama. Laut panamaischen Migrationsbehörden kommen die meisten aus Haiti und Ecuador. Medien bringen auf ihren Titelseiten Geschichten alleinreisender Kinder und ums Leben gekommener Migrant*innen.

Das Auswanderungsland Junge Ecuadorianer*innen verlassen in Scharen aus wirtschaftlichen Gründen ihre Heimat. Es ist nicht die erste Migrationswelle aus dem süd....

An der US-mexikanischen Grenze gilt indes noch bis Mai der Artikel 42, ein im März 2020 von Trump in Kraft gesetztes Notgesetz, nach dem Menschen zum Schutz der nationalen Gesundheit abgeschoben werden dürfen. Zwischen Oktober 2021 und September 2022 führte das zu über einer Million Ausweisungen. Wenn Menschen abgeschoben werden, ist das nicht nur ein finanzielles Desaster, erzählt Aktivistin Cristina Burneo. Vor allem junge Männer werden dafür nicht selten abgestraft: Sie trainieren monatelang für den Weg, gehen ins Fitnessstudio, joggen, um lange Fußmärsche durchzuhalten und über Hindernisse zu klettern. Wenn sie scheitern, ist das demütigend, viele verlassen erst mal tagelang nicht das Haus. Es ist ein Scheitern am Männlichkeitsideal des erfolgreichen Migranten.

Schafzüchter Sebastián Chisag spricht lieber über den Zusammenhalt in Quisapincha. Er zeigt auf ein paar Häuser, in denen niemand mehr lebt. Auf die habe die ganze Gemeinschaft ein Auge, und man kümmere sich auch gemeinsam um die zurückgelassenen Kinder. Dass hier in den ecuadorianischen Anden bald leere Geisterdörfer entstehen, glaubt auch die Aktivistin Cristina Burneo nicht. Ecuador sei schon lange mehr als der kleine Fleck zwischen Kolumbien und Peru, sondern eine überall verstreute Gemeinschaft, ein Netz aus transnationalen Verbindungen. Und wegen der Verbundenheit, die sie zu ihrer Familie und ihren Ortsgemeinschaften hätten, kämen viele Leute doch früher oder später zurück, zumindest temporär. Chisags Sohn Enrique beobachtet derweil die beunruhigende Nachrichtenlage in Ecuador. Gerade sieht er wenig Anreiz zurückzukommen, doch im Hinterkopf bleibt die Idee, noch ein paar Jahre in den USA zu sparen und dann in Ecuador BWL zu studieren, um mein Land voranzubringen, wie er sagt. Regelmäßig zu Jahresbeginn gibt es große Messen und Straßenfeste zu Ehren der heimgekehrten Migrant*innen. Am Ortseingang begrüßt ein riesiges buntes Schild die Tou-ris-t*in-nen und Zurückgekehrten: Willkommen in Quisapincha.

*Enrique Chisag heißt eigentlich anders, sein richtiger Name ist der Redaktion bekannt.

Zehn Jugendliche aus Quisapincha haben im vergangenen Jahr ihren Schulabschluss online aus dem Ausland gemacht

Vertrautes Ausland

Die vier Wellen

Die ecuadorianisch-US-amerikanische Migrationsgeschichte beginnt Ende der 1960er Jahre mit der Krise der Panama-Hut-Produktion, die vor allem die südlichen Andenprovinzen trifft.

In den 1980er Jahren kommt es wegen der Ölkrisen zur Rezession und in der Folge zur ersten großen Migrationsbewegung in den Norden.

Den größten Exodus erlebt Ecuador im Zuge einer schweren Bankenkrise um den Jahrtausendwechsel. Hunderttausende verlassen das Land in Richtung USA, Spanien und Italien. Im Rekordjahr 2000 emigrieren etwa 175.000 Ecuadorianer*innen.

Waren die Zahlen zwischendurch rückläufig, verzeichnet Ecuador seit 2021 so viele Auswanderungen wie seit den 2000ern nicht mehr, im Jahr 2021 verlassen 92.000 Ecuadorianer*innen das Land. Die US-Grenzbehörden verzeichnen im November und Dezember 2022 einen sprunghaften Anstieg irregulärer ecuadorianischer Migrant*innen: 16.205 allein im Dezember.

Die Diaspora

Je nach Berechnungen leben aktuell 1,2 bis 1,5 Millionen Ecua-do-ri-aner*innen im Ausland, das sind etwa 6,5 8,5 Prozent der Bevölkerung (ca. 18 Millionen Menschen), davon über die Hälfte in den USA. Rücküberweisungen von im Ausland lebenden Ecuadorianer*innen machen 2022 3,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus mehr als in jedem anderen südamerikanischen Land.

Das Auswanderungsland Junge Ecuadorianer*innen verlassen in Scharen aus wirtschaftlichen Gründen ihre Heimat. Es ist nicht die erste Migrationswelle aus dem süd....

Load-Date: April 11, 2023

End of Document

Tunesien sucht die Konfrontation; Der Migrationsdeal zwischen der EU und Tunesien droht zu scheitern

taz, die tageszeitung

Mittwoch 04. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 213 words

Highlight: Der Migrationsdeal zwischen der EU und Tunesien droht zu scheitern

Body

Tunesiens Präsident Kais Saied geht auf Konfrontationskurs zur EU. Saied lehnt EU-Hilfen in Höhe von 127 Millionen Euro im Rahmen einer im Juli unterzeichneten Absichtserklärung zur Eindämmung illegaler Migration ab, wie er am Montagabend mitteilte. Nicht wegen der geringen Summe, sondern weil der Vorschlag im Widerspruch zu dem im Juli unterzeichneten Abkommen steht, so Saied.

Dem Abkommen waren wochenlange Gespräche und die Zusage Europas vorausgegangen, Tunesien mit insgesamt einer Milliarde Euro zu unterstützen. Die Auszahlungen sind jedoch größtenteils an wirtschaftliche Reformen geknüpft. Nach Angaben der EU-Kommission soll Tunesien die Gelder für die Instandsetzung von Booten der Küstenwache verwenden. Zudem sind Mittel zur Rückführung von Migranten in ihre Heimatländer vorgesehen.

Tunesien hat vergangene Woche bereits den Besuch einer Delegation der Europäischen Kommission verschoben, die die Details des Migrationsabkommens erörtern sollte. Letzten Monat verweigerte das Land außerdem fünf Mitgliedern des EU-Parlaments die Einreise.

In den letzten Monaten waren Tausende Menschen aus Afrika in die tunesische Stadt Sfax gekommen, um mit Booten nach Europa zu gelangen. Allein auf der italienischen Insel Lampedusa kommen täglich Hunderte Menschen an. (rtr)

Load-Date: October 3, 2023

Wo sind die aus Sfax Vertriebenen?; Von vielen aus der tunesischen Stadt nach gewaltvollen Ausschreitungen deportierten Migranten aus Subsahara-Afrika fehlt jede Spur. Einige wurden in der Wüste ausgesetzt

taz, die tageszeitung

Donnerstag 13. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 588 words

Byline: Mirco Keilberth

Highlight: Von vielen aus der tunesischen Stadt nach gewaltvollen Ausschreitungen deportierten Migranten aus Subsahara-Afrika fehlt jede Spur. Einige wurden in der Wüste ausgesetzt

Body

Aus Tunis Mirco Keilberth

Das Schicksal von über Tausend aus der Hafenstadt Sfax deportierten Mi-gran-ten ist eine Woche nach den gewaltvollen Vertreibungen noch immer unklar. Am Montag letzter Woche kam ein 41-jähriger Tunesier bei Auseinandersetzungen zwischen Migranten aus Subsahara-Afrika und Jugendlichen aus Sfax ums Leben. In der darauffolgenden Nacht begannen die Ausschreitungen gegen die Migranten: Sie wurden aus ihren Wohnungen getrieben, geschlagen, bedroht. Täglich transportieren die Behörden Migranten in Bussen aus der 330.000 Einwohner zählenden Stadt.

An einem Strandabschnitt direkt neben dem libyschen-tunesischen Grenzübergang Ras Jadir stieß am letzten Donnerstag Malik Traina, ein Reporter des katarischen TV-Senders Aljazeera, auf 700 aus Sfax deportierte Migranten, die ohne Wasser und Nahrungsmittel dort ausgesetzt worden waren. Libysche Grenzbeamte belieferten die Gruppe mit dem Nötigsten, ließ sie aber nicht wie von den Behörden in Sfax wohl erhofft über die Grenze. Man habe selber über 700.000 Migranten im Land aufgenommen, erklärt ein Grenzbeamter gegenüber der taz. Tunesien will seine sozialen Probleme auf dem Rücken der Migranten und Nachbarländer lösen. Das ist ein gefährlicher Präzedenzfall, so der Beamte aus der nordwestlibyschen Hafenstadt Zuwara weiter.

Die Videos der bei über 40 Grad in der sengenden Sonne Gestrandeten sorgten weltweit für Empörung. Die Unnachgiebigkeit der von der Aktion völlig überraschten libyschen Beamten führte zunächst zu einem Nachgeben der tunesischen Behörden. Nachdem am Wochenende Helfer des Roten Halbmondes die lebensbedrohliche Entkräftung der Vertriebenen bestätigten, wurde die Mehrheit mit Bussen in verschiedene Orte Südtunesiens gefahren.

Wo sind die aus Sfax Vertriebenen? Von vielen aus der tunesischen Stadt nach gewaltvollen Ausschreitungen deportierten Migranten aus Subsahara-Afrika fehlt jede....

In Ben Guerdane, nahe der Grenze, stehen seitdem 70 Migranten unter Polizeischutz. In Tataouine und Medenine, weiter im Landesinneren gelegen, wurden weitere Gruppen untergebracht.

Viele der Betroffenen würden in ihre Heimat zurückreisen wollen, so Vertreter des Roten Halbmonds. Deren Rückflug würde man zusammen mit der internationalen Organisation für Migration (IOM) organisieren.

Doch die humanitäre Krise ist damit nicht zu Ende. Die in der Seenotrettung aktive Zivilorganisation Alarm Phone berichtet von weiteren Bussen aus Sfax, die am Dienstag Migranten bei Ras Jadir im Freien absetzten. Unter den dort Verblieben sind mindestens 30 Kinder.

Völlig unklar ist zur Zeit der Verbleib von bis zu 250 Migranten, die in zwei Gruppen aus Sfax an die algerisch-tunesische Grenze im westtunesischen Tozeur gefahren wurden. Offenbar wurden auch sie nach der Zerstörung ihrer Telefone ohne Wasser und Nahrungsmittel ausgesetzt. In Tozeur herrschten am letzten Wochenende auch nachts noch Temperaturen von 38 Grad, am Tag klettern sie auf knapp 50 – das macht das Grenzgebiet zu einer der derzeit heißesten Regionen der Erde.

Tunesische Aktivisten sowie Alarm Phone haben offenbar zu den auf die algerische Seite geflohenen Migranten jeglichen Kontakt verloren. Wahrscheinlich sind die Batterien der bei den Migranten verbliebenen Telefone mittlerweile leer. Menschenrechtsaktivisten aus Djerba wurden bei dem Versuch, die beiden Gruppen zu orten, von der tunesischen Polizei festgesetzt.

In Sfax übernachteten viele der aus ihren Wohnungen Vertriebenen weiter auf den Straßen. Und in den Verstecken an einem Strandabschnitt nördlich der Stadt warten weiterhin mehrere Tausend Menschen auf die Überfahrt nach Europa.

Tunesien will seine sozialen Probleme auf dem Rücken der Migranten lösen

flucht & migration

Load-Date: July 12, 2023

Die Grünen nicht mehr Teil der Bewegung; Kommentar von Stefan Reinecke über das Ja, aber der Grünen zum EU-Asylkompromiss

taz, die tageszeitung

Montag 19. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SEITE 1; S. 1

Length: 443 words

Byline: Stefan Reinecke

Body

Kommentar von Stefan Reinecke über das Ja, aber der Grünen zum EU-Asylkompromiss

Die Grünen haben sich beim Streit um den EU-Asylkompromiss geschmeidig und rational verhalten. Sie fordern nach wie vor Verbesserungen wie ein sogenanntes Menschenrechtsmonitoring und Familien von den Asyllagern auszunehmen scheuen aber die Drohung, grüne MinisterInnen in der Ampel auf ein Nein zu verpflichten. Das hätte die nächste Ampel-Krise bedeutet in letzter Konsequenz den Bruch der Koalition. Dafür aber sind die politischen Frontverläufe zu kompliziert, unübersichtlich, uneindeutig.

In der EU gibt es schlicht keine Mehrheit für eine liberale, offene, an Menschenrechten orientierte Asylpolitik. Außenministerin Annalena Baerbock hat bei den Verhandlungen auch keine hidden agenda verfolgt getreu dem Motto, insgeheim eine restriktive Linie zu wollen, die man listig den politischen Sachzwängen anlastet. Deshalb wäre eine faktische Misstrauenserklärung der Partei an sie zu schrill gewesen.

Ja, eine moralisch intakte Partei muss, wenn es um fundamentale Werte geht, auf Macht und Einfluss verzichten können. In diesem Fall aber hätte das Kosten produzieren können wie den Bruch der Regierung, ohne dass auf der anderen Seite ein klarer Gewinn erkennbar wäre. Denn ob das, was künftig in den Asylzentren passiert, noch schlimmer sein wird als das, was derzeit dort geschieht, kann man Stand jetzt befürchten aber nicht sicher wissen. Wahrscheinlich ist indes, dass man mit einem Aus des EU-Asylkompromisses auch noch den migrationsskeptischen Regimen in Polen und Ungarn einen Gefallen getan hätte.

Das grüne Ja, aber ist nach den Geboten realpolitischer Abwägung also nachvollziehbar und verständlich. Dass sich die Partei für ihre Streitkultur ein paar Mal zu oft selbst auf die Schulter klopft, ist eher ein ästhetischer Schaden. Und doch hat diese elastische Vernünftigkeit und wohlabgewogene Realpolitik ein Preisschild. Es ist nicht direkt sichtbar, eher versteckt im Hintergrund.

Die Zeiten, als sich die Grünen, wenn es gerade passte, als eine Art parlamentarischer Arm von Pro Asyl in Szene setzen konnte, sind endgültig vorbei. Die Grünen sind nicht mehr Teil einer Bewegung, die entschlossen für das individuelle Recht auf Asyl streitet. Sie sind ab jetzt mitverantwortlich für das, was an der EU-Außengrenze

Die Grünen nicht mehr Teil der Bewegung Kommentar von Stefan Reinecke über das Ja, aber der Grünen zum EU-Asylkompromiss

geschieht. Das wird die Grünen prägen, nicht so spektakulär wie einst die Agenda 2010, die mit einer spektakulären Wende die SPD zu einer anderen Partei machte sondern eher in einem Prozess der Gewöhnung an das scheinbar Unabänderliche. Dieses Jein wird die Grünen lautlos, unmerklich und nachhaltig verändern. Nicht zum Guten.

Zum Thema

Load-Date: June 18, 2023

End of Document

Sachsens Polizei ist an Diversität nicht interessiert ; Sachsens Polizei wirbt nicht gezielt um Nachwuchs mit Migrationsgeschichte anders als die meisten Landespolizeien sowie die Bundespolizei. Und daran soll sich auch nichts ändern. Dafür bekommt sie viel Kritik

taz, die tageszeitung

Montag 31. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 7

Length: 1423 words

Byline: Rieke Wiemann

Highlight: Sachsens Polizei wirbt nicht gezielt um Nachwuchs mit **Migrationsgeschichte** anders als die meisten Landespolizeien sowie die Bundespolizei. Und daran soll sich auch nichts ändern. Dafür bekommt sie viel Kritik

Body

Von Rieke Wiemann

Gerade einmal 16 Be-dienstete ohne deutschen Pass arbeiten bei der Polizei in Sachsen. 16 Bedienstete von mehr als 14.000. Wie viele Menschen mit **Migrationsgeschichte** in der sächsischen Polizei tätig sind, lässt sich hingegen nicht sagen, weil Sachsen dazu keine Daten erhebt. Da die sächsische Polizei aber nicht gezielt um Nachwuchs mit **Migrationshintergrund** wirbt, ist der Anteil vermutlich eher gering.

Die Polizei Sachsen ist eine von wenigen Landespolizeien in Deutschland, die sich nicht aktiv um Be-wer-be-r:in-nen mit **Migratoinsgeschichte** bemühen. Ähnlich ist die Situation nur in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, wo die Landespolizeien lediglich um Nachwuchs aus dem Nachbarland Polen werben. Alle anderen Landespolizeien sowie die Bundespolizei ergreifen inzwischen gezielte Maßnahmen, um Be-wer-be-r:in-nen mit **Migrationsgeschichte** für sich zu gewinnen. Das zeigen eine Recherche des Mediendienst Integration aus dem Jahr 2022 und eine Umfrage der taz.

Wieso bemüht sich Sachsen nicht um migrantische Bewerber:innen? Und warum ist es überhaupt wichtig, dass mehr Menschen mit Migrationsgeschichte bei der Polizei arbeiten?

Das Bundesland mit den meisten Werbemaßnahmen ist Berlin. Schon Anfang der neunziger Jahre hat die Berliner Polizei Werbekampagnen für Jugendliche mit Migrationsgeschichte gestartet. Heute beteiligt sie sich an einem Programm, das diese bei der Berufswahl unterstützt und Praktika im öffentlichen Dienst vermittelt. Darüber hinaus bildet die Berliner Polizei migrantische Menschen in ihren Werbungen ab, setzt Be-rufs-be-ra-te-r:in-nen mit Migrationsgeschichte ein und führt Infoveranstaltungen bei Mi-gran-t:in-nen-or-ga-ni-sa-tio-nen durch.

Sachsens Polizei ist an Diversität nicht interessiert Sachsens Polizei wirbt nicht gezielt um Nachwuchs mit Migrationsgeschichte anders als die meisten Landes....

Entsprechend hoch ist der Anteil neu eingestellter Po-li-zis-t:in-nen mit Migrationshintergrund in Berlin: 2022 ist er auf 37 Prozent gestiegen, womit er einen neuen Höchstwert erreicht hat und sogar über dem Anteil der Berliner Bevölkerung mit Migrationsgeschichte (35 Prozent) liegt. Berlin ist eines von sieben Bundesländern, das den Migrationshintergrund neu eingestellter Po-li-zis-t:in-nen abfragt. Die Beantwortung dieser Frage ist freiwillig.

Neben Berlin bemühen sich viele weitere Bundesländer darum, die Zahl migrantischer Po-li-zis-t:in-nen zu erhöhen. Die Polizei Nordrhein-Westfalen etwa spielt ihre Werbung auf Social Media gezielt an Menschen mit Migrationsgeschichte aus. Die saarländische Polizei weist auf ihrer Webseite darauf hin, dass sie besonders an Be-wer-be-r:in-nen mit Migrationshintergrund interessiert sei, die Thüringer Polizei, dass Religion und Hautfarbe bei der Bewerbung keine Rolle spielen. Die niedersächsische Polizei setzt Jugendliche mit Migrationsgeschichte ein, die ehrenamtlich für die Polizei werben. In Sachsen-Anhalt können Be-wer-be-r:in-nen seit Herbst 2022 an einem sechsmonatigen Kurs teilnehmen, der sie auf den Aufnahmetest bei der Polizei vorbereitet und insbesondere ihre Sprachkenntnisse fördert. Das Angebot richtet sich speziell an Nichtmuttersprachler:innen.

Auf die Frage, warum die sächsische Polizei keine gezielten Werbemaßnahmen für Nachwuchs mit Migrationsgeschichte ergreift, antwortet das zuständige Innenministerium ausweichend. Die Sprecherin weist lediglich darauf hin, dass alle Po-li-zei-be-am-t:in-nen ermutigt würden, im Rahmen der Werbekampagne als Fürsprecher Gesicht zu zeigen, die Teilnahme aber freiwillig sei. Klare Worte hingegen fand Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU) Anfang dieses Jahres: Gezielte Werbemaßnahmen für Menschen mit Migrationshintergrund wurden nicht durchgeführt und sind auch künftig nicht geplant, teilte er in seiner Antwort auf eine kleine Anfrage der Linkenabgeordneten Juliane Nagel mit.

Die sächsische Polizei ist an Diversität nicht interessiert, weil ihr das Einheitliche und das Homogene wichtiger ist. Sie antwortet auf eine Modernisierungskrise mit Tradition, sagt Rafael Behr am Telefon. Der 65 Jahre alte Professor für Polizeiwissenschaften lehrt an der Polizeiakademie Hamburg und forscht seit 2005 zu Diversität und Homogenität in der Polizei. Nicht um migrantischen Nachwuchs zu werben, hält Behr für erzkonservativ und gefährlich. Denn um kompetent mit der diversen Gesellschaft umgehen zu können, brauche es ein gewisses Maß an Diversität in der Polizei selbst.

Ich beobachte in der sächsischen Polizei eine verstärkt autoritäre und konservative Dynamik, sagt Behr. Sie will die Dinge so behalten, wie sie früher waren. Vielfalt ist überhaupt nicht gewünscht. Und Kritik auch nicht.

Dass es vor allem ostdeutsche Landespolizeien sind, die sich wenig bis gar nicht um Nachwuchs mit Einwanderungsgeschichte bemühen, führt Behr auf die Systemunterschiede zwischen BRD und DDR zurück. In der DDR haben die Menschen weniger Erfahrungen mit Mi-gran-t:in-nen gemacht. Deswegen sind die Vorbehalte oder Widerstände in den ostdeutschen Bundesländern gegenüber Fremdheit noch immer größer auch innerhalb der Polizei. Die Landespolizeien im Westen hingegen hätten mehr Zeit gehabt, um sich mit Migration und gesellschaftlicher Diversität auseinanderzusetzen.

Warum ist es überhaupt wichtig, dass die Polizei die Anzahl von Beamt:in-nen mit Migrationshintergrund erhöht? Ein häufig genanntes Argument für mehr migrantische Po-li-zis-t:in-nen ist, dass die Polizei ein Spiegelbild der Gesellschaft sein solle. Rafael Behr hält dieses Argument für nicht stichhaltig. Auch die Annahme, Menschen mit Migrationsgeschichte würden per se die interkulturelle Kompetenz der Polizei verbessern, sei falsch. Die Polizeiarbeit bleibt Herrschaftsarbeit. Diejenigen, die in die Polizei hineinkommen, werden in einem Herrschaftskontext sozialisiert. Ethnizität führt ja nicht zu einem anderen Polizeihandeln, sagt Behr. Natürlich könnten Po-li-zis-t:in-nen mit Migrationshintergrund in manchen Situationen zur Deeskalation beitragen.

Wichtig sei ein größerer Anteil von Po-li-zis-t:in-nen mit Einwanderungsgeschichte aber vor allem deswegen, weil dadurch das Vertrauen der Bür-ge-r:in-nen in die Polizei wachse. Hohe Anerkennung erfährt die Polizei bislang nur aus dem Teil der Bevölkerung, den sie repräsentiert, also aus der weißen Mittelschicht, sagt Behr. Marginalisierte Gruppen wie BiPoC hingegen hielten nicht so viel von der Polizei, weil sie sich öfter von ihr stigmatisiert fühlen.

Der Polizeiwissenschaftler empfiehlt den Landespolizeien, die sich aktuell nicht um Nachwuchs mit Migrationshintergrund bemühen, das Wort Diversität ernstzunehmen. Er rät, gezielt auf Menschen außerhalb der

Sachsens Polizei ist an Diversität nicht interessiert Sachsens Polizei wirbt nicht gezielt um Nachwuchs mit Migrationsgeschichte anders als die meisten Landes....

weißen Mittelschicht zuzugehen und sie so weit zu fördern, dass sie den Aufnahmetest schaffen. Nur zu sagen, dass keine Unterschiede zwischen Be-wer-be-r:in-nen mit und ohne Migrationsgeschichte gemacht würden und es einzig darauf ankomme, dass die Voraussetzungen erfüllt seien, sei rückständig und naiv . Denn unter diesen Umständen schafften es nur ganz wenige Menschen mit Migrationsgeschichte in die Polizei.

Die CDU-Landtagsfraktion verteidigt die Werbestrategie der sächsischen Polizei. Die derzeitigen Kampagnen richten sich an die gesamte Bevölkerung und damit auch an die Menschen mit Migrationshintergrund , teilte der innenpolitische Sprecher Ronny Wähner auf Anfrage mit. Gezielte Werbemaßnahmen für Menschen mit Migrationsgeschichte seien daher nicht zwingend nötig .

Ganz anders sehen das die Fraktionen der Linken, Grünen und SPD. Es ist unverständlich, dass das Innenministerium jegliche Maßnahmen verweigert, die den Anteil von Menschen mit Migrationsbiografie erhöhen könnte , erklärte die migrationspolitische Sprecherin der oppositionellen Linksfraktion im sächsischen Landtag Juliane Nagel. Der Anspruch der Polizei sollte es sein, alle Teile der Gesellschaft zu repräsentieren.

Auch Valentin Lippmann, der innenpolitische Sprecher der Grünenfraktion, hält eine gezielte Ansprache von Menschen mit Migrationsgeschichte für essenziell . Wir werden weiter darauf drängen, dass insbesondere Menschen mit Migrationsgeschichte für den Polizeidienst angesprochen werden. Aus der Landtagsfraktion der ebenfalls in Sachsen mitregierenden SPD hieß es, die Polizei bilde die Vielfalt der Gesellschaft nicht in ihren eigenen Reihen ab. Daher müsse sie dringend aktiv um bisher unterrepräsentierte Gruppen wie Menschen mit Migrationsgeschichte, aber auch Frauen werben. Die notwendigen Ressourcen dafür haben wir dem Innenministerium mit dem Haushalt zur Verfügung gestellt. Das kann also keine Ausrede sein.

Ich beobachte in der sächsischen Polizei eine verstärkt autoritäre und konservative Dynamik

Load-Date: July 30, 2023

Flüchtlinge aus Sudan verhungert; Tschad meldet Hungertote unter den Flüchtlingen aus Darfur

taz, die tageszeitung

Donnerstag 17. August 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 421 words

Byline: Raji Bashir

Highlight: Tschad meldet Hungertote unter den Flüchtlingen aus Darfur

Body

Aus Khartum Raji Bashir

Mindestens 111 sudanesische Flüchtlinge beziehungsweise zurückgekehrte tschadische Flüchtlinge sind in Tschad nach ihrer Ankunft gestorben. Dies hat Tschads Regierung bekannt gegeben. 73 der Toten sind verhungerte Kinder, geht aus den Zahlen der Regierung und der Weltgesundheitsorganisation WHO hervor. 26 sind schwangere Mütter. 12 sind Flüchtlinge, die den Verletzungen erlegen sind, die sie vor ihrer Flucht erlitten.

Tschad ist seit Beginn des Krieges zwischen Armee und RSF-Miliz in Sudan am 15. April das am schwersten von der Sudan-Flüchtlingskrise betroffene Nachbarland. Insgesamt sind inzwischen nach der laufenden Zählung der UN-Migrationsorganisation IOM über 4 Millionen Menschen auf der Flucht, davon 3,3 Millionen innerhalb Sudans. Von diesen kommen 71 Prozent aus der besonders schwer umkämpften Hauptstadt Khartum.

Rund die Hälfte der Flüchtlinge, die Sudans Grenzen überqueren, landet in Tschad. Bis 7. August wurden in Tschad 358.817 sudanesische Flüchtlinge und 48.180 tschadische Rückkehrer registriert. Sie sind zumeist aus der sudanesischen Nachbarregion Darfur gekommen, wo die Gewalt der vergangenen Monate Tausende Tote gefordert haben soll.

Im Osten Tschads gestaltet sich die Versorgung der Neuankömmlinge schwierig. Von den registrierten Menschen haben 2.587 Verletzungen am Körper allein diese Woche kamen 120 neue hinzu. Für Tschads Gesundheitswesen ist all dies eine enorme zusätzliche Belastung, zumal im Osten Tschads eine Masern-epi-de-mie wütet. Das Gesundheitsministerium startete im Juli eine neue Impfkampagne gegen Masern in der tschadischen Provinz Ouaddai. 552.137 Kinder im Alter von 6 Monaten bis 14 Jahre 92,5 Prozent der Zielgruppe konnten erreicht werden. Die Impfkampagne ist jetzt abgeschlossen. Doch am 5. August wurden in der Provinz erste Signale der Ausbreitung einer hochansteckenden Fieberkrankheit gemeldet.

Ausweitung der Hungerkrise droht

Flüchtlinge aus Sudan verhungert Tschad meldet Hungertote unter den Flüchtlingen aus Darfur

Bis September drohen in Sudan weitere 1,5 Millionen Kinder in eine Hungerkrise zu geraten, warnt die Kinderrechtsorganisation Save the Children. Im Juni litten bereits knapp 8 Millionen Kinder in Sudan unter akutem Hunger. Zwischen Juli und September wird diese Zahl voraussichtlich auf 9,5 Millionen ansteigen, schätzt die Organisation das sind durchschnittlich 17.000 Kinder zusätzlich pro Tag.

Insgesamt habe sich die Zahl der hungernden Menschen in Sudan im vergangenen Jahr verdoppelt: Mehr als 42 Prozent der 46 Millionen Ein-woh-ne-r*in-nen seien von krisenhafter Ernährungsunsicherheit betroffen.

Load-Date: August 16, 2023

End of Document

Seenotrettung kein Pull-Faktor ; Studie zeigt: Gewalt und Krisen führen zu mehr Bootsgeflüchteten, nicht die Rettungsmissionen

taz, die tageszeitung

Freitag 04. August 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 7

Length: 504 words

Byline: Frederik Eikmanns

Highlight: Studie zeigt: Gewalt und Krisen führen zu mehr Bootsgeflüchteten, nicht die Rettungsmissionen

Body

Von Frederik Eikmanns

Seenotrettung auf dem Mittelmeer führt nicht dazu, dass sich mehr **Geflüchtete** auf den gefährlichen Weg nach Europa begeben. Wie eine neue Studie zeigt, existiert kein sogenannter Pull-Effekt, weder durch private Seenotrettung noch durch staatliche Einsätze. Sehr wohl beeinflusst wird die Zahl der Bootsgeflüchteten aber durch militärische Konflikte, wirtschaftliche Krisen und durch Extremwetterereignisse infolge des Klimawandels.

Für die Studie untersuchten die Soziologin Alejandra Rodríguez Sánchez von der Universität Potsdam und ihre Kolleg*innen die Fluchtroute von Nordafrika nach Italien zwischen 2011 und 2021. Ausgewertet wurden mögliche Zusammenhänge zwischen der Zahl der Flüchtenden, die sich auf die Seereise begaben, und zahlreichen anderen Faktoren, darunter etwa Wechselkurse, Preisentwicklungen, Arbeitslosenzahlen, militärische Konflikte, Gewalt, Luftverkehr, Wetter und die Intensität staatlicher und nichtstaatlicher Rettungsaktionen.

Ein Großteil dieser Faktoren spielte demnach tatsächlich eine Rolle dafür, wie viele Personen sich auf den Weg nach Italien machten. So gibt es etwa einen klaren Zusammenhang zwischen mehr Gewalt in Herkunftsländern und steigenden Zahlen von Personen, die die Überfahrt nach Italien wagen.

Seenotrettung hatte laut den Berechnungen der Forscher*innen dagegen keinen Einfluss darauf, wie viele Menschen sich auf den Weg machten. Die Migrationszahlen wären ohne die Rettungsmissionen genauso hoch gewesen, fasst Rodríguez Sánchez die Ergebnisse zusammen. Von einem Pull-Faktor, der mehr Menschen zur Überfahrt verleitet habe, könne keine Rede sein. Der Zusammenhang sei, wenn überhaupt, gegenteiliger Art: Die Einsätze waren eine Reaktion auf die hohen Zahlen von Überfahrten.

Gorden Isler, der Vorsitzende der Seenotrettungsorganisation Sea-Eye, sagte der taz, die Ergebnisse der Studie zeigten erneut, dass die Erzählung vom Pull-Faktor nur dazu diene, Menschen zu desorientieren und zu desinformieren: Es ist wichtig, dass diese Erkenntnisse zu den politischen Verantwortlichen durchdringen, so dass die Politik der Abschreckung und der Abschottung endlich ein Ende findet.

Seenotrettung kein Pull-Faktor Studie zeigt: Gewalt und Krisen führen zu mehr Bootsgeflüchteten, nicht die Rettungsmissionen

Mit Verweis auf einen behaupteten Pull-Effekt wurde etwa 2014 die italienische Rettungsmission Mare Nostrum im Mittelmeer beendet. Seitdem gibt es mit der Frontex-geführten Mission Triton von staatlicher Seite nur noch Grenzschutzbemühungen. Private See-not-ret-te-r*in-nen werden von den EU-Staaten systematisch behindert und kriminalisiert.

Einer anderen Strategie der EU gibt die Studie indes indirekt recht auf makabere Weise. Die For-sche-r*in-nen wiesen nach, dass EU-Unterstützung für die sogenannte libysche Küstenwache seit 2017 viele Mi-gran-t*in-nen davon abhielt, die Überfahrt nach Europa zu wagen. In der Praxis bedeutet das, dass libysche Milizen dafür bezahlt und ausgerüstet werden, die Flüchtlingsboote abzufangen und zurückzuschleppen. Dabei wenden die Milizionäre oft Gewalt an, den Geflüchteten droht Misshandlung, Folter und Mord.

asylpolitik

Load-Date: August 3, 2023

End of Document

Wer flieht, braucht Schutz; Dominic Johnson über das britische Urteil zum Ruanda-Flüchtlingsdeal

taz, die tageszeitung

Donnerstag 16. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 353 words

Byline: Dominic Johnson

Body

Dominic Johnson über das britische Urteil zum Ruanda-Flüchtlingsdeal

Nun hat es die britische Regierung endgültig höchstrichterlich schriftlich: Großbritannien darf die aus Frankreich einreisenden Bootsflüchtlinge nicht ins Flugzeug nach Ruanda setzen, statt ihnen einen Asylantrag zu ermöglichen. Das Urteil des Obersten Gerichts in London bestätigt das Urteil der Vorinstanz, wonach es zwar legal wäre, Asylsuchende in ein sicheres Drittland zu schicken, aber Ruanda keine ausreichenden Garantien gegen ihre mögliche Abschiebung in ihr Herkunftsland biete.

Für die deutsche und europäische Debatte über das Parken von Flüchtlingen in Drittländern ist dieses Urteil weniger unmittelbar relevant, als es scheint. Der britische Ruanda-Deal sah nämlich nicht vor, Flüchtlinge nach Ruanda zu bringen, damit sie von dort aus Asyl in Großbritannien beantragen, so wie es deutsche Denkmodelle für ausgelagerte Asylverfahren vorsehen. Der Deal sah vor, dass sie dann Asyl in Ruanda beantragen. Und natürlich kann Großbritannien weder den Ausgang eines ruandischen Asylverfahrens festlegen noch Flüchtlingen Schutz vor Abschiebung aus Ruanda versprechen. Keine Regierung der Welt kann eine wasserdichte Garantie für die Handlungen einer anderen Regierung abgeben. Großbritanniens Ruanda-Plan war also eine logische Fehlkonstruktion. Das gilt letztlich für alle Drittstaaten-Asylmodelle, und das ist für Europa dann doch relevant.

Die Londoner Richter haben ihrer Regierung eine unerreichbar hohe Hürde errichtet, aber tot ist der Ruanda-Deal auch jetzt nicht. Denn die konservative britische Rechte macht nach der Entlassung der streitbaren Innenministerin Suella Braverman ihre weitere Unterstützung für Premier Rishi Sunak davon abhängig, dass er hart bleibt, also letztlich einfach unter der Hürde hindurchspaziert und Fakten schafft. Es ist also gut möglich, dass doch noch ein Flugzeug aus London in Kigali landet, gefüllt mit Flüchtlingen als Spielbälle in einem britischen Machtkampf. Aber Ruanda wäre schlecht beraten, da weiter mitzuspielen. Menschen fliehen nicht zum Spaß. Und mit Menschen-leben spielt man nicht.

ausland

Wer flieht, braucht Schutz Dominic Johnson über das britische Urteil zum Ruanda-Flüchtlingsdeal

Load-Date: November 15, 2023

End of Document

Mit Kita arbeitet sich s besser; Rund 20 Prozent der geflüchteten Ukrainer in Deutschland haben einen Job. Barrieren sind Aufenthaltstitel und Kinderbetreuung

taz, die tageszeitung

Donnerstag 13. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfaeltigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 2

Length: 708 words

Byline: Frederik Eikmanns

Highlight: Rund 20 Prozent der geflüchteten Ukrai-ne-r in Deutschland haben einen Job. Barrieren sind Aufenthaltstitel und Kinderbetreuung

Body

Von Frederik Eikmanns

Viele ukrainische Geflüchtete haben sich gut in die deutsche Gesellschaft eingefunden. Wie eine neue Studie zeigt, will etwa die Hälfte von ihnen auch dauerhaft bleiben, nur sehr wenige der rund eine Million Ukrai-ne-r*in-nen haben Deutschland bisher wieder verlassen. Allerdings hemmen die Aufenthaltsregelungen sowie mangelnde Sprachkenntnisse und fehlende Kitaplätze die Integration der Geflüchteten, so die For-sche-r*in-nen bei der Vorstellung ihrer Ergebnisse am Mittwoch.

Für die Studie haben das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), das Bundesamt für Flüchtlinge und Migration (Bamf), das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) und das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) rund 6.500 u-krainische Geflüchtete befragt, die nach Kriegsbeginn nach Deutschland gekommen sind. Dabei zeigt sich eine Reihe positiver Entwicklungen. Fast 20 Prozent der Geflüchteten im arbeitsfähigen Alter haben hier einen Job gefunden. Außerdem leben die allermeisten inzwischen in Privatwohnungen und nicht mehr in staatlichen Unterkünften. Auch beim Spracherwerb gibt es Fortschritte: Mittlerweile haben über drei Viertel der erwachsenen Ukrai-ne-r*in-nen in Deutschland einen Sprachkurs besucht. Yuliya Kosyakova vom IAB lobte: Deutschland investiert sehr stark in Spracherwerb, das ermögliche nachhaltige Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt. Fast alle Befragten gaben an, nach den Sprachkursen eine Arbeit aufnehmen zu wollen. Und auch das psychische Wohlbefinden der Ukrai-ne-r*in-nen habe sich seit der letzten Befragung im Sommer 2022 immerhin etwas gebessert, wobei vor allem Jugendliche und Menschen mit nahen Angehörigen in der Ukraine weiter vergleichsweise unglücklich sind.

Auffällige Probleme haben bisher vor allem alleinerziehende Mütter. Nur drei Prozent von ihnen arbeiten derzeit, nur wenige haben bisher Sprachkurse besucht. Die For-sche-r*in-nen führen das direkt auf fehlende Betreuungsmöglichkeiten für Kinder zurück. Nur jedes zweite geflüchtete Kind aus der Ukraine besucht hier eine

Mit Kita arbeitet sich s besser Rund 20 Prozent der geflüchteten Ukrainer in Deutschland haben einen Job.
Barrieren sind Aufenthaltstitel und Kinderbetreuung

Kita, in der deutschen Gesamtgesellschaft sind es laut statistischem Bundesamt über 90 Prozent. Umgekehrt zeigt sich in der Befragung der Ukrainer*innen: Wer Betreuung gefunden hat, arbeitet mit sehr viel höherer Wahrscheinlichkeit, so Andreas Ette, Soziologe beim BiB. Sein Fazit: Es lohnt sich, in Betreuungsmöglichkeiten zu investieren. Nina Rother vom Bamf spricht hier von klarem Handlungsbedarf.

Neben dem Mangel an Kitaplätzen haben die Forscher*innen außerdem auch den vergleichsweise prekären Aufenthaltsstatus der ukrainischen Geflüchteten als Problem identifiziert. So plane ein Großteil der Ukrainer*innen inzwischen, längerfristig in Deutschland zu bleiben. Bisher ist ihr Aufenthalt über eine EU-Regelung aber nur bis Frühjahr 2024 gesichert. Das schaffe Unsicherheit: Die Bundesregierung muss längerfristige Aufenthaltsperspektiven schaffen, forderte deshalb Kosyakova vom IAB. Das würde auch die Einbindung der Ukrainer*innen in die deutsche Gesellschaft deutlich stärken. Personen ohne Bleibeperspektive investieren weniger in Sprache, Beruf, gesellschaftliche und soziale Teilhabe.

Vergleiche zu anderen Gruppen von Geflüchteten wollten die Forscher*innen am Mittwoch explizit nicht ziehen. Zu groß seien die Unterschiede bei den Regelungen für geflohene Ukrainer*innen im Vergleich mit den Bestimmungen für andere Geflüchtete in der Vergangenheit. So durchlaufen die Ukrainer*innen aufgrund einer Sonderregelung nicht das normale Asylverfahren. Sie durften zudem von Anfang an Wohnungen auf dem privaten Mietmarkt suchen anstatt in offiziellen Unterkünften untergebracht zu werden wie reguläre Asylbewerber*innen. Anders als diese unterliegen die Ukrainer*innen auch keinem Beschäftigungsverbot, konnten sich also von Beginn an Jobs suchen. Andreas Ette vom BiB formuliert indirekt die Forderung danach, auch anderen Geflüchteten in Zukunft diese Freiheiten zuzugestehen: Die Möglichkeit auf Jobsuche zu gehen erhöht die Bereitschaft, eine Sprache zu lernen, sagte er. Und: Private Unterbringung im Gegensatz zu Sammelunterkünften entlastet die staatlichen Strukturen.

Nur drei Prozent der alleinerziehenden Mütter haben derzeit einen Job

Load-Date: July 12, 2023

Hunderttausende in und aus Sudan auf der Flucht; Kämpfe in Khartum dauern an. UNHCR rechnet mit 800.000 Sudan-Flüchtlingen in Nachbarländern

taz, die tageszeitung

Mittwoch 03. Mai 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 285 words

Highlight: Kämpfe in Khartum dauern an. UNHCR rechnet mit 800.000 Sudan-Flüchtlingen in Nachbarländern

Body

Die schweren Kämpfe zwischen Armee und RSF-Miliz in Sudan seit 15. April haben nach UN-Angaben hunderttausende Menschen in die Flucht getrieben. Mehr als 330.000 Menschen seien innerhalb Sudans geflohen, sagte ein Sprecher der Internationalen Organisation für Migration (IOM) am Dienstag in Genf. Die Zahl der Vertriebenen übersteigt alle konfliktbedingten Vertreibungen im Sudan im Jahr 2022 .

Nach Schätzungen des Flüchtlingshilfswerk UNHCR suchten seit Beginn der Kämpfe zudem bereits mehr als 100.000 Menschen in Nachbarländern Sudans Zuflucht. Am Montag hatte das UN-Flüchtlingshilfswerk geschätzt, dass über 800.000 Menschen aus Sudan fliehen könnten.

Die Kämpfe gingen derweil unvermindert weiter, vor allem in Sudans Hauptstadt Khartum. Wir hören vereinzelte Schüsse, das Dröhnen von Kampfflugzeugen und die Flugabwehrschüsse , berichtete am Dienstag ein Bewohner Khartums gegenüber AFP. Weitere Zeugen sprachen von Bombardierungen aus der Luft in verschiedenen Teilen der Hauptstadt. Zusätzlich zum Beschuss leiden die Menschen vor Ort an Wassermangel, es fehlt an Strom und Lebensmitteln.

Bemühungen um eine Lösung der Krise gestalten sich offenbar schwierig. Der UN-Sonderbeauftragte Volker Perthes sagte am Dienstag im arabischen Fernsehsender al-Arabiya, beide Seiten hätten ihre Bereitschaft bekundet, in Saudi-Arabien technische Gespräche zu führen . In Äthiopiens Hauptstadt Addis Abeba berief der Kommissionschef der Afrikanischen Union (AU), Moussa Faki, für Dienstag nachmittag ein Sondertreffen zu Sudan ein. In Ägyptens Hauptstadt Kairo tagte die Arabische Liga zu Sudan. Diplomaten warnten, eine mangelhafte Koordinierung dieser Bemühungen könnte den Konflikt eher begünstigen. (afp, taz)

Load-Date: May 2, 2023

**Der Lanz- Rat; Jens Marco Scherf ist Landrat in Miltenberg in Unterfranken.
Beim Thema Geflüchtete warnt der Grüne vor einer Überlastung der
Kommunen auch in Talkshows. Seine Partei müsse sich ehrlich machen**

taz, die tageszeitung

Samstag 06. Mai 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: POLITIK; S. 4,5

Length: 2167 words

Byline: Benno Stieber

Highlight: Jens Marco Scherf ist Landrat in Miltenberg in Unterfranken. Beim Thema **Geflüchtete** warnt der Grüne vor einer Überlastung der Kommunen auch in Talkshows. Seine Partei müsse sich ehrlich machen

Body

Aus Röllfeld und Miltenberg Benno Stieber (Text) und Bernd Hartung (Fotos)

Vielleicht ist es ja ein Zeichen von Umsicht und Verantwortung, Alarm zu rufen, bevor wirklich Land unter ist. Die **Flüchtlingsnotunterkunft** im niederfränkischen Röllfeld, Landkreis Miltenberg, am Rande eines Wohngebiets, zwischen freiwilliger Feuerwehr und einem Sportgelände, macht jedenfalls nicht den Eindruck, aus allen Nähten zu platzen. Keine Container, keine Zeltstädte weit und breit. Man wäre fast dran vorbeigefahren.

Jens Marco Scherf öffnet die Tür zu der ehemaligen Grundschule. Mit seinen wuscheligen Haaren und dem Achttagebart würde man ihn eher für den Leiter der Einrichtung halten als für den Landrat.

Scherf hat Alarm gerufen im zweiten Jahr des Kriegs in der Ukraine, und in einer Welt, in der über hundert Millionen Menschen auf der Flucht sind. Er hat nicht polemisch gesagt: Wir schaffen das nicht. Oder: Wir können nicht allen helfen, wie es der mittlerweile Ex-Grüne Boris Palmer formulierte. Aber Scherf, der einzige grüne Landrat Bayerns, gab die Stimmung an der Basis schon früh nach oben weiter: Dass die Ehrenamtlichen nicht mehr können, dass er keine Immobilien mehr für die Erstaufnahme findet, und dass Schulen und Integrationskurse langsam überlaufen.

Er stieß auf taube Ohren, sagt er, bis er aus Sicht der Grünen zum Äußersten ging, sich mit Boris Palmer verbündete und in der Talkshow von Markus Lanz zu Gast war. Danach kannte man Jens Marco Scherf bundesweit.

In der Geflüchteten-Notaufnahme in Röllfeld geht an diesem Tag im März aber augenscheinlich alles seinen ruhigen Gang. 60 Menschen aus Afghanistan leben hier. Unten im Parterre haben zwei Familien einen eigenen

Der Lanz- Rat Jens Marco Scherf ist Landrat in Miltenberg in Unterfranken . Beim Thema Geflüchtete warnt der Grüne vor einer Überlastung der Kommunen auch in

Bereich, oben leben die jungen Männer in den alten Klassenzimmern mit sechs oder acht Betten. Die Jungs würden auch mit anpacken, wenn es was zu tun gibt, sagen die Mitarbeiter.

Die Haltestelle für den Schulbus, die wegen Befürchtungen der Anwohner vom Eingang der Unterkunft ein paar Meter die Straße runter verlegt worden ist, soll wieder zurückkommen. Es gibt hier keinen Ärger, weder mit Gegnern noch mit den Bewohnern. Alles kein Problem also?

Vielleicht nur auf den ersten Blick. Scherf lässt beim Gespräch dem Leiter der Notaufnahme Mathias Kunz den Vortritt: Der berichtet, dass man keine Mitarbeiter zur Betreuung der Notaufnahme findet. Sachbearbeiter Asyl , das will keiner mehr werden.

Auch die Zahl der Ehrenamtlichen bricht weg. Seit Corona, aber auch, weil die meisten Engagierten seit 2014 dabei sind und langsam nicht mehr können. Kunz und seine Mitarbeiterin leiten die Einrichtung. Neben den Security-Männern sind sie die Einzigen, die rund um die Uhr zuständig sind.

Der Landkreis Miltenberg im nordwestlichen Zipfel von Bayern hat 130.000 Einwohner. 3.000 Geflüchtete sind hier mit Wohnungen und Arbeitsplätzen zu versorgen, Helfer müssen sie auf Behördengänge begleiten. 700 bis 800 der Geflüchteten sind noch aus den Jahren 2014 und 2015 hier, längst nicht alle von ihnen haben Arbeit und eigenen Wohnraum.

1.600 Geflüchtete kamen vergangenes Jahr allein aus der Ukraine. Im Moment kommen jeden Monat 30 bis 40 Geflüchtete dazu. Zurzeit vor allem aus Ländern wie Afghanistan. Kein Politiker, weder von der CSU noch von den Grünen, mache ihm Hoffnung, dass der Druck in den nächsten Monaten wieder abnehme, sagt Scherf. Die Dauer-belastung sei das Problem.

Es fehle Personal, Kita-Plätze, Lehrerinnen, Wohnungen für die Anschlussunterbringung anerkannter Geflüchteter. Engpässe, unter denen auch die deutsche Bevölkerung leide. Kein Bürgermeister sei unter diesen Bedingungen mehr bereit, eine weitere Unterbringung aufzumachen. Selbst wenn es bisher wie in Röllfeld problemlos läuft.

Neulich war Jens Marco Scherf in einer Bürgerversammlung. Es ging um eine kleine Einrichtung, wenige Familien in einem Privathaus sollten in einem kleinen Ort im Landkreis untergebracht werden. Es gab viel Zorn, viele Vorurteile. Erst hätten sich die Bürger gesorgt, was alles passieren könnte. Als Scherf ihnen versicherte, dass die Polizei regelmäßig präsent sein werde, hieß es, das wollen wir auch nicht, dass bei uns im Ort ständig die Polizei rumfährt.

Das ist der Unterschied , sagt Scherf. 2015 kippte die Stimmung ins Positive, jetzt ist es umgekehrt.

An der Parteispitze der Grünen wolle das keiner hören, sagt Scherf. Das habe sich erst geändert, als er zu Markus Lanz eingeladen wurde. In der Sendung beschrieb Scherf plastisch die Situation in seinem Landkreis. Er sagte, dass er ein schlechtes Gewissen habe, junge Afghanen monatelang untätig in der Notunterkunft festhalten zu müssen, weil er keine Wohnungen für sie habe. Und auch, weil seinem Landkreis die Kapazitäten für Integrationsmaßnahmen fehlten.

Er sagte, dass er gerade nach der Pandemie auf alle Fälle vermeiden wolle, wieder Turnhallen zu Notunterkünften zu machen. Kinder und Jugendliche hätten die vergangenen zwei Jahre auf Sport und so viel anderes verzichten müssen.

Als Lanz ihn fragte, ob er denn für Zäune an den EU-Außengrenzen sei, um den Zustrom zu regulieren, antwortete er: Wenn es das wirkungsvolle Mittel wäre, dann hätte ich damit keine Probleme . Es ist doch nichts ethisch Verwerfliches daran, dass wir eine Kontrolle darüber haben wollen, wer in die Europäische Union hinein will. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit für ein staatliches Gebilde.

Scherf entwirft die Idee von Aufenthaltszonen an den EU-Grenzen oder Flüchtlingszentren in Krisenregionen, die wirklich menschenwürdige Bedingungen bieten . Dann würden nicht mehr nur junge Männer kommen, die die harten und gefährlichen Flüchtlingswege überstehen, sondern auch Frauen, Kinder und Familien.

Der Lanz- Rat Jens Marco Scherf ist Landrat in Miltenberg in Unterfranken . Beim Thema Geflüchtete warnt der Grüne vor einer Überlastung der Kommunen auch in

Scherfs Botschaften von der Basis sind für Grüne unbequem. Sie haben schon vor 30 Jahren im Bundestag gegen den Asylkompromiss gestimmt. 2015 flogen der Kanzlerin Merkel dann auch grüne Herzen zu, als sie sagte, wenn man gegenüber Flüchtlingen kein freundliches Gesicht zeigen könne, dann sei das nicht mehr ihr Land. Als wenige Wochen später still und leise die Balkanroute geschlossen wurde, gab es dazu aber auch von den Grünen wenig Kritik.

Jetzt sind die Grünen Teil der Bundesregierung und im Kabinett liegt ein Vorschlag von Nancy Faeser, Asylverfahren europaweit an die Außengrenzen zu verlegen (siehe Text rechts). Letztlich der alte Plan von Horst Seehofer, der an der SPD in der großen Koalition gescheitert ist. Kontrollen an EU-Außengrenzen, das steht für viele Grüne eher für illegale Pushbacks und Knüppeln als für rechtmäßige Verfahren. Jens Marco Scherf aber schreibt, als der Faeser-Vorschlag bekannt wird, per SMS: Das ist ein wichtiger Schritt in Richtung Struktur, Ordnung und Steuerung. Steter Tropfen höhlt doch den Stein.

Das Flüchtlingsthema ist für die Grünen gefährlich, warnt Ansgar Stich. Er ist Schulleiter eines Gymnasiums in Miltenberg. Hinter seinem Schreibtisch sieht man durchs Fenster eine neue Sporthalle, die er auch nur ungern für Geflüchtete bereitstellen würde, wie er sagt. Im Herbst will Stich für die Grünen in den Bayerischen Landtag einziehen, Jens Marco Scherf kennt er schon lange, sie seien befreundet, sagt er.

Waffenlieferungen an die Ukraine, Kohleverstromung und LNG-Terminals im Naturschutzgebiet vor der Küste im Moment seien die Grünen in der Bundesregierung ständig gezwungen, Kehrtwenden bei ihren Kernthemen zu machen. Das könnte eine Entwicklung sein wie bei der CDU in den Merkeljahren, sagt Stich. Man verliere dann die Identität. So ein Kernthema sei auch Asyl und Migration. Aber am Ende ist Stich Scherfs Meinung: Wir müssen die Migration steuern, da hat Jens Marco schon recht.

Scherf ist die Identität der Partei nicht ganz so wichtig wie dem Landtagskandidaten Stich. Er ist Anhänger der Theorie, dass schmerzhaft Reformen immer nur die Parteien aus dem jeweils eigenen Lager durchsetzen können: Schröder die Hartz IV-Reformen, Merkel den Atomausstieg und jetzt halt die Grünen Reformen in der Flüchtlingspolitik. In Krisenzeiten könne man nicht an Grundsätzen festhalten, man müsse Probleme lösen. Scherf gibt zu, seine Warnrufe verschafften ihm hier im Landkreis Spielraum gegenüber den Bürgermeistern, wenn er neue Unterkünfte brauche. Er kann sagen: Seht her, ich hab ja alles versucht. Sogar dem Kanzler hab ich geschrieben.

Man könnte das Populismus nennen. Oder die ausgefuchste Doppelstrategie eines Landrats in Krisenzeiten.

Ein linker Grüner war Scherf nie. Der Vater Unternehmer, die Mutter Beamtin mit kommunistischer Vergangenheit, beide später mit CSU-Parteibuch, schickten sie den Sohn, als er sich für Politik zu interessieren begann, Mitte der 80er zur Jungen Union. Es war die Zeit der Schrecken vor HIV und der Forderungen des damaligen Münchener Gesundheitsreferenten Peter Gauweiler, Risikogruppen zu kasernieren. Scherf war davon abgestoßen und bald wieder weg.

Später im Lehramtsstudium in Würzburg studiert er Bundestagsreden. Die West-Grünen waren gerade aus dem Bundestag geflogen. Scherf begeisterte sich für die Reden der Abgeordneten der Ost-Bürgerrechtler von Bündnis 90, wie Konrad Weiß und Werner Schulz. Die haben mich politisch sozialisiert , sagt er.

Als er nach Jahren in der Kommunalpolitik 2014 zum Landrat gewählt wurde, war das eine ziemliche Überraschung. In Bayern werden Landräte vom Volk gewählt. Der Landkreis ist ziemlich zersplittert, der grüne Kandidat, als Schulleiter und Kreisrat gut bekannt, machte in den über 80 Städtchen und Dörfern Haustürwahlkampf. Beim zweiten Mal trat er mit dem Slogan Aus Liebe zur Heimat auf dezentem blau-hellgrünen Hintergrund an. Scherf sagt selbst, über Würzburg während des Studiums sei er nie hinausgekommen. Ein echter Kommunalpolitiker also, der wenig mit den Statussymbolen früherer Landräte anfangen kann. Dem Fahrer seines Vorgängers hat er eine andere Aufgabe im Landratsamt gegeben, von seinem Heimatort Wörth fährt er jeden Tag mit dem Zug ins Büro nach Miltenberg.

Der Lanz- Rat Jens Marco Scherf ist Landrat in Miltenberg in Unterfranken . Beim Thema Geflüchtete warnt der Grüne vor einer Überlastung der Kommunen auch in

Eine Sitzung des grünen Kreisverbands Ende März in der griechischen Gaststätte Zorbas, nicht weit vom Landratsamt in Miltenberg. Die Mitglieder, die meisten über 50, versammeln sich im Nebenzimmer bei Gyros und Apfelwein. Vegan ist hier nur eine Portion Pommes. Die Grüne Jugend gibt es nicht mehr im Landkreis, die seien zum Studieren in Großstädte gegangen, heißt es.

Die Mitglieder des Kreisverbands diskutieren die Perspektiven für die bayerische Landtagswahl. Eigentlich warten alle auf den Jens Marco , wie sie ihn nennen. Der muss vorher noch irgendeine Ehrenmedaille überreichen. Seit seinem Auftritt beim ZDF-Talk hat der Landrat hier einen neuen Spitznamen: der Lanz-Rat . Dabei schwingt eine Mischung aus Spott und Stolz mit. Die Stimmung ist nicht besonders kritisch gegenüber dem Landrat. Man müsse beim Thema Flüchtlinge das Wasser von den Mühlen der AfD nehmen, sagt ein Mitglied. Erst als er für den Wahlkampf Diskussionen mit Boris Palmer vorschlägt, gibt es Widerspruch.

Scherf kommt reingerauscht. Es sei schön gewesen, bei der Ehrung mal über etwas anderes als Flüchtlinge zu sprechen, sagt er. Selber schuld , ruft jemand, eher im Scherz. Dann wird es ernst, Scherf erinnert noch einmal an das letzte Jahr. Als er am 24. Februar 2022 die Meldung von der russischen Offensive gegen die Ukraine gelesen habe, habe er noch aus der Versammlung der Kreissparkasse heraus erste Maßnahmen zur Vorbereitung auf Flüchtlinge ergriffen.

Seitdem seien er und seine Leute nicht mehr aus dem Krisenmodus rausgekommen. Scherf redet unverstellt. Er sagt: Leute, ganz im Ernst , und dass ihm manchmal der Arsch auf Grundeis gehe , wenn er sehe, wie in Ländern wie Schweden oder Dänemark Rechtsextreme an der Regierung beteiligt werden. Wir dürfen den Rechten das Thema nicht überlassen. Dafür gibt es viel Zustimmung an diesem Abend.

Die einzige wirklich kritische Wortmeldung an diesem Abend kommt von einem Mann etwas im Abseits. Armin Schneider ist nicht mal Parteimitglied. Schneider war mal Betriebsrat in einem Unternehmen in der Region, heute engagiert er sich mit seiner Frau für Flüchtlinge. Asylverfahren an Außengrenzen, wie sich Scherf das denn vorstelle? Er denke da an die Zustände wie im Lager Moria.

Mit welchen EU-Nachbarn er denn die Rückführung organisieren wolle? Mit Libyen, Syrien oder Iran? Er habe Freunde bei der Seenotrettung, die könnten von der Küstenwache in Libyen berichten. Schneider sagt, eigentlich habe er eine sehr gute Meinung vom Miltenberger Landrat. Aber der Auftritt bei Lanz habe ihn geschockt. Wenn ein Grüner sagt, das Boot ist voll, dann ist das einfach fatal.

Jens Marco Scherf wirkt ein wenig betroffen. Das sei nicht seine Wortwahl gewesen, sagt er. Und dass es ihm darum gehe, Antworten zu finden. Alles andere würde nur den Rechten nutzen. Die Umfragen drei Wochen später scheinen Scherf recht zu geben. Die AfD liegt plötzlich bundesweit gleichauf mit den Grünen.

Das ist der Unterschied. 2015 kippte die Stimmung ins Positive. Jetzt ist es umgekehrt

Sein Vorgehen könnte man Populismus nennen. Oder die ausgefuchste Doppelstrategie eines Landrats in Krisenzeiten

Load-Date: May 5, 2023

Das Problem ist, dass alles so teuer geworden ist ; taz-Redakteur Ulrich Gutmair spricht in Bremen über das Verhältnis von Untergrund-Musik, urbanen Räumen und die Rolle von Migrant*innen für Punk und Neue Deutschen Welle

taz, die tageszeitung

Freitag 15. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: KULTUR; S. 28

Length: 605 words

Byline: Amira Klute

Highlight: taz-Redakteur Ulrich Gutmair spricht in Bremen über das Verhältnis von Untergrund-Musik, urbanen Räumen und die Rolle von Mi-gran-t*in-nen für Punk und Neue Deutschen Welle

Body

das wird

Interview Amira Klute

taz: Ulrich Gutmair, welcher ist der beste deutschsprachige Punksong über eine Stadt?

Ulrich Gutmair: Ich finde einer der besten überhaupt ist Militürk über Westberlin.

berühmt geworden in der Version von Fehlfarben 1980

Ja, aber geschrieben hat ihn 1979 Gabi Delgado-López, der später mit der Band Deutsch Amerikanische Freundschaft (DAF) bekannt wurde. Ich vermute, Militürk ist der erste Text von ihm, der vertont wurde. Es geht um Subkultur in Westberlin und Agenten aus Ostberlin und er ist immer noch cool zu hören.

Der Refrain Wir sind die Türken von morgen ist auch der Titel Ihres neuen Buchs. Darin geht es um die Mu-si-ke-r*in-nen der Neuen Deutsche Welle (NDW). Sie fordern das Bild einer vornehmlich Szene heraus. weißen

Es ist interessant, dass sich früher anscheinend niemand darüber Gedanken gemacht hat, dass viele Mu-si-ke-r*in-nen der NDW nichtdeutscher Herkunft waren, wie Delgado-López oder Angelo Galizia von The Wirtschaftswunder.- Man könnte denken, das wurde übersehen. Ich würde aber sagen, dass es weniger eine Rolle gespielt hat, woher die Leute kamen, weil es im Punk darum ging, sich neu zu erfinden.

Ist es nicht trotzdem wichtig, heute auf diese Prot-ago-nis-t*in-nen hinzuweisen?

Das Problem ist, dass alles so teuer geworden ist taz-Redakteur Ulrich Gutmair spricht in Bremen über das Verhältnis von Untergrund-Musik, urbanen Räumen und di....

Ja! Je mehr man sich damit beschäftigt, desto mehr Personen findet man. Außerdem ist es faszinierend, wie viele frühe Punk- und NDW-Songs Deutschland als neues Einwanderungsland beschreiben.

Welche?

Es gibt mehrere Stücke von The Wirtschaftswunder, die sich mit Migration befassen. Ihr Sänger Angelo Galizia kam 1971 mit 17 Jahren nach Deutschland. Seinen Akzent setzte er bewusst als Stilmittel ein. In einigen Songs geht es auch inhaltlich darum, dass Deutsch nicht seine Erstsprache ist, etwa in *Analphabet*. Er hat auch ein Gastarbeiter-Lied gesungen, *Heimweh* über seinen Heimatort Biancavilla in Sizilien. Ein anderes Beispiel von einer weniger bekannten Band ist *Deutsche Land* von Rotzkotz aus Hannover. Da geht es um Asylpolitik und um Deutschland als - Gefühlskrankland.

Welche Rolle spielen urbane Räume für Musik abseits des Mainstreams?

Eine wichtige. Im Berlin der 1990er-Jahre ist das offensichtlich: Weil die Mauer gefallen war, gab s viel Platz. Es wurden Häuser besetzt oder zur Zwischennutzung freigegeben. Es gibt ganz klar einen Zusammenhang zwischen der Blüte der Technokultur im Berlin der frühen 1990er und der Situation, dass es Platz in der Innenstadt gab. Auch im Punk sind Städte wichtig. Bis heute schreiben Bands oft Lieder über die Städte, in denen sie wohnen. Für die Lesung in Bremen habe ich ein paar Platten rausgesucht, mit Songs über die Anbindung von Bands an ihre Stadt.

Heute bedrohen steigende Mieten und Gentrifizierung Räume für Kultur. Ist musikalischer Untergrund bald Geschichte?

Berechtigte Frage. In Berlin ist es so, dass die Clubszene tendenziell immer weiter in die Peripherie ausweichen muss. Aber ich finde es interessant, dass Leute trotzdem immer noch Nischen für Kultur finden. Das Problem ist weniger, dass Orte fehlen, sondern dass alles so teuer geworden ist. Früher konnte man mit quasi gar keinem Geld super interessante Räume betreiben, die nicht kommerziell sein mussten, etwa weil man keine oder kaum Miete bezahlte. Da kamen ein paar Mark rein durch Bierverkauf und alle waren glücklich. Ich würde sagen, das geht so heute nicht mehr. Spontaneität und ein gewisses Experiment sind weniger möglich.

Vortrag in der Reihe Stadt und Rock n Roll der School of Architecture (Hochschule Bremen), 18.12., 19 Uhr, im Heartbreak-Hotel, Fehrfeld 30, Bremen

Ulrich Gutmair 55, Kulturredakteur der taz. Hat Geschichte und Publizistik studiert.

Load-Date: December 14, 2023

Wenn euch euer Leben lieb ist, dann geht ; In der tunesischen Stadt Sfax rollt eine Welle der Gewalt gegen Migrant:innen und Geflüchtete. Sie werden aus ihren Wohnungen gezwungen und in der Wüste abgesetzt

taz, die tageszeitung

Freitag 07. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 705 words

Byline: Mirco Keilberth

Highlight: In der tunesischen Stadt Sfax rollt eine Welle der Gewalt gegen Mi-gran-t:in-nen und Geflüchtete. Sie werden aus ihren Wohnungen gezwungen und in der Wüste abgesetzt

Body

Aus Tunis und Sfax Mirco Keilberth

Viele Menschen in der langen Schlange vor dem Bahnhof von Sfax sind stumm. In den Gesichtern der meist aus Westafrika kommenden Mi-gran-t:in-nen sind noch ihre Erlebnisse der letzten Stunden geschrieben. In der Nacht auf Mittwoch hatten mit Knüppeln und Messern bewaffnete Jugendliche in der zweitgrößten Stadt Tunesiens Hunderte Mi-gran-t:in-nen aus ihren angemieteten Wohnungen gezwungen und in Gruppen auf die Hauptstraßen getrieben.

Die von den Angreifern in den sozialen Medien geteilten Videos zeigen verschreckte Menschen mit erhobenen Händen, die von Passanten bedroht und unter üblen Beschimpfungen in Richtung Bahnhof und den Taxistationen getrieben werden. Ihr müsst Sfax verlassen, eure Anwesenheit hier wird nicht mehr akzeptiert. Wenn euch euer Leben lieb ist, dann geht, erklärt ein bärtiger Mann einer auf dem Boden kauenden Gruppe aus der Elfenbeinküste auf Französisch.

Anlass der Kampagne ist wohl der Tod eines Tunesiers, der bei einer Auseinandersetzung mit drei Kamerunern am Montag ums Leben kam. Dass Mi-gran-t:in-nen mit Gewalt vertrieben werden, passiert in Tunesien nicht zum ersten Mal. Kais Saied hatte bei einem Treffen mit Generälen und Ministern des Nationalen Sicherheitsrats im Februar die aus Libyen Geflohenen oder ohne Visum aus Westafrika Eingereisten als Verschwörung gegen die arabische und islamische Kultur des Landes bezeichnet. Die illegale Migration müsse beendet werden, sagte der 2019 mit überwältigender Mehrheit gewählte Präsident damals. Daraufhin gab es eine erste Welle der gewalttätigen Vertreibung von Migrant:innen, viele von ihnen landeten in Sfax, das bis jetzt als Zufluchtsort galt.

Wenn euch euer Leben lieb ist, dann geht In der tunesischen Stadt Sfax rollt eine Welle der Gewalt gegen Migrant:innen und Geflüchtete. Sie werden aus ihren Woh....

Viele Mi-gran-t:in-nen arbeiten als Service- oder Reinigungskraft in Cafés oder in Büros. Mit der Bezahlung unter dem Mindestlohn geben sie sich zufrieden und ermöglichen damit vielen Firmen das Überleben in der seit der Coronapandemie anhaltenden Wirtschaftskrise.

Doch die Frustration der Tu-ne-sie-r:in-nen über den politischen und wirtschaftlichen Stillstand im Land nutzt die Splitterbewegung Nationale Partei Tunesiens geschickt dafür, Hass gegen Fremde zu befeuern. Zwar ist die Kriminalitätsrate kaum gestiegen obwohl die Zahl der in Sfax lebenden libyschen Familien und westafrikanischen Mi-gran-t:in-nen stark gewachsen ist. Doch viele in Sfax stimmen der gewaltsamen Verteilung zu.

In einigen Stadtteilen sind sie nun in der Mehrheit , beschwert sich der Gemüsehändler Mohamed Baklouti. Der 48-jährige Familienvater verkauft am Beb-Jebli-Platz im Zentrum von Sfax Obst und Gemüse. Wenige Meter weiter hatten sich nach den ersten Vertreibungen im Februar endlich wieder Händler aus der Elfenbeinküste und Ghana getraut, ihre Waren anzubieten. Wir akzeptieren sie, weil sie das verdiente Geld dazu nutzen, weiter nach Europa zu reisen , sagte Baklouti noch letzte Woche, vor den Vertreibungen.

Nun sind die Westafrikaner weg. In Bussen werden sie offenbar von der Staatsmacht an die libysche Grenze gefahren und im Niemandsland abgesetzt. Augenzeugen aus dem Grenzort Ben Guarden berichten von Müttern und Kinder, die bei 40 Grad im Schatten auf eine Weiterreisemöglichkeit warten.

Im Zug von Sfax nach Tunis saßen am Donnerstag zahlreiche Menschen mit Schürfwunden. Tu-ne-sie-r:in-nen reichen den meist ohne ihre Habseligkeiten oder Geld fliehenden Menschen Wasserflaschen. Doch auf der Strecke, in der Stadt Mahdia, stoppte die Polizei den Zug und lud Mi-gran-t:in-nen in Busse. Ich weiß nicht, wohin es geht , so ein Ghanaer beim Einsteigen.

Ein gemeinsamer Besuch von EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen, dem niederländischen Premier Frank Rutte und seiner italienischen Amtskollegin Giorgia Meloni Mitte Juni zeigte, was Europa von Tunesien erwartet: Die Küstenwache und Sicherheitskräfte sollen die in diesem Jahr stark gestiegenen Zahl von Booten mit Migranten aus Tunesien eingrenzen, im Gegenzug könnte bald eine Milliarde Euro von Brüssel nach Tunis fließen. Meloni hoffte zudem darauf, westafrikanische Mi-gran-t:in-nen mit abgelehnten Asylantrag nach Tunesien zurückschicken zu können. Die blutige Vertreibung der Menschen aus Sfax dürfte Melonis Plan durchkreuzen denn ein sicheres Drittland ist Tunesien damit nicht mehr.

Load-Date: July 6, 2023

Im Wald von Biaowiea; An der polnisch-belarussischen Grenze werden Flüchtende weiterhin brutal zurückgedrängt

taz, die tageszeitung

Donnerstag 09. März 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: LE MONDE DIPLOMATIQUE; S. 16

Length: 2131 words

Byline: Tristan Coloma

Highlight: An der polnisch-belarussischen Grenze werden Menschen aus Kuba, Togo oder dem Irak weiterhin brutal zurückgedrängt

Body

von Tristan Coloma

Je weiter man in den Urwald von Biaowiea vordringt, desto unwegsamer wird die dornige grüne Wildnis. Obwohl Stefan¹ die Zielkoordinaten in sein GPS-Gerät eingegeben hat, weiß er nicht, wohin er sich wenden soll. Aber er geht weiter, klettert weiter, kriecht weiter, unter unzähligen abgestorbenen Bäumen hindurch, die in anderen Bäumen hängen oder zu Boden gestürzt sind. Er fällt in ein Brennesseldickicht, kämpft mit Insektenschwärmen und muss immer wieder seine Stiefel aus dem fauligen Morast ziehen. Er ist andauernd wachsam und schon beim geringsten Geräusch alarmiert. Könnte das eine Polizeipatrouille sein? Ist das ein Helikopter?

Der junge Helfer ist auf der Suche nach einer Gruppe indischer **Migranten**, die ihm nach ihrem heimlichen Grenzübertritt per SMS ihre Position geschickt haben. Wurden sie womöglich von der polnischen Armee, von der Grenzwatche, von der Polizei abgefangen? Aus Lautsprechern entlang der belarussisch-polnischen Grenze dröhnt pausenlos und in Dauerschleife dieselbe Durchsage auf Englisch, Arabisch, Chinesisch, Spanisch und Französisch: Diese Grenze ist geschlossen. Dies ist das Ende Ihrer Reise. Sie wurden getäuscht und Ihr Geld ist weg. Es stimmt nicht, was man Ihnen versprochen hat. Sie müssen nach Minsk zurückkehren. Die belarussischen Behörden werden Sie in Ihr Land zurückbringen. Ihr Albtraum hat ein Ende.

Sogar eine Mauer ließ die polnische Regierung errichten, 200 Kilometer lang, mitten durch den Wald. 340 Millionen Euro hat das Bollwerk gekostet, es entstand zwischen November 2021 und Juni 2022. Am 5. September 2022 begab sich Ministerpräsident Morawiecki (Partei für Recht und Gerechtigkeit, PiS) zum Grenzposten von Czeremcha, baute sich vor der Mauer und dem Stacheldrahtverhau auf, der in den letzten Strahlen der untergehenden Sonne blitzte, und lobte das unüberwindbare Bauwerk als besten Beweis für das entschiedene Handeln der PiS in Sicherheitsfragen.²

Als im Herbst 2021 immer mehr Menschen rechtswidrig von Polen zurück nach Belarus abgeschoben wurden³, kritisierte die EU-Kommission nicht die Warschauer Regierung, sondern das Regime in Minsk. Es habe die

Im Wald von Biaowie a An der polnisch-belarussischen Grenze werden Flüchtende weiterhin brutal zurückgedrängt

chaotische Situation im Wald von Bia-- o-wie a gezielt organisiert als Vergeltung für die EU-Sanktionen gegen Belarus.

Dies sei keine Migrationskrise, bekräftigte am 10. November 2021 Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in Washington, sondern der Versuch eines autoritären Regimes, seine demokratischen Nachbarn zu destabilisieren. Damit sei die gesamte EU herausgefordert.

Der Vorsitzende der rechten Europäischen Volkspartei (EVP) Manfred Weber sprach am gleichen Tag in Brüssel sogar von einem hybriden Krieg gegen die Europäische Union. 4 Brüssel und Warschau schreckten zu ihrer Verteidigung nicht vor repressiven Maßnahmen zurück: In eisiger Kälte wurden die Menschen mit Wasserwerfern zurückgedrängt und systematisch illegale Pushbacks durchgezogen.

Seither ist es hier wesentlich ruhiger geworden. Die Ostroute wird jeden Monat zwar immer noch von tausenden Mi-gran-t:in-nen genutzt, insbesondere aus Afghanistan, Pakistan, Indien und Jemen, aber auch aus Subsahara-Afrika, China und sogar Kuba. Aber diese Zahlen fallen kaum ins Gewicht, verglichen mit den Millionen, die seit Februar 2022 aus der Ukraine nach Polen geflüchtet sind.

Doch während man die Ukrai-ne-r:in-nen mit offenen Armen empfängt⁵, werden die Flüchtlinge aus Belarus verfolgt und deren Helfer als Idioten und Verräter beschimpft wie von Präsident Duda in seiner Festrede zum Tag der polnischen Armee am 15. August 2022.

Nachdem der x-te Hubschrauber über seinen Garten geflogen ist und zum x-ten Mal die Teetassen geklirrt haben, lässt Jan den Kopf sinken und blickt nicht mehr in den Himmel. Dann schaltet er sein Smartphone aus, räumt es in den Schrank und spricht mit uns. Jan ist einer jener polnischen Helfer, die nicht nur von Duda als Verräter bezeichnet werden. Ihm ist die Niedergeschlagenheit deutlich anzumerken.

Er hat Tränen in den Augen, als er sagt: Man glaubt fast, man sei im Krieg. Wir sind mit den Nerven am Ende. Wir haben enorm viel geholfen, und tun das weiterhin, so gut wir können. Aber wir sind zu wenige. Wir wissen, dass Menschen in unserem Wald sterben. Wir werden kriminalisiert, wenn wir ihnen helfen. Doch wir können das nicht einfach so hinnehmen und sie aufgeben. Unsere Aktionen in dieser feindseligen Umgebung sind sehr gefährlich, und emotional sind sie unglaublich belastend.

Nachdem Präsident Duda am 2. September 2021 den Notstand für die Region um Biaowie a ausgerufen hatte, wurde der Wald zum rechtsfreien Raum, in dem die polnische Regierung unkontrolliert und nach Belieben schalten und walten konnte. Humanitäre NGOs (Ärzte ohne Grenzen, Amnesty International und andere), die UN und sogar die europäische Grenzschutzagentur Frontex, die nicht gerade im Ruf steht, eine Willkommenskultur zu pflegen, hatten keinen Zugang mehr.

Am 1. Juli 2022 wurde der Notstand einschließlich der damit verbundenen Verbote zwar wieder aufgehoben. Doch das Migrationsmanagement der Warschauer Regierung blieb weitgehend unbehelligt. Für die EU ist das vor allem: bequem. Sie kann die Verantwortung auf Polen abwälzen und der PiS gleichzeitig vorwerfen, die Rechte der Migranten zu missachten um die sich Brüssel allerdings genauso wenig schert. Die verheerenden Zustände in den mit EU-Geldern finanzierten Internierungslagern in Libyen beweisen es.⁶

Schande über euch! Schande über euch!, ruft ein Iraker über den rasiermesserscharfen Stacheldrahtverhau hinweg den polnischen Grenzschützern zu, die ihn gerade mit seiner Familie nach Belarus zurückgeschoben haben. Eines seiner Kinder weint in den Armen der Mutter, die vermummten Soldaten haben Tränengas gegen die Familie eingesetzt. Ihr seid Europäer, denkt daran!, ruft der Fami-lien-va-ter. Selbst in meinem Land wäre niemand so weit gegangen, einem Kind das anzutun, was ihr getan habt! Die Flüchtlingshelferin Monika, die bei der NGO Grupa Granica (Gruppe Grenze) mitmacht, sagt, dass die polnische Bevölkerung mehrheitlich diese repressive Politik unterstützt. Für die Freiwilligen ist das entmutigend.

Andrzej gehört zu denen, die noch nicht aufgegeben haben. Früher hat der junge Mann seine Freizeit hauptsächlich mit Onlinespielen verbracht, heute durchkämmt er den Wald von Bia- o-wie a auf der Suche nach

Im Wald von Biaowie a An der polnisch-belarussischen Grenze werden Flüchtende weiterhin brutal zurückgedrängt

Migranten, denen er Lebensmittel und Medikamente bringt. Nur einen Steinwurf vom Bezirksgefängnis entfernt beschleunigt er seine Schritte und bahnt sich einen Weg durch das Gewirr aus Totholz, den Blick angestrengt aufs GPS auf seinem Smartphone geheftet. Er sucht eine bestimmte Gruppe, die akut Hilfe braucht.

Ist es denn gerechtfertigt, von einer Flüchtlingskrise zu sprechen, bei weniger als 50 000 versuchten illegalen Grenzübertritten im Jahr? , fragt er. Und er weist noch einmal auf die Doppelmoral der EU hin: Polen sollte wegen seiner umstrittenen Justizreform mit finanziellen Sanktionen belegt werden. Doch nachdem es so viele Ukrain-e-r:in-nen aufgenommen hatte, wurden die Sanktionen teilweise wieder zurückgenommen: Erst hat Brüssel unsere Regierung abgestraft, jetzt sind es die Europäer selbst, die es der PiS erlauben, den Rechtsstaat vorzuführen.

Schließlich findet Andrej die elf Männer und Frauen, die er gesucht hat. Sie sind verängstigt und erschöpft vom langen Herumirren im Wald und haben nur eine Bitte: Helfen Sie uns hier raus! Wenn wir hierbleiben, werden wir sterben. Für die mitgebrachten Hilfsgüter der polnischen Freiwilligen haben sie zunächst gar kein Auge. Was sie wollen, ist vor allem: einen Asylantrag stellen und Papiere ausgestellt bekommen.

Seit über einer Woche irren wir in diesem Wald herum, der uns krank macht und unsere Schuhe zerfrisst , erzählt eine Frau aus Togo. Von den abgebrochenen Ästen ist unsere Haut aufgerissen, und wir sind krank, weil wir das modrige Wasser aus den Sümpfen getrunken haben. Die Wunden und die Insektenstiche haben sich infiziert. Sie seien in der belarussischen Grenzstadt Brest aufgebrochen und hätten nur noch 180 Dollar, erzählt die Frau: Zwei haben wir schon unterwegs verloren; sie waren zu schwach zum Weitergehen. Wir wissen, dass sich hier keiner um unsere Rechte schert, wir werden gejagt wie Tiere. Wir können keinen Asylantrag bei den Behörden stellen, weil wenn sie uns erwischen, schieben sie uns sofort wieder ab nach Belarus, ohne uns überhaupt anzuhören.

Sie haben das unablässige Surren und Sirren von Stechmücken und Überwachungsdrohnen im Ohr, sie müssen jede Sekunde wachsam sein, und erst bei Sonnenuntergang können sie ihre Odyssee nach Westen fortsetzen.

Am nächsten Tag treffen die Helfer auf vier Kubaner, die sich durch den Wald geschlagen haben und nun auf einer Lichtung ein wenig rasten. Sie machen sich ihre Lage klar, ohne etwas zu beschönigen, und einer von ihnen platzt heraus: Wie viele Polen sind denn bereit, uns zu helfen? Wir werden hier einfach unserem Schicksal überlassen, wir sind dazu verdammt, in diesem Wald unterzugehen. Wir haben hier andauernd den Tod im Nacken. Nur ganz wenige Leute riskieren noch ihre Haut für uns. Zählt unser Leben denn gar nichts im Vergleich zu den Ukrainern, die genau wie wir aus ihrem Land fliehen?

Ein paar Tage später erfahren wir, dass es den vier Männern gelungen ist, nach Spanien durchzukommen. Für knapp 1500 Euro pro Person haben sie einen Fahrer gefunden. Ob er zu einer organisierten Schlepperbande gehört oder auf eigene Faust unterwegs ist, weiß niemand. Bei Schleppern geht es immer ums Geld, selbst beim Trinkwasser: eine Flasche kostet im Wald von Bia- o-wie a 20 Euro.

Szenenwechsel: In der hippen Bar Studio im Warschauer Kulturpalast treffen wir Magdalena Chrzczonowicz, die als Journalistin für das unabhängige Nachrichtenportal OKO.press arbeitet. Sie ist eine der wenigen Reporterinnen, die sich über das Verbot der Regierung hinweggesetzt haben und nach Biaowie a gefahren sind. In Polen interessiert sich kaum jemand für die Lage der Mi-gran-t:in-nen an der belarussischen Grenze, meint sie. Schuld daran sei einerseits die Verbotszone, andererseits die staatliche Propaganda und die Angst vor Armut in der derzeitigen ökonomischen Krise.

Die PiS nutzt die Lage an der Grenze propagandistisch aus, um der konservativen Wählerschaft ihre Unnachgiebigkeit in Sicherheitsfragen zu beweisen und sie immer wieder darauf hinzuweisen, dass ihr die Verteidigung von Polens Souveränität am Herzen liege. Und gegenüber Brüssel instrumentalisiert die PiS die Grenzsituation, um mehr Nachsicht im Hinblick auf die umstrittene Justizreform herauszuschinden.

Am meisten Pluspunkte macht die PiS-Regierung allerdings mit dem Engagement für die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. So hat sie sofort und umstandslos die am 3. März 2022 beschlossene EU-Richtlinie zu befristetem Schutz umgesetzt und vom Parlament ein entsprechendes Gesetzespaket verabschieden lassen: Jede aus der Ukraine

Im Wald von Biaowie a An der polnisch-belarussischen Grenze werden Flüchtende weiterhin brutal zurückgedrängt

flüchtende Person konnte rasch einen Schutzstatus erlangen, der achtzehn Monate gilt und verlängert werden kann. Eingeschlossen sind finanzielle Hilfen, provisorische Unterbringung, das Recht auf Arbeit, Zugang zu Gesundheitsversorgung, der Schulbesuch für Kinder, eine Sozialversicherungsnummer und die Nutzung zahlreicher öffentlicher Dienstleistungen.⁷

Polen und die EU haben gezeigt, dass es ihnen durchaus möglich ist, schnell, effektiv und unbürokratisch Hilfe zur Integration zu leisten. Doch die Einwanderungspolitik misst mehr denn je mit zweierlei Maß. Aurore Bergé, die junge Fraktionsvorsitzende der Macron-Partei Renaissance, sagt ganz offen, dass man unterscheiden müsse zwischen denen, die man aufnehmen und gut integrieren möchte, und denen, die es nicht verdient haben zu bleiben und zurückgeführt werden müssen.⁸

1 Die Vornamen der Ak-ti-vis-t:in-nen und Mi-gran-t:in-nen wurden geändert.

2 Joanna Klimowicz, Przechodz przez graniczny pot po drabinie-samoróbce. Ta zapora to wed ug Mateusza Morawieckiego najlepszy dowód skuteczno ci PiS , Gazeta Wyborcza, 13. September 2022.

3 Siehe Niels Kadritzke, Der systematische Rechtsbruch an Europas Grenzen , LMd, Januar 2022.

4 Escalating humanitarian crisis on the EU/Bela-ru-sian border , Debatte im Europäischen Parlament, 10. November 2021.

5 Siehe Elisa Perriguer, Warschauer Willkommenskultur , LMd, Januar 2023.

6 Siehe Ian Urbina, Gefangen im Auftrag Europas , LMd, Januar 2022.

7 Siehe Jean-Yves Potel, Accueil et intégration des réfugiés: l ambivalence polonaise , AOC, Paris, 2. Juni 2022.

8 Zum Zitat von Aurore Bergé siehe Immigration: 'On ne sait toujours pas quelle est la stratégie du gouvernement , note François-Noël Buffet , 16. September 2022.

Aus dem Französischen von Birgit Bayerlein

Tristan Coloma ist Dokumentarfilmer und Journalist. Er arbeitet derzeit an einem Filmprojekt zu diesem Thema.

Load-Date: March 9, 2023

Abschiebung trotz Genozid-Anerkennung; Êzîd*innen aus dem Irak protestieren vor dem Bundestag gegen drohende Abschiebungen. Viele von ihnen sind deswegen in den Hungerstreik getreten

taz, die tageszeitung

Freitag 20. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 7

Length: 1511 words

Byline: Dinah Riese, Tobias Bachmann

Highlight: Êzî-d*in-nen aus dem Irak protestieren vor dem Bundestag gegen drohende Abschiebungen. Viele von ihnen sind deswegen in den Hungerstreik getreten

Body

Aus Berlin Tobias Bachmann und Dinah Riese

Eine Abschiebung wäre für mich ein Todesurteil, sagt Ali Saydo. Er steht vor dem Deutschen Bundestag, gelbe Jacke, Yankees-Basecap, in einer Gruppe von Menschen. Viele von ihnen wedeln mit Unterlagen, wollen von ihrem Schicksal erzählen: Sie sind Êzî-d*in-nen aus dem Irak, nach Deutschland geflohen vor dem Genozid durch den sogenannten Islamischen Staat und seinen Folgen. Doch nun hält Saydo ein Papier in der Hand: Das Landratsamt Landshut teilt ihm mit, er habe Deutschland bis zum 8. November zu verlassen. Saydo ist nicht der einzige, dem die Abschiebung droht. Deswegen protestieren sie vor dem Reichstagsgebäude, seit dem 9. Oktober schon. 20 Menschen sind aktuell im Hungerstreik, etwa ebenso viele mussten bereits ins Krankenhaus gebracht werden.

Der IS ist in mein Dorf gekommen, erzählt Saydo. Sie seien unter Beschuss in die Berge geflohen, hätten dort sieben Tage ohne Essen und Wasser ausgeharrt. Ich habe gesehen, wie Menschen verdurstet oder ihren Wunden erlegen sind. Die nächsten Jahre lebten er und seine Familie in einem **Flüchtlingslager** in der Autonomen Region Kurdistan. Seine Frau und die Kinder sind noch immer dort, er selbst kam 2018 nach Deutschland. Wir können dort nicht leben, sagt Saydo. Ich habe dort keine Bleibe, ich bekomme keine Arbeit, ich erlebe jeden Tag Bedrohung und Diskriminierung.

Insgesamt über 300.000 Menschen haben durch den Angriff des IS auf die êzîdische Religionsgemeinschaft in Sinjar im Norden Iraks ihr Zuhause verloren. Viele Tausend wurden ermordet. Tausende Frauen und Mädchen wurden verschleppt und systematisch vergewaltigt. Über 2.700 Menschen werden noch immer vermisst. Viele leben bis heute in großen Camps für Binnenvertriebene in Irak, Syrien und der Türkei. Andere flohen nach Deutschland.

Abschiebung trotz Genozid-Anerkennung Êzîd*innen aus dem Irak protestieren vor dem Bundestag gegen drohende Abschiebungen. Viele von ihnen sind deswegen in den

Im Januar dieses Jahres hat der Bundestag einstimmig den Völkermord an den Êzî-d*in-nen als Genozid anerkannt und Maßnahmen zur Aufarbeitung und Unterstützung der Betroffenen beschlossen. In dem fraktionsübergreifenden Antrag hieß es, für die Menschen sei eine sichere Rückkehr aufgrund der hoch volatilen Sicherheitslage kaum möglich: Immer wieder erstarkten Keimzellen des IS, auch andere Milizen seien in der Region tätig. Hinzu kämen Militäroperationen Irans und des Nato-Partners Türkei. Die Situation in den Flüchtlingscamps sei inakzeptabel und biete keinerlei Zukunftsperspektiven. Man fordere die Bundesregierung auf, Êzî-d*in-nen weiterhin unter Berücksichtigung ihrer nach wie vor andauernden Verfolgung und Diskriminierung im Rahmen des Asylverfahrens Schutz zu gewähren.

Genau das aber passiert seit 2018 immer seltener. Seit der IS Ende 2017 zurückgedrängt wurde, sank die Schutzquote bei inhaltlichen Entscheidungen rapide von über 90 Prozent im Jahr 2017 knapp unter 49 Prozent 2022. Deutschland hat aber wegen der Lage vor Ort lange nur Straftäter und Gefährder in den Irak abgeschoben. Im Mai diesen Jahres hat sich das plötzlich geändert, sagt Kareba Hagemann. Die Rechtsanwältin steht ebenfalls vor dem Bundestag, will den Protestierenden beistehen. Sie vertritt seit Jahren Êzîd*innen, deren Asylanträge abgelehnt wurden.

Menschen wie Ali Saydo. Ein bayerisches Gericht bestätigte die Ablehnung seines Asylantrags: Der IS sei seit 2017 in der Fläche besiegt, und auch durch den Staat oder andere Akteure drohe den Êzî-d*in-nen keine Gruppenverfolgung. Minderheiten erlebten zwar weitreichende faktische Diskriminierung, allerdings nicht so erheblich, dass es asylrechtlich relevant wäre. Es ist nicht lange her, da sah das Bundesinnenministerium das noch anders. In der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linksfraction erklärte das BMI im März, Êzî-d*in-nen sei es wegen des Völkermordes durch den IS ungeachtet veränderter Verhältnisse auch weiterhin nicht zumutbar, in den früheren Verfolgerstaat zurückzukehren.

Rechtsanwältin Hagemann weiß von mindestens 20 Fällen seit Mitte Mai, in denen Êzî-d*in-nen in den Irak abgeschoben wurden, alle aus Bayern und Nordrhein-Westfalen. Viele andere, deren Asylgesuche abgelehnt wurden, bangen nun. Jahrelang hatten die Ausländerbehörden ihnen gesagt, in den Irak werde nicht abgeschoben. Nun gilt das plötzlich nicht mehr.

Wie viele Menschen betroffen sind, ist schwer zu sagen. Das bayerische Innenministerium erklärt auf Anfrage, man habe in diesem Jahr bislang vier Menschen in den Irak abgeschoben, bei denen als Volkszugehörigkeit oder Religion êzîdisch vermerkt war. Da dies aber nicht verpflichtend erfasst wird, könnte die Zahl höher liegen. Nordrhein-Westfalens Fluchtministerium erklärt auf taz-Anfrage, eine Rückführungsstatistik, die die ethnisch-religiöse Zugehörigkeit erfasst, liege nicht vor. Mit anderen Worten: Ob unter denjenigen, die in den Irak abgeschoben wurden, auch Êzî-d*in-nen waren, ist unbekannt.

Berlin hingegen schiebe aktuell gar nicht in den Irak ab, erklärt die Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete Annika Klose. Das sei auch richtig, das Land sei nicht sicher vor allem nicht für Êzîd*innen. Andere Bundesländer müssen diesem Beispiel folgen, so Klose. Das BMI gibt an, bis Ende August dieses Jahres seien 339 Menschen in den Irak abgeschoben worden. Wie viele davon Êzî-d*in-nen seien wisse man nicht, Abschiebungen seien Ländersache. Mit den Hungerstreikenden vor dem Reichstag sei man nicht in Kontakt gewesen.

Ein Umstand, der Max Lucks empört. Es entsetzt mich, dass Innenministerin Faeser den Abschiebungen von Êzîdinnen und Êzîden keinen Riegel vorschiebt, sagt der Grünen-Politiker der taz. Êzîdisches Leben muss nach der Anerkennung des Völkermordes Schutz in Deutschland finden, nicht obwohl, sondern gerade weil ihre Lage so komplex ist.

So entschieden sind nicht alle in der Ampelkoalition. Ich verstehe die menschlich schwierige Lage, erklärt auf taz-Anfrage Reem Alabali-Radovan (SPD), Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Aber: Jedes Asylgesuch in unserem Land wird individuell sorgsam geprüft und entschieden. Rückführungen liegen in der Entscheidungshoheit der Länder.

Ihre Parteikollegin Derya Türk-Nachbaur ist eine der Initiatorinnen des Antrags zur Anerkennung des Genozids. Dass eine Abschiebung ein tiefer Schicksalsschlag sei, könne sie nachvollziehen, sagt die SPD-Politikerin. Die

Abschiebung trotz Genozid-Anerkennung Êzîd*innen aus dem Irak protestieren vor dem Bundestag gegen drohende Abschiebungen. Viele von ihnen sind deswegen in den

Behörden aber trafen ihre Entscheidungen auf Grundlage von Lageberichten aus dem Auswärtigen Amt. Sie vertraue darauf, dass die Einzelfälle eingehend geprüft und Ablehnungen begründet würden. Ich bin froh um unseren Rechtsstaat und werde seine Entscheidungen nicht in Frage stellen, so Türk-Nachbaur. Sie habe die Menschen im Protestcamp gebeten, ihr ihre Unterlagen zuzuschicken, den Hungerstreik zu beenden und die Debatte im Bundestag fortzusetzen. Die Verantwortlichen des Camps erklärten auf taz-Nachfrage, der Hungerstreik gehe weiter, solange es keine Aussetzung der Abschiebungen gebe.

Das Ziel der Ampelkoalition ist es, den Êzîden zu ermöglichen, wieder in ihrer Heimat leben zu können, sagt der FDP-Abgeordnete Peter Heidt der taz. Wenn dort noch Verfolgung droht und ein menschenwürdiges Leben noch nicht wieder möglich ist, müssen wir mit dem Bamf reden. Heidt plädiert dafür, mit Abschiebungen zu warten, bis wir ein besseres Bild der Situation vor Ort haben. In wenigen Wochen will eine überfraktionelle Gruppe nach Sinjar reisen. Betroffene in sichere Drittstaaten zurückzubringen, wenn sie über diese eingereist seien, hält Heidt für gerechtfertigt, ebenso wie die Abschiebung êzîdischer Straf-tä-te-r*in-nen in den Irak.

Dass es momentan vor allem diese Gruppe betreffe, verneint Rechtsanwältin Hagemann vehement: Ich weiß von einem einzigen Fall, in dem der Abgeschobene ein Straftäter ist, sagt sie. In allen anderen ihr bekannten Fällen seien die Betroffenen nie strafrechtlich in Erscheinung getreten. Hier werden Familien auseinandergerissen, sagt die Anwältin. Vielfach gehe es um Menschen, die sich in den vergangenen Jahren ein Leben aufgebaut hätten. Viele erfüllen gerade so nicht die zeitlichen Kriterien für ein Bleiberecht wegen besonderer Integrationsleistungen, sagt Hagemann.

Die Linken-Abgeordnete Clara Bünger nennt es perfide, dass nur zehn Monate nach der einstimmigen Anerkennung des Genozids traumatisierte Überlebende in das Land abgeschoben werden sollen, in dem ihr Leben aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit weiterhin in Gefahr ist, so Bünger. Ich fordere ein Bleiberecht für alle nach Deutschland geflohenen Êzîd*innen.

Auch Düzen Tekkal ist entsetzt. Es kann nicht sein, dass Überlebende des Genozids jetzt Abschiebung fürchten müssen, sagt die Gründerin von Háwar Help, einer der Organisationen, die sich maßgeblich für die Belange der Überlebenden einsetzen. Worten müssen Taten folgen. Das war unsere Hoffnung, als der Bundestag den Genozid anerkannt hat, so Tekkal. Wenn jetzt aber die Menschen keinen Schutz bekommen, sondern im Gegenteil dorthin zurückgeschickt werden, wo ihnen Gefahr und Elend droht, dann war diese Anerkennung nichts als Symbolpolitik.

Ich erlebe im Irak jeden Tag -Dis-kri-mi-nie-rung

Load-Date: October 19, 2023

Der lange Weg zur Oder; Immer mehr Geflüchtete kommen über die Oder nach Deutschland durch Kriegsrußland, Belarus und Polen. Wie funktioniert diese Ostroute ? Und wie geht die deutsche Seite mit den Geflüchteten um?

taz, die tageszeitung

Samstag 08. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: STADTLAND; S. 48-49

Length: 2338 words

Byline: Peggy Lohse

Highlight: Immer mehr **Geflüchtete** kommen über die Oder nach Deutschland durch Kriegsrußland, Belarus und Polen. Wie funktioniert diese Ostroute ? Und wie geht die deutsche Seite mit den **Geflüchteten** um?

Body

Aus Frankfurt (Oder) Peggy Lohse (Text und Foto)

Fünf Männer laufen über die Oderbrücke. Vom polnischen Subice ins deutsche Frankfurt. Wie auf einer unsichtbaren Linie, mit ein paar Metern Abstand. Sie gehen nicht besonders schnell, nicht besonders langsam. Mit gesenktem Blick und hängenden Schultern. Hinter ihnen raucht ein Mann und filmt mit Handy, wie die fünf in die deutsche Polizeikontrolle laufen. Er telefoniert, setzt sich in den silbergrauen Van um die Ecke zur Brückenauffahrt. In der Böschung liegen verschlammte Gummistiefel und Daunenjacken, leere Deoroller und russische Krim-Fischdosen. So hinterlassen Flüchtende oft unterwegs verdreckte Sachen.

Die Bundespolizei stoppt die fünf Männer, markiert sie mit neongelben Armbändchen und bringt sie zur Registrierungsstelle. Ruhig und routiniert.

Mehrmals täglich spielt sich diese Szene ab. Für viele endet hier in Frankfurt (Oder) eine monatelange Flucht über Rußland, Belarus, Polen nach Deutschland. Wer sind die Menschen, die hier ankommen? Wie funktioniert diese Ostroute, was kostet sie die Fliehenden? Was passiert mit den Ankommenden vor Ort? Die taz hat bei **Flüchtlingshelfer**innen, der Bundespolizei und der Ausländerbehörde nachgefragt, mit **Geflüchteten** gesprochen und deren Fluchtgeschichten nachvollzogen.

Die östliche Migrationsroute, wie sie die EU-Grenzschutzagentur Frontex nennt, ist eine der am stärksten frequentierten neben Balkan- und Mittelmeerroute. Statistisch gesehen sterben und verletzen sich hier deutlich weniger Menschen. Rußland und Belarus scheinen die Route über ihr Staatsgebiet zu fördern. Laut Bundespolizei Berlin kamen im Mai und Juni 2023 von gut 13.500 sogenannten unerlaubten Einreisenden knapp 4.500 über Polen nach Deutschland. 1.900 davon gingen nach Brandenburg, davon wiederum die Hälfte nach Frankfurt.

Der lange Weg zur Oder Immer mehr Geflüchtete kommen über die Oder nach Deutschland durch Kriegsrußland, Belarus und Polen. Wie funktioniert diese Ostroute

Tendenz steigend: Mitte Mai meldete die Bundespolizei allein im Stadtgebiet Frankfurt 200 Einreisen in einer Woche. Unter denen, die kamen, waren auch Aadil Habibullah, Isaad Qurban und Musa Rahimi. Ihre Namen sind geändert, weil sie Nachteile im laufenden Asylverfahren befürchten. Die drei Afghanen, alle Mitte 20, kennen einander nicht. Aber ihre Geschichten folgen einem ähnlichen Weg.

Abschied von Afghanistan

Af-gha-ner:in-nen sind nach Sy-re:r:in-nen die zweitgrößte Flüchtlingsgruppe deutschlandweit, an der polnisch-deutschen Grenze sogar die größte. Im Land terrorisieren Milizen der Taliban die Bevölkerung, nehmen Frauen ihre Rechte, verfolgen, foltern und töten Männer, die mal für westliche Organisationen oder afghanisches Militär gearbeitet haben.

Aadil Habibullah zeigt Fotos von sich, auf denen er als selbstbewusster Sprecher eines Politikers bei Demonstrationen zu sehen ist. Nun sitzt er schüchtern mit hängenden Schultern in einem Café. Der Chef habe sich ohne ihn in die Türkei abgesetzt. Aadil floh im Herbst 2022, mit einem Freund, der früher mit deutschen Firmen zu tun gehabt hatte. Also: Ziel Deutschland.

Isaad Qurban verlor unter den Taliban seine IT-Firma und arbeitete am Kabuler Kaaj Higher Educational Center, das auch Frauen unterrichtete. Am 30. September 2022 sprengte sich dort ein Selbstmordattentäter in die Luft, seitdem organisierte Isaad Mädchenunterricht in Privaträumen, im eigenen Haus oder bei Nachbarn.

Er zeigt Handybilder vom Tag des Anschlags und seiner Geheimschule: Etwa 50 Jugendliche sitzen gedrängt auf dem Boden. Wir lernten zusammen, hoffnungsvolle Personen zu bleiben, sagt Isaad und lächelt auch jetzt zuversichtlich.

Doch im März 2023 flog die Mädchenschule auf. Die Taliban verstärkten die Verfolgung von Aktivisten. Isaads Familie sagte ihm: Wenn du bleibst, bringst du uns alle um. Sein Bruder war in Dresden, also floh auch er in Richtung Deutschland.

Viele Flüchtende aus dem Nahen Osten kommen mit Studienvisa nach Russland, meist an wenig renommierte Hochschulen im Süden. In Kabul und Teheran gibt es überall Agenten, die solche Visa für Russland vermitteln, sagt Isaad, der sein Visum im Iran kaufte.

Manche Anbieter sind im Internet zu finden. Ein Reisebüro in Teheran wirbt damit, dass die Visaregeln zwischen Iran und Russland Anfang des Jahres erleichtert worden seien. Andere erläutern schrittweise den Weg zur Studienausreise nach Russland und werben mit Schnupperreisen.

Aadil kam im Herbst 2022 an die Universität in Machatschkala, Kaukasusrepublik Dagestan. Für zwei Semester, Wohnheimplatz und Visum zahlte er 4.000 Dollar an den Vermittler. Andere, sagt er, forderten dieselbe Summe für nur ein Semester. Diese Agenten in Afghanistan hätten oft selbst in Russland studiert, verfügten über Kontakte. Aadil absolvierte einen Russischkurs. Ein Foto vom April 2023 zeigt ihn bei einem Literaturwettbewerb.

Da muss Isaad gerade in Russland, an seiner Universität in Belgorod angekommen sein. Dort, von wo aus seit eineinhalb Jahren die Ukraine beschossen wird, trifft er auf den Krieg: Plötzlich gab es Alarm und Explosionen, das war heftig. Isaad sah zu, dass er wegkam.

Musa Rahimi war da schon mit seinem Studium fertig. Zahnmedizin in Ufa, Republik Baschkortostan im Süden des Urals. Als Student hatte er einen Aufenthaltstitel bekommen, nun drohte ihm die Mobilisierung. Offenbar zwingen russische Sicherheitskräfte auch Migranten an die Front. Musa machte sich auf den Weg zu einem Freund in Berlin.

In Moskau fanden die drei Taxi-Transfers. 4.000 bis 6.000 Dollar für die Fahrt an die deutsche Grenze. Sie zahlten in Moskau. Geld hatten sie dank ihrer früheren Jobs.

Schläge und Tritte am Grenzzaun

Der lange Weg zur Oder Immer mehr Geflüchtete kommen über die Oder nach Deutschland durch Kriegsrußland, Belarus und Polen. Wie funktioniert diese Ostroute

Von Moskau ging die Fahrt nach Belarus. Aadil kam direkt zu einer Sammelunterkunft, bewacht von belarussischen Uniformierten, nahe der Grenze zu Polen, wo er Wasser, Brot und ein paar Stunden Ruhe bekam, bevor er nachts zum Grenzzaun gebracht wurde. Isaad und Musa stoppten in der Hauptstadt Minsk, wo ihre Fahrer auf Infos warteten, wann und wo sie die Flüchtenden an die Grenze bringen sollten. Musa wartete drei Monate.

Vor dem Grenzübertritt ins Niemandsland, berichten alle drei, machten ihnen Uniformierte mit Schlägen und Tritten deutlich, dass sie bloß nicht nach Belarus zurückkehren sollten. Aadil zeigt Fotos von Blutergüssen. Musa schaut betreten zu Boden, die Schläge sind ihm peinlich.

Isaad erzählt: Unsere Gruppe, vier Personen, bekam eine Leiter und eine Metallschere. Damit sollten sie den 5-Meter-Grenzzaun mit Stacheldraht zu Polen überwinden. Das gelang nicht gleich: Wir saßen tagelang fest, ohne Essen und Trinken. Wir filterten Bachwasser durch unsere T-Shirts.

Hilfe sei überraschend von polnischer Seite gekommen. Grenzschrützer reichten Essen durch den Zaun. Jedoch im Tausch für die Leiter, ohne die der Zaun kaum zu überwinden ist. Letztlich grub Isaads Gruppe einen Tunnel. Viele verletzten sich am Grenzzaun: Daher die Knochenbrüche, Prellungen und Schnittwunden, die deutsche Po-li-zis-t:in-nen bei der Ankunft oft feststellen.

Während Aadil und Isaad es beim ersten Versuch nach Polen schafften, erzählt Musa, er sei mehrmals vom polnischen Grenzschrütz ins Niemandsland zurückgebracht worden. Diese Pushbacks sind nach europäischem Recht illegal.

Um den Grenzschrütern zu entgehen, muss es hinter dem Zaun schnell gehen. Ohne Rücksicht auf Müdigkeit oder Verletzungen in den Wald rennen im Dschungel, wie ihn Geflüchtete nennen, verstecken. Nachts Ortschaften erreichen, um Handys aufzuladen, Fahrer zu kontaktieren und weiter gen Westen gebracht zu werden.

Im Dunkeln oder bei Bewölkung fehlt jede Orientierung. Der ostpolnische Wald bei Biaowiea ist der letzte Urwald Europas. Isaad verlor hier seine Gruppe, traf sie erst in Frankfurt wieder. Tagelang suchte er den Weg. Erst als die Sonne schien, erkannte er, wo Westen sein musste.

Er zeigt seinen Irrweg in der Historie seiner Google-App. Ein wildes Hin und Her und im Kreis herum zwischen Narewka und Hajnówka. Die Städtchen, 20 Kilometer vom Grenzzaun entfernt, gelten als Treffpunkte für Fliehende und Fahrer. Wer seine Kontaktpersonen nicht mehr erreicht, zahlt von hier bis an die 700 Kilometer entfernte deutsche Grenze 2.000 Euro pro Auto beziehungsweise 500 Euro pro Person.

Die Flüchtenden nennen es Taxi, die Polizei Schleuser. Oft sind es Taxifahrer aus Georgien oder der Ukraine in Polen. Auch in Deutschland angekommene Syrer werden oft Fahrer. Hauptmotivation: schnelles Geld.

Musa wurde noch mal in Polen aufgegriffen, verbrachte zwei Monate wegen illegalen Grenzübertritts in einem geschlossenen Ausländerzentrum. Als er in eine offene Unterkunft verlegt wurde, floh er weiter gen Berlin.

Letztlich hatten alle drei Glück. Denn auch auf der Ostroute gibt es immer wieder Tote. Zuletzt wurden am 20. Juni am Welttag der Geflüchteten laut Ak-ti-vis-t:in-nen die Körper zweier seit März Vermisster in einem Fluss bei Narewka gefunden. Damit stieg die Zahl der Grenztoten an der belarussisch-polnischen EU-Außengrenze seit Herbst 2021 auf 485.

Nichts hat sich beruhigt

Wenn Flüchtende wie Aadil, Isaad und Musa schließlich die deutsche Bundespolizei erreichen, haben sie es geschafft. Sie darf zwar anhalten, kontrollieren, befragen und zur Registrierung bringen. Zurückweisungen nach Polen, wie sie in Einzelfällen bekannt wurden, sind aber nicht erlaubt. Das würde sich erst mit stationären Grenzkontrollen ändern, die sich die Innenminister in Brandenburg und Sachsen (beide CDU) wünschen, Bundesministerin Nancy Faeser (SPD) aber ablehnt.

Der lange Weg zur Oder Immer mehr Geflüchtete kommen über die Oder nach Deutschland durch Kriegsrußland, Belarus und Polen. Wie funktioniert diese Ostroute

Vielmehr geht die Bundespolizei gegen Schleusernetzwerke vor. Mit polnischen Kol-le-g:in-nen nehmen sie nahezu täglich Verdächtige fest. Manche solcher Fahrer posten Übergabevideos in Socialmedia-Kanälen, um ihren Service zu bewerben. Die Profile führen zu Chats und Fahrerkontakten. Die Netzwerke dahinter sind aber kaum zu erreichen, auch Flüchtende haben nur mit den Ausführenden zu tun.

Pressemeldungen der deutschen Polizei informieren häufig darüber, dass aufgegriffene Personen ein gültiges Visum aus Russland besäßen, das auch in Belarus gültig ist. Offiziell liegen der Bundespolizei zur Rolle Russlands keine Erkenntnisse vor. Häufigkeit, Organisation und Preise lassen jedoch auf ein gewaltiges Business hinter der Migrationsroute schließen.

Und ein Abflauen ist nicht zu erwarten. Brandenburgs Ausländerbehörde erhöht darum weiter die Aufnahmekapazitäten und drängt auf schnellere Verteilung in die Kommunen. Dort allerdings regt sich Unmut. So warnte Frankfurts Oberbürgermeister René Wilke (Linke) jüngst in einem Interview, das soziale Gefüge der Stadtgesellschaft werde überstrapaziert. Dann knallt es. Das dürfen wir nicht riskieren , meint Wilke.

Bei knallen denkt man in Frankfurt an den Pablo-Neruda-Block, den kleinen Plattenbaukiez auf einem Hügel über dem Zentrum. Im Herbst 2022 war er wegen Messerangriffen und Schlägereien zwischen migrantischen Gruppen in den Schlagzeilen. In Sozialwohnungen leben hier zwischen älteren Deutschen, die teils schon seit Jahrzehnten hier wohnen, ebenso viele Nichtdeutsche aus Polen, der Ukraine, dem Nahen Osten und Afrika. Es wird häufig ein- und ausgezogen.

Claudia Eggert ist hier Treffleiterin der Guten Stube des Vereins Lebenshilfe. Die eine Hälfte der Bewohner lebt hier gern und bekommt von Schwierigkeiten nichts mit, die andere Hälfte hat Angst , sagt sie, es ist schon ein Brennpunkt. Sie selbst öffne die Stube am späten Abend nicht mehr, um Mitarbeitende zu schützen.

Im Dunkeln geht sie nicht mehr raus

Eine davon ist Regina, die ehrenamtlich Schülernachhilfe anbietet und in einem der Wohntürme lebt. Ihren Nachnamen möchte sie nicht veröffentlicht sehen. Die Polizei ist oft da, im Dunkeln gehe ich nicht mehr raus , sagt sie. Etwa eine Schlägerei pro Monat gebe es in ihrem Block. Andererseits: Viele sind auch freundlich und hilfsbereit. Sie lerne viel, zum Beispiel über den Islam.

Probleme sehen Claudia und Regina im Frust durch langes Nichtstun während der Asylverfahren. Das bestätigt ein Nachbar, der als Bundespolizist arbeitet und privat Geflüchtete durch die deutsche Bürokratie begleitet. Den Menschen würden Steine in den Weg gelegt bei Arbeitssuche und Integration, so landeten sie schnell bei Alkohol oder anderen Drogen.

Würden die von Brandenburg und Sachsen geforderten stationären Kontrollen an der deutsch-polnischen Grenze eingerichtet, würden die Flüchtenden, um der Gefahr einer Zurückweisung zu entgehen, gefährlichere Wege nehmen. Es wäre nur eine Frage der Zeit, bis die ersten Toten in der Oder schwimmen, befürchten die Helferinnen.

Sie sollen legal ankommen, Verfahren müssen schneller gehen und die Ergebnisse umgesetzt werden , sagt Claudia. Und Regina: Offene Grenzen sind doch die Errungenschaft der EU. Als Gemeinschaft müssen wir uns alle an Verteilung beteiligen, sonst ist die Gemeinschaft nichts wert.

Aadil Habibullah, Isaad Qurban und Musa Rahimi stehen nun am Anfang ihrer Asylverfahren. Aadil sucht billige Kochtöpfe, um für sein Achterzimmer in der Erstaufnahme zu kochen. Isaad gibt Online-Unterricht für Mädchen in Afghanistan. Musa ist in Berlin, er muss für die Anerkennung seines in Russland erworbenen Universitätsabschlusses sorgen.

An einem Junisamstag treffen sich die drei bei einem Infonachmittag. Dutzende Af-gha-ner:in-nen verfolgen in einer Frankfurter Turnhalle die Präsentation zu Asylrecht und Alltag in Deutschland. Es referiert ein Aktivist, der als ehemaliger Bundeswehrdolmetscher 2015 nach Deutschland kam und schon Hunderte Geflüchtete begleitete. Seine Lieblingsregel: 1. Sprache, 2. Sprache, 3. Sprache. Müdes Nicken.

Der lange Weg zur Oder Immer mehr Geflüchtete kommen über die Oder nach Deutschland durch
Kriegsrußland, Belarus und Polen. Wie funktioniert diese Ostroute

Dann stößelt jemand afghanische Musik in die Boxen. Die Schüchternen beginnen zu tanzen. Erst einzeln am Rand, bald im großen Kreis. Sie lachen gelöst. Wissen nun auch vom Abschiebestopp nach Afghanistan, der Aktivist hat es ihnen erzählt.

Wenn Aadil, Isaad und Musa jetzt an ihre Flucht denken, wundern sie sich: Unglaublich, wenn man das jetzt erzählt, klingt das alles so leicht!

Wenn Flüchtende schließlich die deutsche Bundespolizei erreichen, haben sie es geschafft. Sie darf zwar anhalten, kontrollieren, befragen und zur Registrierung bringen. Die direkte Zurückweisung nach Polen ist aber nicht erlaubt

Load-Date: July 7, 2023

Unerwünscht in Tunesien; Während die Übergriffe gegen Geflüchtete aus Sub-Sahara zunehmen, gießt der Präsident noch Öl ins Feuer

taz, die tageszeitung

Donnerstag 11. Mai 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: LE MONDE DIPLOMATIQUE; S. 15

Length: 2144 words

Byline: Thierry Brésillon

Highlight: Mi-gran-t:innen aus Subsahara-Afrika sind immer häufiger Übergriffen ausgesetzt. Schuld daran sind Alltagsrassismus, Verschwörungstheorien und die verbale Brandstiftung des Präsidenten. Die EU verschärft derweil weiter ihr Grenzregime.

Body

von Thierry Brésillon

In einer ohnehin schon angespannten Situation goss Präsident Saïed mit seinen Worten noch Öl ins Feuer. Nach einer Beratung des Nationalen Sicherheitsrats über Notfallmaßnahmen zur Eindämmung der Präsenz einer großen Zahl illegaler **Migranten** aus Subsahara-Afrika veröffentlichte das Präsi-dial-amt am 21. Februar auf seiner Face-book-seite eine Mitteilung, in der eine tunesische Version des Verschwörungsmythos vom großen Austausch präsentiert wurde.

Nach einem kriminellen Plan, der seit Beginn dieses Jahrhunderts vorbereitet wird , hätten bestimmte Par-teien seit 2011 große Geldsummen erhalten, um irreguläre **Migranten** aus Subsahara-Afrika in Tunesien anzusiedeln , mit dem Ziel, Tunesien auf seine afrikanische Dimension zu reduzieren und es seiner arabischen und islamischen Identität zu berauben .

Schon seit Mitte Februar hatte die Polizei Kontrollen von Mi-gran-t:in-nen verschärft. Einen Tag nach der Veröffentlichung des Kommuniqués kündigte die Nationalgarde eine große Razzia an. Alle, die **Migranten** mit irregulärem Status beherbergen oder beschäftigen , sollten verhaftet werden. In den darauffolgenden Tagen wurden hunderte, vielleicht sogar tausende Mi-gran-t:in-nen von ihren Vermietern aus ihren Wohnungen geworfen, oft mitten in der Nacht und ohne Vorankündigung.

Ihr Hab und Gut mussten sie zurücklassen, Kautionen wurden einbehalten. Nachbarn halfen bei der gewaltsamen Vertreibung. Sie nahmen den Geflüchteten ihre Ersparnisse ab und zerstörten deren Eigentum.

Aus Angst vor weiteren Übergriffen und Verhaftungen trauten sich tausende Mi-gran-t:in-nen aus Subsahara-Afrika wochenlang nicht mehr auf die Straße und waren völlig auf die Solidarität tunesischer Hilfsorganisationen

Unerwünscht in Tunesien Während die Übergriffe gegen Geflüchtete aus Sub-Sahara zunehmen, gießt der Präsident noch Öl ins Feuer

angewiesen. Die Botschaften von Guinea, Senegal, Mali und Côte d'Ivoire organisierten Sonderflüge für heimkehrwillige Landsleute.

Nachdem der Generalsekretär der Afrikanischen Union (AU), Moussa Faki Mahamat, Saïeds Äußerungen verurteilt hatte¹, versuchte dieser zu beschwichtigen: Er habe mit seinen Aussagen nur auf irreguläre Migranten gezielt, denn die seien die ersten Opfer der Ausbeutung durch lokale Arbeitgeber und Schlepper. Seine Äußerungen seien bewusst falsch interpretiert worden um ihm zu schaden, sagte Saïed.

Außenminister Nabil Ammar versicherte den Botschaftern der subsaharischen Länder und den Vertretern internationaler Organisationen, dass sich Tunesien für die Einhaltung der Menschenrechte einsetze. Doch die tunesischen Behörden sprechen weiterhin von einer Kampagne gegen das Land.

Zu einer ausdrücklichen Verurteilung der rassistisch motivierten Angriffe konnte man sich auch nicht durchringen. Lediglich eine gebührenfreie Telefonnummer für Opfer von Misshandlungen wurde eingerichtet. Vor allem weigert sich die Regierung anzuerkennen, dass es zumindest pro-ble-ma-tisch ist, die Migration als Teil eines kriminellen Plans darzustellen.

Dabei war es nicht einmal der Präsident selbst, der sich diese Verschwörungserzählung ausgedacht hat. Sie wurde schon viele Monate zuvor in Umlauf gebracht, vor allem von der Tunesischen Nationalistischen Partei. Diese 2018 gegründete Kleinstpartei pflegt eine lupenreine faschistische Rhetorik: Sie verbreitet Hass auf die Demokratie und verherrlicht Gewalt gegen politische Gegner.

Die Nationalisten versuchen die Tunesierinnen und Tunesier davon zu überzeugen, dass ihrem Land die -Kolonisierung durch Subsahara-Afrika drohe und zwar durch Finanzmittel aus der Europäischen -Union, die darauf abzielten, Migranten in Afrika zu halten. Menschenrechtsorganisationen wirft die Gruppierung vor, sie würden der tunesischen Regierung eine mi-gran-tenfreundliche Politik aufzwingen.

Steinwürfe und Spuckattacken

Dank einer wachsenden Anhängerschaft, vor allem in den sozialen Medien, brachen die Nationalisten eine Debatte über die angeblich 700 000 Migranten aus Subsahara-Afrika vom Zaun, die sich in Tunesien aufhielten. Die Zahl ist absurd übertrieben. Laut dem nationalen Statistikinstitut soll diese Personengruppe zwischen 2010 und 2021 von gerade einmal 7000 auf heute 21 000 angewachsen sein. Selbst die Zahlen der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten der Vereinten Nationen (UN Desa), die für das Jahr 2019 mit 57 000 subsaharischen Geflüchteten in Tunesien gerechnet haben, liegen weit unter den behaupteten 700 000.

Verbreitet werden diese Verschwörungsmythen zum Beispiel von Mabrouk Korchid, der von 2017 bis 2018 tunesischer Minister für Staatsliegenschaften war, oder von Leuten wie Taoufik Bourhou, Politikwissenschaftler an der Universität Lyon III. Korchid behauptete am 2. Januar in einem tunesischen Radiosender, dass Afrikaner extra nach Tunesien gebracht würden, damit sie heiraten und die Morphologie des tunesischen Volks verändern.

Und Bourhou schrieb am 15. Februar in einem Beitrag für das tunesische Onlinejournal UniversNews, dass die unkontrollierten Massenankünfte eine Form der Überflutung darstellen, die in höchstens fünf Jahren das demografische Gleichgewicht Tunesiens umkehren wird. 2 Schätzungen zufolge betrage die Zahl der Einreisen 1,2 bis 1,7 Millionen in fünf Jahren, behauptete er.

Ihre Behauptungen untermauert die Tunesische Nationalistische Partei mit alten Videos, in denen umstrittene Anhänger des Afrozentrismus behaupten, Afrika sei schon immer schwarz gewesen, und fordern, die Maghrebiner sollten zurück nach Saudi-Arabien, wo sie herkommen. Solche Sprüche, die auf einer fragwürdigen Interpretation des senegalesischen Ägyptologen Cheikh Anta Diop basieren, sind in Wahrheit lediglich ein Randgruppenphänomen und meistens eine Reaktion auf den in den maghrebinischen Staaten erfahrenen Rassismus.³

Unerwünscht in Tunesien Während die Übergriffe gegen Geflüchtete aus Sub-Sahara zunehmen, gießt der Präsident noch Öl ins Feuer

Gängige Beleidigungen sind etwa *oussif* (Sklave, Diener) oder *kahlouch* was so viel wie dunkelhäutig heißt, aber negativ besetzt ist und etwa mit dem N-Wort vergleichbar ist. Spuckattacken und Steinwürfe auf Schwarze sind keine Seltenheit; auch schwere Straftaten werden oft nicht verfolgt, wenn die Opfer Schwarze sind. Die Polizei hat mich weggeschickt und meinte, dass sei ja wohl ziemlich dreist von mir, Tunesier anzeigen zu wollen, erzählte uns das Opfer einer Gruppenvergewaltigung.

Dabei steht Rassismus seit 2018 in Tunesien unter Strafe. Doch es braucht mehr als ein paar Paragraphen, um die Einstellung der Menschen zu verändern vor allem wenn sich gerade der Staatspräsident selbst die obskure Ideologie von Gruppierungen wie den Tunesischen Nationalisten zu eigen macht. Damit bekommen die Verschwörungserzählungen zur Migration einen quasi offiziellen Status.

Die Migration hat sich in den vergangenen Jahren tatsächlich verändert: Tunesien ist wegen seiner Nähe zur italienischen Insel Lampedusa zum Transitland für *Mi-gran-t:in-nen* aus Subsahara-Afrika geworden. Das frühere Auswanderungsland wurde so zum Einwanderungsland. Hinzu kam, dass die Afrikanische Entwicklungsbank (-AfDB) wegen der Krise in Côte d'Ivoire zwischen 2003 und 2014 vorübergehend von Tunis aus operiert hat. Dieser Umzug war der Ausgangspunkt für eine vor allem ivorische Zuwanderung..

In jüngerer Zeit haben zwei Faktoren maßgeblich dazu beigetragen, dass sich die Migrationsrouten aus Sahel und Westafrika nach Tunesien verlagert haben: das brutale Vorgehen der Milizen in Libyen⁴ und die von Algerien praktizierten Pushbacks in der Wüste. Auf See abgefangene *Mi-gran-t:in-nen* werden inzwischen meist in Tunesien an Land gebracht, selbst wenn sie von Libyen aus gestartet sind. Dadurch hat sich innerhalb weniger Jahre die Bevölkerungsstruktur einiger Stadtteile in Tunis verändert, aber auch in Sfax, einer Industriestadt im Osten Tunesiens, vor dessen Küste Meeresströmungen herrschen, die für Überfahrten nach Lampedusa günstig sind.

Die meisten Geflüchteten aus Subsahara-Afrika haben keinen regulären Aufenthaltstitel. Selbst diejenigen, die Anspruch auf eine Aufenthaltsgenehmigung haben, scheitern oft an den langwierigen bürokratischen Verfahren. Jede Woche, die das vorgeschriebene Ausreisedatum überschreitet, kostet 20 Dinar (etwa 6 Euro) Strafe. Die so angehäuften Schulden bis zu mehreren tausend Dinar machen Tunesien für die Betroffenen de facto zu einem großen Freiluftgefängnis.

Um ihre Rückkehr in die Heimat oder eine Weiterreise nach Europa zu finanzieren, arbeiten viele *Mi-gran-t:in-nen* für einen Hungerlohn (ein Drittel unter dem üblichen Niveau) auf dem Bau, in der Gastronomie oder als Haushaltshilfe. Nicht wenige bestreiten ihren Lebensunterhalt mit Prostitution und Drogenhandel.

Ihr Hauptziel bleibt es, auf die andere Seite des Mittelmeers zu gelangen. Die Hälfte der 38 000 Menschen, die 2022 vor der tunesischen Küste aufgegriffen wurden, kamen aus Ländern Subsahara-Afrikas. Mit den Geflüchteten lassen sich gute Geschäfte machen, vor allem in Sfax sind die eingespielten Netzwerke der Schlepperindustrie ansässig. Sie kontrollieren sämtliche Schritte vom Bau der Boote über den Kauf der Motoren bis zur Vermietung von Unterkünften. Außerdem unterhalten sie gute Kontakte zu den Strafverfolgungsbehörden, die Informationen über geplante Abfangaktionen weitergeben. Schätzungen zufolge machen die tunesischen Schlepperbanden einen monatlichen Umsatz von etwa 1 Million Euro.

Seit Ende der 1990er Jahre überlassen die Schengenstaaten die Überwachung ihrer Grenzen im Süden Europas den Ländern des Maghreb. Tunesien gilt dabei als idealer Partner, zumal seit dem Übergang zur Demokratie 2011. Das Land hat wie Algerien und Marokko Partnerschaftsabkommen mit der Europäischen Union unterzeichnet und gilt als kooperativ und präsentabel, vor allem im Vergleich zu Algerien beziehungsweise Libyen.

Die Zusammenarbeit in der Migrationspolitik wurde für diese Länder zunehmend zur expliziten Bedingung für den Erhalt von Wirtschaftshilfe. Während das Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) und die Internationale Organisation für Migration (IOM) unter den Geflüchteten eine Auswahl trifft und deren freiwillige Rückkehr organisiert, stellen die EU-Staaten und insbesondere Italien immer mehr Mittel bereit, damit Tunis seine Kontrollen zur See verstärkt.

Unerwünscht in Tunesien Während die Übergriffe gegen Geflüchtete aus Sub-Sahara zunehmen, gießt der Präsident noch Öl ins Feuer

Für die Italiener ist dieses Kontrollsystem aber nicht mehr ausreichend, meint Romdhane Ben Amor vom Tunesischen Forum für wirtschaftliche und soziale Rechte. Rom ermutige die tunesischen Behörden, Druck auf die Mi-gran-t:in-nen aus Subsahara-Afrika auszuüben: Am einfachsten ist es, ein Klima der Angst zu schaffen, um diejenigen, die hier sind, zu vertreiben und andere davon abzuhalten, überhaupt erst zu kommen.

Am 18. Januar reisten der Außen- und der Innenminister Italiens nach Tunis, um über die Bekämpfung der irregulären Migration zu sprechen. Vor diesem Hintergrund darf man annehmen, dass das tunesische Präsidialamt mit seiner Erklärung vom 21. Februar nicht nur auf die gereizte Stimmung im Inland reagiert hat, sondern auch auf die Erwartungen der italienischen Regierung sowie der EU insgesamt.

Weil Tunesien kurz vor der Zahlungsunfähigkeit steht, hat die rechte Regierung von Giorgia Meloni zugesagt, sich bei den internationalen Geldgebern für das Land einzusetzen. Eine schwierige Aufgabe: Seit Monaten verhandelt Tunis mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über ein Vier-Jahres-Darlehen in Höhe von 1,9 Milliarden US-Dollar, dessen Auszahlung der IWF von der Umsetzung bestimmter Sparmaßnahmen abhängig macht. Am 6. April erklärte Präsident Saïed, die gestellten Bedingungen seien Anordnungen aus dem Ausland, die nur zu noch mehr Armut führen.

Derweil bemüht sich die tunesische Diplomatie wegen Saïeds Ausfällen um Schadensbegrenzung. Am 5. März kündigte die Regierung ein Maßnahmenpaket an. Die Anträge von Mi-gran-t:in-nen mit Anspruch auf eine Aufenthaltsgenehmigung (das gilt insbesondere für Studierende) sollen schneller bearbeitet und die Strafen bei verspäteter Ausreise gelockert werden. Am grundsätzlichen Ziel, potenzielle Migranten aus Tunesien fernzuhalten, ändert sich nichts.

Präsident Saïeds gefährliche Provokationen verhindern nicht zuletzt, dass sich Tunesien mit den Realitäten der Migration auseinandersetzt und sich aus dem Dilemma zwischen Sicherheitsbedürfnis und moralischer Verpflichtung lösen kann. Denn das wäre die Voraussetzung für eine unabhängige, mit allen Staaten Afrikas abgestimmte gute und vernünftige Mi-gra-tions-politik.

1 Le président de la Commission de l'Union africaine condamne fermement les déclarations raciales sur des compatriotes africains en Tunisie, Union africaine, 24. Februar 2023.

2 Taoufik Bourgu, Pays en danger de disparition, UniversNews, 15. Februar 2023.

3 Zu den Wurzeln des Rassismus aus der Zeit des Sklavenhandels siehe Sarah Zaïmi, Afrocentrism is trending in the Maghreb. It's because Sub-Saharan migrants are rewriting their narrative, Atlantic Council, 6. März 2023.

4 Siehe Ian Urbina, Gefangen im Auftrag Europas, LMD, Januar 2022.

Aus dem Französischen von Jakob Farah

Thierry Brésillon ist Journalist.

Load-Date: May 11, 2023

Kurztrip in die eigene Geschichte; Zu Halloween klopfen deutsche SPD-Politiker an Afrikas Türen. Sie wollen Rohstoffe kaufen, Migranten zurückgeben und ein bisschen Vergangenheit bewältigen. Bundespräsident Steinmeier besucht in Tansania eine Gedenkstätte für hingerichtete antikoloniale Widerstandskämpfer. Was folgt daraus?

taz, die tageszeitung

Dienstag 31. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: GESELLSCHAFT; S. 13

Length: 713 words

Byline: Dominic Johnson

Highlight: Zu Halloween klopfen deutsche SPD-Politiker an Afrikas Türen. Sie wollen Rohstoffe kaufen, Migranten zurückgeben und ein bisschen Vergangenheit bewältigen. Bundespräsident Steinmeier besucht in Tansania eine Gedenkstätte für hingerichtete antikoloniale Widerstandskämpfer. Was folgt daraus?

Body

talkshow

Von Dominic Johnson

Es ist Halloween, und angeblich darf man da an fremde Türen klopfen und mit dem Ruf Süßes oder Saures? unverschämte Forderungen stellen. Dieses Jahr klopfen Deutschlands wichtigste Politiker gleich an fünf Türen in Afrika.

Bundeskanzler Olaf Scholz ist in Nigeria und Ghana, Bundesinnenministerin Nancy Faeser in Marokko und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in Tansania und Sambia. Wirtschaftliche Zusammenarbeit steht im Mittelpunkt, aber es gibt jeweils auch eine länderspezifische Note. Scholz kauft in Nigeria Flüssiggas, Faeser will Marokko Migranten zurückgeben und Steinmeier stellt sich in Tansania den deutschen Kolonialverbrechen.

Mehr Rohstoffe kaufen, mehr Flüchtlinge abschieben, mehr Kolonialvergangenheit aufarbeiten – das ist auch eine erstaunlich akkurate Zusammenfassung der aktuellen Schwerpunkte deutscher Afrikapolitik. Wie Olaf Scholz vor Reiseantritt korrekt feststellte: Die Bedeutung Afrikas für das Weltgeschehen nimmt immer weiter zu.

Die Bedeutung Afrikas für das Weltgeschehen war schon vor über 100 Jahren immens, denn ab der Berliner Afrikakonferenz 1884 fielen zahlreiche europäische Mächte über den Kontinent her, mit verheerenden Folgen. Wo immer wir die Geschichte der Kolonialpolitik in den letzten drei Jahrhunderten aufschlagen, überall begegnen wir

Kurztrip in die eigene Geschichte Zu Halloween klopfen deutsche SPD-Politiker an Afrikas Türen. Sie wollen Rohstoffe kaufen, Migranten zurückgeben und ein bissc....

Gewalttätigkeiten und der Unterdrückung der betreffenden Völkerschaften, die nicht selten schließlich mit deren vollständiger Ausrottung endet , erklärte SPD-Vorsitzender August Bebel im Deutschen Reichstag 1889.

Im heutigen Tansania verübten deutsche Armeen bei der Niederschlagung des sogenannten Maji-Maji-Aufstands ihre blutigsten Kolonialmassaker bis zu 300.000 Tote als Opfer von Kämpfen, Hinrichtungen und Hunger , wie das Berliner Tanzania Network anlässlich der Steinmeier-Reise in einem offenen Brief erinnert. Man fordere den Bundespräsidenten eindringlich auf, dazu bei seinem Besuch klare Worte zu finden und diesen für eine Bitte um Entschuldigung Deutschlands bei den Nachfahren der Opfer zu nutzen .

Steinmeier wird im südtansanischen Songea vorbeikommen, wo am 27. Februar 1907 insgesamt 66 Maji-Maji-Führer von Deutschen am Galgen hingerichtet wurden. Es wird eine Stippvisite: am Mittwoch 1. November, Allerheiligen also, fliegt er vormittags hin, um 11 Uhr besucht er das Museum, um 12 Uhr die Grundschule, dann fliegt er in Sambias Hauptstadt Lusaka 930 Kilometer westlich, wo er schon um 14 Uhr aussteigen soll, wobei ihm eine Zeitverschiebung von einer Stunde rückwärts zugutekommt. Zeit für ein paar präsidiale Worte soll es in Songea jedoch geben.

Wird Steinmeier sich also in Tansania entschuldigen? In Namibia hat das 2021 nicht geklappt, die Reise fiel aus, als ein deutsch-namibisches Versöhnungsabkommen platzte. Aber in Tansania soll Steinmeier weder vor dem Parlament sprechen noch einen Völkermord anerkennen. Er besichtigt ein Museum und trifft Nachkommen.

Auch dieses Terrain kann tückisch sein. In deutschen Museen liegen sterbliche Überreste hingerichteter Widerstandskämpfer aus Deutsch-Ostafrika , ebenso wie die Überreste getöteter Herero aus Deutsch-Südwestafrika . Die aktuelle Debatte betrifft dabei andere Aufstände als den von Songea. Aber zu deren Schauplätzen reist der Bundespräsident nicht. Die Knochen hat er auch nicht im Gepäck, die Modalitäten der Restitution sind noch nicht geklärt. Mit der Rückgabe lebender Afrikaner hat es Deutschland eiliger. Und man will doch eigentlich bloß wirtschaftlich mit Afrika zusammenarbeiten.

Auch dazu ist die Bebel-Rede von 1889 lehrreich. Der Sozialdemokrat wusste, was passieren kann, wenn Deutsche derart in Afrika anklopfen. Sobald Europäer und es ist ja stets nur die Unternehmerklasse, die dabei in Frage kommt in fremdem Lande Boden fassen und das Land nach den verschiedensten Richtungen nach Möglichkeit ausbeuten, werden die schlechten Sitten, Gewohnheiten und Gebräuche der Europäer eingebürgert , rief damals der SPD-Chef. Man gewöhnt sich zu leicht, in dem Schwarzen einen Menschen inferiorer Rasse zu sehen, gegen den man sich alles erlauben dürfe, gegenüber dem es in der Behandlung gar keine andere Grenze gebe als die des eigenen persönlichen Nutzens.

Wo immer wir die Geschichte der Kolonialpolitik aufschlagen, überall Gewalttätigkeiten

Load-Date: October 30, 2023

Sturm auf die Malzfabrik; Die Nein zum Heim - Bewegung gegen Geflüchtete nimmt Fahrt auf. Auch wenn sie sich nicht nur im Osten formiert, hat sie hier spezifische Ursachen: die Siege der Rechten in den 1990er Jahren

taz, die tageszeitung

Samstag 04. Februar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 16

Length: 1041 words

Byline: Markus Liske

Highlight: Die Nein zum Heim - Bewegung gegen Geflüchtete nimmt Fahrt auf. Auch wenn sie sich nicht nur im Osten formiert, hat sie hier spezifische Ursachen: die Siege der Rechten in den 1990er Jahren

Body

Von Markus Liske

So alarmierend die Schlagzeilen auch klangen, als vor einer Woche ein wütender Mob versuchte, den nordwestmecklenburgischen Kreistag in Grevesmühlen zu stürmen, um eine neue Flüchtlingsunterkunft im Nachbardorf Upahl zu verhindern, die mediale Nachlese des Vorgangs ließ zu wünschen übrig. Klar, die Grevesmühlener Malzfabrik, Nebensitz des Kreistags, ist demokratiesymbolisch weniger aufgeladen als das Capitol in Washington oder der Berliner Reichstag. Auch konnte ja das Schlimmste verhindert werden. Aber Grevesmühlen da war doch mal was?

Ja, das Nazidorf Jamel zum Beispiel, dessen völkische Siedler antifaschistischen Nachbarn schon mal die Scheune anzündeten – wenigstens mutmaßlich. Die Ermittler konnten damals, 2015, keine Hinweise auf einen politischen Hintergrund erkennen und legten den Fall bald ungelöst zu den Akten. Oder das nur einen Spaziergang vom Kreistagssaal entfernte Thinghaus, lange Zeit ein bundesweit bekannter Nazitreff. Betrieben wurde es von Sven Krüger, dem halb Jamel gehört, finanziert wohl maßgeblich von der NPD. Nachdem diese zuletzt den Einzug in den Landtag verpasste und deshalb weniger üppig wirtschaften kann, steht es zum Verkauf.

Und noch was war da: Drei junge Grevesmühlener Rechtsextreme nämlich, die ganz zufällig vor Ort waren, als 1996 zehn Menschen beim Brandanschlag auf eine Lübecker Flüchtlingsunterkunft starben. Trotz frischer Brandspuren in ihren Gesichtern wurden sie, dank eines Alibis für die allerdings nie genau bestimmte Tatzeit, schnell wieder auf freien Fuß gesetzt. Einen vierten Beteiligten am Ausflug nach Lübeck deckte das ohnehin wackelige Alibi zwar nicht, aber der wurde nicht mal erkennungsdienstlich erfasst. Gerüchten zufolge soll es sich bei ihm um einen V-Mann des Verfassungsschutzes gehandelt haben. Also machte man lieber einem der Bewohner der Unterkunft den Prozess (Dönermord, ick hör dir trapsen), um nach dessen Freispruch die

Sturm auf die Malzfabrik Die Nein zum Heim - Bewegung gegen Geflüchtete nimmt Fahrt auf. Auch wenn sie sich nicht nur im Osten formiert, hat sie hier spezifisch....

Ermittlungen ganz einzustellen. Dass einer der Grevesmühlener die Tat inzwischen mehrfach gestanden hatte egal.

Die Antifaschistin Lina E. und ihre drei Mitangeklagten hingegen, denen tätliche Angriffe auf Rechtsextreme in Sachsen und Thüringen zur Last gelegt werden, können sich über mangelnden Ermittlungseifer nicht beschweren. Die befinden sich seit über zwei Jahren in Untersuchungshaft. Es macht wohl einen Unterschied, ob man Flüchtlinge ermordet oder deutsche Nazis prügelt.

Was aus den vier möglichen Brandstiftern aus Grevesmühlen wurde, man weiß es nicht. Vielleicht verdingten sie sich als Türsteher im Thinghaus, züchten in Jamel reinrassige deutsche Rinder oder haben sich zu ordentlichen Grevesmühlener Bürgern entwickelt. Letzteres ist gar nicht unwahrscheinlich, denn davon gibt es viele. Als Modellstadt des Förderprojekts Smart Cities made in Germany und gesegnet mit der niedrigsten Arbeitslosenquote Mecklenburg-Vorpommerns, passt Grevesmühlen so gar nicht ins Klischee abgehängter ostdeutscher Provinzgemeinden. Digitalisierung und Energiewende werden hier großgeschrieben. Die AfD sitzt zwar im Kreistag, nicht aber in der Stadtvertretung. Mag sein, Grevesmühlen ist keine touristische Top-Destination, doch ein Schandfleck ist es auch nicht.

Wer verstehen will, warum der Plan für die Unterbringung von 400 Flüchtlingen in einer Stadt wie dieser zu derart gewalttätigen Tumulten führte, muss drei Jahrzehnte zurückblicken und sich an das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen vom 22. bis 26. August 1992 erinnern. Damals hatten junge Rechtsextreme, angefeuert von einer stetig wachsenden Menge sogenannter Normalbürger und umringt von untätigen Polizisten, die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber sowie ein Wohnheim für ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter angegriffen und in Brand gesteckt mit Erfolg. Asylbewerber und Vietnamesen wurden evakuiert, der Bundestag beschränkte wenig später das Asylrecht und die Angreifer kamen weitgehend straflos davon.

Ein echtes Fanal, nicht nur für die militante rechte Szene in Ostdeutschland, auch für jene, die zwar keine Hakenkreuze an Wände sprühen, aber tief verwurzelte rassistische Ressentiments in sich tragen und deren völkisches Empfinden in der Nachwendezeit unter der tiefen Kränkung zu leiden hatte, dass sie mit dem Anschluss an die BRD auch deren gesamte Lebenswirklichkeit erreichte Migranten inklusive. Ihr in Rostock lautstark geäußertes Deutsche zuerst! war erhört worden, der Staat war eingeknickt, und jeder, der den Gewalttätern klammheimlich die Daumen gedrückt hatte, durfte sich bestätigt fühlen. Die Regierenden blieben der Feind, wie sie es schon in der DDR gewesen waren, und sie, das Volk, hatten erneut den Sieg davongetragen.

Das sind Prägungen, die bleiben. Die AfD füttert sie, wenn sie Die Wende vollenden! plakatiert, und für die nach Rostock mit Staatsgeldern gepöppelte rechte Szene bleibt das ungebrochene völkische Empfinden stets eine offene Tür, um neue Fanale zu inszenieren. Die Nein zum Heim -Bewegung wird derzeit überall wieder lauter. Aber statt sich mit ihrem Nährboden zu befassen, suchen Politiker und Intellektuellendarsteller, wie die Autorin Juli Zeh, die Gründe dafür in der Flüchtlingspolitik Angela Merkels: Mithin sind nicht Nazis das Problem, sondern die Flüchtlinge. Da können noch so viele Bücher zum Thema erscheinen, der nachhaltige Zivilisationsbruch der Baseballschlägerjahre ist noch immer nicht in den Köpfen angekommen. Die Neunziger werden nicht nur von Leuten wie Zeh als ruhige und absolut optimistische Zeit wahrgenommen.

Mag die Form des Protests in Grevesmühlen auch einer klar ostdeutschen Spezifik unterliegen, für das Gedankengut dahinter gilt das nicht. Im hessischen Main-Taunus-Kreis etwa, wo man sich des fünftgrößten Kaufkraftindex aller deutschen Land- und Stadtkreise rühmt, muss sich niemand von seiner Couchlandschaft erheben, um den Kreistag zu stürmen. Da schreibt der Landrat selbst, assistiert von allen 12 Bürgermeistern, einen Brandbrief an den Bundeskanzler, weil inzwischen ganze 8.599 der rund 240.000 Einwohner des Kreises Flüchtlinge sind: Die Grenze ist erreicht.

Digitalisierung und Energiewende werden hier großgeschrieben. Mag sein, Grevesmühlen ist keine touristische Top-Destination, aber ein Schandfleck ist es auch nicht

Sturm auf die Malzfabrik Die Nein zum Heim - Bewegung gegen Geflüchtete nimmt Fahrt auf. Auch wenn sie sich nicht nur im Osten formiert, hat sie hier spezifisc....

Load-Date: February 3, 2023

End of Document

An der Realität vorbei; Katrin Gänsler über Bundeskanzler Scholz in Westafrika

taz, die tageszeitung

Mittwoch 01. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 342 words

Byline: Katrin Gänsler

Body

Katrin Gänsler über Bundeskanzler Scholz in Westafrika

Bundeskanzler Olaf Scholz konnte wohl nicht anders. Der über Monate aufgebaute Druck auf die Bundesregierung, einen härteren Kurs in Sachen Migration zu fahren und mehr Menschen zügiger abzuschieben, hat sich während seiner Reise nach Nigeria entladen.

In der Pressekonferenz mit Präsident Bola Tinubu geht es darum, im Gespräch mit Jour-na-lis-t:in-nen ebenfalls. Und die Fotos vom Besuch eines Migrationszentrums in der Wirtschaftsmetropole Lagos dürfen ebenfalls nicht fehlen. Dabei sind die knapp 14.000 Ni-ge-ria-ne-r:in-nen in Deutschland ohne Bleibeperspektive eine verschwindend geringe Zahl: Allein in Lagos leben rund 20 Millionen Menschen.

Was wieder fehlt, ist das Verständnis, warum Menschen das Land verlassen wollen. Die Sicherheitslage ist schlecht, die wirtschaftliche Situation katastrophal; die Inflationsrate liegt bei knapp 27 Prozent. Millionen Familien leben in der Abwärtsspirale. Verliert ein Elternteil den Job, ist die Zukunft der Kinder dauerhaft gefährdet. Das Glück anderswo zu versuchen, ist allzu nachvollziehbar. Doch auch hier gilt: Die Zahl derer, die das Land verlassen, ist minimal. Nigeria hat 220 Millionen Einwohner:innen.

Migrationszentren ändern daran nichts. Durch sie entstehen keine Jobs, die so bitter nötig sind. Wie in vielen Teilen der Welt werden die ohnehin über Beziehungen vergeben. Informationen über den deutschen Jobmarkt lassen sich ebenfalls anderswo finden.

Auch Programme zur Wiedereingliederung gibt es zahlreiche. In Städten wie Benin City, Migrationsdrehkreuz des Landes, fragt man sich, wie viele Frisör:innen und Schneider:innen noch ausgebildet werden sollen.

In der Verantwortung dafür ist natürlich auch der nigerianische Staat, der strukturelle Probleme bekämpfen muss: Dazu würde eine verbesserte Sicherheitslage gehören, der Ausbau der Infrastruktur, des Stromnetzes und des Gesundheitssystems. Vor allem aber muss es Vertrauen in den Staat geben. In Nigeria vertreten viele die Ansicht: Ohne den Staat geht es besser als mit ihm.

An der Realität vorbei Katrin Gäsler über Bundeskanzler Scholz in Westafrika

ausland

Load-Date: October 31, 2023

End of Document

Ein Dorf in Angst; Im mecklenburgischen Ort Upahl gibt es seit Wochen rassistische Proteste gegen die Unterbringung von Geflüchteten. So wie hier brodelt es in vielen Teilen der Republik. Wovor fürchten sich die Menschen?

taz, die tageszeitung

Mittwoch 22. Februar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: GESELLSCHAFT; S. 13

Length: 1505 words

Byline: Rob Savelberg

Highlight: Im mecklenburgischen Ort Upahl gibt es seit Wochen rassistische Proteste gegen die Unterbringung von **Geflüchteten**. So wie hier brodelt es in vielen Teilen der Republik. Wovor fürchten sich die Menschen?

Body

Aus Upahl Rob Savelberg

Containerdorf nein, danke! Ein unübersehbares Schild steht auf dem norddeutschen Deich, der Einfamilienhäuser mit kleinen Gärten gegen den Lärm der Straße schützt. Etwas weiter hinten folgt ein aus Holz gesägtes Grabkreuz mit der Aufschrift R.I.P. Upahl. Die Welt ist hier eindeutig nicht zu Gast bei Freunden. Willkommen im Landkreis Nord-West-Mecklenburg.

Zwei ältere Damen mit Gehstöcken schlendern am Rande des Dorfes entlang. Beide sind 82 Jahre alt und haben Ängste vor Fremden: Die Männer, die hierherkommen, lassen ihre Frauen und Kinder allein. Hier sind sie rundum versorgt. Und wenn sie nicht arbeiten dürfen, dann wird das eine potenzielle Gefahr, seufzt die ehemalige Russischlehrerin Ursula Rieckhoff.

Wer genau demnächst in weißen Containern auf einer grünen Wiese im Industriegebiet leben wird, das wissen sie nicht. Der Landrat verrät, dass es hauptsächlich männliche **Geflüchtete** aus Afghanistan und Syrien seien, und keine Frauen aus der Ukraine. Wir haben erst zwei Tage vor der Entscheidung gehört, dass so viele **Flüchtlinge** hierher kommen, sagt Frau Rieckhoff hinter ihrer Sonnenbrille. 400 sind zu viel, steht auf einem Plakat hinter ihr. Das Dorf selbst hat kaum mehr Einwohner.

Rieckhoffs Freundin, Brigitte Moll, wurde ebenfalls im Weltkrieg geboren: Ich musste als Kind aus Ostpreußen, aus dem heutigen Polen, mit nichts als unseren Habseligkeiten fliehen. Mein Vater war Wehrmachtssoldat, wir Frauen und Kinder wurden hier in Norddeutschland aufgenommen. Aber jetzt kommen nur noch Männer. Die langweilen sich und wollen doch auch Frauen treffen. Das macht uns Angst.

Ein Dorf in Angst Im mecklenburgischen Ort Upahl gibt es seit Wochen rassistische Proteste gegen die Unterbringung von Geflüchteten. So wie hier brodelt es in v....

Hinter Frau Moll rufen mehrere Schilder zum Widerstand und zur Revolte auf: Stoppt die deutsche Aufnahme von Flüchtlingen! Nicht wenige Wutbürger wollen das Recht in die eigene Hand nehmen. So brodelt es in vielen Teilen der Republik.

In Berlin veranstaltete Innenministerin Nancy Faeser (SPD) gerade einen Krisengipfel zum brisanten Thema. Denn die Zahl der Neuankömmlinge ist auch durch den Exodus aus der Ukraine ununterbrochen groß, wie schon beim historischen Zustrom 2015, als die christdemokratische Kanzlerin Angela Merkel Barmherzigkeit zeigte und Deutschland viele Geflüchtete aufnahm.

Aber hier an der Ostsee, nicht weit vom als Neonazidorf berüchtigten Jamel, wo völkische Siedler das Geschehen bestimmen, ist Willkommenskultur gelegentlich schwer zu finden. Wenige wagen es, offen Zivilcourage gegenüber Hass und Hetze zu zeigen, so wie Birgit und Horst Lohmeyer. Das Ehepaar veranstaltet jährlich im Garten neben ihrem Backsteinhaus das Musikfestival Jamel rockt den Förster, umgeben von offen rechtsextremen Nachbarn wie Ex-Häftling und Dorfchef Sven Krüger, der mal automatische Waffen besaß.

Seine Jünger hatten jahrelang im Thing-Haus in Grevesmühlen ihren Rückzugsort. Da gab es Kampfsportlehrgänge, wurden NPD-Kader ideologisch geschult. Ihr Ziel: eine ethisch-homogene Volksgemeinschaft. Die Nazi-Partei war lange im Schweriner Landesparlament vertreten, wo jetzt die AfD stark ist.

Zurück nach Upahl, ein paar Kilometer entfernt. Am Dorfkern steht die 26-jährige Marin Zweigle, dunkles Haar und rot gefärbte Strähnen, auf ihrer Pferdewiese zwischen ihren Hunden im Schlamm. Sie hat eine diffuse Angst, dass die Neulinge zu Verbrechern mutieren werden. Wir jungen Frauen können dann nicht mehr um den Häuserblock Gassi gehen. Oder alleine von der Bushaltestelle nach Hause kommen.

In einem nahegelegenen Industriegebiet sind Arbeiter dabei, den Rasen zu entfernen. Ein Bagger bereitet den Boden vor. Um die wenigen Hektar werden Zäune errichtet. In ein paar Wochen werden 250 Wohncontainer hierher kommen. Die werden dann in Brand gesteckt, sagt eine Frau unverfroren, ohne mit der Wimper zu zucken.

Unlängst brannte unweit von hier eine Flüchtlingsunterkunft direkt an der Ostsee aus, wobei die BewohnerInnen noch drinnen waren. Erinnerungen an die Zeit vor dreißig Jahren, an das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen und die raue, rassistische Gewalt kommen hoch. Zweigle aber fürchtet das Fremde die dunkle Vergangenheit lässt sie kalt.

Nun kommen bald Ausländer dorthin, wo kaum Infrastruktur für sie besteht. Kein Geschäft, keine Sprachschule weit und breit. Es gibt hier kaum einen Bus, und selbst ein -Deutscher versteht die Routen nicht, sagt ein Ingenieur, der an der Baustelle gerade Mittagspause macht. Ich habe selbst Leute aus der Ukraine aufgenommen, aber diese Lösung hier führt nicht zur Integration.

Vor Kurzem tagte der örtliche Kreistag in Grevesmühlen. An der Tür konnte die Polizei nur mit drohenden Knüppeln verhindern, dass wütende Menschen das Verwaltungsgebäude stürmten. Der Protest der Upahler wurde von Rechtsextremen, Reichsbürgern und Hooligans von Hansa Rostock übernommen, resümierte ein Polizeisprecher.

Drinnen saß damals und heute Tino Schomann, 35 Jahre alt und der zuständige Landrat. Er wurde für sieben Jahre gewählt und ist Mitglied der CDU. Der etwa zwei Meter große Landwirt empfängt seine Besucher in der ehemaligen Malzfabrik, wo seine Beamten arbeiten. Nebenbei hat er einen Hühnerbetrieb.

Wir müssen uns an die Gesetze halten, sagt Schomann mit strenger Stimme. Wir müssen eine bestimmte Anzahl von Flüchtlingen für das Land Mecklenburg-Vorpommern aufnehmen. Ich habe überall versucht, Häuser oder Gebäude zu bekommen. Aber bei 83 Kommunen habe ich immer wieder gehört: Nein, nein, nein.

Der Leiter des Landratsamt erzählt, dass die Sporthallen in Wismar bereits voll seien und mehrere Tausend geflüchtete Frauen vor allem aus der von Russland überfallenen Ukraine in privaten Unterkünften untergebracht seien. Doch in der vergangenen Woche protestierten die Anwohner wieder lautstark vor dem Amt, während

Ein Dorf in Angst Im mecklenburgischen Ort Upahl gibt es seit Wochen rassistische Proteste gegen die Unterbringung von Geflüchteten. So wie hier brodelt es in v....

Schomann sich mit Bürgermeistern beriet. Leistet Widerstand , rief der Organisator, der 68-jährige Rentner Michael Krieger, in sein Megafon. Hundert Polizisten sorgten für Ordnung.

Die rechtsextreme, prorussische AfD unterstützt den Protest. Bei einer hitzigen Versammlung in einem Gemeindehaus in Upahl wurde Hilfe bei der Gründung eines Vereins und bei der Annahme von Spenden angeboten. Der örtliche Vertreter der Alternative für Deutschland erhielt Beifall.

Das eigentliche Problem sei laut Landrat Schomann die hohe Zahl der Neuankömmlinge: Deutschland darf laut gesetzlicher Obergrenze maximal 200.000 pro Jahr aufnehmen. Letztes Jahr waren es fast 50.000 mehr. Die Zahlen des letzten Monats sind höher als 2015. Höher als zu der Zeit, als die frühere Bundeskanzlerin Angela Merkel ihren historischen Aufruf Wir schaffen das! machte.

Inzwischen dauert die Bearbeitung eines Asylantrags in etwa acht Monate, mit Klagen sogar bis zu 24 Monate. Das Landratsamt an der Ostsee ist indes gezwungen, weiter Menschen aufzunehmen. Schomann spricht von gesellschaftlichem Sprengstoff: Die Regierung hat nach 2015 nichts gelernt, was die Steuerung und Begrenzung von Migration angeht, und schickt nicht die 320.000 geduldeten Migranten zurück, die alle Rechtsmittel ausgeschöpft haben. Dabei hat es seit 2015 tatsächlich fast jährlich Asylrechtsverschärfungen gegeben.

Unter den Protestierenden von Upahl werden Verbrechen von Ausländern wie unter einer Lupe beobachtet. So wie kürzlich beim Asylbewerber Ibrahim A., der in einem Zug in Brokstedt zwei Jugendliche mit einem Messer tötete. Brokstedt ist nicht weit von Upahl. Vier Fahrgäste wurden von dem staatenlosen Palästinenser, der bereits eine lange Strafkarte hatte, niedergestochen. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) war zur Gedenkfeier für die Opfer gekommen. Auch beim Attentat von Anis Amri, 2016 auf dem Berliner Weihnachtsmarkt, hatte die Nachlässigkeit von Justiz und Sicherheitskräften fatale Folgen. Attentate durch weiße Deutsche wie in Halle und Hanau spielen für die Dorfbewohner keine Rolle.

Sie fürchten sich vor mehr Kriminalität durch Ausländer. So wie Marko -Duchow, einem 47-jährigen Tischler, der seinen Lebensunterhalt in den Niederlanden verdient. Er und viele Dorfbewohner von Upahl haben Sorge davor, wie sich der Ort wandeln könnte, wenn nun fast so viele neue Bewohner kommen wie die gesamte aktuelle Einwohnerzahl. In einem anderen Dorf in der Nähe wurde kürzlich eine Unterkunft für Geflüchtete aus der Ukraine in Brand gesteckt. Der Bauernhof in Groß-Strömkendorf nahe Blowatz hatte ein Strohdach, unter dem sieben Frauen, ihre Kinder und einige ältere Menschen Schutz suchten, erklärt Bürgermeister Tino Schmidt.

Zwei Tage vor dem Brand wurde ein Hakenkreuz vor das Gebäude geschmiert , erklärt der Ehrenamtliche, der auch Bundespolizist ist. Erst fliehen sie vor einem Krieg nach Deutschland, dann werden sie auch dort angegriffen , sagt DRK-Mitarbeiter Andrej Bondartschuk, ein Schiffsingenieur, der selbst aus der Ukraine stammt, und sich um die Unterbringung seiner Landsleute kümmerte: Dies ist eine weitere traumatische Erfahrung. Vor einiger Zeit wurde ein örtlicher Feuerwehrmann verhaftet, weil er das Feuer mutmaßlich gelegt hatte.

Wir jungen Frauen können dann nicht mehr allein von der Bushaltestelle nach Hause kommen

Load-Date: February 21, 2023

Gewalt gegen Migranten an Kroatiens Grenzen; An der EU-Außengrenze in Kroatien werden Geflüchtete wiederholt illegal zurückgedrängt, beraubt und erniedrigt. Das prangert ein neuer Bericht von Human Rights Watch an

taz, die tageszeitung

Donnerstag 04. Mai 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 775 words

Byline: Christian Jakob

Highlight: An der EU-Außengrenze in Kroatien werden Geflüchtete wiederholt illegal zurückgedrängt, beraubt und erniedrigt. Das prangert ein neuer Bericht von Human Rights Watch an

Body

Von Christian Jakob

Kroatien drängt seit etwa fünf Jahren Menschen illegal und mit Gewalt über seine Grenze zurück. Ein am Mittwoch vorgestellter neuer Bericht der Nichtregierungsorganisation Human Rights Watch (HRW) zeigt, dass die Praxis entgegen anderslautenden Versicherungen der Regierung in Zagreb weitergeht.

Auch unbegleitete Kinder und Familien mit Kleinkindern werden von der kroatischen Polizei weiter zurückgedrängt. Das geschehe trotz offizieller Dementis und wiederholter nicht eingehaltener Zusagen, das Recht auf Asyl und andere Menschenrechtsnormen zu respektieren, so HRW. Die Grenzpolizei stiehlt oder zerstört häufig Telefone, Geld, Ausweispapiere und andere persönliche Gegenstände und setzt Kinder und Erwachsene oft einer erniedrigenden und entwürdigenden Behandlung aus.

Die Menschen würden regelmäßig und oft gewaltsam nach Bosnien und Herzegowina zurückgeschoben, ohne ihre Asylanträge oder Schutzbedürfnisse zu prüfen, gibt HRW an. Die kroatische Polizei übergebe die Menschen nicht an den regulären Grenzposten an die Behörden von Bosnien und Herzegowina. Befragte gaben gegenüber HRW an, dass sie durch Flüsse oder Bäche waten, über Felsen klettern oder sich einen Weg durch dichte Wälder bahnen mussten, oft nachts und ohne zu wissen, wie sie die nächste Stadt erreichen könnten.

HRW befragte nach eigenen Angaben mehr als 100 Personen, darunter mehr als 20 unbegleitete Kinder und zwei Dutzend Eltern, die mit kleinen Kindern reisten, die von den oft brutalen Zurückdrängungen berichteten, teils erst im April 2023. Einige sagten, die kroatische Polizei habe sie Dutzende Male zurückgedrängt und ihre Asylanträge routinemäßig ignoriert. Andere Gruppen wie das Border Violence Monitoring Network (BVMN) oder das Geflüchtetenhilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) sind seit Jahren zu ähnlichen Ergebnissen gekommen.

Gewalt gegen Migranten an Kroatiens Grenzen An der EU-Außengrenze in Kroatien werden Geflüchtete wiederholt illegal zurückgedrängt, beraubt und erniedrigt. Das

Zwischen Januar 2020 und Dezember 2022 hat der Dänische Flüchtlingsrat fast 30.000 solcher Zurückweisungen oft auch Pushbacks genannt erfasst. Etwa 13 Prozent der im Jahr 2022 so dokumentierten Zurückschiebungen betrafen Kinder, allein oder mit ihren Familien. Afghanistan ist das häufigste Herkunftsland.

Die EU finanziert den Grenzschutz in Kroatien mit erheblichen Summen. Ein von der EU finanzierter Grenzüberwachungsmechanismus, der 2021 eingerichtet wurde, sei nicht unabhängig, kritisiert HRW.

Kroatien bestreitet trotz erdrückender Belege die Pushbacks bis heute. Eine Ausnahme war ein TV-Interview, das die kroatische Präsidentin Kolinda Grabar-Kitarović 2019 in der Schweiz gab. Ich habe mich beim Innenminister, dem Polizeichef und den Polizisten vor Ort erkundigt, und sie haben mir versichert, dass sie keine übertriebene Gewalt anwenden. Natürlich ist ein bisschen Gewalt nötig, wenn sie Pushbacks durchführen, sagte Grabar-Kitarović damals.

Hintergrund der kroatischen Praxis war lange die Anwärterschaft auf die Vollmitgliedschaft in der Schengen-Gemeinschaft, die Bewegungsfreiheit ohne Passkontrollen an den Landesgrenzen innerhalb der EU ermöglicht. Für den Wegfall dieser Kontrollen mussten die Schengen-Innenminister überzeugt sein, dass ein Kandidat seine Außengrenzen effektiv sichert. Im Dezember 2022 war es soweit: Kroatien wurden volles Mitglied des Schengenraums.

Nach einer Erhebung der Nichtregierungsorganisation Border Violence Monitoring Network (BVMN) hat Deutschland von 2016 bis 2021 insgesamt 24 so genannte Verbin-dungs-be-am-t*in-nen für den Grenzschutz in Kroatien stationiert, dazu 129 Bun-des-po-li-zis-t*in-nen mit Mandat der EU-Grenzschutzagentur Frontex. 2,8 Millionen Euro flossen aus Deutschland an den kroatischen Grenzschutz in Form von Fahrzeugen, Wärmebildkameras und Überwachungstechnologie. 87 Seminare und Besuche wurden abgehalten. Gesamtkosten: 422.000 Euro. Begünstigt wurden nachweislich auch solche Einheiten, die an gewaltsamen Pushbacks und Misshandlungen beteiligt sind, so das BVMN.

Jenseits solcher Trainings hat Kroatien operative Einsätze der EU-Grenzschutzagentur Frontex auf seinem Territorium weitgehend abgelehnt offensichtlich um ungestört an den Pushbacks festhalten zu können, die von der EU offiziell kritisiert und abgelehnt werden.

Ende März 2023 hatte der Europarat einmal mehr Pushbacks an den EU-Außengrenzen angeprangert und dabei ausdrücklich auch Kroatien kritisiert. Die Regierungen sollten Mechanismen entwickeln, um jede Art von Misshandlung an den Grenzen zu verhindern, erklärte der Vorsitzende des Anti-Folter-Komitees (CPT) der Straßburger Organisation, Alan Mitchell. Pushbacks sind illegal, inakzeptabel und müssen aufhören, fügte er hinzu.

Pushbacks sind illegal, inakzeptabel und müssen aufhören

Load-Date: May 3, 2023

Untergegangene Abschiebe-Fantasien; Eine Ausstellung in der Rosa-Luxemburg-Stiftung zeigt Bilder von frühen migrantischen Protesten in Westberlin. Anfang der 1980er drohte der CDU-Hardliner Heinrich Lummer, Tausende Jugendliche auszuweisen

taz, die tageszeitung

Mittwoch 01. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 23

Length: 567 words

Byline: Peter Nowak

Highlight: Eine Ausstellung in der Rosa-Luxemburg-Stiftung zeigt Bilder von frühen migrantischen Protesten in Westberlin. Anfang der 1980er drohte der CDU-Hardliner Heinrich Lummer, Tausende Jugendliche auszuweisen

Body

Von Peter Nowak

Auf den ersten Blick könnten die Transparente, die die Jugendlichen auf den Fotos tragen, auch von aktuellen Demonstrationen stammen. Gestern Integration heute Abschiebung, lautet eine Parole. Schnell aber wird klar, dass diese Schwarz-Weiß-Aufnahmen, die aktuell im Foyer der Rosa-Luxemburg-Stiftung am Ostbahnhof zu sehen sind, aus einer anderen Zeit stammen, und zwar von Anfang der 80er Jahre. Die meisten der Proteste, die in der kleinen, informativen Ausstellung Wir sind keine Rausländer dokumentiert sind, richteten sich gegen den Lummer-Erlass. Der Westberliner Innensenator und CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer wollte sich damit 1981 als Hardliner präsentieren, der gegen Hausbesetzer*innen, Linke und eben auch gegen Ausländer vorging. Durch eine Änderung des Ausländererlasses drohte Tausenden über 18-jährigen Jugendlichen die Abschiebung, was für große Empörung in der Stadt sorgte. Ausländer und Deutsche haben gleiche Rechte, steht auf vielen selbstgemalten Schildern, die auf den Bildern zu sehen sind. An vielen Westberliner Schulen wurde 1981 zu Protestkundgebungen aufgerufen, an denen Tausende migrantische Jugendliche teilnahmen.

So informierte ein handgeschriebener Zettel, der in der Ausstellung gezeigt wird, Leh-re-r*in-nen und Mit-schü-le-r*in-nen einer Schöneberger Schule: Heute fand in diesen Räumen eine große Versammlung von Jugendlichen statt, die vom Lummer-Erlass betroffen sind. Entschuldigt daher die Unordnung. Diese schnelle Mobilisierung hatte Erfolg. Lummer debütierte gleich nach Amtsantritt mit einem Abschiebungsplan (), der im öffentlichen Protest aber unterging, resümierte später der Spiegel.

Die Fotos von den Protesten stammen von Jürgen Henschel, auf dessen Fotoarchiv die Historikerin und Ausstellungskuratorin Svenja Huck vor zwei Jahren zufällig im Friedrichshain-Kreuzberg-Museum stieß. Weil sich

Untergegangene Abschiebe-Fantasien Eine Ausstellung in der Rosa-Luxemburg-Stiftung zeigt Bilder von frühen migrantischen Protesten in Westberlin. Anfang der 1980er....

Huck mit ihrer Ausstellungsidee an die Rosa-Luxemburg-Stiftung wandte, die ihren Sitz in Friedrichshagen hat, sind die Dokumente des frühen migrantischen Protests in Westberlin jetzt im ehemaligen Ostberlin zu sehen.

Das wäre aber vielleicht auch im Sinne des 2012 verstorbenen Fotografen gewesen. Als Mann mit der Leiter war Henschel damals der fotografische Dokumentarist zahlreicher Proteste und Demonstrationen in Westberlin. Zu internationaler Bekanntheit gelangte er durch sein Foto des sterbenden Benno Ohnesorg, der am 2. Juni 1967 Opfer einer Polizeikugel wurde.

Viele seiner Fotos veröffentlichte Henschel in der Wahrheit, der Parteizeitung der faktisch DDR-finanzierten Sozialistischen Einheitspartei Westberlin (SEW). Die Partei hatte sich in den 1970er Jahren linken Westberliner Gewerkschaften und Künstler*innen geöffnet. Daher ist es auch kein Zufall, dass Henschel ab 1976 zahlreiche Feste von Gewerkschaften dokumentierte, die sich für gleiche Rechte von Migrant*innen und deutschen Arbeiter*innen einsetzten.

Diese Zeugnisse von frühen migrantischen Kämpfen sind nun in der Ausstellung in der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu sehen, die damit auch an den Chronisten der Westberliner Protestbewegung Jürgen Henschel erinnert.

Wir sind keine Rausländer . Politische Kämpfe türkeistämmiger Migrant*innen in Westberlin. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Straße der Pariser Kommune 8a, bis 24. Januar 2024

Tausende migrantische Jugendliche mobilisierten sich innerhalb kurzer Zeit mit Erfolg

Load-Date: October 31, 2023

Kein Pfeffer mehr in Wien; In Wiener Schulen, Bäckereien und Supermärkten gab es 16 Jahre lang das migrantische Magazin Biber . Nun wird es eingestellt

taz, die tageszeitung

Freitag 15. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEDIEN; S. 17

Length: 773 words

Byline: Lara Ritter

Highlight: In Wiener Schulen, Bäckereien und Supermärkten gab es 16 Jahre lang das migrantische Magazin Biber . Nun wird es eingestellt

Body

Das erste Missverständnis ist, dass mit Biber das Nagetier gemeint ist. Auf Türkisch heißt Biber Pepperoni , auf Serbokroatisch Pfeffer . Das zweite Missverständnis ist, dass es sich hierbei um ein Kulinarik-Magazin handelt. Biber, das war eines der ersten deutschsprachigen Magazine, das es sich mit seiner Gründung zur Aufgabe machte, migrantische Perspektiven ins Zentrum zu rücken.

Seit 2007 berichtete das Stadtmagazin für Wien, Viyana und Be aus den Lebenswelten junger Wie-ne-r:in-nen, die Migrationshintergrund hatten oder deren Eltern. Es erreichte damit vor allem jene, denen sonst nachgesagt wird, nur in den Sphären des Internets unterwegs zu sein: 28 Jahre war das Durchschnittsalter des -Biber-Publikums zuletzt. Fünfmal jährlich gab es neue Ausgaben zur Gratis-Entnahme an insgesamt 2.500 Wiener Supermärkten, Bäckereien und Schulen.

In ihrer frühen Ästhetik erinnerten die Cover ans legendäre Tempo-Magazin, mit Titeln wie Bist du ein Rassist? Mach den Test oder Fette Karren, Alle starren: Mein Auto, mein Ego, mein Mädchen . Damit eckte Biber anfangs an. Immer wieder zeigte es, dass perspektivische Vielfalt nicht nur eine additive Erweiterung des bestehenden Blickrepertoires ist, sondern auch Reibung, Konflikt, Auseinandersetzung. Die Debatte also, die Journalismus ausmacht.

Politikwissenschaftler Simon Kravagna gründete das Magazin 2007 gemeinsam mit dem Unternehmer Andreas Wiesmüller. Die ersten Texte suchten sie per Inserat an der Universität Wien. Kannst du auch noch eine andere Sprache als Deutsch und hast Storyideen? Schick sie mir. Wir gründen ein Magazin hieß es da.

Und die Storys kamen. In einigen Fällen spürte das Biber die großen Themen schon im Voraus auf. 2011 besuchte es mit dem damaligen Integrationsminister Sebastian Basti Kurz den Kebapstand und titelte: Einer von uns? Wünschten sich andere Zeitungen anlässlich des außenpolitischen Weltgeschehens Einblick in migrantische

Kein Pfeffer mehr in Wien In Wiener Schulen, Bäckereien und Supermärkten gab es 16 Jahre lang das migrantische Magazin Biber . Nun wird es eingestellt

Communitys, hatte das Biber schon eine Cover-Story parat, etwa als das Magazin 2014 über die Spaltung der Austro-Türken vor den Präsidentschaftswahlen in der Türkei berichtete. Doch ging es dem Biber nicht nur um Insiderperspektiven. Alle sollen über alles schreiben dürfen, sagt Aleksandra Tulej, die seit 2022 Chefredakteurin bei Biber ist. Stattdessen erleben Jung-jour-na-lis-t:in-nen oft, dass ihr Migrationshintergrund zu ihrer Expertise erklärt wird.

Ab 2011 durchliefen angehende Jungre-dak-teu-r:in-nen die Biber-Akademie, lernten zwei Monate in der Redaktion und einen Monat in der eines anderen Mediums das journalistische Handwerk. Über hundert Jung-jour-na-lis-t:in-nen wurden bis heute ausgebildet, nebenbei bat das Magazin auch Workshops an Mittelschulen an. Viele Schüler wissen gar nicht, dass Journalismus eine Option ist. Es ist wichtig, zu sagen, dass das geht, sagt Tulej.

Neben dem Magazin wird es nun auch die Biber-Akademie nicht mehr geben. Dass am 16. Dezember die letzte Ausgabe erscheint, liegt daran, dass das Magazin die Druckkosten nicht mehr stemmen konnte, die durch die Inflation gestiegen waren. All die Jahre war es vorwiegend auf Werbeeinnahmen angewiesen, diese waren in letzter Zeit zurückgegangen. Reguläre Presseförderung hatte das Magazin, wie der Herausgeber gegenüber dem Magazin Horizont angab, nie erhalten.

Jene kommt im Moment nur Kauftages- und Kaufwochenzeitungen zugute, darunter manche, deren Beitrag zum demokratischen Diskurs fragwürdig ist. In Bezug auf den Inhalt der Berichterstattung sind die Förderrichtlinien sehr vage formuliert, Medien müssen lediglich aufgrund des Inhaltes über den Kreis der reinen Fachpresse hinausreichen sowie vorwiegend der politischen, allgemein wirtschaftlichen und kulturellen Information und Meinungsbildung dienen.

Das tun auch die Neue freie Zeitung der FPÖ, die dieses Jahr mit über 56.000 Euro gefördert wurde, und das 1997 von zwei Burschenschaftlern gegründete Medium Zur Zeit, das über 44.000 Euro erhielt. Rund 650.000 Euro der 8,9 Millionen Euro Presseförderung gingen übrigens an Zeitungen der katholischen Kirche.

Dass Biber aus Schulen und Geschäften verschwindet, während die Rechten weiterwettern, tut weh.

Immerhin gibt es mit der Summer-School der ehemaligen Biber-Akademie-Absolventin Melisa Erkurt, die das Instagram-Medium die Chefredaktion gegründet hat, eine Art indirektes Nachfolgeprojekt. Auch dort sollen Jugendliche ohne Vitamin B Einblick in den Journalismus erhalten und die Möglichkeit, einzusteigen. Schulen, Supermärkten, Bäckereien und anderen Biber-Dis-tri-bu-tionsorten wird in Zukunft jedenfalls eine Sache abgehen, die alle gut gebrauchen können: eine gewaltige Portion Pfeffer.

Load-Date: December 14, 2023

**Derselbe Krieg, aber unterschiedliche Regeln; Ein aus der Ukraine
geflüchteter Nigerianer wurde beinahe aus Bayern abgeschoben. SPD-
Politiker Hakan Demir fordert von der Ampel nun Lösungen**

taz, die tageszeitung

Montag 02. Januar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 625 words

Byline: Dinah Riese

Highlight: Ein aus der Ukraine **geflüchteter** Nigerianer wurde beinahe aus Bayern abgeschoben. SPD-Politiker Hakan Demir fordert von der Ampel nun Lösungen

Body

Von Dinah Riese

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hakan Demir fordert Nachbesserungen im Umgang mit aus der Ukraine **geflüchteten** Dritt-staatler*innen. Die Menschen fliehen alle vor demselben Krieg, also sollten sie auch den gleichen Schutz bekommen, sagte Demir der taz.

Anlass für Demirs aktuelle Forderungen ist der Fall des Nigerianers Uchenna U., der in der Ukraine studiert hatte. Im März floh er vor dem Krieg nach Deutschland. Mitte Dezember wäre er beinahe der erste bekannte Fall von Abschiebung eines Ukrainekriegsflüchtlings -gewesen: Bayern hatte den 28-Jährigen bereits in Abschiebehaft genommen. Nur ein kurzfristig gestellter Asylantrag bewahrte den Mann zumindest vorübergehend vor der Abschiebung.

Rund 1 Million Menschen sind vor dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine nach Deutschland geflohen und haben unbürokratische Hilfe bekommen. Möglich macht das die sogenannte Massenzustromrichtlinie der EU. Diese gilt aber in erster Linie für ukrainische Staats-bür-ge-r*in-nen und nicht für die rund 34.000 Geflüchteten anderer Nationalität. Viele von ihnen sind wie Uchenna U. Studierende aus afrikanischen Ländern. Sie fallen nur in Ausnahmefällen unter die EU-Richtlinie, etwa wenn sie in der Ukraine einen unbefristeten Aufenthaltstitel hatten, mit ukrainischen Staats-bür-ge-r*in-nen verheiratet sind oder wenn sie nicht sicher und dauerhaft in ihre Herkunftsländer zurückkehren können.

Bis zum 31. August durften auch sie sich ohne Visum in Deutschland aufhalten. Doch wer bis dahin nicht entweder Schutz entsprechend den genannten Kriterien erhalten, Asyl beantragt oder einen anderen Aufenthaltstitel bekommen hat, ist seither offiziell ausreisepflichtig.

Derselbe Krieg, aber unterschiedliche Regeln Ein aus der Ukraine geflüchteter Nigerianer wurde beinahe aus Bayern abgeschoben. SPD-Politiker Hakan Demir fordert....

Ich finde es nicht richtig, diese Menschen abzuschieben , sagte Demir der taz. Dafür gebe es neben ethischen auch pragmatische Gründe: Wir brauchen jedes Jahr 400.000 Arbeitskräfte aus dem Ausland, erlassen entsprechende Gesetze und dann sollen wir Menschen, die für ein Studium qualifiziert sind, abschieben? Das passt doch nicht zusammen.

Er fordere von der Bundesregierung eine bundeseinheitliche Regelung, die klar formuliert ist und Auslegungsräume schließt , sagte Demir. Denn dass der erste bekannte Abschiebungsversuch ausgerechnet in Bayern passiert, sei kein Zufall. Die dortige CSU-geführte Landesregierung macht immer wieder klar, dass sie von liberaler Migrationspolitik nichts hält. Und auch die zuständige Ausländerbehörde Donau-Ries ist laut Münchner Flüchtlingsrat bereits seit vielen Jahren als besonders repressiv bekannt .

Anders in Berlin, Bremen und Hamburg: Dort können aus der Ukraine geflüchtete Studierende aus Drittstaaten für weitere sechs Monate eine sogenannte Fiktionsbescheinigung bekommen, ein vorläufiges Aufenthaltsrecht und somit die Möglichkeit, die vielen Hürden für ein Studium oder die Anerkennung als Fachkraft zu meistern. Auch in diesen Bundesländern hat es allerdings schon Ausreiseverfügungen gegeben.

Die Massenzustromrichtlinie sei der Rechtsrahmen im Kontext einer gesamteuropäischen Lösung für eine gesamteuropäische Aufgabe , erklärt das bayerische Innenministerium auf Anfrage. Einzelne landesrechtliche Regelungen seien vor diesem Hintergrund abzulehnen. Und: Der Schutz nicht-ukrainischer Staatsangehöriger, die aus der Ukraine geflohen sind und die jederzeit in ihre Heimat zurückkehren können, ist aus unserer Sicht zuvorderst Aufgabe der Heimatländer.

Es gebe verschiedene Möglichkeiten, das Problem zu lösen, sagt Demir. Am einfachsten und somit aus meiner Sicht sinnvollsten wäre es aber, diesen Menschen den gleichen unbürokratischen Schutz zu geben, den wir auch den Ukrai-ne-r*in-nen gewähren. Ohnehin gehe es angesichts einer Million Geflüchteter aus der Ukraine um eine geringe Anzahl an Menschen.

Load-Date: January 1, 2023

Tod oder Klaviermusik; Polen bekommt für die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge viel Lob doch Menschen aus anderen Ländern müssen Gewaltexzesse, Rechtlosigkeit und Hightech-Anlagen an der belarussischen Grenze fürchten. Die Aktivistin Zara will das nicht akzeptieren und versucht, trotz massiver Bedrohung zu helfen

taz, die tageszeitung

Freitag 17. März 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 4-5

Length: 3087 words

Byline: Marita Fischer

Highlight: Polen bekommt für die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge viel Lob doch Menschen aus anderen Ländern müssen Gewaltexzesse, Rechtlosigkeit und Hightech-Anlagen an der belarussischen Grenze fürchten. Die Aktivistin Zara will das nicht akzeptieren und versucht, trotz massiver Bedrohung zu helfen

Body

Aus Micha owo Marita Fischer

Mir wurde schwindelig, als ich den Zaun gesehen habe. Fünfeinhalb Meter hohe Metallstäbe, darüber Natodraht. Das ist einfach ein unmenschlicher Anblick. So erinnert sich Zara Grabowski an die Nacht im Februar, in der sie trockene Kleidung, warmen Tee und Schlafsäcke in den polnischen Wald brachte. Zara, Mitte zwanzig und Studentin aus Warschau, heißt eigentlich anders, möchte ihren richtigen Namen aber aus Sorge um ihre Sicherheit nicht öffentlich machen. Seit knapp einem Jahr verbringt Zara Grabowski ihre Tage nicht an der Uni, sondern im polnisch-belarussischen Grenzgebiet.

Wir sitzen an einem Plastiktisch mit geblümter Tischdecke in einem kleinen Kebab-Imbiss in der polnischen Kleinstadt Micha owo. Beim Falafelessen berichtet Zara von ihrer letzten Intervention im polnischen Wald: Am Nachmittag erreicht der Hilferuf einer Gruppe Schutzsuchender sie und ihre Mitstreiter:innen. Sie schreiben, dass das Essen knapp ist. Sie frieren und der Akku ihrer Smartphones geht zur Neige. Dabei wollten sie ihre Kräfte für die Flucht durch Polen sammeln. Die Gruppe ist vor dem Krieg im Jemen geflohen und möchte einen Asylantrag in der EU stellen. Seit Monaten sind sie unterwegs. Mal in Bussen, mal auf Ladeflächen von Transportern oder Lkw, meist jedoch zu Fuß.

In der Winternacht im Februar steht die Gruppe vor dem letzten physischen Hindernis, das sie von der Europäischen Union trennt: dem meterhohen Grenzzaun aus Stacheldraht. Zara und ihre Mitstreiter:innen möchten die Schutzsuchenden in ihrem Kampf gegen das EU-Grenzregime unterstützen. Deswegen ziehen sie in

Tod oder Klaviermusik Polen bekommt für die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge viel Lob doch Menschen aus anderen Ländern müssen Gewaltexzesse, Rechtlosigkeit

der kalten Februarnacht mit vollgepackten Wanderrucksäcken durch den polnischen Urwald Biaowiea, um die Hilfsgüter abzuliefern.

Das EU-Grenzregime zeigt sich an der polnisch-belarussischen Grenze in seiner ganzen Hässlichkeit. Entlang der 186 Kilometer langen grünen Grenze zwischen EU-Mitglied Polen und dem geografisch wie politisch russlandnahen Belarus erstreckt sich der über fünf Meter hohe Hochsicherheitszaun, dessen Anblick Zarah erschauern ließ. Neben der physischen Barriere ist die östliche EU-Außengrenze mit seismischen Detektoren, Wärmebildkameras und Bewegungsmeldern technologisch aufgerüstet und bewacht.

Immer wieder betonen Vertreter:innen der EU-Institutionen, dass sie keine finanziellen Mittel für Grenzzäune und -mauern ausgeben. Das entspräche nicht den humanitären Werten der Union. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen verweigerte 2022 auch Polen finanzielle Mittel zum Bau des Grenzzaunes. Trotzdem ist die EU an der fortschreitenden Militarisierung und Aufrüstung ihrer Außengrenzen beteiligt. Wärmebildkameras, Drohnen und andere Technologien stellt die Union ihren Außenstaaten bereitwillig zur Verfügung.

Die Ablehnung der EU, Grenzzäune zu finanzieren, scheint nun auch zu schwinden. Nach einem Sondergipfel zum Thema Flucht und Migration am 10. Februar 2023 in Brüssel präsentierte von der Leyen einen neuen Plan gegen illegale Migration. Es ist von mehr Abschottung und besserem Grenzschutz, statt von mehr Achtung für Menschenrechte und Solidarität die Rede. Die Mitgliedstaaten vereinbarten ein Pilotprojekt, bei dem es um die Sicherung der Grenze zwischen dem EU-Mitglied Bulgarien und der Türkei geht. Auch dort erstreckt sich ein kilometerlanger Hochsicherheitszaun. Nationale Mittel, Gelder im Rahmen des Solidaritätsmechanismus unter den Mitgliedstaaten und EU-Haushaltsmittel sollen in Grenzinfrastruktur wie Kameras, Wachtürme und Fahrzeuge investiert werden. So sieht es der Plan des Pilotprojekts der EU vor.

Ohne diese Infrastruktur würde kein Grenzzaun funktionieren, meint die Kommissionspräsidentin, die Grenzzäune doch eigentlich nicht finanzieren wollte. Nach dem Gipfel in Brüssel scheint es Einigkeit unter den EU-Mitgliedstaaten zu geben. Sie wollen mehr Zäune und ein härteres Vorgehen gegen sogenannte illegale Migration. Dass die Einreise von Schutzsuchenden zum Zwecke des Asylgesuchs gar nicht illegal, sondern gemäß Genfer Flüchtlingskonvention ein grundlegendes Menschenrecht ist, wird dabei ignoriert.

Im Sommer 2021 missbrauchte Lukaschenko, der belarussische Diktator, Tausende Schutzsuchende aus dem Nahen Osten für sein politisches Kalkül. Um Druck auf die EU aufzubauen, wurden Flüge aus Krisenregionen nach Belarus gechartert und die Schutzsuchenden dann an die polnische Grenze getrieben. Die EU ließ sich erpressen und antwortete auf die von Lukaschenkos verübte Misshandlung ihrerseits mit Misshandlung der instrumentalisierten Schutzsuchenden. Gewalt und Pushbacks (illegale Rückführung, ohne Prüfung des individuellen Schutzanspruchs) erwarteten die flüchtenden Menschen vonseiten des Grenzschutzes.

Im Winter 2021/2022 rief die polnische Regierung ein Sperrgebiet an der Grenze zu Belarus aus. Weder Aktivist:innen noch Vertreter:innen von Menschenrechtsorganisationen oder Journalist:innen durften den drei Kilometer breiten Grenzstreifen passieren. Die Maßnahme wurde von Jurist:innen als undemokratisch und verfassungswidrig kritisiert. Journalist:innen sahen die Pressefreiheit angegriffen und Menschenrechtsaktivist:innen waren daran gehindert, den vielfachen Rechtsbruch gegenüber Schutzsuchenden zu dokumentieren und dagegen vorzugehen. Nachdem die Anzahl der im Osten Polens ankommenden Schutzsuchenden im Sommer 2022 wieder etwas gesunken war, wurde die Sperrzone aufgehoben. Stattdessen sollen jetzt der Grenzzaun und regelmäßige Patrouillen von Grenzschutzeinheiten Schutzsuchende abschrecken und am Betreten der EU hindern.

Neben dem Zaun, den Kameras und dem Stacheldraht gehören in Polen die Polizei, das Militär sowie eine spezielle Grenzschutzeinheit (Straż Graniczna) und die sogenannte Territorialverteidigungsarmee (Wojska obrony terytorialnej) zum Grenzsicherungsapparat der EU. Sie patrouillieren schwer bewaffnet im polnischen Grenzwald, um Schutzsuchende aufzuspüren. Gelingt ihnen das, halten sie die Menschen fest und schieben sie auf die andere Seite des Grenzzaunes, in den belarussischen Wald zurück.

Tod oder Klaviermusik Polen bekommt für die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge viel Lob doch Menschen aus anderen Ländern müssen Gewaltexzesse, Rechtlosigkeit

Regelmäßig und systematisch werden die deutlich geäußerten Asylgesuche der Menschen von den polnischen Be-am-t:in-nen ignoriert, die Rechte von Geflüchteten missachtet. Die EU-Außengrenze wird rechtswidrig abgeschottet. Wir wissen von Fällen, wo Menschen sich extra ein Schild mit der Aufschrift, 'Ich möchte Asyl' auf Polnisch um den Hals gehängt hatten. Trotzdem wurden sie einfach abgeschoben erzählt Zara entrüstet.

Sie hat ihre Falafeltasche aufgegessen und steht auf. Sie will das Gespräch lieber draußen weiterführen. Eine Gruppe junger Männer ist vor einigen Minuten in den Imbiss gekommen. Während sie auf ihre Bestellung warten, schauen sie immer wieder zu unserem Tisch. Zara fühlt sich nicht mehr wohl damit, hier über ihren Aktivismus und ihre politische Meinung zu sprechen. Viele An-woh-ne-r:in-nen sind ihr und ihren Mit-strei-te-r:in-nen nicht wohlgesinnt. Immer wieder treffen Zara, die aufgrund ihrer Kleidungswahl aus der Masse der lokalen Bevölkerung heraussticht und als linke Aktivistin zu erkennen ist, böse Blicke im Supermarkt. Viele Menschen haben Angst vor Schutzsuchenden. Die Propaganda der Regierung wirkt leider. Deswegen hassen sie auch uns.

Zara seufzt und bezahlt ihre Mahlzeit. Wir treten nach draußen auf die matschige Straße. Wochenlang lag im Grenzgebiet Schnee. Nun ist Tauwetter. Wir laufen durch die Straßen von Micha owo und Zara fährt fort: Die bösen Absichten der polnischen Beam-t:innen, die den politischen Willen der EU ausführen, werden durch die systematischen Pushbacks klar und deutlich. Schätzungen zufolge hat Polen seit 2021 Zehntausende illegale Pushbacks nach Belarus durchgeführt. Oftmals gehen die Pushbacks mit Anwendung von physischer und psychischer Gewalt einher. Schutzsuchende werden geschlagen, erniedrigt sowie rassistisch und islamfeindlich beleidigt. Die verübten Misshandlungen und die Gewaltexzesse haben für die polnischen Be-am-t:in-nen so gut wie nie Folgen. Die Betroffenen befinden sich nach dem Rechtsbruch wieder in Belaus, also außerhalb der EU. Von dort haben sie kaum Möglichkeiten, gegen den polnischen Grenzschutz vorzugehen.

Auch Zara hat mit den Grenzschutzeinheiten Erfahrungen gemacht. Immer wieder werden die Autos der Ak-ti-vis-t:in-nen an Posten des Grenzschutzes (Stra Graniczna) angehalten, durchsucht und die Identität der Ak-ti-vis-t:in-nen wird festgestellt und festgehalten. Wir wollen humanitäre Hilfsgüter an Menschen liefern, die bei Minusgraden und ohne Verpflegung im Wald ausharren, und haben Angst, dafür verhaftet zu werden.

Zara ist fassungslos und wütend. Die Studentin hat vor ungefähr einem Jahr ihr Studium unterbrochen und verbringt seitdem fast jeden Tag an der polnisch-belarussischen Grenze. Sie ist Vollzeitaktivistin, weil sie den Zustand an der Grenze unerträglich findet. Weil sie nicht tatenlos mitansehen kann, wie Menschen von Be-am-t:in-nen ihres Landes verprügelt und gequält werden. Weil sie die Abschottung Europas nicht widerstandslos hinnehmen will. Deswegen nimmt sie die mögliche Kriminalisierung in Kauf und riskiert Bußgelder und eine strafrechtliche Verurteilung für ihren aktivistischen Einsatz.

Über zwanzig Menschen wurden seit Herbst 2021 wegen solidarischer Aktionen in Polen verhört, angeklagt, in Gewahrsam genommen oder zu einem Bußgeld verurteilt. Das geht aus einem Ende Januar 2023 veröffentlichten Bericht des Szpi-la-Kollektivs und der Helsinki Foundation for Human Rights hervor.

Anfang März wurde erstmals eine deutsche Staatsbürgerin, die vom polnischen Grenzschutz verdächtigt wurde, sich dem Grenzzaun genähert zu haben, des Landes verwiesen, berichtete die taz. Mit der Ausweisung von Ak-ti-vis-t:in-nen soll humanitäre Hilfe kriminalisiert werden. Es ist eine weitere Eskalation der Repressionen gegen solidarische Menschen.

Auch in anderen EU-Staaten werden Hel-fe-r:in-nen und Aktivist:innen, die sich für die Rechte von Schutzsuchenden einsetzen, kriminalisiert und schikaniert. In Griechenland werden humanitäre Hel-fe-r:in-nen und Ak-ti-vis-t:in-nen mitunter wegen Menschenschmuggels angeklagt. Die italienische Regierung weist Schiffen der zivilen Seenotrettungsflotte seit einigen Monaten Häfen im Norden des Landes zu. Die Schiffe müssen kilometerweit fahren, um die aus Seenot geretteten Schutzsuchenden an Land zu bringen. Das kostet sie viel Geld und auch Zeit, welche sie nicht im Einsatz in der Rettungszone sein können.

Die Februarnacht, in der Zara den schwindelerregend hohen Zaun sah, dauerte für sie und die anderen Ak-ti-vis-t:in-nen noch bis in die frühen Morgenstunden. Die wachhabenden Grenz-be-am-t:in-nen wurden auf die Ak-ti-vis-t:in-nen aufmerksam. Insbesondere der Grenzstreifen wird stark und lückenlos überwacht. Regelmäßige

Tod oder Klaviermusik Polen bekommt für die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge viel Lob doch Menschen aus anderen Ländern müssen Gewaltexzesse, Rechtlosigkeit

Patrouillen der Grenzschutzeinheiten und Kameras an Weggabelungen machen es fast unmöglich, unbemerkt das Grenzgebiet zu betreten. Als ich mich für die Recherche dem Zaun näherte, kamen jedes Mal nach wenigen Minuten Be-am-t:in-nen der Stra Graniczna. Sie fragten, was ich an dem Zaun zu suchen hätte, und nahmen meine Personalien auf.

Auch Zara und ihre Mit-strei-te-r:in-nen wurden in der Nacht, in der sie die Hilfsgüter abliefern wollten, von den Grenz-be-am-t:in-nen aufgehalten. Sie kamen vermummt, schwer bewaffnet, mit drei Geländefahrzeugen aus mehreren Richtungen, berichtet Zara. Man hört kaum Angst in ihrer Stimme. Sie spricht klar und besonnen von den Ereignissen dieser Nacht. Nur selten kocht Wut in ihr hoch. Dann wird ihre Stimme lauter und fängt leicht an zu zittern. Sie fährt sich durch die mittellangen blonden Haare und fährt fort: Die Be-am-t:in-nen waren total aggressiv und beleidigten uns. Wir sollen doch lieber Rotwein trinken und Sushi essen anstatt dreckigen Mi-gran-t:in-nen zu helfen. So ekelige Sachen haben sie zu uns gesagt.

Mehrere Stunden lang wurden die jungen Ak-ti-vis-t:in-nen von den Grenz-schüt-ze-r:in-nen im Wald festgehalten. Angeblich um ihre Identität zu klären. Zara und ihre Mit-strei-te-r:in-nen verweigerten ein Schuldbekenntnis, sich widerrechtlich verhalten zu haben. Zwar ist es eine Ordnungswidrigkeit, sich auf 15 Meter dem Grenzzaun zu nähern, Zara und andere Ak-ti-vis-t:in-nen lehnen diese Strafe jedoch aus politischen Gründen ab. Sie verweigern jegliche Aussage und Kooperation mit den Be-am-t:in-nen. Wir machen nichts Falsches, nichts Verwerfliches. Nichts, wofür man uns bestrafen sollte, meint Zara.

Auf die Entschlossenheit der jungen Ak-ti-vis-t:in-nen reagierten die Grenz-schüt-ze-r:in-nen im Wald mit erhöhter Aggression und mit Einschüchterungsversuchen. Durchgefroren, müde und erschöpft verließen die Ak-ti-vis-t:in-nen nach insgesamt über acht Stunden den polnischen Grenzwald.

Anfang März telefoniere ich mit Zara. Die Vorfälle im Wald beschäftigen sie noch sehr. Der Anblick des Zaunes, aber auch das aggressive Verhalten der Grenz-schüt-ze-r:in-nen haben sie verstört. Wenn sie das mit uns machen, was machen sie dann mit denen, die nicht weiß sind, die keinen europäischen Pass haben?, fragt sich Zara. Wie können Menschen so hasserfüllt sein? Und wie kann unsere Gesellschaft ein so menschenverachtendes Grenzregime aufbauen und aufrechterhalten? Wie kann das irgendjemand rechtfertigen?

Am Morgen des 26. Februar 2023, einige Tage nach dem Falafelessen mit Zara, stehe ich vor einer kleinen katholischen Kirche in Micha owo. Auf einer Anzeigentafel, die ein kleines Dach vor Schnee und Regen schützt, flattert eine Traueranzeige: Wir bedauern den Tod von Ahmed Hamed Al Zabhwawi. Am 19. September 2021 wurde sein Leichnam im Wald in der Nähe des polnischen Dorfes Fr cki gefunden. Der Verstorbene war 29 Jahre alt und kam aus dem Irak. Ahmed war gelernter Ökonom. Er hinterlässt eine Ehefrau und eine zweijährige Tochter.

Hunderte weitere Traueranzeigen flatterten an diesem Morgen an schwarzen Brettern und öffentlichen Informationstafeln in grenznahen Dörfern und Städten. Auf den Plakaten sind die Namen und, wenn bekannt, die Todesursache und einige weitere persönliche Informationen von Menschen zu lesen, die seit 2021 ihr Leben auf der Flucht durch Polen verloren haben. Insgesamt sind es mindestens 34 Asylsuchende, die seit 2021 in polnischen Wäldern gestorben sind. So die Daten, die das Bündnis Grupa Granica (Grenzgruppe) intern sammelt. Die Dunkelziffer ist wohl deutlich höher. Einige Schutzsuchende starben an Hypothermie, andere an Erschöpfung oder sie sind im Grenzfluss ertrunken. Vielfach ist die Todesursache jedoch ungeklärt.

Genauso ungeklärt ist häufig die Identität der gefundenen Toten. Schutzsuchende haben selten einen Identitätsnachweis bei sich. Außerdem liegen ihre leblosen Körper oft wochen- oder monatelang im Wald, bis sie gefunden werden. Eine Identifikation der menschlichen Überreste ist dann nur noch schwer möglich. Immer wieder müssen unbekannte Tote begraben werden, bestätigt Zara. Seit sie im Grenzgebiet aktiv ist, war Zara schon bei einigen Beerdigungen von verstorbenen Schutzsuchenden, die auf dem muslimischen Friedhof in Bohoniki beerdigt wurden.

Wir wollen die lokale Bevölkerung wachrütteln. Sie sollen mitbekommen, was in ihrer Umgebung passiert. Vielleicht tun sie dann etwas gegen dieses Unrecht vor ihrer Haustür, erklärt eine Bewohnerin, die an der nächtlichen Protestaktion im Februar beteiligt war. In der Woche zuvor wurden vier Leichen von Schutzsuchenden

Tod oder Klaviermusik Polen bekommt für die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge viel Lob doch Menschen aus anderen Ländern müssen Gewaltexzesse, Rechtlosigkeit

gefunden. Am 12. Februar wurde die Leiche einer Frau aus Äthiopien im Wald in der Nähe der ostpolnischen Kleinstadt Hajnowka von An-woh-ne-r:in-nen entdeckt. Vier Tage später fand ein Suchtrupp bestehend aus An-woh-ne-r:in-nen und Ak-ti-vis-t:in-nen die Leiche einer weiteren Person im Wald, die Schutz gesucht hatte. Am selben Tag teilte der polnische Grenzschutz mit, dass zwei weitere Leichen in der Nähe des Flusses Switslatsch aufgefunden wurden. Als Antwort auf diese vier neuen Leichenfunde, aber auch in Gedenken an die anderen im polnischen Grenzgebiet verstorbenen Schutzsuchenden, organisierten Ak-ti-vis-t:in-nen und An-woh-ne-r:in-nen die Protest- und Aufklärungsaktion am 25. Februar.

Seitdem wir gesehen haben, wie Polen mit weißen, christlichen Geflüchteten aus der Ukraine umgeht, wird das rassistische Motiv des Grenzschutzes an der Ostgrenze noch mal deutlicher, analysiert Zara. Im Südosten teilt Polen eine 526 Kilometer lange Grenze mit der Ukraine. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs wurden rund 8,5 Millionen Grenzübertritte zu Fuß, per Bus, im Auto oder mit dem Zug nach Polen registriert. Ukrainische weiße Staats-bür-ge-r:in-nen dürfen ohne Weiteres nach Polen und in andere EU-Staaten einreisen. Sie werden nicht zurückgeschoben, geschlagen und gedemütigt, so wie die Menschen an der polnisch-belarussischen Grenze. Hilfskonvois dürfen die Grenze passieren, freiwillige Hel-fe-r:in-nen werden als Hel-d:in-nen gefeiert und die Flüchtenden teils mit Klaviermusik empfangen.

Während seines Besuchs in Warschau Mitte Februar lobte US-Präsident Joe Biden die Bemühungen und die Aufnahmebereitschaft Polens gegenüber Schutzsuchenden. 1,5 Millionen Menschen aus der Ukraine hat der östliche Nachbar Deutschlands seit Beginn des russischen Angriffskriegs aufgenommen und eine legale Bleibemöglichkeit geboten. Ein löbliches Beispiel staatlicher und zivilgesellschaftlicher Solidarität, findet Biden. Zu der systematischen Misshandlung Schutzsuchender an der polnisch-belarussischen Grenze schwieg er.

Die Realität an den Außengrenzen der EU ist seit Jahren menschenverachtend und gewalttätig. Hochsicherheitszäune, Pushbacks, physische und psychische Gewalt sind zur gängigen Grenzpraxis der Europäischen Union geworden. Eine Änderung der migrationspolitischen Ausrichtung der EU oder ihrer Mitgliedstaaten ist nicht absehbar. Eigentlich wird alles schlimmer, sagt Zara während des Telefongesprächs am Anfang des Monats frustriert. Die migrationspolitischen Entwicklungen in Europa und in Polen bereiten ihr Sorge. Die polnische Regierung möchte die Befugnisse der Grenzschutzeinheiten ausweiten. Sie plant eine Änderung des Ausländergesetzes. Diese Änderung würde die Stra Graniczna dazu befugen, final über Ausreisepflicht, Duldung und Einreiseverbot für Schutzsuchende zu entscheiden ein Verstoß gegen das Grundrecht auf eine faire, unabhängige Anhörung.

Viele Menschen haben Angst vor Schutzsuchenden. Die Propaganda der Regierung wirkt leider. Deswegen hassen sie auch uns

Es gab Menschen, die sich extra ein Schild mit der Aufschrift Ich möchte Asyl auf Polnisch um den Hals gehängt hatten. Trotzdem wurden sie einfach abgeschoben

Load-Date: March 16, 2023

Von der Wahl ausgeschlossen; Migrant*innenverbände fordern Wahlrecht für alle hier lebenden Erwachsenen ein Drittel darf nicht wählen

taz, die tageszeitung

Mittwoch 08. Februar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 22

Length: 354 words

Byline: Susanne Memarnia

Highlight: Mi-gran-t*in-nen-ver-bän-de fordern Wahlrecht für alle hier lebenden Erwachsenen ein Drittel darf nicht wählen

Body

Von Susanne Memarnia

Anlässlich der Wiederholungswahl am kommenden Sonntag fordern drei Berliner Dachverbände von Mi-gran-t*in-nen-or-ga-ni-sa-tio-nen das Wahlrecht für alle in Berlin lebenden Bürger*innen. Das vor über 30 Jahren ergangene Urteil des Bundesverfassungsgerichts, wonach nur deutsche Staats-bür-ge-r*in-nen als Staatsvolk zu verstehen sind und damit Nicht-Deutsche auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene von Wahlen auszuschließen sind, entspricht aus unserer Sicht einem veralteten Weltbild, heißt es in einer am Dienstag veröffentlichten Pressemitteilung von Türkischer Bund Berlin-Brandenburg, **Migrationsrat** Berlin und moveGlobal. EU-Bürger*innen könnten zumindest an Kommunalwahlen teilnehmen. Diese Interpretation des Grundgesetzes bilde nicht die Realität in einer globalisierten Welt ab, heutzutage sei **Migration** kein Phänomen, sondern Alltag.

Dass gut ein Drittel der erwachsenen Ber-li-ne-r*in-nen nicht an der Abgeordnetenhauswahl teilnehmen dürfen und Nicht-EU-Bür-ge-r*in-nen nicht einmal an den Wahlen der Bezirksverordnetenversammlungen, sei ein Hindernis bei ehrlicher Teilhabe und Inklusion vieler Menschen mit Migrationsgeschichte, die zu Berlin gehören und ihre Stadt mitprägen wollen. Es gehe um Menschen, die oft schon seit Jahren in Berlin leben, hier ihren Lebensmittelpunkt haben, Steuern zahlen und wie Deutsche oft auch noch mehr betroffen seien vom angespannten Wohnungsmarkt sowie hiesiger Migrations- und Bildungspolitik.

So sagt Magdalena Benavente vom Migrationsrat: In manchen Berliner Stimmbezirken ist weit mehr als die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung vom Wahlrecht, aber auch von den Instrumenten der direkten Demokratie ausgeschlossen. Darunter sind viele Menschen, die hier geboren und aufgewachsen sind. Maimouna Quattara vom Vorstand moveGlobal ergänzt: Aktuelle Integrationsdebatten um Einbürgerung und Silvester zeigen, dass Menschen mit Migrationsgeschichte in Deutschland von vielen nicht als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft anerkannt werden und sich nicht zugehörig fühlen dürfen. Eine Änderung des Wahlrechts könne dazu beitragen, dies zu ändern.

Von der Wahl ausgeschlossen Migrant*innenverbände fordern Wahlrecht für alle hier lebenden Erwachsenen
ein Drittel darf nicht wählen

Load-Date: February 7, 2023

End of Document

Drei Amigos auf der Suche nach Gemeinsamkeiten; Der US-Präsident reist zum ersten Mal an die US-mexikanische Grenze, an der zunehmend Menschen stranden. In Mexiko findet der Nordamerika-Gipfel statt

taz, die tageszeitung

Dienstag 10. Januar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 695 words

Byline: Wolf-Dieter Vogel

Highlight: Der US-Präsident reist zum ersten Mal an die US-mexikanische Grenze, an der zunehmend Menschen stranden. In Mexiko findet der Nordamerika-Gipfel statt

Body

Von Wolf-Dieter Vogel

Fentanyl und **Migration** sind die wesentlichen Themen, die derzeit das Verhältnis zwischen den USA und Mexiko prägen. Folgerichtig stehen das Geschäft mit der tödlichen Droge und die Einwanderung ganz oben auf der Agenda, wenn sich in diesen Tagen US-Präsident Joe Biden und sein mexikanischer Amtskollege Andrés Manuel López Obrador treffen. Bereits am Sonntag ist der Staatschef nach Mexiko-Stadt gereist. Am Montag landete zudem Kanadas Premierminister Justin Trudeau, um bis Mittwoch am Nordamerikagipfel teilzunehmen.

Zum ersten Mal besucht Biden als Präsident das südliche Nachbarland. Die Vorbereitungen hätten kaum prägnanter sein können. Vergangenen Donnerstag verhafteten Sicherheitskräfte Ovidio El Ratón Guzmán, einen der Anführer des Sinaloa-Kartells und Sohn des in den USA einsitzenden Ma-fiachefs Joaquín El Chapo Guzmán. Bereits während der Festnahme nahe der Stadt Culiacán kam es zu heftigen Schusswechseln zwischen Militärs und Kriminellen. Kartellmitglieder terrorisierten zudem die nordmexikanische Metropole, zehn Soldaten und 19 mutmaßliche Kriminelle starben.

Nicht wenige in Mexiko fragen sich, ob die Verhaftung gezielt im Vorfeld des Treffens durchgeführt wurde. Schließlich blicken US-Drogenfahnder immer wieder skeptisch auf das zunächst zurückhaltende Vorgehen López Obradors gegen die Mafia. Dessen Politik der Umarmungen statt Kugeln, mit der er die Eskalation der Gewalt eingrenzen wollte, lieferte nicht die erwünschten Erfolge. Das wurde etwa deutlich, als Soldaten im Oktober 2019 El Ratón bereits verhaftet hatten und ihn angesichts des Terrors seiner Truppen wieder freilassen mussten.

Dass nun ein Anführer jenes Kartells verhaftet wurde, das große Mengen Fentanyl über den Rio Bravo schmuggelt, ist ein wichtiges Zeichen. In den USA ist die Droge ein großes Problem. Fast 200 Menschen sterben täglich an dem Rauschgift, dessen Zutaten meist aus China stammen und das in Mexiko zusammengebraut wird.

Drei Amigos auf der Suche nach Gemeinsamkeiten Der US -Präsident reist zum ersten Mal an die US - mexikanische Grenze, an der zunehmend Menschen stranden. In Mex....

Genauso symbolträchtig war die Anreise Bidens, der vor seiner Ankunft in Mexiko-Stadt die US-Grenzstadt El Paso besuchte. Versagen in der Einwanderungspolitik warf ihm der republikanische Gouverneur Greg Abbott vor. Ich weiß: Die Migration erhöht die Spannung in den Gemeinden an der Grenze , sagte Biden. Um eine US-Migrationspolitik durchzusetzen, die sich zumindest leicht von seinen rechten Widersachern und dem Vorgänger Donald Trump unterscheidet, ist der Präsident auf die mexikanische Regierung angewiesen. Mexiko kämpft wiederum damit, dass vermehrt Menschen an der geschlossenen US-Grenze stranden.

Vergangene Woche kündigte Biden an, monatlich 30.000 Mi-gran-t*in-nen aus Haiti, Nicaragua und Kuba aufzunehmen und ihnen eine zweijährige Arbeitsgenehmigung zu erteilen eine Maßnahme, die für Ve-ne-zo-la-ne-r*in-nen schon bestand. Wenn ein Antrag abgelehnt werde oder die Betroffenen illegal eingereist seien, würden sie nach Mexiko abgeschoben, stellte der US-Präsident klar. Die mexikanische Regierung erklärte sich im Gegenzug bereit, im Monat 30.000 Menschen aus diesen Ländern aufzunehmen, die aus dem Norden abgeschoben werden. Damit übernimmt Mexiko weitere Aufgaben der US-Migrationsbehörden. Schon jetzt werden Asyl-be-wer-be-r*in-nen in das Nachbarland zurückgebracht, um auf die Entscheidung ihres Antrags zu warten.

Das kaputte System sollten alle Seiten reparieren , kündigte Biden am Sonntag an. Ob das klappt, ist fraglich. Versuche des US-Präsidenten, einen von Trump eingeführten Paragraphen (der gesundheitspolitische Titel 42) zur schnellen Abschiebung aufzuheben, scheiterten zuletzt am Obersten Gerichtshof.

Auf dem Gipfel der Three Amigos , wie der Nordamerika-Gipfel genannt wird, wollen López Obrador, Biden und Trudeau ab Dienstag auch über regionale Integration, Gesundheitspolitik und Klimawandel sprechen. Die USA und Kanada, die mit Mexiko in einem Freihandelsvertrag verbunden sind, kritisieren die Energiepolitik López Obradors. Der Mexikaner stellt die nationale Industrie sowie die Förderung fossiler Brennstoffe in den Vordergrund und bremst internationale Investoren aus.

meinung + diskussion

Mexiko nimmt monatlich 30.000 aus den USA abgeschobene Menschen auf

Load-Date: January 9, 2023

Warmes Herz, kühler Kopf; Wir schaffen das nicht mehr, es kommen derzeit zu viele Geflüchtete. Wir können uns um alle nur noch gleich schlecht kümmern. Ein Zwischenruf aus einer Kommune

taz, die tageszeitung

Samstag 28. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 15

Length: 1644 words

Byline: Matthias Schimpf

Highlight: Wir schaffen das nicht mehr, es kommen derzeit zu viele Geflüchtete. Wir können uns um alle nur noch gleich schlecht kümmern. Ein Zwischenruf aus einer Kommune

Body

Von Matthias Schimpf

Unser Land ist seit geraumer Zeit Ziel von einer hohen Zahl geflüchteter Menschen. Seit Februar 2022 kommen Menschen aus der Ukraine in Folge des russischen Angriffskrieges und suchen Schutz. Spätestens seit dem Spätsommer 2022 ist festzustellen, dass auch wieder viele Menschen aus den sogenannten Drittstaaten nach Europa flüchten und Asyl begehren. Die Bundesinnenministerin hat dies und die Hinweise aus den Kommunen lange Zeit ignoriert. Dadurch ist wertvolle Zeit für steuernde und ordnende Maßnahmen verlorengegangen insoweit ist der Gesetzentwurf der Bundesregierung für erleichterte Abschiebungen in dieser Woche ein Schritt in die richtige Richtung.

Für die Kommunen bedeutet die derzeitige Lage eine enorme Herausforderung. Woche für Woche, wenn die Menschen aus den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes auf die Kommunen verteilt werden und eigentlich inzwischen tagtäglich. Die Akquise von Wohnungen als idealtypische Unterbringungsmöglichkeit ist faktisch eine Unmöglichkeit. In vielen Regionen fehlt schon heute Wohnraum, vor allem bezahlbarer. Zur Vermeidung einer Belegung von Bürgerhäusern oder Turnhallen werden in aller Eile leerstehende Gewerbeimmobilien angemietet und mit enormem finanziellem Aufwand hergerichtet; die Hoffnung, mehrere kleinere Immobilien herzurichten und so autark zu betreibende Unterkünfte zu schaffen, scheitert schon nach kurzer Zeit an fehlenden und geeigneten Immobilien. Gewerbe und Leichtbauhallen werden angemietet und mit Schlafparzellen zu Unterkünften umfunktioniert.

In Orten, in denen dies nicht möglich ist, müssen Zeltstädte errichtet werden, weil Container auf dem Markt schon lange Mangelware sind, zu lange Lieferzeiten haben, oder keine geeignet erschlossenen Flächen vorhanden sind, auf denen diese an die notwendige Infrastruktur von Wasser, Abwasser und Strom angeschlossen werden können. Zeitgleich müssen Caterer für die Versorgung, Träger für die Vor-Ort-Betreuung und Security ausgeschrieben und

Warmes Herz, kühler Kopf Wir schaffen das nicht mehr, es kommen derzeit zu viele Geflüchtete. Wir können uns um alle nur noch gleich schlecht kümmern. Ein Zwisc....

beauftragt werden; von der Beschaffung von Betten, Spinden, Bettzeug und Geschirr ganz zu schweigen. Das Ziel, Menschen nur für einen kurzen Zeitraum in Notunterkünften unterzubringen und sie zeitnah in geordnete Wohnverhältnisse oder wenigsten kleinere Gemeinschaftsunterkünfte weiterverteilen zu können, ist ein hehres, aber kein realistisches Ziel mehr.

Die Frage, wann diese teuren Provisorien wieder aufgelöst werden können und es städtebaulich dauerhaft sinnvolle Lösungen gibt, steht im Raum, kann aber nicht beantwortet werden. Fachkräftemangel in der Verwaltung zwingt zu Einschnitten und Prioritätensetzungen: Leistungsgewährung wird oberste Aufgabe, für eine vernünftige Betreuung sind faktisch keine Kapazitäten mehr vorhanden. Die Planung von Kindertagesstätten oder Schulen wie auch anderer kommunaler Infrastruktur erinnert inzwischen an eine Fahrt auf Sicht bei dichtem Nebel. Die enorme Herausforderung wird zur dauerhaften Überforderung der Kommunen und Menschen vor Ort und sukzessive der Gesellschaft insgesamt. Die Kommunen wollen helfen und unterstützen. Auch dies wird in den Kommunen geleistet: Große Hilfsbereitschaft und viel ehrenamtliches Engagement für die Menschen, welche zu uns kommen. Aber auch hier gilt, dass dieses großartige ehrenamtliche Engagement und die Hilfsbereitschaft endlich sind.

Wir müssen uns ehrlich machen: Wir schaffen das nicht mehr. Es kommen zu viele Menschen zu uns, von denen sehr viele keine Bleiberechtsperspektive haben. Der Artikel 16a im Grundgesetz ist Auftrag und Verpflichtung zugleich. Wer unter dessen Schutzbereich fällt, dem wollen und dem müssen wir als Kommune helfen und Asyl gewähren, dies ist unstrittig. Wir müssen aber unterscheiden zwischen Asylbewerbern, Kriegs- und Katastrophenflüchtlingen und Menschen, die aus anderen, zumeist wirtschaftlichen, Gründen zu uns kommen und sich ein besseres Leben erhoffen.

Wir müssen aber auch anerkennen, dass wir durch die unregelte Migration den Menschen, welche unseres Schutzes tatsächlich bedürfen, nicht mehr gerecht werden. Wir können ihnen kein vernünftiges Integrationsangebot machen, weil unsere knappen Ressourcen für alle zu uns geflüchteten Menschen unabhängig von ihrem Fluchtgrund eingesetzt werden, mit der Folge, dass wir uns um alle Menschen nur noch gleich schlecht kümmern können.

Integration findet in den Kommunen statt. Allerdings haben die Kommunen aber auf die Rahmenbedingungen keinerlei Einfluss. Die Kommunen müssen wieder in die Vorhand kommen, sie müssen die bestehende Situation wieder gestalten können, also weg vom bloßen Reagieren hin zum planvollen Agieren. Dies bedeutet, dass den Kommunen nur Menschen zugewiesen werden sollten, die auch eine Bleiberechtsperspektive haben. Dies setzt aber voraus, dass Verschiedenes auch verschieden behandelt wird. Die Kategorien Politisches Asyl, Flucht vor Krieg und Vertreibung, sowie die gezielte Einwanderung aus wirtschaftlichen Gründen gehören gesondert betrachtet und gelöst.

Viele Menschen kommen als Asylbewerber, wenngleich klar ist, dass nicht allen Menschen Asyl gewährt werden kann. Für Menschen, denen Asyl gewährt wurde, ist es notwendig, ihnen ein Integrationsangebot zu machen, da sie dauerhaft in unserem Land verbleiben werden. Menschen, welche temporären Schutz genießen, sind zu unterstützen und zu fördern, so dass ihr temporärer Aufenthalt auch für sie zur Weiterentwicklung und Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten genutzt wird. Die gezielte Ansprache für den Arbeitsmarkt, verbunden mit der Möglichkeit der Erlangung eines dauerhaften Bleiberechts, sollte forciert werden.

Für Menschen, welche aus wirtschaftlichen Gründen flüchten, muss durch ein modernes und flexibles Einwanderungsgesetz geregelt werden, dass es bestimmte, unabdingbare Rahmenbedingungen gibt, die eine Einreise und einen dauerhaften Aufenthalt ermöglichen. Die Umsetzung dieses Modells kann aber nur gelingen, wenn an den europäischen Außengrenzen die Vorentscheidung über eine Aufnahme getroffen wird und zunächst nur Menschen mit einer realistischen Bleiberechtsperspektive die Einreise in die EU gewährt wird. Menschen mit einer geringen Bleiberechtsperspektive sollten ihr Verfahren in Asylzentren an der EU-Außengrenze durchlaufen. Dies trägt dem Umstand Rechnung, dass wir anerkennen müssen, dass es in der Realität fast nicht möglich ist, Menschen ohne Bleiberecht zeitnah abzuschicken, wenn sie einmal in der EU angekommen sind. Das Prozedere an den Außengrenzen muss unter Kontrolle der EU und unter humanitären Standards erfolgen. Eine solche Regelung entspräche dem Leitmotiv von Humanität und Ordnung: Es regelt die Verfahren, den wirklich

Warmes Herz, kühler Kopf Wir schaffen das nicht mehr, es kommen derzeit zu viele Geflüchtete. Wir können uns um alle nur noch gleich schlecht kümmern. Ein Zwisc....

Betroffenen könnte zügig und wirksam geholfen werden und für die Kommunen träte eine wirksame Entlastung ein.

Solange es nicht zu einer europäischen Regelung kommt, müssen schnell realisierbare nationale Lösungen etabliert werden. Dazu gehören aus meiner Sicht mobile und stationäre Grenzkontrollen sowie eine Ausdehnung der Schleierfahndung zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität, ebenso der Aufbau von Ankerzentren, in denen Verfahrens- oder Verfahrensvorentscheidungen getroffen werden. Nochmals: Ziel sollte es sein, irreguläre Migration zu minimieren, den Fokus auf die wirklich Betroffenen zu richten und den Kommunen Schritt für Schritt wieder aktives Handeln zu ermöglichen. Auch die Bundesländer sind gefordert, ihre Kapazitäten der Erstaufnahmeeinrichtungen auszubauen und aus diesen den Kommunen nur Menschen zu überlassen, die auch eine realistische Bleibereichtsperspektive haben. Und, ja, es muss auch darum gehen, dass die Rückführungsquote erhöht wird und Menschen mit einem negativ beschiedenen Asylverfahren ausreisen oder zeitnah nach der Entscheidung abgeschoben werden.

Aus kommunaler Sicht müssen aber auch die weiteren Rahmenbedingungen verändert werden. Die Kommunen schaffen derzeit viele Unterkünfte und wenden erhebliche Mittel für den Aufbau und den Betrieb dieser Unterkünfte auf. Neben den tatsächlichen Betriebs- und Betreuungskosten sollten auch die Vorhaltekosten für Unterkünfte in die Kostenerstattung einbezogen werden. Denn wir als Kommune müssen Unterkünfte auf Vorrat schaffen, um die dynamische Situation bewerkstelligen zu können. Die im Bundeshaushalt vorgesehene Kürzung der Integrationsmittel muss unbedingt korrigiert werden! Es ist absurd, dass vor dem Hintergrund der aktuellen Situation eine Kürzung vorgesehen ist und damit laufende Integrationsprogramme gekappt werden müssten. Die aktuelle Situation erfordert gerade das Gegenteil. Wir brauchen mehr Sprachkurse, damit die Integration in Arbeit und Gesellschaft schneller gelingen kann. Die Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen muss vereinfacht, betriebliche Integrationsarbeit gefördert werden.

Die Menschen müssen raus aus den provisorischen Unterkünften. Integration bedeutet nicht nur Sprache und Arbeit, sondern auch eigenständiges und selbstbestimmtes Wohnen. In vielen Kommunen ist Fläche ein rares Gut. Allein durch Nachverdichtung wird es nicht gelingen, das Wohnungsproblem zu lösen. Schon heute fehlt bezahlbarer Wohnraum. Es ist daher nötig, Restriktionen in den Flächennutzungsplänen aufzuheben, damit die Integration auch städtebaulich sinnvoll gelöst werden kann.

Aktuelle Debattenbeiträge, die einerseits die Situation kleinreden oder beschönigen oder andererseits durch Populismus Vorurteilen Vorschub leisten, werden der Situation nicht gerecht und sind Teil des Problems und nicht dessen Lösung. Es muss mit warmem Herz, aber kühlem Kopf der Situation begegnet und jetzt entschlossen gehandelt werden.

Ziel sollte es sein, den Fokus auf die wirklich Betroffenen zu richten und den Kommunen wieder aktives Handeln zu ermöglichen

Matthias Schimpf

ist hauptamtlicher Kreisbeigeordneter (Stellvertreter des Landrats) im Landkreis Bergstraße in Hessen und Co-Vorstandssprecher der Grünen im Landkreis.

Load-Date: October 27, 2023

Neues Gesetz soll Migration strenger kontrollieren; Frankreich

taz, die tageszeitung

Donnerstag 02. Februar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 202 words

Body

Frankreich

Frankreichs Regierung hat den Grundstein für ein umstrittenes Immigrationsgesetz gelegt. Es gehe darum, die Immigration zu kontrollieren und die Integration zu verbessern, sagte Innenminister Gérard Darmanin am Mittwoch in Paris. Konkret sollen etwa Abschiebungen erleichtert werden, vorübergehende Aufenthaltstitel in Branchen mit Personalmangel geschaffen und Aufenthaltspapiere stärker an Sprachkenntnisse gebunden werden. Darmanin erklärte, Migrantinnen und Migranten sollen sich zu den Werten der Republik bekennen. Hielten sie sich nicht an sie, solle ihnen ihr Aufenthaltstitel entzogen werden können. Darmanin will zudem, dass Migranten, die Straftaten wie Angriffe auf die Polizei oder Drogenhandel begangen haben, leichter abgeschoben werden können, auch wenn für sie derzeit juristische Schutzregelungen gelten würden. Gleichzeitig will die Regierung bisher ohne Aufenthaltspapiere arbeitenden Personen in Berufen mit Personalmangel einen vorübergehenden Aufenthaltstitel geben. Gelten soll dieser zunächst für ein Jahr und nur für jene, die bereits drei Jahre in Frankreich leben. Um das Vorhaben durch das Parlament zu bringen, braucht die Mitte-Regierung Stimmen aus der Opposition. (dpa)

Load-Date: February 1, 2023

Mütter sollen mehr arbeiten; Am Donnerstag ist die erste Lesung der Kindergrundsicherung im Bundestag. In der Koalition wird immer noch gerungen. Die FDP will mehr Erwerbsanreize für Eltern

taz, die tageszeitung

Donnerstag 09. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 584 words

Byline: Nicole Opitz

Highlight: Am Donnerstag ist die erste Lesung der Kindergrundsicherung im Bundestag. In der Koalition wird immer noch gerungen. Die FDP will mehr Erwerbsanreize für Eltern

Body

Von Nicole Opitz

Während in der Koalition noch über den Umgang mit **Migration** gestritten wird, steht der nächste Konflikt bereits auf der Tagesordnung: Die Kindergrundsicherung hat am Donnerstag ihre 1. Lesung im Bundestag. Dabei wird es aller Voraussicht nach um den Bürokratieaufwand, die Regelungen für Kinder im **Asylbewerberleistungsgesetz** sowie die von der FDP geforderten Erwerbsanreize gehen.

Als Abgeordnete teilen wir nun an Details des Gesetzentwurfs, um ihn noch besser zu machen, heißt es in einem Pressestatement der Grünen-Abgeordneten Nina Stahr. Dabei hatten die Koalitionspartner_innen um die federführende Familienministerin Lisa Paus (Grüne), Finanzminister Christian Lindner (FDP) und Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) monatelang um einen Kompromiss gerungen. Ende August hatten sie sich auf einen gemeinsamen Gesetzesentwurf geeinigt, im September hatte das Kabinett den Entwurf beschlossen.

Zufrieden scheinen die Mitglieder der Koalition nicht zu sein: Johannes Vogel, parlamentarischer Geschäftsführer der FDP, kündigte Anfang Oktober an, dass weiterhin Erwerbsanreize gesetzt werden müssen. Wer arbeitet oder mehr arbeitet, muss immer auch mehr Geld zur Verfügung haben als jemand, der nicht oder weniger arbeitet, sagt auch Katja Adler (FDP) der taz. Daher müssen die Grundlagen geschaffen werden, dass beide Eltern und Alleinerziehende vollumfänglich arbeiten können. Dazu zählt insbesondere auch, gute und in Platzzahl und Zeitumfang ausreichende Kinderbetreuung sicherzustellen.

Dass die FDP sich auf diesen Aspekt fokussiert, stößt innerhalb der Koalition auf Kritik: Alleinerziehendenfamilien sind die Gruppe, die am meisten von Armut betroffen sind trotz Erwerbstätigkeit, sagt Jasmina Hostert (SPD). Es ist diskriminierend, von Erwerbsanreizen zu sprechen, während Alleinerziehende tagtäglich den Spagat zwischen

Mütter sollen mehr arbeiten Am Donnerstag ist die erste Lesung der Kindergrundsicherung im Bundestag. In der Koalition wird immer noch gerungen. Die FDP will me....

Kinderbetreuung, Erwerbstätigkeit, systemrelevanter Care-Arbeit und vielen weiteren Verpflichtungen managen. Wir müssen ihre enorme Leistung anerkennen und aufhören, sie noch mit Erwerbsanreizen zu diskriminieren.

Heidi Reichinnek, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Linken, kritisiert das derzeitige Konzept der Bundesregierung als Etikettenschwindel : Nicht mal das Minimalziel, nämlich niemanden schlechter zu stellen, erreicht der Gesetzesentwurf , so Reichinnek. Nach aktuellem Stand droht beispielsweise, dass bei manchen Kindern von Alleinerziehenden und Kindern im Asylbewerberleistungsgesetz am Ende weniger Geld ankommen wird als bisher. Letztere bekamen bislang einen Sofortzuschlag von 20 Euro, der wegfallen soll. Bei Alleinerziehenden ist nun vorgesehen, dass ein Unterhaltsvorschuss für Eltern von über 6-Jährigen nur dann ausgezahlt wird, wenn sie über 600 Euro verdienen.

Nina Stahr teilt die Kritik teilweise: Als Bündnisgrüne hätten wir gerne Verbesserungen für Kinder im Asylbewerberleistungsgesetz erwirkt.

Am Montag ist eine Anhörung im Familienausschuss angesetzt, bis Mitte Dezember soll der Bundestag das Gesetz beschließen. Anfang Februar soll das Gesetz durch den Bundesrat.

Mit der Kindergrundsicherung will die Ampel Leistungen bündeln und Bürokratie abbauen. Ab dem 1. Januar 2025 soll sie in Kraft treten. Dafür ist ein Grundbetrag vorgesehen, das heutige Kindergeld. Dazu kommt ein Zusatzbetrag, den Menschen beantragen können, die Kinderzuschlag, Kinderfreibetrag und Bürgergeld bekommen. Darüber sollen Berechtigte künftig informiert werden.

Nicht mal nie-man-den schlech-ter zu stellen, er-reicht der Ent-wurf

Load-Date: November 8, 2023

Nach Ruanda abschieben, aber sicher; Ein neuer Vertrag zwischen London und Kigali soll mit zusätzlichen Rechtsgarantien die juristischen Hürden gegen die geplanten Deportationen von Asylsuchenden aus Großbritannien überwinden. Aber der politische Streit bei den britischen Konservativen vertieft sich

taz, die tageszeitung

Donnerstag 07. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 915 words

Byline: Daniel Zylbersztajn-Lewandowski, Dominic Johnson

Highlight: Ein neuer Vertrag zwischen London und Kigali soll mit zusätzlichen Rechtsgarantien die juristischen Hürden gegen die geplanten Deportationen von **Asylsuchenden** aus Großbritannien überwinden. Aber der politische Streit bei den britischen Konservativen vertieft sich

Body

Von Daniel Zylbersztajn-Lewandowski, London, und Dominic Johnson, Berlin

Großbritannien hat einen neuen Vertrag mit Ruanda geschlossen, der Ruandas Status als sicheres Drittland für **Asylsuchende** garantieren soll. Mit der Unterzeichnung durch Innenminister James Cleverly, der dafür am Dienstag eigens nach Kigali reiste, will die britische Regierung den vom Supreme Court als rechtswidrig verworfenen Plan wiederbeleben, ohne Erlaubnis aus Frankreich eingereiste Bootsflüchtlinge nach Ruanda zu fliegen, statt sie **Asyl** in Großbritannien beantragen zu lassen.

Der Vertrag beinhaltet neue Garantien Ruandas: Berufungsinstanzen für **Asylverfahren**, denen internationale Rechts-ex-per-tin-nen beisitzen; eine unabhängige Stelle, die alle Verfahren und das Wohl der Abgeschobenen überwachen; ein absolutes permanentes Bleiberecht in Ruanda für Schutzbedürftige, egal ob ihr Antrag auf **Asyl** dort erfolgreich ist oder nicht für andere wäre nur eine eventuelle Rückführung nach Großbritannien möglich, nicht in ihr Heimatland.

Hintergrund ist, dass der konservative Premierminister Rishi Sunak in London seine Glaubwürdigkeit bei der eigenen Basis an das Versprechen geknüpft hat, die Einwanderung nach Großbritannien zu senken und insbesondere den Zustrom von Bootsflüchtlingen zu stoppen. Die legale Einwanderung liegt auf Rekordniveau, mit einer Nettozuwanderung von 745.000 Menschen im Jahr 2022. Was die nicht erlaubte Einreise betrifft, überquerten 2022 45.755 Personen mit Booten den Ärmelkanal, um Asyl zu beantragen. Verschärfte Kontrollen an der französischen Küste und ein Abkommen mit Albanien sollen dieses Jahr zu einem geschätzten Rückgang um ein

Nach Ruanda abschieben, aber sicher Ein neuer Vertrag zwischen London und Kigali soll mit zusätzlichen Rechtsgarantien die juristischen Hürden gegen die geplant....

Drittel führen, aber dennoch bleibt der Druck groß. Selbst die Labour-Opposition spricht inzwischen laut darüber, wie sie die Einwanderungszahlen mit der ganzen Macht der Polizei und Nachrichtendienste viel effektiver senken wolle als die Konservativen, deren Ruanda-Modell sie ablehnt.

Aus Sicht der Regierung soll das Vorhaben, Asylsuchende sofort nach Ruanda zu fliegen, die Bootsreisen unattraktiv machen und somit das Geschäftsmodell von Schleusern zerstören. Eine erste entsprechende Vereinbarung trafen die beiden Regierungen im April 2022. Den ersten britischen Deportationsflug nach Ruanda stoppte aber im Juni 2022 der Europäische Menschenrechtsgerichtshof in letzter Minute per einstweiliger Verfügung. Das zog ein Verfahren durch das gesamte britische Rechtssystem bis hinauf zum Obersten Gerichtshof nach sich.

Vor wenigen Wochen bestätigte schließlich der Supreme Court, dass Ruanda für Asylsuchende kein sicherer Drittstaat sei, da das Land nicht garantieren könne, dass die Asylsuchenden von dort nicht in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt würden. Auch generell gebe es Mängel beim Schutz der Menschenrechte und im ruandischen Asylrechtssystem.

Diese Mängel schaffe der neue Vertrag aus der Welt, behauptet Innenminister Cleverly. Neben Ruandas Garantien bezüglich Asylverfahren und Bleiberecht sei geregelt, dass sogar spätere Straftäter:innen, die ihr Bleiberecht in Ruanda verspielen, allerhöchstens zurück ins Vereinigte Königreich geflogen werden, auf Kosten der britischen Regierung. Ruanda hat auch das Recht, manche Leute gar nicht erst anzunehmen. Wer in Ruanda landet, hat die Freiheit, das Land zu verlassen.

Die britische Regierung übernimmt sämtliche Kosten in Ruanda für alle Verfahren, Ausbildungen und Unterbringung für mindestens fünf Jahre. Bisher hat sie Ruanda 140 Millionen Pfund (160 Millionen Euro) gezahlt. Weitere Summen stehen nun in Aussicht.

Bemerkenswert: Darüber hinaus verpflichtet sich die britische Regierung, im Gegenzug Flüchtlinge aus Ruanda aufzunehmen das Land nimmt regelmäßig Schutzsuchende aus anderen afrikanischen Ländern auf, die das UNHCR aus Lagern in Libyen ausfliegt. Rechte Kritiker in Großbritannien höhnen bereits, am Ende würden mehr Flüchtlinge von Ruanda nach Großbritannien reisen als umgekehrt.

Ruanda hat wiederholt unter Verweis auf seine Zusammenarbeit mit dem UNHCR Kritik an seinen Asylverfahren zurückgewiesen und auch moniert, dass das UNHCR einerseits Flüchtlinge aus Libyen nach Ruanda bringt, andererseits vor britischen Gerichten Ruanda als untauglich bezeichnet hat.

Ruandas Regierung lobte den neuen Vertrag und sagte, damit würden bisherige Zusagen verbindlich erneuert. Regierungssprecherin Yolande Makolo erklärte: Jeder, der unter diesem Abkommen nach Ruanda kommt, wird willkommen geheißen und erhält die nötige Sicherheit und Unterstützung, um in unserem Land ein neues Leben aufzubauen.

Wie der Vertrag nun umgesetzt wird, ist nicht klar. Die britische Regierung könnte ein Gesetz im Eilverfahren ins Parlament einbringen, das die Gerichte zwingt, Ruanda jetzt doch als sicheren Drittstaat anzuerkennen, oder die Anwendung bestimmter Klauseln der Europäischen Menschenrechtskonvention oder der UN-Flüchtlingskonvention auf den Ruanda-Deal aussetzt. Das könnte noch an diesem Donnerstag geschehen.

Berichten zufolge stößt dieser Plan aber auf massive juristische Bedenken und politischen Widerstand zahlreiche konservative Abgeordnete würden dagegen stimmen und auch Ministerrücktritte stehen im Raum.

Wahrscheinlicher ist deshalb, dass das Parlament einfach eine Erklärung verabschiedet, wonach Ruanda als sicherer Drittstaat anzuerkennen sei. Doch dies wäre für den rechten Parteiflügel nicht hart genug. Die Polarisierung erinnert an den Streit um den Brexit.

Großbritannien nimmt im Gegenzug Flüchtlinge aus Ruanda auf, die das UNHCR dorthin bringt

Nach Ruanda abschieben, aber sicher Ein neuer Vertrag zwischen London und Kigali soll mit zusätzlichen Rechtsgarantien die juristischen Hürden gegen die geplant....

Load-Date: December 6, 2023

End of Document

Städte überlastet; Gemeindebund: Durch Flüchtlingsaufnahme am Limit

taz, die tageszeitung

Donnerstag 05. Januar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 7

Length: 357 words

Byline: Frederik Eikmanns

Highlight: Gemeindebund: Durch Flüchtlingsaufnahme am Limit

Body

Von Frederik Eikmanns

Fachkräftemangel und Wohnungsnot erschweren den Kommunen die Integrationsbemühungen für ukrainische Geflüchtete. So fehlten etwa Leh-re-r*in-nen und Räume, um den hier neu angekommen rund 200.000 Kindern schnell Deutsch beizubringen, sagte am Mittwoch Uwe Brandl, der Präsident des Städte- und Gemeindebunds. Die Eltern der Kinder hätten derweil wegen der Mietenkrise kaum Chancen, eine Wohnung zu finden, weshalb die Kommunen weiter für die Unterbringung sorgen müssen. Das Resultat: Man sei an der Grenze der Leistungsfähigkeit, so Brandl, die gesellschaftliche Akzeptanz droht gefährdet zu werden.

Der Geschäftsführer des Bunds, Gerd Landsberg, warnte, die Hürden für Ukrai-ne-r*in-nen, in den deutschen Arbeitsmarkt einzusteigen, seien weiter zu hoch. Unterschiede beim Lehramtsstudium verhinderten etwa, dass die Abschlüsse ukrai-nischer Leh-re-r*in-nen in Deutschland einfach anerkannt würden. Landsberg lobte deshalb lokale Initiativen, im Zuge derer geflüchtete Lehrkräfte zunächst als sogenannte Lehr-as-sis-ten*-in-nen an deutschen Schulen arbeiten.

Eine Studie des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung hatte Mitte Dezember gezeigt, dass etwa ein Drittel der rund 1,1 Millionen nach Deutschland geflüchteten Ukrai-ne-r*in-nen dauerhaft bleiben möchte. Ein weiteres Drittel rechnet damit, mindestens bis Ende des Kriegs in der Ukraine in Deutschland zu leben. Rund ein Viertel der erwerbsfähigen ukrainischen Männer, die nach Deutschland geflohen sind, haben hier bereits eine Arbeitsstelle gefunden, bei den Frauen sind es 16 Prozent.

Landsberg forderte am Mittwoch, die Integration von Geflüchteten nicht als bloß temporäre Herausforderung misszuverstehen. Niemand weiß, wie der Krieg weitergeht. Bund und Länder müssten deshalb die Erstaufnahmekapazitäten deutlich erhöhen. Und auch wenn der Krieg in der Ukraine ende, werde die Aufnahme, Unterbringung und Integration von Geflüchteten in Zukunft wohl Dauerthema bleiben. Große Fluchtbewegungen nach Deutschland seien weiter zu erwarten, auch, weil der Klimawandel globale Krisen verschärfe.

Städte überlastet Gemeindebund: Durch Flüchtlingsaufnahme am Limit

Load-Date: January 4, 2023

End of Document

Grüne streiten über Asylrecht; Die EU-Innenminister haben sich auf eine Verschärfung der Asylregelungen verständigt, die Bundesregierung unter grüner Beteiligung stimmt zu. Intern debattiert die Partei jetzt so heftig wie lange nicht mehr

taz, die tageszeitung

Samstag 10. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: POLITIK; S. 10

Length: 1092 words

Byline: Sabine am Orde

Highlight: Die EU-Innenminister haben sich auf eine Verschärfung der Asylregelungen verständigt, die Bundesregierung unter grüner Beteiligung stimmt zu. Intern debattiert die Partei jetzt so heftig wie lange nicht mehr

Body

Von Sabine am Orde

Nach der Einigung der EU-Innen-minister*innen auf eine Verschärfung des Asylrechts ist bei den Grünen ein scharfer innerparteilicher Konflikt ausgebrochen. Diese Asylverschärfung ist nicht tragbar, meint die schleswig-holsteinische Sozialministerin Aminata Touré. Aus humanitären und geostrategischen Gründen darf diese Asylrechtsverschärfung nicht kommen, sagt Toni Hofreiter, der Vorsitzende des Europa-Ausschusses im Bundestag. Ich werde dafür kämpfen, dass diese Positionen in den Verhandlungen mit dem Europaparlament nicht Gesetz werden, kündigt der Europaabgeordnete Erik Marquardt an. Timon Dzienus, Sprecher der Grünen Jugend, twittert: Ich werde das so nicht akzeptieren.

Und Svenja Borgschulte, Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Migration und Flucht, meint: Wir müssen Annalena anzählen. Gemeint ist Annalena Baerbock, die als Außenministerin den Kompromiss für die Bundesregierung mitverhandelt und am Donnerstag ihre Zustimmung gegeben hat.

Es ist ein Konflikt in einer Schärfe, den es bei den Grünen lange nicht gab. Und: Es sind nicht nur, aber vor allem Grüne vom linken Flügel, die gegenüber den Medien und in den sozialen Netzwerken ihrem Unmut Luft machen. Man habe sich trotz diverser Zumutungen bislang loyal verhalten, sagt einer von ihnen. Der Asylkompromiss aber könne der eine Tropfen sein, der das Fass zum Überlaufen bringe.

Der alte Flügelstreit der Grünen, er scheint zurück zu sein.

Dazu passt: Auch die beiden Vertreterinnen des linken Flügels in der sechsköpfigen Grünen-Spitze lehnen die Einigung ab. Die Parteivorsitzende Ricarda Lang und Fraktionschefin Katharina Dröge sind der Ansicht,

Grüne streiten über Asylrecht Die EU-Innenminister haben sich auf eine Verschärfung der Asylregelungen verständigt, die Bundesregierung unter grüner Beteiligung....

Deutschland hätte dem Kompromiss nicht zustimmen dürfen. Und sie haben dies auch öffentlich kundgetan. Das ist neu und bemerkenswert. Bislang hatte sich die sogenannte Sechserunde darauf verständigt, sich als verantwortungsbewusste und staatstragende Kraft zu positionieren und in maximaler Übereinstimmung zu kommunizieren.

Jetzt aber sind zwei aus der Runde erstmals nicht bereit, eine Einigung in der Ampel, die sie kritisch sehen, öffentlich mitzutragen. Das mag auch taktische Gründe haben. Es dürfte aber auch daran liegen, dass für viele Grünen die Themen Flüchtlingspolitik und Menschenrechte Herzensangelegenheiten sind, die klar für die Werte der Partei stehen. Und für viele in der Partei ist die Entscheidung vom Donnerstag mit diesen Werten nicht vereinbar und auch nicht mit dem Koalitions-vertrag.

Ricarda Lang veröffentlichte umgehend nach der Einigung auf Twitter eine abwägende Stellungnahme, mit dem Ergebnis, dass Deutschland bei dem Vorschlag zur GEAS-Reform im Rat heute nicht hätte zustimmen dürfen. Sie schrieb aber auch: Das ist eine verdammt schwierige Entscheidung. Deshalb habe sie Respekt für alle, die zu einem anderen Entschluss gekommen seien.

Wie ihr Co-Vorsitzender Omid Nouripour. Der wägt etwa zeitgleich auf Twitter ab, zieht aber eine andere Schlussfolgerung: In der Gesamtschau komme ich zu dem Schluss, dass die heutige Zustimmung ein notwendiger Schritt ist, um in Europa gemeinsam voranzugehen.

Die Spitze der grünen Partei ist in dieser zentralen Frage also gespalten. Genauso sieht es bei den beiden Fraktionsvorsitzendenaus.

Die EU-Innenminister*innen hatten sich am Donnerstagabend auf eine Verschärfung des Asylrechts verständigt. Unter anderem sieht die Eingung Verfahren an der EU-Außengrenze vor, die dem eigentlichen Asylantrag vorgeschaltet werden. Die Bundesregierung hatte sich in den Verhandlungen dafür eingesetzt, dass zumindest Familien mit Kindern unter 18 Jahren davon ausgenommen werden, auch die Grünen hatten diese Forderung starkgemacht. Durchsetzen konnten sie dies nicht.

Bis spät in die Nacht haben die Grünen in Videoschalten die Einigung der EU-Innen-minister*innen diskutiert, am Freitagmorgen ging es weiter. Dabei, so ist aus der Partei zu hören, sei es extrem kontrovers zugegangen. Einen so harten inhaltlichen Konflikt habe ich noch nie erlebt, sagt etwa Rasmus Andresen. Er ist seit 14 Jahren Abgeordneter, erst in Kiel, jetzt im EU-Parlament.

Außenministerin Baerbock, die gerne ihre wertegeleitete Außenpolitik betont, ist gerade in Lateinamerika unterwegs. In Kolumbien strich sie einen Teil ihres Programms, um an den Schalten teilzunehmen und für den Kompromiss zu werben. Auch verschickte sie einen fünfseitigen Brief an alle Mitglieder, der der taz vorliegt. Darin heißt es: So schwierig der Kompromiss ist, ich bin überzeugt, dass er richtig ist: Um zu verhindern, dass Europa auseinanderdriftet, und um sicherzustellen, dass wir gemeinsame geordnete Verfahren und humane Verfahren haben. Ähnlich hat sich auch Vizekanzler Robert Habeck geäußert.

Baerbock schreibt auch: Am Ende kam es auf die deutschen Stimmen an. Ein Nein oder eine Enthaltung Deutschlands hätte bedeutet, dass GEAS gescheitert wäre. Manche Grüne macht auch genau das wütend: dass Deutschland die aus ihrer Sicht eindeutigen Verschlechterungen beim europäischen Asylrecht hätte verhindern können sie aber mit Unterstützung der Grünen ermöglicht habe.

Verfahren an den EU-Außengrenzen führen nicht zu einer Lösung, sondern folgen einer rechtspopulistischen Diskursverschiebung, sagte etwa der Europaabgeordnete Andresen. Es gab einen Durchmarsch rechter Positionen, urteilt auch Marquardt. Man verschärft Probleme, setzt auf Abschreckung und Abschottung und verstetigt Chaos und Leid. Julian Pahlke, der früher Seenotretter war und für die Grünen im Bundesausschuss sitzt, spricht von einem historischen Fehler und schreibt: Heute ist vielleicht der bitterste Tag in meinem politischen Leben. Ähnlich lesen sich auch Stellungnahmen von anderen, gerade jüngeren Abgeordneten.

Grüne streiten über Asylrecht Die EU-Innenminister haben sich auf eine Verschärfung der Asylregelungen verständigt, die Bundesregierung unter grüner Beteiligung....

Mehr als 700 Grüne hatten schon im Vorfeld in einem Brief von der grünen Spitze gefordert, solchen Kompromissen nicht zuzustimmen. Die Asylpolitik dürfte nun zum bestimmenden Thema auf dem Länderrat, einer Art kleiner Parteitag, der Grünen werden, der in acht Tagen in Bad Vilbel bei Frankfurt zusammenkommt. Anders als ursprünglich geplant, wird neben Habeck auch Baerbock erwartet. Am Montag will der Bundesvorstand seinen Leitantrag zum Thema noch einmal überarbeiten. Bislang heißt es darin: Die im Rahmen der GEAS-Reform geplante Verschärfung von Grenzverfahren an den -Außengrenzen sehen wir kritisch.

Der Länderrat war eigentlich auch als Unterstützung für die hessischen Grünen bei der Landtagswahl im Oktober gedacht war. Parteinterner Streit ist da nicht hilfreich. Vermeidbar wird er nicht sein.

Diese Asyl-verschärfung ist nicht tragbar

Load-Date: June 9, 2023

End of Document

Backlash bei der Vielfalt; Kein Wahlrecht für alle, weniger Bleiberecht und Beschwerdestellen, mehr Abschiebungen: CDU und SPD verschlechtern das Leben für Migrant*innen, Geflüchtete und Minderheiten, sagen Linke und Migrationsrat

taz, die tageszeitung

Donnerstag 06. April 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 22

Length: 563 words

Byline: Susanne Memarnia

Highlight: Kein Wahlrecht für alle, weniger Bleiberecht und Beschwerdestellen, mehr Abschiebungen: CDU und SPD verschlechtern das Leben für Migrant*innen, Geflüchtete und Minderheiten, sagen Linke und Migrationsrat

Body

Von Susanne Memarnia

In den Bereichen Migration und Antidiskriminierung ist der Koalitionsvertrag von CDU und SPD ein ziemlicher Rückschritt, sagen Ex-per-t*in-nen von Linkspartei und Migrationsrat. So hat Elif Eralp, Sprecherin der Linksfraktion für diese Themen, eine ganze Reihe von Verschlechterungen für Geflüchtete ausgemacht, darunter die Wiedereinführung der Abschiebehaft, die Nicht-mehr-Erwähnung der Vereinbarung, auf nächtliche Abschiebungen zu verzichten, sowie auf Rückführungen in humanitär schwierige Regionen, die es unter R2G gab. Gegenüber der taz kritisiert Eralp zudem: Bundesratsinitiativen für Bleiberechte, etwa von Opfern rechter Gewalt oder für Sin-ti*z-ze und Rom*-nja sind nicht mehr geplant, und unsere Landesaufnahmeprogramme für Geflüchtete werden allesamt nicht mehr erwähnt.

Schlecht sieht es in ihren Augen auch für die Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte aus. Ein Beispiel: Vom Wahlrecht für alle ist nun keine Rede mehr, obwohl der Ausschluss mit steigender Tendenz inzwischen 23 Prozent der Ber-li-ne-r*in-nen betrifft, so Eralp. Dies kritisiert auch Edwin Greve vom Migrationsrat. Zwar ist die Rede von der Stadt der Vielfalt und dass wir uns gemeinsam an demokratische Spielregeln und Wert halten sollen, aber sehr viele dürfen die Spielregeln weiterhin nicht mitgestalten, analysiert er für die taz.

Zudem sei die Frage, so Greve, wie sich Menschen gegen Institutionen wehren können, die sich nicht an die Spielregeln halten, wenn zugleich Beschwerdestellen geschwächt werden. Diese Gefahr sieht Greve einerseits durch die Ankündigung im Koalitionsvertrag, dass man das Verhältnis zwischen dem Polizei- und Bürgerbeauftragten, der Ombudsstelle des LADG und dem Petitionsausschuss des Abgeordnetenhauses (prüft) mit dem Ziel, Doppelzuständigkeiten zu vermeiden. Damit suggeriere man, dass dieser Bereich völlig

Backlash bei der Vielfalt Kein Wahlrecht für alle, weniger Bleiberecht und Beschwerdestellen, mehr Abschiebungen: CDU und SPD verschlechtern das Leben für Migra....

überdimensioniert sei dies sei jedoch nicht der Fall, alle Stellen seien notwendig, mit Anfragen überlaufen und müssten ausgebaut werden, so Greve.

Sehr schlecht ist zudem, dass die unabhängige Beschwerdestelle im Bildungsbereich wegfallen soll, beklagt er. Diese war von der Zivilgesellschaft seit Jahren gefordert worden und unter R2G in der Realisierung begriffen. Gleiches galt für eine geplante Antidiskriminierungsfachstelle im Gesundheitssektor auch die sei vom Tisch, bedauert Eralp. Dafür will Schwarz-Rot die Stelle der Antidiskriminierungsbeauftragten bei der Bildungsbeauftragten vage stärken und ihre Zuständigkeiten mit der Schulverwaltung abstimmen. Man stärkt also die Verwaltung und schwächt die unabhängigeren Stellen, kritisiert Greve.

Problematisch findet er auch den Satz, dass freiwillige öffentliche Leistungen nur an Organisationen gezahlt werden (sollen), die sich im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewegen. Ob dies die Wiedereinführung der Extremismusklausel sei, fragt er. Damit hatte vor einigen Jahren der Bund versucht die Vergabe von Mitteln an politisch missliebige linke Träger einzuschränken. Das Problem ist heute das gleiche: Was heißt, man muss sich im Rahmen der FDGO bewegen, und wer soll das wie nachweisen? so Greve.

Insgesamt, findet er, sei vieles im Koalitionsvertrag vage. Auch Eralp sind die vielen buzz words wie sich zu Vielfalt bekennen und LADG erhalten aufgefallen. Dies solle nur die kritische SPD-Basis beruhigen.

Load-Date: April 5, 2023

Der Planet der strickenden Omas; An der migrantischen Bürgerbühne Thespis in Bautzen spielen ukrainische Kinder ein Neujahrsmusical. Es geht um die Sehnsucht nach Licht und nach Frieden

taz, die tageszeitung

Dienstag 07. Februar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: KULTUR; S. 16

Length: 812 words

Byline: Michael Bartsch

Highlight: An der migrantischen Bürgerbühne Thespis in Bautzen spielen ukrainische Kinder ein Neujahrsmusical. Es geht um die Sehnsucht nach Licht und nach Frieden

Body

Von Michael Bartsch

Einer der kleinen Schauspieler muss schnell noch einmal pullern, dann kann es losgehen. Im oberen Saal des Bautzener Thespis-Zentrums herrscht Gedränge, etwa 60 Personen fasst der Raum. In der Mehrzahl sind geflüchtete Frauen aus der Ukraine gekommen, deren Kinder ein musikalisches Märchen zum Neujahrsfest einstudiert haben. Keines ist älter als 12 Jahre, und einige der 14 Aktiven kommen aus dem arabischen Raum. Die Mischung ist charakteristisch für diesen bürgerbühnenähnlichen Ableger des Deutsch-Sorbischen Volkstheaters Bautzen. Thespis vermittelt und fördert künstlerisch seit 2018 Kontakte zwischen Migrantinnen und Migranten wie auch mit der nicht gerade als ausländerfreundlich geltenden Bautzener Bevölkerung.

Mit dem russischen Überfall auf die Ukraine und dem Eintreffen der von dort geflohenen Familien haben sich die Akzente verschoben. Im Mai 2022 holte Theaterintendant Lutz Hillmann außerdem mit Georg Genoux einen osterfahrenden Leiter an das Zentrum. Der in Hamburg aufgewachsene 46-jährige Anhänger des partizipativen Theaters hat in Moskau studiert und praktiziert, in der Ukraine und in Sofia gearbeitet. Schon vor Kriegsbeginn stieß er in der Ostukraine Theaterprojekte an, in instabilen Zonen, wo Moskau seit Längerem auf eine Annexion der Donbass-Gebiete hinarbeitet.

Zu Beginn des Musicals erscheinen Genoux und zwei Assistentinnen in einer fiktiven Schaffneruniform. Vom Servierwagen aus schenken sie Tee ein. Aha, es geht auf eine Reise, versteht man sogleich, ob nun per Bahn oder fliegend. Eine Reise, die etwas mit dem in Russland wie in der Ukraine bedeutsamen Neujahrsfest zu tun haben soll. Seit der Kalenderumstellung durch Peter den Großen im Jahr 1700 fällt es mit dem zentraleuropäischen Neujahr am 1. Januar zusammen, hatte in der Sowjetunion sogar den Charakter eines Ersatzfestes für das unterdrückte Weihnachten. Nun muss es den Geflüchteten im Exil heimatliches Flair ersetzen.

Der Planet der strickenden Omas An der migrantischen Bürgerbühne Thespi in Bautzen spielen ukrainische Kinder ein Neujahrsmusical. Es geht um die Sehnsucht n....

Wegen einer Krankheitswelle unter den kleinen Mitspielern musste die für den 19. Dezember geplante Premiere verschoben werden. Aber der Geist dieser Stückentwicklung ist nicht an den Anlass gebunden und wird auch bei den folgenden Vorstellungen im März noch wirken. In der Ankündigung ist vom Aufleuchten des Wunders des Neujahrsfestes die Rede. Zurück mit dem Licht! ist die knapp einstündige Aufführung denn auch überschrieben. Dramaturgin Yana Hummena, Regisseurin Olga Bakukha und Genoux Frau Anastasia Tar-khanova haben sich gemeinsam mit den Kindern dieses Wunder ausgemalt.

Welche Sehnsüchte sich in der märchenhaften Geschichte ausdrücken, wird schnell klar. Ein kleiner Junge, noch ein Knirps im Wollpullover, durchstreift einen Kosmos von Stationen auf der Suche nach dem Licht. Er ist nicht der Kleine Prinz bei Saint-Exupéry, aber eine ähnlich unschuldige und doch schon weise Figur. Er will eigentlich den Planeten schmücken, aufbauen und das Licht feiern. Mit seinen Gefährten, die er in den Fantasiewelten trifft, steht er für das helle Prinzip.

Folgerichtig steht ihm plötzlich die personifizierte Finsternis gegenüber, ein überzeugend dämonisch wirkendes Mädchen im schwarzen Kleid. Sie hält jede Feier für schädlich und will den Jungen vernichten, der nicht stark und mächtig, sondern glücklich sein will.

Mit solcher Dichotomie geht es auf anderen Stationen weiter, etwa auf der düsteren Burg der Wölfe. Aber es gibt dort auch ein sympathisches Wölfchen. Zu ihnen gesellen sich zwei Exemplare vom Planeten der knuddeligen Spinnen, die helfen wollen, die Wunderlampe des Planeten von der Finsternis zurückzuholen. Die Fantasie der Kinder bei der Stückentwicklung gebär auch einen Planeten der Omas, die Schals für ihre Enkel stricken. Die erscheinen durchaus punkig, wie die auf allen Stationen eingestreuten Lieder unterstreichen. Darunter ist eines von den Feinden des Lichts in den Tiefen des Ozeans.

Vor dem Hintergrund des akuten Krieges drängen sich Assoziationen geradezu auf. Die zugespitzte Auseinandersetzung zwischen dunklen und hellen Mächten hat offenbar auch die Seelen dieser entwurzelten Kinder erfasst. Deutlicher kann die letzte Station eines Europa-Satelliten als Hoffnungsträger nicht benannt werden. Die Finsternis triumphiert nur scheinbar: Ihr werdet mich nicht so leicht los. Die Menschen werden immer Angst haben, droht sie. Das nahe gehende gemeinsame Schlusslied vom zurückzuholenden Licht aber hebt diese Drohung auf.

Ja, die Ukraine dominiere derzeit völlig bei Thespi, räumt Georg Genoux ein. Eine wichtige Aufgabe sei dabei die Wahrung der Balance mit Flüchtlingen aus anderen Konfliktgebieten, die sich nicht zweitklassig fühlen dürften. Die etwas zu kurz kommende Fühlung mit Bautzener Einwohnern aber wird wiederbelebt werden. Vorbereitet wird ein verbindendes Fußballprojekt.

Neujahr war in der Sowjetunion auch Ersatzfest für Weihnachten, nun ersetzt es heimatliches Flair

Load-Date: February 6, 2023

Bei Abschiebungen haben die Grünen Redebedarf; Der Bundestag debattiert über Verschärfungen in der Migrations- und Lockerungen in der Integrationspolitik. Von allen Seiten wird die Diskussion hitzig geführt

taz, die tageszeitung

Freitag 01. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 7

Length: 751 words

Byline: Dinah Riese

Highlight: Der Bundestag debattiert über Verschärfungen in der Migrations- und Lockerungen in der Integrationspolitik. Von allen Seiten wird die Diskussion hitzig geführt

Body

Aus Berlin Dinah Riese

Filiz Polat will eins klarstellen: Gesetzgeber ist und bleibt das Parlament, sagt die Grüne Bundestagsabgeordnete am Donnerstagmorgen. Das Plenum diskutiert gerade in erster Lesung über das sogenannte Rückführungserleichterungsgesetz: ein ganzes Bündel an Verschärfungen bei Abschiebungen. Das Bundesinnenministerium setze damit Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenzen um, sagt Polat. Die Entscheidung treffen am Ende wir.

Die Grünen, das wird deutlich, haben noch Redebedarf. Der Gesetzentwurf sieht unter anderem vor, den Ausreisegewahrsam bei Abschiebungen von zehn auf 28 Tage auszuweiten. In Gemeinschaftsunterkünften sollen neben den Räumen des Abzuschiebenden auch die Räume Unbeteiligter von der Polizei betreten werden dürfen. Beim Verdacht organisierter Kriminalität sollen Menschen auch ohne rechtskräftige Verurteilung ausgewiesen werden können. Eingriffe in fundamentale Grundrechte, findet Polat.

Damit ist der Ton gesetzt. Sei es zwischen Ampel und Opposition oder auch innerhalb der Ampel: In der Migrationspolitik hat gerade niemand freundliche Worte übrig. Wenige Stunden später werden die Abgeordneten auch noch über eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts und erleichterte Einbürgerungen diskutieren. Beide Debatten werden geprägt sein von Zwischenrufen.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) erklärt, es sei das umfassendste Gesetz im Bereich Rückführungen, das eine Bundesregierung jemals vorgelegt habe. Immer wieder ist an diesem Tag von einer migrationspolitischen Wende die Rede. Aber nicht alle meinen damit das Gleiche. So sieht der FDPler Stephan Thomae diese Wende mit der Verschärfung des Abschieberechts vollzogen.

Bei Abschiebungen haben die Grünen Redebedarf Der Bundestag debattiert über Verschärfungen in der Migrations- und Lockerungen in der Integrationspolitik. Von al....

Die Linke Clara Bünger hingegen erinnert die Ampel daran, dass sie eine solche Wende im Koalitionsvertrag versprochen hätte, aber in die genau andere Richtung: Die Ampel habe eigentlich eine andere Migrationspolitik machen wollen als der ehemalige Innenminister Horst Seehofer (CSU). Auch die Union erkennt einige ihrer eigenen Forderungen wieder, ihr aber gehen die Verschärfungen nicht weit genug.

Die AfD wiederum sähe am liebsten, wenn Deutschland alle nationalen und internationalen Gesetze und Konventionen zum Schutz von Menschenrechten hinter sich ließe. In der Debatte zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts wird die Fraktion später rechte Verschwörungserzählungen bedienen: Die Ampel forciere Massenmigration, es stehe eine Integration von Deutschland in islamisches Herrschaftsgebiet hervor.

Die Ampel will das bisher sehr restriktive Einbürgerungsrecht lockern: Menschen sollen künftig nach fünf statt nach acht Jahren eingebürgert werden können, bei besonders guten Integrationsleistungen schon nach drei. Mehrstaatigkeit soll ermöglicht werden. Und es soll Erleichterungen geben für die Generation der sogenannten Gastar-bei-te-r*in-nen.

Die Staatsbürgerschaft sei ein Pfund im Wettbewerb um Hochqualifizierte aus dem Ausland, so Fae-ser. Zudem lebten zehn Millionen Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft in Deutschland, mehr als die Hälfte davon seit über zehn Jahren. Diese sollten die Möglichkeit haben, vollständig Bürgerinnen und Bürger hier zu werden. Ale-xander Throm (CDU) hingegen wirft der Ampel vor, es handle sich um ein Staatsangehörigkeitsentwertungsgesetz, mit dem in Zukunft regelmäßig die Falschen eingebürgert würden.

Den Gesetzentwurf hat das Kabinett bereits im August beschlossen. Nicht vorhersehbar war damals der brutale Terrorangriff der Hamas auf Israel und die daraufhin auch in Deutschland rapide ansteigenden Zahlen antisemitischer Vorfälle. Trotzdem enthält der Entwurf Regelungen, um die Einbürgerung von Antisemiten zu verhindern.

Antisemitismus, Rassismus und Menschenverachtung seien ein Verstoß gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, so Faeser. Wer sich antisemitisch betätigt, darf kein Deutscher werden. Sowohl Faeser als auch die SPD-Fraktion haben klargemacht, dass sie auch zu weiteren Maßnahmen bereit seien.

Welche das sein könnten, davon hat die Union eine genaue Vorstellung: Dop-pel-staat-le-r*in-nen solle bei antisemitischen Vorfällen die deutsche Staatsbürgerschaft wieder aberkannt werden, erklärt Philipp Amthor. Die Ampel setze auf Einbürgerung der Falschen statt auf Ausbürgerung der Richtigen. Der Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft ist allerdings durch das Grundgesetz verboten auch das, wie die deutsche Staatsräson, eine Lehre aus der deutschen Geschichte.

meinung + diskussion

Die Entscheidung treffen am Ende wir

Load-Date: November 30, 2023

Pushbacks sind der Normalfall; In den vergangenen zwei Jahren hat Litauen seine Grenze zu Belarus komplett modernisiert. Geflüchtete kommen immer noch. Ein Besuch an der Grenze

taz, die tageszeitung

Mittwoch 26. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 4-5

Length: 2740 words

Byline: Gemma Teres Arilla

Highlight: In den vergangenen zwei Jahren hat Litauen seine Grenze zu Belarus komplett modernisiert.

Geflüchtete kommen immer noch. Ein Besuch an der Grenze

Body

Aus Vilnius und Dieveniškis Gemma Teres Arilla

Dovydas und Gediminas sind litauische Grenzschutzbeamte im Grenzposten agunio. Der liegt im Dorf Dieveniškis, 70 Kilometer von der Hauptstadt Vilnius und sechs Kilometer von der belarussischen Grenze entfernt. Ihre Nachnamen wollen sie nicht in der Zeitung lesen. Englisch sprechen die beiden kaum, Russisch wollen sie seit dem Beginn des Angriffskrieges auf die Ukraine am 24. Februar 2022 möglichst vermeiden. Mitte Juli fahren wir eine Stunde lang gemeinsam Streife entlang der litauisch-belarussischen Grenze. Warum? Schmuggel und illegaler Handel, sagt Gediminas. Die 502 Kilometer lange Barriere aus einem Zaun und Stacheldraht wirkt wie ein Gefängnis an dieser Außengrenze der EU. Menschen versuchen trotzdem rüberzuklettern.

Ein unmögliches Unterfangen. 679 Kilometer Grenze verlaufen zwischen Litauen und Belarus – da, wo der Zaun die Grenze nicht abriegeln kann, übernehmen Flüsse und Seen diese Funktion. Eine physische Grenze verläuft auch an der litauischen-russischen Grenze im Westen, an der Exklave Kaliningrad – 30 Kilometer Zaun, 236 Kilometer Grenzflüsse und -seen.

Direkt an der Grenze entlang fahren die beiden Grenzbeamten, Mitte 20 und Anfang 30 Jahre alt, selten mit dem modernen Geländewagen der litauischen Grenzpolizei (VSAT). Überwacht wird der Grenzbereich seit 2021 vor allem Videokameras, die im Abstand von je etwa 20 Metern installiert sind. Streife fahren wir vor allem im Dorf, erklärt Dovydas. Im Dorf, aber auch allgemein auf den ersten fünf Kilometern ab dem Grenzzaun ins Land hinein, denn erst danach gelten die Geflüchteten als in Litauen angekommen. Unter ihnen sind vor allem Menschen aus dem Nahen Osten und Afrika.

In den kaum bewohnten Grenzdörfern sind gelegentlich alte Menschen im Gemüsebeet oder kleine Kinder in fast märchenhaft erscheinenden Holzsummerhäusern zu sehen. Ja, die Russen kommen!, sagt die 80-jährige Maria,

Pushbacks sind der Normalfall In den vergangenen zwei Jahren hat Litauen seine Grenze zu Belarus komplett modernisiert. Geflüchtete kommen immer noch. Ein Besuch....

die Wasser aus dem Brunnen im Garten pumpt. Es ist mehr ein Gefühl der Bedrohung, als dass tatsächlich die Russen vor der Tür stehen, seit Russland im Februar 2022 die Ukraine angegriffen hat. Lukaschenko schickt alle hierher, äußert sich der 75-jährige Viktor, der durch die Felder an der Grenze spazieren geht und dem Geländewagen der Grenzpolizisten winkt.

Das Grenzschutzsystem hat Litauen bereits vor zwei Jahren begonnen komplett zu modernisieren. Grund war, dass im August 2021 Tausende Flüchtlinge aus Belarus nach Polen und Litauen kamen. Wenn die Grenzbeamten des südлитauischen Postens heute über Schmuggel sprechen, meinen sie diese Geflüchteten. Sie wurden vom belarussischen Diktator Alexander Lukaschenko gezielt in Richtung Europäische Union (EU) geschickt, um Druck auf den Staatenverbund auszuüben. Damals sorgten Bilder von der polnischen Grenze, die in internationalen Medien verbreitet wurden, weltweit für Empörung.

Insgesamt wurde zwischen August und Dezember 2021 8.106 Menschen die Einreise nach Litauen verweigert. Seitdem führt der litauische Grenzschutzdienst tägliche Statistiken, die auf der offiziellen Webseite veröffentlicht werden. Darunter sind nicht nur Zahlen von Menschen, die an der Grenze einen Asylantrag gestellt haben, sondern auch von sogenannten Pushbacks, wenn Menschen, die nicht einreisen dürfen, zurück nach Belarus geführt werden.

Die litauische Grenzpolizei führt keine 'Pushbacks' durch, behauptet hingegen der Leiter des staatlichen Grenzschutzdienstes, General Rustam Liubaev, im Gespräch mit der taz in der Hauptzentrale des Grenzschutzdienstes in Vilnius. Wenn sie an der grünen Grenze, den ersten fünf Kilometern, erwischt werden, werden sie zu den Checkpoints gebracht. Es geht, wie so oft, um eine Formulierung: Die litauischen Behörden sprechen von Umkehrungen (apgr imai), während Medien und NGOs von Pushbacks sprechen (atst mimai). Auf der VSAT-Webseite lässt sich die Jahreszusammenfassung abrufen: In diesem Jahr wurden bis Ende Juli 1.376 Menschen zurückgewiesen. Im gesamten Jahr 2022 waren es 11.211. Auch tagesgenaue Zahlen gibt es: Illegale Migranten, denen die Einreise aus Belarus verweigert wurde: 14 nach Litauen, 12 nach Lettland und 54 nach Polen, heißt es am Nachmittag des 25. Juli. Bei diesen geringen Zahlen lässt sich nicht von Massenflucht und Krisensituation sprechen. Doch, antwortet Liubaev, um eine Lage als Notlage einzustufen, zählen nicht nur Geflüchtetenzahlen, sondern auch andere Faktoren: Seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges ist die Grenzlage als hochgefährlich eingestuft worden.

Gefragt nach gesonderten Sicherheitsmaßnahmen gegen einen möglichen Angriff der Wagner-Söldner, die seit dem gescheiterten Aufstand ihres Anführers Jewgeni Prigoschin Ende Juni nach Angaben des belarussischen Verteidigungsministeriums in Belarus stationiert sind, reagiert der Grenzschutz-Leiter entspannt. Wir haben keine konkreten Angaben darüber, wir beobachten die Lage. Auf nationaler, auf Nato- und EU-Ebene. Die Grenze ist bereits auf der höchsten Alarmstufe, mehr können wir nicht unternehmen. Die Regierung des benachbarten Polens schätzt, dass mindestens 1.000 Wagner-Söldner etwa 80 Kilometer von Minsk entfernt kampieren. Dann klingelt das Festnetz des Generals und er bittet mich, sein Büro zu verlassen. Höchste Sicherheitsstufe, flüstert mir seine Assistentin zu und begleitet mich ins Vorzimmer.

Im Nachgang des Gesprächs schickt sie mir eine Mail mit den offiziellen Beschlüssen der Regierung und des Parlaments Litauens: Am 24. Februar 2022 wurde wegen der instrumentalisierten illegalen Migration per Präsidialdekret der Ausnahmezustand verhängt aber auch wegen der möglichen Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf Litauen. Der Ausnahmezustand wurde anschließend durch Dekrete des litauischen Parlaments, Seimas, verlängert und am 3. Mai 2023 wieder aufgehoben. Also doch: offiziell keine Notlage. Pushbacks werden trotzdem weiterhin durchgeführt und deren Zahlen täglich offiziell verkündet.

In Litauen galt seit dem 3. August 2021 für Grenzschutzbeamte das durch das Innenministerium gewährte Recht, irreguläre Geflüchtete zurückzuweisen, die versuchen, die Grenze von Belarus aus an unerlaubten Orten zu überqueren. Am 25. April dieses Jahres verabschiedete das litauische Parlament mit 69 Ja-, 7 Neinstimmen und 24 Enthaltungen ein Gesetz, das es Grenzschutzbeamten generell erlaubt, Geflüchtete, die das Land irregulär betreten, zurückzuschicken. Das Wort Pushback taucht nicht im Gesetz auf erneut eine Frage der Formulierung.

Pushbacks sind der Normalfall In den vergangenen zwei Jahren hat Litauen seine Grenze zu Belarus komplett modernisiert. Geflüchtete kommen immer noch. Ein Besuch....

Am Tag der Abstimmung demonstrierten vor dem litauischen Parlament mehrere Menschenrechtsaktivistinnen und NGOs sie bauten einen Stacheldraht und nutzten ihn als Netz beim Ballspielen, als wären die Bälle Menschen, die hin- und hergeschickt würden. Eine von ihnen war Sienos Grup (Grenzgruppe), geleitet von der jungen Fachanwältin für Migration Emilija Vobait. Gegründet wurde die Organisation im August 2021, um Geflüchtete zu schützen. Offiziell registriert als NGO ist sie seit August 2022 fast gleichzeitig mit der kompletten Fertigstellung des Zauns. Nur die, die richtig schwer krank sind zum Beispiel wegen amputierter Gliedmaßen durch unzählige kalte Nächte im Wald, dürfen nach Litauen einreisen, sagt Vobait beim Kaffeetrinken, zehn Minuten zu Fuß von der Zentrale der Grenzschutzbehörde in Vilnius.

Internationale Gesetze und Verträge wie die Europäische Menschenrechtskonvention und die Flüchtlingskonvention von 1951 verbieten Kollektivausweisungen und die Rückführung von Personen in ein Land, in dem ihnen schwere Menschenrechtsverletzungen drohen. Das litauische Recht sieht auch zivile Grenzschutzbeamte vor ähnlich dem ungarischen Grenzjäger-Modell. Ungarn steht an der Spitze der europäischen Länder, in denen Geflüchtete mit systematischer Gewalt behandelt werden. Mehrere NGOs versuchten noch in diesem April, mit der litauischen Regierung eine Liste von nicht sicheren Drittländern auszuhandeln. Sie sollte als Richtlinie für Grenzbeamte und als Schutz vor systematischen Pushbacks dienen. Die Regierung ließ sich zunächst darauf ein lehnte den Vorschlag dann kurzfristig doch ab.

Die litauische Grenzgruppe arbeitet in Koordination mit der polnischen NGO Grupa Granica. Ein Kooperationsversuch mit der belarussischen NGO Human Constanta mündete vor ein paar Jahren in einer Razzia bei der belarussischen Kontaktperson. Auch die Grenzgruppe wurde an Weihnachten 2021 angeklagt, weil sie innerhalb der grünen Grenze einen Krankenwagen für Geflüchtete angefordert hatte. Das Verfahren wurde eingestellt, aber die NGO wurde der Öffentlichkeit als kriminelle Organisation präsentiert.

Unsere historische Identität basiert auf Angst, deswegen unterstützen wir die Ukraine blind, denn wir haben Angst, wieder besetzt zu werden, erzählt die junge Rechtsanwältin und Aktivistin Vobait. Im Jahr 1918 erklärte sich Litauen als unabhängig. 1940 drang die Rote Armee ein. Von 1941 bis 1944 wurde das Land von der Wehrmacht besetzt. Ab 1944 war die Litauische Sozialistische Sowjetrepublik eine Unionsrepublik der Sowjetunion. 1990 erklärte sich das Land wieder unabhängig. Angst sei auch der Grund, dass die litauische Bevölkerung die Antimigrationsmaßnahmen der Regierung als nationales Sicherheitsinteresse verstehe, sagt Vobait.

Anfang Juni erklärte das litauische Verfassungsgericht eines der Migrationsgesetze für verfassungswidrig. Seitdem ist die Inhaftierung von Geflüchteten nicht mehr erlaubt. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) sprach sich zudem gegen die systematische sechs Monate dauernde Inhaftierung von Geflüchteten in Litauen aus.

Laut litauischen NGOs lebten zum Beispiel mehr als 300 Männer, die meisten Iraker, im umzäunten Lager Rėninkai, fast 60 Kilometer nordwestlich von dem Grenzdorf Dieveniai entfernt. Verlassen durften sie es nicht. Nach der Verfassungsgerichtsentscheidung blieb die christdemokratische litauische Innenministerin Agnė Bilotaitė gelassen. Sie meinte, sie würde weiterhin dieses Gesetz anwenden, selbst wenn es verfassungswidrig sei. Was für ein gefährliches Signal für die Demokratie!, warnt Vobait. Die litauische Bevölkerung unterstützt die Innenministerin weiterhin.

Professoren und Experten in Verfassungsrecht in Litauen sind sich einig, dass das neue Pushbacks-Gesetz verfassungswidrig ist. Mehrere NGOs, unter anderem die Grenzgruppe, haben sich zusammengetan, um ein Fünftel der Parlamentsabgeordneten zu gewinnen. So könnte eine Verfassungsbeschwerde gegen das Gesetz eingereicht werden. Alternativ versucht die Grenzgruppe eine geflüchtete Person zu finden, die Opfer eines Pushbacks war, um dann ein rechtliches Verfahren anzustoßen. Auf EU-Ebene, in eine Klage des EuGH setzt jedoch die NGO Grenzgruppe wenig Hoffnung. Vobait weiter: Auch Griechenland und Italien und weitere Länder sollten vor Gericht gebracht werden, doch das wird nicht passieren.

Der parteiunabhängige litauische Präsident Gitanas Naus da positionierte sich in den letzten Wochen zunächst gegen eine Grenzschließung. Aber die kommt ganz sicher, meint die NGO-Vertreterin. Denn Naus da spricht wieder von Instrumentalisierung und hybridem Krieg in Bezug auf Belarus. Nicht nur in Zusammenhang mit nicht-

Pushbacks sind der Normalfall In den vergangenen zwei Jahren hat Litauen seine Grenze zu Belarus komplett modernisiert. Geflüchtete kommen immer noch. Ein Besuch....

europäischen Geflüchteten, vor allem aus dem Irak, Nigeria oder der Demokratischen Republik Kongo, die durch eine erleichterte belarussische Visapolitik nach Minsk gebracht wurden, um dann illegal weiter in die EU zu reisen. Sondern jetzt geht es dabei auch um die Wagner-Söldner.

General Rustam Liubaev, der zwischen 2007 und 2012 die gemeinsame Einsatzeinheit bei Frontex in Litauen leitete, fuhr etwa selber 2021 und 2022 ins kurdische Erbil und weiter in den Irak, um sich ein Bild zu machen. 80 Prozent der Geflüchteten im Sommer 2021 kamen aus einer spezifischen Region, in der Belarus neue Konsularvertretungen eröffnet hatte. Gefragt, ob die litauische Grenzpolizei mit den belarussischen Kollegen zusammenarbeitet, reagiert der General forsch: Das sind Schmuggler, die einerseits Geld von den Geflüchteten bekommen und die andererseits mit Lukaschenkos Regime zusammenarbeiten. Gemeldet wurde schon oft, dass die belarussischen Grenzbeamten nicht nur die Geflüchteten aggressiv nach Litauen und Polen schicken, sondern auch den Zaun zerschneiden und zerstören, um ihnen die Flucht zu erleichtern.

Emilija vobait nimmt noch einen Schluck Kaffee im hippen Café im Zentrum von Vilnius. Dann schildert sie persönliche Schicksale, die sie oder ihre NGO begleitet haben. Racial profiling ist für sie das Leitmotiv, denn selbst mit der im Zuge des Angriffskrieges eingeführten restriktiven Visapolitik gegenüber russischen Bürger*innen und auch seit diesem Jahr zum Teil gegen belarussische Bürger*innen sprechen die höheren Zahlen von weißen, europäischen Asylbewerbern für sich.

Arham etwa aus Pakistan wurde schwer krank in ein Krankenhaus in Vilnius gebracht; einige Wochen später verschwand er aus dem Krankenhaus bis er über die NGOs in Minsk wiedergefunden wurde. Er wurde von der Grenzpolizei umgehend zurückgeschickt, sobald sein gesundheitlicher Zustand im Krankenhaus sich verbessert hatte. Nicht nur ist die Grenze eine graue Zone, generell sind die Grenzbeamten im ganzen Land auf der Jagd, zum Teil auch weil einige Geflüchtete über Lettland nach Litauen kommen, um dann in weitere EU-Länder zu reisen, berichtet vobait.

Sie erinnert sich an die Leiche eines 32-Jährigen aus Sri Lanka, die im vergangenen Januar im Neris-Fluss nahe der Grenze gefunden wurde. Seine Frau wurde über die litauische Botschaft in Sri Lanka über den Tod informiert und kontaktierte daraufhin die Grenzgruppe. Die wiederum schickte eine Anfrage an das Ministerium. Es stellte sich heraus, dass der Mann im Zentrum von Vilnius festgenommen und mitten in der Nacht im Wald an der Grenze von Grenzbeamten ausgesetzt worden war sechs Monate lang hatte die Regierung über den Fall geschwiegen.

Zu den nichteuropäischen Geflüchteten zählen auch Staatsbürger aus afrikanischen Staaten, deren Studentenvisa in Belarus abgelaufen sind und die versuchen, illegal die Außen-EU-Grenze zu überqueren. Die Grenzgruppe meldete zum Beispiel die brutale Deportation nach Nigeria und in die Demokratische Republik Kongo von einer Gruppe von Asylbewerbern, die bereits seit über einem Jahr mit Hilfe der NGO in Vilnius wohnten und arbeiteten. Mitten in der Nacht wurden sie in der Hauptstadt festgenommen, nach Brüssel in ein Flüchtlingslager und von dort weiter in die Herkunftsländer geflogen.

Am Grenzposten agunio verabschieden wir uns mit einem heißen Tee, bevor Dovydas und Gediminas entlang der grünen Grenze und der Dörfer Streife fahren werden. Bei der Grenzschutzzentrale in Vilnius verschenkt Frontex-General Rustam Liubaev zum Abschied stolz kleine Schokoladentafeln. Sie sind mit Motiven der litauischen Grenzpolizei geschmückt: ein Rettungsschiff, ein Rettungshund, Geländewagen und Hubschrauber. Als ich dann auf dem Rückweg Richtung Berlin weiterhin an der Grenze entlangfahre, muss ich in Privalka an einem der fünf litauisch-belarussischen Checkpoints halten. Etwa zwanzig gestrandete Lkw stehen davor, nur wenige Autos mit belarussischem Kennzeichen warten in der Kontrollschlange. Neben dem Grenz-Imbiss stehen zwei Männer, unweit von zwei Taxis. Eine Geschichte der NGO-Aktivistin Emilija vobait kommt mir plötzlich wieder in den Sinn: Sie hatte neulich den Taxidienst Bolt gerufen, der Fahrer erzählte ihr von der jüngsten Razzia bei Bolt-Fahrern. Die litauische Grenzschutzpolizei sei wohl einem Netzwerk von Taxifahrern aus Tadschikistan auf der Spur, das Geflüchtete von der litauischen-belarussischen Grenze bis an die polnische Grenze fahre.

Etwa 70 Kilometer von diesem litauisch-belarussischen Checkpoint verläuft der sogenannte Suwa ki-Korridor, ein Gebiet entlang der Grenze zwischen Litauen und Polen, einzige Landverbindung der baltischen Staaten mit den

Pushbacks sind der Normalfall In den vergangenen zwei Jahren hat Litauen seine Grenze zu Belarus komplett modernisiert. Geflüchtete kommen immer noch. Ein Besuc....

übrigen Nato-Partnern. Der 65,4 Kilometer Luftlinie bzw. 104 Kilometer Grenzboden lange Korridor ist das Territorium, das Kaliningrad von Belarus trennt.

Zwei Wochen später wird dann bekannt, dass polnische Panzer und Truppen in Richtung Belarus als Reaktion auf einem möglichen Wagner-Angriff verlegt werden sollen.

Also doch: offiziell keine Notlage. Pushbacks werden trotzdem weiterhin durchgeführt und deren Zahlen täglich offiziell verkündet

Unsere Identität basiert auf Angst. Wir unterstützen die Ukraine blind, denn wir haben Angst, wieder besetzt zu werden

Load-Date: July 25, 2023

Ein Schengen-Beitritt light; Österreich lockert seine Blockade gegenüber Rumänien und Bulgarien. Komplette Aufnahme dauert noch

taz, die tageszeitung

Freitag 29. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 8

Length: 426 words

Byline: Florian Bayer

Highlight: Österreich lockert seine Blockade gegenüber Rumänien und Bulgarien. Komplette Aufnahme dauert noch

Body

Aus Wien Florian Bayer

Rumänien und Bulgarien werden ab 2024 zumindest teilweise in die Schengenzone aufgenommen. Die Einreise in die EU ohne Passkontrolle wird dann auf dem Luftweg sowie per Schiff, nicht aber auf dem Landweg möglich sein. Österreich ist jedoch, als einziges Land, weiter -gegen eine Vollaufnahme der beiden Länder in den Schengenraum. Wien hatte im November 2022 bei einer entscheidenden Abstimmung im EU-Ministerrat sein Veto eingelegt. Auch die Niederlande stimmten damals gegen eine Aufnahme, haben aber eine Kehrtwende vollzogen. Österreich blockiert weiter einen Vollbeitritt wegen des hohen Migrationsdrucks, wie es aus Wien heißt.

Die meisten Einreisen erfolgen auf dem Landweg, weswegen auch der jetzige Zwischenschritt nur begrenzt für Erleichterung in Bukarest und Sofia sorgen dürfte. Bereits beim ersten Veto Österreichs sah man sich von Wien enttäuscht. Die Bande sind traditionellerweise eng. Zahlreiche österreichische Firmen sind in der Region engagiert. Rund 150.000 Rumänen und etwa 40.000 Bulgaren leben in Österreich.

Bereits im Sommer zeigte eine Resolution im EU-Parlament, wie isoliert die österreichische Regierung in dieser Frage dasteht. 526 EU-Abgeordnete stimmten für, nur 57 gegen eine möglichst rasche Aufnahme Bulgariens und Rumäniens in die Schengenzone. Diese sei eine der spürbarsten Errungenschaften der europäischen Integration, wie es im Abstimmungstext heißt. Es sei inakzeptabel, dass die Bürger mit teils tagelangen Wartezeiten, wirtschaftlichen Verlusten und unnötigen Abgasen an der Grenze diskriminiert würden. Selbst Österreichs Bundespräsident Alexander Van der Bellen bedauerte die Entscheidung.

Viele Beobachter vermuten, dass Österreichs Nein innenpolitisch begründet ist. Wenige Wochen nach dem initialen Nein fanden Landtagswahlen in Niederösterreich statt, bei denen die ÖVP schmerzhaft Verluste hinnehmen musste. Im Herbst 2024 finden Parlamentswahlen statt. Die ÖVP dürfte versuchen, die alle Umfragen anführende rechtspopulistische FPÖ rechts zu überholen. Eine harte Linie bei der Schengen-Frage könnte dabei hilfreich sein. Deshalb vermuten viele, dass die schwarz-grüne Regierung vor der Wahl kaum ihr Nein lockern dürfte. Von

Ein Schengen-Beitritt light Österreich lockert seine Blockade gegenüber Rumänien und Bulgarien. Komplette Aufnahme dauert noch

Österreichs Regierung heißt es, die Verhandlungen über eine vollwertige Aufnahme gingen weiter. Als Bedingung für seine Zustimmung nannte das Innenministerium einen robusten Außengrenzschutz auch in Form einer Aufstockung der Frontex-Kräfte vor Ort. Zudem müssten Rumänien und Bulgarien mehr Asylwerber vor allem aus Afghanistan und Syrien aufnehmen.

Load-Date: December 28, 2023

End of Document

Mut beim EU-Gipfel dringend gesucht; Milliarden für Kyjiw, EU-Erweiterung, Migration, EU-Budget. Ab Donnerstag sind die EU-Staats- und Regierungschefs in Brüssel gut beschäftigt. Orbán hält am Doppel-Veto fest

taz, die tageszeitung

Donnerstag 14. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 710 words

Byline: Eric Bonse

Highlight: Milliarden für Kyjiw, EU-Erweiterung, **Migration**, EU-Budget. Ab Donnerstag sind die EU-Staats- und Regierungschefs in Brüssel gut beschäftigt. Orbán hält am Doppel-Veto fest

Body

Aus Brüssel Eric Bonse

Reichen zwei frische Hemden, oder brauchen Kanzler Olaf Scholz und seine europäischen Amtskollegen drei oder gar vier, um die nächsten Tage und Nächte durchzustehen? Diese heikle Frage stellt sich beim EU-Gipfel, der am Donnerstag in Brüssel beginnt. Die Beratungen über die Ukraine, das EU-Budget und **Migration** könnten bis zum Wochenende dauern – so kontrovers sind die Themen.

Pivotal, also zentral oder gar lebenswichtig, werde das Treffen der 27 Staats- und Regierungschefs, schreibt EU-Ratspräsident Charles Michel in seiner Einladung. Jetzt gelte es, die Versprechen gegenüber der Ukraine einzulösen und den Mut zu den richtigen Entscheidungen zu beweisen. Es klingt nach Blut, Schweiß und Tränen.

Michel fordert, der Ukraine grünes Licht für den Start von EU-Beitrittsgesprächen zu geben. Dies sei ein notwendiges Signal, um Kyjiw näher an unsere europäische Familie zu bringen. Außerdem sollen die EU-Chefs eine Finanzspritze in Höhe von 50 Milliarden Euro bewilligen – nur so lasse sich die Ukraine vor der Pleite bewahren.

Beides sind pikante Forderungen in einem schwierigen internationalen Umfeld. Die EU soll etwas beschließen, das in den USA und der Nato nicht möglich war. In Washington scheitern geplante Finanzhilfen für die Ukraine bisher am Widerstand der Republikaner. Und beim Nato-Gipfel in Vilnius wurde der Beitritts-Wunsch abgewiesen.

Die EU soll nun einspringen, fordert der ukrainische Präsident Wolodimir Selenski. Unterstützung erhält er aus Berlin: Obwohl im deutschen Staatshaushalt der Notstand ausgebrochen ist, soll es frisches Geld für Kyjiw geben, wie Scholz in seiner Regierungserklärung am Mittwoch in Berlin bekräftigte. Und obwohl Kyjiw noch nicht alle EU-Kriterien erfüllt, sollen die Beitrittsgespräche beginnen.

Mut beim EU-Gipfel dringend gesucht Milliarden für Kyjiw, EU-Erweiterung, Migration, EU-Budget. Ab Donnerstag sind die EU-Staats- und Regierungschefs in Brüssel....

Doch Selenski und Scholz haben die Rechnung ohne Viktor Orbán gemacht. Der rechtslastige Regierungschef aus Ungarn hat mit einem doppelten Veto gedroht gegen die EU-Gespräche und gegen die geplante Finanzspritze. Er fordert eine Strategiedebatte über die Ukraine und die Freigabe von eingefrorenen EU-Mitteln für sein Land.

Damit könnte Orbán den Gipfel zum Scheitern bringen oder in die Verlängerung zwingen. Doch es geht nicht nur um den chronischen Neinsager aus Budapest. Gegen den Start von Beitrittsverhandlungen hat sich auch Österreich ausgesprochen. Die Regierung in Wien fordert, auch Bosnien-Herzegowina das begehrte EU-Ticket zu geben.

Beim Geld stehen noch mehr Länder wie Italien oder Griechenland auf der Bremse. Sie sehen nicht ein, dass das EU-Budget für Kyjiw aufgestockt werden soll, nicht aber für die gemeinsame Migrationspolitik und andere Aufgaben. Insgesamt geht es um 66 Milliarden Euro, die die EU für Migration und andere Themen angefordert hat.

Dann wären da noch die rund 30 Milliarden Euro, die die EU-Kommission wegen Rechtsstaats-Problemen in Ungarn auf Eis gelegt hat. Am Mittwochabend hat die Europäische Kommission zehn Milliarden Euro freigegeben. Damit ließe sich Orbán vielleicht doch noch in letzter Minute umstimmen.

Der Milliarden-Poker verfehlte zunächst jedoch seine Wirkung. Man brauche nicht nur zehn, sondern die ganzen 30 Milliarden Euro, hieß es in Budapest. Protest kam auch aus dem Europaparlament. Die EU dürfe sich nicht erpressen lassen, forderten die Abgeordneten. Wenn man Orbán den kleinen Finger reiche, wolle er die ganze Hand.

Orbán wird diesen Weg immer wieder einschlagen, wenn er jetzt Erfolg hat, warnte die Vizepräsidentin des Parlaments, Katarina Barley (SPD). Es ist fast zu einem Ritual geworden, dass Orbán mit seinem Veto droht und die EU-Kommission Gelder für Ungarn freigibt, sagte der europapolitische Sprecher der Grünen, Rasmus Andresen.

Die EU-Kommission wies den Vorwurf zurück. Man halte sich strikt an die Regeln, so der Sprecher von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Sobald Ungarn die geforderten Rechtsstaats-Reformen im Amtsblatt veröffentlicht habe, könne das Geld fließen.

Dennoch bleibt ein fader Beigeschmack. Denn von der Leyen war es auch, die den Start von Beitrittsgesprächen und die Aufstockung des EU-Budgets gefordert hat. Nun versucht sie, ihren Plan in letzter Minute zu retten.

Ob die EU sich erpressen lässt: Ungarn fordert alle 30 eingefrorenen Milliarden Euro

eu-gipfel

Load-Date: December 13, 2023

Wo soll ich denn hin? ; Der grüne Europaabgeordnete Erik Marquardt kämpft für eine humane Asylpolitik. Ein Gespräch über die drohende Verschärfung des europäischen Asylrechts, grüne Kompromisse und warum Aperol im Garten keine Alternative ist

taz, die tageszeitung

Samstag 24. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: POLITIK; S. 4

Length: 1564 words

Byline: Sabine am Orde

Highlight: Der grüne Europa-abgeordnete Erik Marquardt kämpft für eine humane Asylpolitik. Ein Gespräch über die drohende Verschärfung des europäischen Asylrechts, grüne Kompromisse und warum Aperol im Garten keine Alternative ist

Body

Interview Sabine am Orde

Erik Marquardt ist müde. Er habe in den vergangenen Wochen wenig geschlafen, sagt er am Telefon. Marquardt sitzt für die Grünen im Europaparlament, seine Schwerpunkte sind Flucht, Migration und Menschenrechte, er war selbst als Seenotretter aktiv. Den Beschluss zur europäischen Asylpolitik, den SPD-Innenministerin Nancy Faeser als historisch bezeichnet und die grüne Außenministerin Annalena Baerbock mit abgesegnet hat, hält er für einen Fehler : Es gab einen Durchmarsch rechter Positionen , schrieb er auf und kritisierte die Vereinbarung scharf. Marquardt hofft, dass die Asylrechtsverschärfung noch im weiteren Prozess verhindert werden kann. Trotzdem hat er auf dem kleinen Parteitag der Grünen, dem Länderrat, einen Kompromiss mitgetragen, der die Asylrechtsverschärfung zwar kritisiert, aber die grünen Minister nicht auf eine Ablehnung festlegt. Twitter

wochentaz: Herr Marquardt, Sie halten die Zustimmung der Bundesregierung zur , für einen Fehler. Aber , haben Sie einem wachweichen Papier zugestimmt. Was ist passiert? Einigung beim gemeinsamen europäischen Asylrecht, kurz GEAS als es beim kleinen Parteitag der Grünen, dem Länderrat, um Konsequenzen ging

Erik Marquardt: Es ging auf dem Länderrat nicht darum, Personen nach Canossa zu schicken. Sondern zu schauen, wie wir verhindern können, dass die EU sich auf eine Reform einigt, die noch mehr Chaos und Leid erzeugt. Ich würde deswegen nicht sagen, dass dieses Papier wachweich ist.

Sondern?

Wo soll ich denn hin? Der grüne Europaabgeordnete Erik Marquardt kämpft für eine humane Asylpolitik. Ein Gespräch über die drohende Verschärfung des europäischen....

Es gibt keine Aufweichung der grünen Positionierung. Wir haben festgehalten, dass wir die Asylrechtsverschärfungen falsch finden und dass wir als Grüne bei dieser Reform statt verpflichtender Grenzverfahren mehr Verbindlichkeit bei einer fairen Verteilung wollen. Einige öffentlich sehr unterbeleuchtete Punkte haben wir kritisch benannt, zum Beispiel, dass nicht nur Menschen mit geringen Anerkennungsquoten in Grenzverfahren kommen können. Sichere Drittstaatskonzepte sollen ja massiv ausgeweitet werden, das kann dazu führen, dass ein Großteil der Schutzsuchenden kaum noch Zugang zu Schutz in Europa hat. Man würde die Asylanträge nicht mehr inhaltlich prüfen, sondern als unzulässig ablehnen, weil die Menschen über einen sicheren Drittstaat nach Europa gekommen sind. Das trifft dann auch Menschen aus Syrien oder Afghanistan unabhängig von der Anerkennungsquote. In der öffentlichen Diskussion wurde so getan, als würde sie das gar nicht treffen. Sie wären aber die Hauptbetroffenen.

Die Position der Partei hat die grüne Spitze nicht davon abgehalten, der Einigung auf EU-Ebene zuzustimmen. Und der Beschluss des Länderrats zieht keine roten Linien für die nächste Abstimmung ein. Wenn Sie die Asylrechtsverschärfung verhindern wollen, hätte es dann nicht roter Linien bedurft?

Wir haben sehr lange um diesen Text gerungen und ja, es stimmt: Eine Checkliste oder ähnliches gibt es nicht. Das ist vielleicht schwer nachvollziehbar, aber die Voraussetzung für richtige Entscheidungen ist auch, dass wir zum Beispiel stärker hinterfragen, warum die Postfaschistin Meloni dem Kompromiss zugestimmt hat und nicht so sehr, welche drei Punkte wir auf jeden Fall ändern wollen. Mit roten Linien hätten wir denjenigen einen Gefallen getan, die sagen wollten, dass die Führung Rückhalt verloren hat und dass die Grünen naiv sind und sich pragmatischen Lösungen verweigern. Aber die Reform, die der Rat will, macht nichts besser, sondern verschlimmert die Lage, das ist auch einhellige -Meinung in der Migrationswissenschaft. Mir war wichtig, dass wir über diese Inhalte reden und nicht über Personen.

Annalena Baerbock hat in ihrer Rede die Einigung verteidigt und gesagt, dass es aus ihrer Sicht mehr Argumente dafür als dagegen gibt 51 zu 49 Prozent. Warum sollte das bei der nächsten Abstimmung anders sein?

Das Thema ist für die Partei identitär. Die Hälfte der Mitglieder ist seit 2016 beigetreten, viele von ihnen, weil sie für eine funktionierende, humane Asylpolitik kämpfen. Das Vertrauen in die Führung ist weiterhin da, obwohl es Kritik an der Entscheidung gibt. Aber viele erwarten jetzt, dass in Zukunft bessere Entscheidungen getroffen werden. Und bei der EU-Asylreform müssen noch viele Entscheidungen getroffen werden.

Viele, die sich für eine menschenwürdige Asyl- und Geflüchtetenpolitik einsetzen, sind entsetzt. Ihre Deutung: Die Grünen legalisieren Lager an den Außengrenzen und unterstützen eine Ausweitung des Drittstaatsystems. Pro Asyl hat beim Länderrat vor der Tür demonstriert. Viele dieser Aktivist*innen haben große Hoffnungen in Politiker wie Sie gesetzt. Ich habe an diesen Mann geglaubt. Seht euch das an, hat die Rechtsanwältin Seda Bay-Yildiz mit einem Verweis auf Ihre Rede auf dem Länderrat getwittert. Und jemand von der See-notrettung schreibt: Ihr habt die Menschen verraten. Was sagen Sie dazu?

Ich verstehe das Bedürfnis, uns zu kritisieren. Meine Rede war aber an diejenigen in der Partei und außerhalb gerichtet, die uns dafür kritisiert haben, dass wir die Entscheidung und die Argumente dafür hinterfragen. Dass ich die Entscheidung ablehne, wusste jeder im Raum. Wenn man Entscheidungen kritisiert, gibt es den Reflex, nicht nach den inhaltlichen Argumenten zu fragen, sondern darauf zu verweisen, dass man Regierungsentscheidungen nicht öffentlich zu kritisieren hat. Ich habe gesagt, dass wir den Mut zum Zweifel brauchen. Ich meinte nicht den Mut, die Menschenrechte anzuzweifeln, sondern solche Entscheidungen.

Für viele wirkten Sie so, als habe die Grünen-Spitze Sie auf Linie gebracht.

Und andere sehen es so, dass wir die Befürworter der Entscheidung überzeugt haben.

Auf die bin ich noch nicht getroffen. In Ihren ersten Tweets nach der Ratsentscheidung hörten Sie sich nicht so kompromissbereit an. Da haben Sie sogar geschrieben, dass Sie über -persönliche Konsequenzen nachdenken.

Wo soll ich denn hin? Der grüne Europaabgeordnete Erik Marquardt kämpft für eine humane Asylpolitik. Ein Gespräch über die drohende Verschärfung des europäischen....

Wir werden sehen, wer Recht hat. Bei dem Tweet ging es nicht darum, ob ich von meinen Posten zurücktrete oder aus der Partei austrete. Ich mein, wo soll ich denn hin? Ich will eine bessere Asylpolitik, die bekomme ich ja nicht, wenn ich mich mit einem Aperol in den Garten setze. Wir müssen geschlossen und auch über Parteigrenzen hinweg weiter kämpfen. Natürlich habe ich sehr damit gerungen, wie ich mich auf dem Länderrat verhalte. Aber zu behaupten, Annalena Baerbock ist doof, das ist nicht meine Meinung und das führt ja nicht dazu, dass wir das Leid an den Außengrenzen beenden.

Aber die Debatte ist doch nicht, ob Annalena Baerbock doof ist. Die Kritik von denen, die eigentlich Ihre Verbündeten sind, ist, dass die Grünen die Menschenrechte von Geflüchteten verraten.

Ja, wir haben in dieser Debatte viel Glaubwürdigkeit verloren. Viele Menschen, die sich für Geflüchtetenrechte einsetzen und vor Ort engagieren, haben das Gefühl, dass sie keine politische Heimat mehr haben. Das ist ein politischer Schaden, den man nur schwer wiedergutmachen kann. Aber das ist jetzt unsere Aufgabe.

Was heißt das für Sie, dass Sie mitmachen?

Ich mache nicht mit. Ich kämpfe gegen diese Verschärfungen. Aber natürlich wäre es für mich einfacher, wenn ich bei einer NGO mit der Dampfwalze sagen könnte, wie schlimm die Grünen sind. Aber ich habe auch Verantwortung dafür, wie die Grünen sind. Was nützen Minderheitenrechte, wenn wir sie am Ende nicht gegen die Mehrheit verteidigen können? Wir müssen um diese Mehrheiten kämpfen. Und das schaffen wir nicht mit einer entzweiten Partei.

Und deshalb winken Sie letztlich etwas durch, was gegen Ihre Überzeugung ist?

Der Beschluss des Länderrats ist nicht gegen meine Überzeugung.

Niemand geht davon aus, dass am Ende des Trilogverfahrens, also der weiteren Verhandlungen zwischen Rat, Kommission und Parlament, eine grundsätzlich bessere Lösung steht.

Wenn das das Ergebnis ist, muss man es ablehnen. Die Positionen von Rat und EU-Parlament unterscheiden sich aber stark. Außerdem wird die spanische Ratspräsidentschaft im nächsten halben Jahr gelähmt sein durch die Neuwahlen. Dann folgen schon fast Ungarn und Polen. Wahrscheinlich gibt es keine Einigung vor der nächsten Bundestagswahl. Wenn man es ernst meint mit Verbesserungen, ist ohnehin die einzige Chance, das Gesamtpaket aufzuschnüren und kleine, sinnvolle Schritte zu gehen, statt diesen Großangriff auf das Asylrecht nur etwas weniger schlimm zu machen.

Haben Sie sich in den vergangenen Wochen manchmal gewünscht, dass die Grünen nicht in der Regierung wären? Dann wäre Pro Asyl an Ihrer Seite und nicht als Demo vor der Tür.

Na klar ist es leichter, nicht zu regieren und mit sich im Reinen zu sein. Aber wir machen ja Politik, um was zu verändern. Es gibt so viele Ideen, wie eine bessere Asylpolitik möglich wäre. Aber in dieser aufgeheizten Debatte gibt es gar keinen Raum mehr, darüber zu diskutieren. Irgendwelche populistischen Scheinlösungen werden als pragmatisch verkauft, obwohl sie seit Jahren umgesetzt werden und scheitern. Ich wünsche mir nicht, dass wir nicht in der Regierung sind. Sondern, dass wir dieses Thema stärker priorisieren und gemeinsam mit dem Spitzenpersonal mehr Menschen überzeugen. Diese Überzeugungsarbeit ist in den letzten Jahren zu kurz gekommen, weil wir Angst vor dem Thema Asylpolitik hatten. Das müssen wir abschütteln, wenn wir den Rechten nicht das Thema überlassen wollen.

Erik Marquardt,

geboren 1987 in Neubrandenburg, war Seenotretter im Mittelmeer und sitzt seit 2019 für die Grünen im Europäischen Parlament

Wo soll ich denn hin? Der grüne Europaabgeordnete Erik Marquardt kämpft für eine humane Asylpolitik. Ein Gespräch über die drohende Verschärfung des europäischen....

End of Document

Migrations-Sonderstatus für Algerien bleibt; Wie seit 1968 festgelegt, können Algerier weiterhin einfacher nach Frankreich einwandern. Ein Änderungsvorstoß der Konservativen wurde abgelehnt

taz, die tageszeitung

Freitag 08. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 581 words

Byline: Rudolf Balmer

Highlight: Wie seit 1968 festgelegt, können Algerier weiterhin einfacher nach Frankreich einwandern. Ein Änderungsvorstoß der Konservativen wurde abgelehnt

Body

Aus Paris Rudolf Balmer

Wenige Tage vor dem Beginn der Debatte über eine umstrittene Reform der Immigrations- und **Asylgesetze** forderte die konservative Oppositionsfraktion von Les Républicains (LR) in der Nationalversammlung die Kündigung eines Abkommens mit Algerien aus dem Jahr 1968. Damals brauchte Frankreich dringend Arbeitskräfte und gewährte darum, sechs Jahre nach der blutig erkämpften Unabhängigkeit, den algerischen Staatsangehörigen und ihren Familien eine erleichterte Einwanderung.

Dieser Sonderstatus gilt bis heute, was vor allem die fremdenfeindliche und speziell antiarabische Rechte empört. Die Konservativen wollten mit ihrem Antrag zeigen, wie sie heute harte Saiten aufziehen, um das Thema Immigrationspolitik nicht Marine Le Pens Rechtspopulisten zu überlassen.

In der Regel werden Vorstöße aus der Opposition in der Nationalversammlung chancenlos niedergeschmettert. Auch der LR-Antrag gegen das Relikt von 1968 wurde am Ende mit 151 gegen 114 Stimmen verworfen. Doch die Regierungsparteien sind in der Frage der Immigrationskontrolle und des Asylrechts uneins. Genau das wollten die Konservativen mit ihrem Antrag beweisen.

Während die Macronisten der Fraktion Renaissance es ablehnten, am historischen Abkommen mit Algerien zu rütteln, unterstützte die ebenfalls zum Regierungslager zählende Fraktion Horizons von Ex-Premierminister Edouard Philippe die Initiative von rechts. Philippe kommt selbst ursprünglich aus der politischen Familie, die sich heute Les Républicains nennt. Und da er Nachfolger von Macron werden möchte, sucht er als Präsidentschaftskandidat in Hinblick auf die Wahlen von 2027 die Unterstützung seiner ehemaligen rechten Weggefährten.

Migrations-Sonderstatus für Algerien bleibt Wie seit 1968 festgelegt, können Algerier weiterhin einfacher nach Frankreich einwandern. Ein Änderungsvorstoß der K....

Diese Anbiederung scheint den amtierenden Staatschef besonders geärgert zu haben. Er protestierte laut BFM-TV vor Zeugen, die Konservativen und mit ihnen Philippe mischten sich mit ihrer Demagogie in seine exklusive Domäne als Staatsoberhaupt, das heißt in die Diplomatie und Außenpolitik, ein. Macron betrachtet den ehrgeizigen und populären Philippe nicht etwa als designierten Thronfolger, sondern mehr als Rivalen, der sich nicht scheut, seine Politik mit eigennützigen Stellungnahmen zu sabotieren.

Eine dritte Regierungspartei, das zentrumsdemokratische MoDem von François Bayrou, war zwar grundsätzlich damit einverstanden, dass der Sonderstatus für die Algerier nicht mehr zeitgemäß sei, trotzdem war diese Mitte-Fraktion aber total gegen das Vorgehen der Konservativen, weil dieses bloß für zusätzliche Probleme in den bereits sehr gespannten Beziehungen mit Algerien sorgen müsse.

Das ist auch Macrons Befürchtung. Wenn nämlich Frankreich algerische Staatsangehörige aufgrund richterlicher Anordnungen in ihre Heimat abschieben will, braucht es die Zustimmung der algerischen Behörden, den konsularischen Passierschein. Das war ein ständiger bilateraler Streitpunkt. In der jüngsten Vergangenheit hatte sich Algier in dieser Beziehung wieder etwas entgegenkommender gezeigt. Das will Macron keinesfalls aufs Spiel setzen.

Premierministerin Elisabeth Borne versuchte, den internen Streit zu schlichten: Über französische und auch algerische Vorschläge zur Anpassung des in der Vergangenheit bereits dreimal modifizierten Abkommens von 1968 werde demnächst verhandelt, versicherte sie gleich nach der Abstimmung: Wie wenn alles nur ein Sturm im Wasserglas gewesen wäre.

1968 brauchte Frankreich dringend Arbeitskräfte. Die Algerier, die gerade ihre Unabhängigkeit erkämpft hatten, durften kommen

Load-Date: December 7, 2023

Ruanda-Deal gekippt; Oberstes Gericht in Großbritannien kippt die Vereinbarung, angelandete Bootsflüchtlinge nach Ruanda auszufliegen. Die konservative Regierung will das trotzdem weiterverfolgen

taz, die tageszeitung

Donnerstag 16. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 756 words

Byline: Daniel Zylbersztajn-Lewandowski

Highlight: Oberstes Gericht in Großbritannien kippt die Vereinbarung, angelandete Bootsflüchtlinge nach Ruanda auszufliegen. Die konservative Regierung will das trotzdem weiterverfolgen

Body

Aus London Daniel Zylbersztajn-Lewandowski

Die geplanten Abschiebungen von **Asylsuchenden** aus Großbritannien nach Ruanda sind rechtswidrig. Dies urteilte das höchste britische Gericht, der Supreme Court, am Mittwoch in letzter Instanz.

Die britische Regierung plant, **Asylsuchende**, die etwa auf kleinen Booten aus Frankreich unerlaubt ins Vereinigte Königreich gelangen und bereits in anderen sicheren Staaten **Asylanträge** hätten stellen können, nach Ruanda abzuschicken, damit sie dort **Asyl** beantragen. Ein erster Deportationsflug nach, Ruanda wurde Juni 2022 im letzten Moment per Eilantrag vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gestoppt, was Klagen in Großbritannien nach sich zog. Die liefen nun bis hoch zum Supreme Court.

Die Beendung der politisch heftig diskutierten Ärmelkanalüberquerungen war bei Premierminister Rishi Sunaks Amtsantritt im Oktober 2022 eines seiner fünf Versprechen für seine Regierungszeit. Mit Ruanda hatte das Vereinigte Königreich noch zur Amtszeit Boris Johnsons vereinbart, dass Personen, die in Großbritannien landen, **Asyl** stattdessen in Ruanda beantragen können. Eine Mustereinrichtung für eingeflogene **Flüchtlinge** wurde in Ruandas Hauptstadt Kigali geschaffen und London zahlte viel Geld an Ruandas Regierung. Aber umgesetzt wurde wegen der Gerichtsverfahren noch nichts.

Der Supreme Court musste nun die Frage beantworten, ob die Vorinstanz richtig lag mit ihrem Urteil, dass Ruanda für Asylsuchende kein sicherer Drittstaat sei weil es nicht garantieren könne, dass die Asylsuchenden am Ende nicht in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt werden, und weil generell ihre Menschenrechte nicht gewahrt seien. Dies hatte Englands höchstes Berufungsgericht Court of Appeal im Juni festgestellt. Die britische Regierung zog dagegen vor das Oberste Gericht, das nun das vorherige Urteil bestätigt hat.

Ruanda-Deal gekippt Oberstes Gericht in Großbritannien kippt die Vereinbarung, angelandete Bootsflüchtlinge nach Ruanda auszufliegen. Die konservative Regierung....

Der Supreme Court begründete das mit der Einschätzung des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR. Dies will in Ruanda Todes- und Folterfälle gesehen haben. Ruanda habe sich auch nicht an Verpflichtungen in einem ehemaligen Abkommen mit Israel bezüglich eines dem britischen Modell ähnlichen Programmes gehalten und über 100 aus Israel nach Ruanda verbrachte Asylsuchende an Länder weitergeschoben, aus denen ihre Rückführung in ihr Herkunftsland möglich wurde. Auch gebe es Mängel in Ruandas Asylrechtssystem. Im derzeitigen Zustand und auf Basis der bisherigen Erfahrungen, sei Ruanda kein sicheres Land für Flüchtlinge, man schließe jedoch nicht aus, dass es dies in der Zukunft sein könne.

Ruandas wies die Feststellung zurück, kein sicheres Drittland zu sein. Das UNHCR das regelmäßig afrikanische Flüchtlinge aus Libyen nach Ruanda umsiedelt habe Ruandas Umgang mit Flüchtlingen als vorbildlich bezeichnet, erklärte Regierungssprecherin Yolande Makolo.

Die britische Regierung will am Ruanda-Deal festhalten. Das Urteil sei ein vorübergehender Rückschlag, erklärte am Mittwoch im Unterhaus James Cleverly, der neue Innenminister, der erst seit zwei Tagen im Amt ist. Sunak betonte, dass der Supreme Court nicht gegen das Prinzip von Abschiebungen in Drittstaaten an sich geurteilt habe. Man habe bereits einen weiteren Vertrag mit Ruanda vorbereitet, um die vom Gericht genannten Defizite anzugehen. Er sei auch bereit, geltende Gesetze zu ändern oder internationale Konventionen zu überprüfen, sollte sich herausstellen, dass diese die Ruanda-Pläne behindern, sagte Sunak.

Sunak steht unter Druck des rechten konservativen Parteiflügels, der eine viel härtere Flüchtlingspolitik fordert. Die am Montag aus dem Kabinett geworfene ehemalige Innenministerin Suella Braverman hatte in einem giftigen Brief an Rishi Sunak seine Kompetenz in Frage gestellt und gefordert, dass Großbritannien im Asylbereich Teile der Europäischen Menschenrechtskonvention aussetzen und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte die Zuständigkeit entziehen sollte. Außerdem habe er es versäumt, einen Plan B für den Fall zu entwickeln, dass der Supreme Court gegen den Ruanda-Deal urteilt.

2022 landeten 45.755 Personen mit Booten in England als Asylsuchende. Für dieses Jahr wird aufgrund von schärferen Kontrollen an der französischen Küste und einem Abkommen mit Albanien mit einem Rückgang um ein Drittel gerechnet. Cleverly sagte, in Ländern wie Deutschland würden die Flüchtlingszahlen steigen, und sie würden nun ähnliche Modelle in Erwägung ziehen wie Großbritannien.

Mitarbeit: Dominic Johnson

meinung + diskussion

Das Urteil sei ein vorübergehender Rückschlag, erklärte James Cleverly, der neue Innenminister

Load-Date: November 15, 2023

Die deutsche Solidarität ist ungebrochen; Trotz belasteter Kommunen unterstützt die Bevölkerung die Aufnahme ukrainischer Geflüchteter

taz, die tageszeitung

Donnerstag 24. August 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 4-5

Length: 775 words

Byline: Dinah Riese

Highlight: Trotz belasteter Kommunen unterstützt die Bevölkerung die Aufnahme ukrainischer Geflüchteter

Body

Von Dinah Riese

Wenn Po-li-ti-ke-r*in-nen dieser Tage über Flucht und Geflüchtete sprechen, dann geht es zumeist um eins: um Probleme. Die Unterstützung für die etwas mehr als eine Million Geflüchteten aus der Ukraine scheint das bisher aber nicht zu mindern. Die Solidarität in der Bevölkerung gegenüber Menschen aus der Ukraine ist immer noch sehr hoch, sagt etwa der Politikwissenschaftler Hans Vorländer, Vorsitzender des Sachverständigenrats für Integration und Migration (SVR).

Fast 11 Millionen Menschen mussten seit Beginn des russischen Angriffskriegs aus ihrer Heimat fliehen, davon hat Deutschland rund 1,1 Millionen aufgenommen. Für sie gelten hierzulande andere Regeln als für die meisten Ge-flüch-te-ten: Die EU aktivierte im März 2022 die sogenannte Massenzustromrichtlinie, wonach Ukrai-ne-r*in-nen hier kein Asyl beantragen müssen. Sie erhalten temporären Schutz, können sofort arbeiten, sich selbst eine Wohnung suchen, statt in eine Unterkunft ziehen zu müssen und sich innerhalb der EU frei bewegen.

In den vergangenen Wochen und Monaten hatten Bund, Länder und Kommunen heftig um die Versorgung und Integration Geflüchteter gerungen. Kommunale Spitzenverbände warnten, die Kommunen seien am Limit und bräuchten mehr Geld. Der Bund sicherte schließlich 1 Milliarde Euro zu. Außerdem gab Deutschland sein Ja zu massiven Asylrechtsverschärfungen auf EU-Ebene, um die Zahl der Ankommenden zu reduzieren, während hierzulande mal wieder überlegt wird, wie man schneller und mehr abschieben könne. Diese Debatte dreht sich aber bisher vor allem um Geflüchtete aus anderen Drittstaaten wie Syrien oder Afghanistan und nicht um Menschen, die aus der Ukraine geflohen sind. Als etwa Niedersachsens Städtetagspräsident im Februar eine Atempause für bestimmte Städte und Kreise bei der Aufnahme geflüchteter Ukrai-ne-r*in-nen forderte, stellte er im selben Atemzug fest: Er sei keineswegs für einen Stopp des Zuzugs.

Man höre durchaus von Problemen in stark belasteten Kommunen, gerade aus größeren Städten, so Vorländer. Aus der Ukraine sind vor allem Frauen geflüchtet, viele von ihnen mit kleinen Kindern, während die Männer an der Front kämpfen. Entsprechend hoch ist der Bedarf an Kita- und Schulplätzen. Auch die Unterbringung ist mitunter

Die deutsche Solidarität ist ungebrochen Trotz belasteter Kommunen unterstützt die Bevölkerung die Aufnahme ukrainischer Geflüchteter

ein Problem, weil viele Menschen gleichzeitig kommen, während in den vergangenen Jahren Unterbringungsplätze abgebaut wurden und der private Wohnungsmarkt vielerorts ohnehin angespannt ist.

Vor allem die mit dem Thema befassten Behörden sind vielerorts an der Grenze der Belastbarkeit, manchmal darüber hinaus, konstatiert Vorländer. Das wirke sich zwar stark auf die aktuelle Asyldebatte aus. Aber dass es zu Akzeptanzproblemen gegenüber Menschen aus der Ukraine führt, konnten wir bisher nicht feststellen.

Tatsächlich ist die Unterstützung für Ukrai-ne-r*in-nen trotz der sich verschärfenden Asyldebatte bisher stabil. Viele Menschen haben sich sofort solidarisch gezeigt sei es auf der Straße oder auch im Ehrenamt, sagt Tareq Alaows von Pro Asyl. Das halte bis heute an, aber: Die Ehrenamtlichen haben Aufgaben übernommen, für die eigentlich der Staat verantwortlich ist, und haben gleichzeitig selber mit den Folgen von Pandemie und Inflation zu kämpfen. Viele seien erschöpft, warnt er.

Die Hilfsbereitschaft der Menschen in Deutschland Geflüchteten gegenüber ist generell relativ hoch besonders gegenüber Menschen aus der Ukraine. Das zeigt eine Untersuchung des SVR aus dem Juli. Einzelne Äußerungen wie etwa die des CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz, der Ukrai-ne-r*in-nen im Oktober eine Art Sozialtourismus unterstellte, seien bislang nicht in den allgemeinen Diskurs gedrungen, sagt Politikwissenschaftler Hans Vorländer. Wir sehen bisher eigentlich nur auf rechtsextremen Demonstrationen in Ostdeutschland, dass Forderungen für Frieden in der Ukraine verbunden werden mit dem Argument, deutschen Wohlstand zu schützen. Er warnt aber auch, dass sich das angesichts der multiplen Krisen dieser Tage ändern könne. Nächstes Jahr wird in mehreren ostdeutschen Ländern gewählt da kann das Thema schon zum Sprengstoff werden, fürchte ich.

Der vorübergehende Schutz, den Ukrai-ne-r*in-nen genießen, läuft im März 2024 aus. Dann können die EU-Innenminister*innen ihn um ein weiteres Jahr verlängern. Menschenrechtsorganisationen wie Pro Asyl, aber auch Ausländerbehörden und kommunale Spitzenverbände haben zwecks Planungssicherheit gerade erst eine rasche Entscheidung gefordert. Eine taz-Anfrage an das Bundesinnenministerium, wie es um die Entscheidung steht und was passiert, sollte der Krieg länger als drei Jahre dauern, blieb bis Redaktionsschluss unbeantwortet.

Load-Date: August 23, 2023

Sommer der illegalen Migration. Gibt es Lösungen?; Karolina Wigura Fernlicht

taz, die tageszeitung

Samstag 26. August 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 14

Length: 631 words

Byline: Karolina Wigura

Body

Karolina Wigura Fernlicht

Der Sommer in Europa ist rekordverdächtig heiß, die Temperatur in der polnischen Politik erreicht ihren Zenit. Wir schauen uns einige der Vorschläge der Politiker an und reiben uns die Augen. Die Regierungspartei PiS organisiert anlässlich der Wahlen im Oktober ein landesweites Referendum, bei dem zwei von vier Fragen die illegale Migration betreffen. Während die PiS ihre Muskeln spielen lässt und Ängste schürt, schreckt aber auch der Chef der größten Oppositionspartei, Donald Tusk, nicht davor zurück. So kopiert er die Strategien skandinavischer Politiker, die populistische Anti-Einwanderer-Parolen in den Mainstream bringen.

Aber hat denn irgendjemand in Europa eine gute Idee, wie man dieses Problem lösen kann? Schauen wir uns die Fakten an. Es vergeht keine Woche ohne Nachrichten über eine Migrantentragödie. Vor ein paar Tagen kenterte ein Beiboot auf dem Weg nach Großbritannien, sechs Menschen ertranken im Ärmelkanal. Allein in diesem Jahr haben mehr als 45.000 Menschen den Ärmelkanal überquert. Das ist Rekord.

Es ist allgemein bekannt, dass Migration heute ein globales Phänomen ist. Es braucht keine Ermutigung oder Manipulation durch russische und weißrussische Satrapen, damit sich Menschen auf den Weg machen, um ein besseres Leben in Europa zu suchen. Da sie in ihrem eigenen Land keine Chancen für sich sehen, machen sie sich auf eigene Faust auf den Weg. Einige fliehen vor bewaffneten Konflikten, während für andere die natürlichen Bedingungen unerträglich geworden sind. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen vom November 2022 wird es in einem weiteren Vierteljahrhundert 9,5 Milliarden Menschen auf der Erde geben. Das Phänomen der Migration in die wohlhabenderen Gebiete der Welt wird nur noch zunehmen.

Obwohl die Regierung in Warschau sich damit brüstet, wie effektiv die an der polnisch-weißrussischen Grenze errichtete Barriere ist, sind in letzter Zeit etwa 14.000 illegale Einwanderer durch Polen nach Deutschland gekommen. Auch ein absoluter Rekord.

Polen profitiert derzeit noch von einem bizarren historischen Bonus. Trotz großer materieller Fortschritte in den letzten 30 Jahren ist seine Attraktivität im Vergleich zu Deutschland immer noch durchschnittlich. Die Lösung liegt

Sommer der illegalen Migration. Gibt es Lösungen? Karolina Wigura Fernlicht

nicht in Polens erfolgreicher Migrationspolitik, sondern in den niedrigen Löhnen, dem schlechten Zustand des öffentlichen Bildungswesens und des Gesundheitswesens. Das sind jedoch vorübergehende Kriterien. Als in der Ukraine ein ausgewachsener Krieg ausbrach, erwies sich Polen für Millionen von Menschen aus dem Osten als attraktiv. Auch der Umfang der Arbeitsmigration aus anderen Ländern wird zunehmen.

Gibt es Lösungen? Betrachten wir das Problem von zwei Seiten: Auf der einen Seite versprechen Populisten, dass sie die Krise im Handumdrehen lösen werden. Auf der anderen Seite raten die politischen Gegner der Populisten von einfachen Lösungen ab. Seit Jahren spinnen sie nebulöse Märchen über die Stärkung von Frontex, einer gemeinsamen Grenzpolitik und so weiter. Irgendwo dazwischen versuchen sich die Befürworter einer Politik der harten Mitte, wie im Fall von Dänemark, zu positionieren. Das ist aber immer noch keine Lösung für das Problem, dass immer mehr verzweifelte Menschen vor bewaffneten Konflikten oder der Armut fliehen.

Den Kopf in den Sand zu stecken – ob in Polen oder anderswo – hat seine Grenzen. Wenn Politiker jedoch keine klugen und langfristigen Lösungen finden, werden wir am Ende mit etwas anderem dastehen. Keine Lösung würde höchstwahrscheinlich innerhalb weniger Jahre den Zerfall des Schengenraums bedeuten.

Die Migration in die wohlhabenden Gebiete wird nur noch zunehmen

Karolina Wigura

ist Vorstandsmitglied der Stiftung Kultura Liberalna in Warschau und Senior Fellow im Zentrum Liberale Moderne in Berlin.

Load-Date: August 25, 2023

Überall wie im falschen Film; Und noch eine Migrationskrise . Und schon wieder rücken alle nach rechts, die Medien (auch dabei: Der Spiegel) und die Wirklichkeit

taz, die tageszeitung

Montag 25. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: GESELLSCHAFT; S. 13

Length: 647 words

Byline: Emran Feroz

Highlight: Und noch eine Migrationskrise . Und schon wieder rücken alle nach rechts, die Medien (auch dabei: Der Spiegel) und die Wirklichkeit

Body

talkshow

Von Emran Feroz

Ich stehe in einer Bäckerei in einem ländlichen Vorort Stuttgarts. Hier lebe ich mittlerweile. Im Grünen. Nahe der Natur. Und unter vielen Pensionisten, die nichts anderes kennen. Drei Brötchen und einmal die hier , sagt der ältere Herr vor mir, während er die Bild am Sonntag in der Hand hält. Noch eine. Richtig schlimm , sagt die Verkäuferin. Sie bezieht sich nicht auf die Zeitung, sondern auf die aktuelle Schlagzeile. Noch eine Migrationskrise. Neue, fremde Menschen wollen wieder einmal zu uns . So geht es nicht weiter , titelt die BamS mit einem panikmachenden Weltuntergangsaufmacher. Doch es ist nicht nur der Springer-Verlag, der in diesen Tagen wie gewohnt weitermacht. Auch der aktuelle Spiegel, für den ich selbst immer wieder schreibe, spielt mit seinem Schaffen wir das nochmal? -Titel von der Samstag erschienenen Ausgabe mit der Angst der Deutschen vor der angeblichen Geflüchtetenkrise. Das Titelbild, das nun zu Recht heftig kritisiert wird, hätte auch jenes des rechtsradikalen Compact-Magazins sein können.

Seit Tagen bestimmen die jüngsten AfD-Erfolge, der Rechtsruck der Gesellschaft und vor allem das Flucht- und Migrationsthema abermals die Schlagzeilen und Sendungen hierzulande. Es ist kein gutes Gefühl, wenn man als Kind Geflüchteter im Auto durch deutsche Städte fährt, während man zeitgleich im Radio hören muss, dass immer mehr Deutsche mit rechtsradikalen Positionen sympathisieren oder Krisen dort sehen, wo es sie gar nicht gibt. Währenddessen nehmen auf den Sesseln deutscher Talkshows weiterhin jene Platz, die meinen, viel zu sagen zu haben: Herausgeber konservativer Zeitungen, Hauptstadtjournalisten, elitäre Migrationsexperten und Politiker, die immer mehr Grenzkontrollen und Abschiebungen fordern. Für die Namenlosen und Verdammten aus Moria, Lampedusa und anderswo spricht niemand. Sie sind der unbekannte Feind, der den gesellschaftlichen Wohlstand bedroht und den es weiterhin zu entmenslichen gilt.

Überall wie im falschen Film Und noch eine Migrationskrise . Und schon wieder rücken alle nach rechts, die Medien (auch dabei: Der Spiegel) und die Wirklichk....

In diesem Kontext berichten viele Medien gerne, ohne ihre eigene Rolle zu hinterfragen. Die aktuellen Entwicklungen sind nämlich auch das Resultat einer rassistischen und im Grunde menschenfeindlichen Berichterstattung, die in den letzten Jahren zum Alltag geworden ist und von nahezu allen medialen Spektren bedient wurde. Dies geschah oft in einer Symbiose mit der vorherrschenden Politik, die sich gerne als liberal , weltoffen oder divers tarnte und im Zweifelsfall nach rechts abbog, um bestimmte Wählerschaften nicht zu verlieren.

Noch verrückter, oder besser gesagt, angsteinflößender ist es, das gegenwärtige Geschehen nach der Rückkehr von einem echten Konfliktherd zu beobachten. Bis vor Kurzem hielt ich mich zum wiederholten Male in Afghanistan auf. Einem Land, in dem seit über vier Jahrzehnten Krieg, Chaos und dystopische Verhältnisse vorherrschen. Seit über zwei Jahren wird das Land von den extremistischen Taliban regiert. Praktisch jeder junge, gebildete Mensch, den ich getroffen habe, will das Land verlassen oder hat dies bereits schon getan. Der gegenwärtige Status quo am Hindukusch ist eine direkte Folge westlicher Machtpolitik. Zwanzig Jahre lang hat man Krieg gemacht. Letzten Endes verließ man das Land so planlos, wie man einst einmarschiert ist.

All diesen Realitäten kann ich mich auch hier nicht entziehen. Während ich beim Bäcker anstehe, meldet sich einer meiner afghanischen Kollegen über Whatsapp. Er ist Journalist und lebt in Angst vor den Taliban. Mal zensiert er sich, mal versteckt er sich. Eigentlich hätte er schon längst vom Auswärtigen Amt evakuiert werden sollen, doch geschehen ist nichts. Gibt es etwas Neues? , will er wissen. Ich bezahle meine Brötchen und frage mich, ob ich im falschen Film lebe.

Währenddessen nehmen auf den Sesseln deutscher Talkshows jene Platz, die meinen, viel zu sagen zu haben. Für die Namenlosen und Verdammten spricht niemand

Load-Date: September 24, 2023

Kritik an Grenzkontrollen; Bundesinnenministerin Nancy Faeser verlängert die Kontrollen an der Grenze zu Österreich um weitere sechs Monate. Die Grünen und die Linkspartei kritisieren das scharf

taz, die tageszeitung

Montag 17. April 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 537 words

Byline: Dinah Riese

Highlight: Bundesinnenministerin Nancy Faeser verlängert die Kontrollen an der Grenze zu Österreich um weitere sechs Monate. Die Grünen und die Linkspartei kritisieren das scharf

Body

Von Dinah Riese

Die Grünen kritisieren die Ankündigung von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), die Kontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze erneut zu verlängern. **Migration** ist die Regel, nicht die Ausnahme, sagte der taz die Grünen-**Migrationspolitikerin** Misbah Khan. Deshalb ist die Verlängerung der innereuropäischen Grenzkontrollen ein unehrlicher Versuch Nancy Faesers, sich als handlungsfähig zu stilisieren. Gleichzeitig werde wieder implizit Stimmung gegen nichtweiße Menschen gemacht, so Khan.

Am Freitag war bekannt geworden, dass Faeser die punktuellen Grenzkontrollen an der deutsch-österreichischen Landesgrenze erneut um ein halbes Jahr verlängern will. Sie begründete das damit, dass absehbar nicht mit einem Rückgang des irregulären Migrationsgeschehens nach Mittel- und Westeuropa zu rechnen sei. Besorgniserregend ist, dass im Jahr 2022 ein Höchstwert der festgestellten irregulären Migration an den EU-Außengrenzen seit 2016 zu verzeichnen war, schrieb Faeser an die EU-Kommission. Deutschland sei auch im vergangenen Jahr wieder Hauptzielland gewesen. Angesichts des zunehmenden Migrationsgeschehens habe sich die Unterbringungssituation in den Ländern und Kommunen weiter verschärft. Deshalb sehe sie sich gezwungen, an der Hauptroute irregulärer Migration nach Deutschland mit Wirkung zum 12. Mai Binnengrenzkontrollen für weitere sechs Monate anzuordnen.

Eigentlich gibt es im Schengen-Raum keine Grenzkontrollen zwischen den Mitgliedsstaaten. In Fällen einer ernsthaften Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder der inneren Sicherheit dürfen aber Kontrollen vorübergehend wieder eingeführt werden. Mehrere Staaten haben diese Ausnahme in den vergangenen Jahren genutzt. Deutschland kontrolliert seit den großen Fluchtbewegungen im Herbst 2015 in Bayern an der Grenze zu Österreich. Die Kontrollen dürfen eigentlich höchstens sechs Monate andauern. Wie ihr Amtsvorgänger Horst

Kritik an Grenzkontrollen Bundesinnenministerin Nancy Faeser verlängert die Kontrollen an der Grenze zu Österreich um weitere sechs Monate. Die Grünen und die L....

Seehofer (CSU) hatte auch Faeser jeweils eine Verlängerung der temporären Grenzkontrollen gegenüber der EU-Kommission notifiziert.

Im April 2022 hat der Europäische Gerichtshof im Fall von Kontrollen Österreichs an den Grenzen zu Ungarn und Slowenien entschieden, dass die Verlängerung der Kontrollen über sechs Monate hinaus zulässig ist, allerdings nur, wenn der betreffende Mitgliedsstaat sich einer neuen ernsthaften Bedrohung ausgesetzt sehe, die sich von der ursprünglich festgestellten unterscheidet .

Die drei deutschen Verlängerungen von Mai 2021 bis November 2022 hatten jeweils fast oder sogar komplett wortgleich formulierte migrations- und sicherheitspolitische Gründe , wie die Antwort auf eine schriftliche Frage der Linksfraktion vom Mai 2022 zeigt. Damals erklärte das BMI, eine Prüfung des EuGH-Urteils mit Blick auf die deutschen Kontrollen dauere noch an.

Im Schengenraum gilt das grundlegende Prinzip der unkontrollierten Reisefreiheit , kritisiert die Linken-Abgeordnete Cla-ra Bürger. Die deutschen Kontrollen finden seit Jahren statt, ohne dass dies mit neuartigen Bedrohungen gerechtfertigt wäre , sagte Bürger der taz. Das verstoße ganz klar gegen EU-Recht . Die Ampel führe die Abschottungs- und Entrechtungspolitik von Seehofer einfach fort . Das sei beschämend .

Load-Date: July 26, 2023

Migrationsdebatte: Bei Straftaten wird mit zweierlei Maß gemessen, sagt Thomas Hunstock; die dritte meinung

taz, die tageszeitung

Freitag 13. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 345 words

Byline: Thomas Hunstock

Body

die dritte meinung

Beim Volksfest Gillamoos im September wurden insgesamt 17 Straftaten registriert. Darunter Körperverletzung, Hausfriedensbruch, Missbrauch von Ausweispapieren und Beleidigung. Trotzdem zeigte sich die zuständige Polizeiinspektion höchst erfreut über das ruhige Fest, und der CDU-Bundesvorsitzende erklärte es zur guten deutschen Tradition. Niemand schien aufgrund der Straftaten eine Gefahr für die innere Sicherheit zu erkennen, keiner forderte ein schnelles und hartes Vorgehen gegen die Straftäter*innen.

Läge jedoch nach einem Fest in Berlin-Kreuzberg eine ähnlich hohe Zahl von Straftaten vor, Po-li-ti-ke-r*in-nen und Medien würden vermutlich aufgrund des dort höheren Anteils von Menschen mit internationaler Geschichte eine Angstkampagne lostreten. Ähnlich wie bei der Schwimmbadrandale würden sie sich des rassistischen Narrativs des Wir (Weiße, Heimatzugehörige) und der Anderen (die Fremden) bedienen. Auf diese Weise wird die Migration zur Mutter aller Probleme erkoren, und die Angst vor Überfremdung wird von der Sehnsucht nach vergangenen Tagen getragen, als unsere Gesellschaft noch nicht so divers war wie heute.

Fakten und Statistiken, die Gegenteiliges beweisen, können diese Angst nicht nehmen, da sie auf Gefühlen basiert und nicht auf Tatsachen. Diese kognitive Verzerrung lässt viele Menschen glauben, sie wären einer Gefahr aufgrund einer verfehlten Migrationspolitik ausgesetzt. Po-li-ti-ke-r*in-nen nutzen diese Angst gern für ihren Wahlkampf und schüren sie die Wahlen in Hessen und Bayern haben es wieder gezeigt. Mit einfachen Lösungen geben sie vor, die vermeintlich verloren gegangene innere Sicherheit wieder herstellen zu wollen, gleichzeitig sprechen sie so ihre Klientel von jeglicher Verantwortung frei: Schuld sind nie Wir, sondern immer die Anderen. Dies entspricht der AfD-Propaganda und stärkt diese zunehmend. Nach dem ersten AfD-Bürgermeister und dem ersten AfD-Landrat haben wir jetzt in Hessen und Bayern eine AfD als stärkste Oppositionsfraktion.

Thomas Hunstock ist Antirassismusaktivist aus Kassel.

Load-Date: October 12, 2023

Migrationsdebatte: Bei Straftaten wird mit zweierlei Maß gemessen, sagt Thomas Hunstock die dritte meinung

End of Document

Brandanschlag geht auch ohne Naziszene; In Wittorf bei Lüneburg ist eine geplante Unterkunft für Geflüchtete abgebrannt. Ursache: Brandstiftung. Vorher gab es Kritik an der Gemeinde, danach an der Lokalzeitung

taz, die tageszeitung

Donnerstag 16. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 25

Length: 942 words

Byline: Amira Klute

Highlight: In Wittorf bei Lüneburg ist eine geplante Unterkunft für Geflüchtete abgebrannt. Ursache: Brandstiftung. Vorher gab es Kritik an der Gemeinde, danach an der Lokalzeitung

Body

Von Amira Klute

In das ehemalige Altenheim in Wittorf wird so bald niemand einziehen. In der Nacht auf den 3. November hat das Gebäude in dem kleinen Dorf im Landkreis Lüneburg gebrannt. Verletzte gab es keine. Das Haus befand sich gerade im Umbau, es sollte Unterkunft für 50 bis 60 Geflüchtete werden. Anfang Dezember hätten die ersten Menschen einziehen sollen, bestätigt die Kreisverwaltung der taz. Jetzt sind Teile komplett ausgebrannt, andere einsturzgefährdet. Das Gebäude ist vorläufig unbewohnbar.

Die Staatsanwaltschaft Lüneburg geht seit Ende vergangener Woche von Brandstiftung aus. Ein Brand-ermittler habe andere Ursachen für das Feuer ausschließen können, sagt ein Sprecher der Behörde. Da ein politisches Motiv nicht auszuschließen sei, ist in die Ermittlungen auch der Staatsschutz involviert.

Aus Sicht von Heiner Luhmann (CDU), dem Bürgermeister der Samtgemeinde Bardowick, zu der Wittorf gehört, liegt es nahe, dass Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus eine Rolle gespielt haben. Über den Brandanschlag sei er einigermaßen erschrocken und auch überrascht.

Wittorf ist überschaubar, das Dorf zählt keine eineinhalbtausend Einwohner*innen. Bei der letzten Kommunalwahl 2021 gingen je vier Sitze im Gemeinderat an CDU und SPD, drei an die Grünen. Schon seit 2015 wohnen durchgehend zwischen zwölf und 18 geflüchtete Menschen in einer Unterkunft im Ort, einige hundert Meter vom ehemaligen Altenheim entfernt.

Das Zusammenleben im Ort sei komplett unproblematisch, sagt Bürgermeister Lumann. So engagierten sich viele Menschen in Wittorf ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe, Übergriffe auf Unterkünfte oder Geflüchtete seien der Gemeinde nicht bekannt.

Brandanschlag geht auch ohne Naziszene In Wittorf bei Lüneburg ist eine geplante Unterkunft für Geflüchtete abgebrannt. Ursache: Brandstiftung. Vorher gab es Kr....

Den Eindruck kann Olaf Meyer von der antifaschistischen Aktion Lüneburg/Uelzen bestätigen: In Wittorf gab es eigentlich nie Probleme, sagt er. Nicht nur dort, auch im ganzen Landkreis Lüneburg habe es vergleichbare Anschläge seit Anfang der 1990er nicht gegeben, sagt der Aktivist. Ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Lüneburg bestätigt, dass der Ermittlungsbehörde aus den vergangenen Jahren keine Ermittlungen zu Angriffen auf Geflüchtetenunterkünften im Landkreis erinnerlich sind.

Einige Tage vor dem Brand in Wittorf war Kritik am Vorgehen der Samtgemeinde Bardowick laut geworden. Wittorfer sauer, konnte man in der Lokalzeitung Lünepost lesen. Die Gemeinde habe die An-woh-ne-r*in-nen viel zu spät über den Umbau des Altenheims zur Unterkunft für Geflüchtete informiert, An-woh-ne-r*in-nen hätten sich nicht mitgenommen gefühlt. Einige kündigten noch am Abend an, wegzuziehen, schließt der Artikel.

Tatsächlich hatte die Öffentlichkeit erst am 30. Oktober bei einer Infoveranstaltung im Dorf von den Plänen der Gemeinde erfahren. Die Kritik, dass das zu spät kam, ist nicht ganz unberechtigt, räumt Bürgermeister Luhmann ein. Es müsse aber auch bedacht werden, dass die Gemeinde erst Anfang Oktober vom Land über den neuen Verteilungsschlüssel informiert worden sei.

Demnach muss die Gemeinde bis zum nächsten März 225 schutzsuchenden Menschen eine Unterkunft bereitstellen. Da der vorhandene Platz nicht ausreicht, sei unter Zeitdruck entschieden worden, das ehemalige Seniorenheim in Wittorf mit ranzuziehen, sagt er. Trotzdem hätte man die Bür-ge-r*in-nen einige Tage früher informieren können, sagt Luhmann. Dass das nicht passiert ist, tue ihm leid.

Deutliche Kritik übt der Bürgermeister allerdings am Artikel der Lünepost über die Informationsveranstaltung. Darin würde die Diskussion am Abend völlig falsch wiedergegeben. Tatsächlich hätten sich von fast 70 Teilnehmenden nur sechs oder sieben Personen kritisch zur geplanten Unterkunft geäußert. Der Rest sei entweder positiv eingestellt gewesen oder habe organisatorische Fragen gestellt. In der Lünepost würde dagegen suggeriert, der ganze Ort sei gegen die Unterkunft gewesen. Das findet Luhmann polemisch, falsch und gefährlich.

Lünepost-Redakteur Jan Beckmann weist den Vorwurf der Verzerrung von sich. Da der Anlass für den Artikel die Kritik am Vorgehen der Gemeinde war, sei es nur folgerichtig, dass er nur solche Stimmen wiedergegeben hat, sagt er. Ohnehin habe sich die Mehrheit der Leute vor Ort kritisch geäußert.

Diesem Eindruck widerspricht allerdings auch der Gemeinderat von Wittorf. Am Tag nach dem Brand veröffentlicht er eine Erklärung, in der er sich deutlich von Beckmanns Artikel distanziert. Dieser trifft nicht die Stimmung, steht da.

Die antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen habe schon mehrfach ähnliche Informationsveranstaltungen in der Gegend beobachtet, erzählt Olaf Meyer. Zwar gebe es dabei immer auch Stimmen, die Ankommende unterstützen wollen, Asyl und Migration würden jedoch zunehmend als Problem adressiert. Kritik an der Informationspolitik von Verwaltungen hält Olaf Meyer für ein vorgeschobenes Argument: Die Leute kritisieren, nicht informiert worden zu sein, statt zu sagen: Ausländer raus.

Samtgemeindebürgermeister Luhmann zeigt dagegen Verständnis für Menschen, die sich übergangen fühlten. Für ihn ist es auch die Asylpolitik von Bund und Land, durch die die Verantwortung für die Unterbringung an die Kommunen weitergereicht werde, die zu Unmut bei betroffenen Bür-ge-r*in-nen führt.

Seine Gemeinde stellt der Brand nun vor eine organisatorische Herausforderung. Gemeinsam mit der Kreisverwaltung sucht sie nach alternativen Unterbringungen. Wir kommen in deutlichen Verzug, sagt Luhmann. Für Samstag 13 Uhr ruft ein Bündnis antifaschistischer Gruppen gemeinsam mit den Grünen zu einer Kundgebung gegen Rassismus vor der Brandruine auf.

Aus Sicht des Bürgermeisters liegt es nahe, dass Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus eine Rolle spielen

Brandanschlag geht auch ohne Naziszene In Wittorf bei Lüneburg ist eine geplante Unterkunft für Geflüchtete abgebrannt. Ursache: Brandstiftung. Vorher gab es Kr....

Load-Date: November 15, 2023

End of Document

Militärdienstleister soll Flüchtlinge unterbringen; In Braunschweig hat die Firma Ecolog den Zuschlag für den Betrieb einer Flüchtlingsunterkunft bekommen. Die Grünen halten das für einen Skandal. Der Betreiber hat sein Geld bisher vor allem mit internationalen Militäreinsätzen verdient

taz, die tageszeitung

Donnerstag 07. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 25

Length: 1256 words

Byline: Nadine Conti

Highlight: In Braunschweig hat die Firma Ecolog den Zuschlag für den Betrieb einer **Flüchtlingsunterkunft** bekommen. Die Grünen halten das für einen Skandal. Der Betreiber hat sein Geld bisher vor allem mit internationalen Militäreinsätzen verdient

Body

Von Nadine Conti

Die grüne Landtagsabgeordnete Swantje Schendel war die erste, die Alarm geschlagen hat. Die Vergabe einer großen Braunschweiger **Flüchtlingsunterkunft** an das Unternehmen Ecolog hält sie für einen Skandal. Es sei ihr unbegreiflich, wie man einen Militärdienstleister mit Sitz in Dubai ohne erkennbare Erfahrungen in diesem sensiblen Bereich einsetzen könne.

Ecolog hatte die europaweite Ausschreibung gewonnen, einziges Bewertungskriterium war der Preis. Seit Anfang August ist das Unternehmen für den Betrieb der **Flüchtlingsunterkunft** in der Salzdahlumer Straße zuständig, einem ehemaligen Hotel mit derzeit 70 Bewohnern, überwiegend aus der Ukraine.

Wobei die Angabe Dubai möglicherweise etwas irreführend ist. Die Muttergesellschaft Ecolog International soll dort ihren Hauptsitz haben. Die Website des Unternehmens verzeichnet einen Briefkasten am Internationalen Flughafen. Die Ecolog Deutschland GmbH, eine der zahlreichen Tochterfirmen, hat ihren Sitz in Düsseldorf. Wenn man dort anruft, geht allerdings niemand ans Telefon. Auch Kontaktversuche via -E-Mail laufen ins Leere.

Die Informationen über das Unternehmen kann man sich im Internet zusammenklauben. Demnach wurde es Ende der 90er von Nazif Destani gegründet und übernahm zunächst Dienstleistungen für die Bundeswehr hauptsächlich Wäsche waschen und Müll entsorgen, zunächst in Jugoslawien. Die Familie des Gründers stammt aus Mazedonien, weite Teile der Belegschaft zunächst auch. Dieses Geschäftsfeld baute das Unternehmen systematisch und international aus, wird auch für KFOR- und ISAF-Truppen tätig, tummelt sich auf allen

Militärdienstleister soll Flüchtlinge unterbringen In Braunschweig hat die Firma Ecolog den Zuschlag für den Betrieb einer Flüchtlingsunterkunft bekommen. Die G....

Krisenschauplätzen der Welt und erweitert das Portfolio nach und nach um alle Infrastruktur- und Logistikdienstleistungen, die dabei anfallen und vom Militär outgesourct werden.

In die Schlagzeilen gerät es dabei bei verschiedenen Gelegenheiten: Mal gab es Kritik an der Qualität der Dienstleistungen, mal an der allzu freihändigen Vergabep Praxis der Bundeswehr oder dem grundsätzlichen Trend zu dieser Art von Private-Public-Partnership.

Bei Einsätzen in Afghanistan und im Irak hat das Unternehmen schließlich auch Todesopfer zu beklagen. Mitarbeiter von Ecolog wurden entführt, manche kamen nach Lösegeldzahlungen frei, andere wurden getötet. Gefahrenzulagen zahlt das Unternehmen einem Bericht der Wirtschaftswoche aus dem Jahr 2006 zufolge nicht mit der Begründung, dass diese Art von Einsätzen halt immer gefährlich sei.

Früher war es eine Vorzeigeunterkunft

Während der Coronapandemie betrieb Ecolog außerdem im großen Stil Testzentren in Bayern. Auch hier gab es Ärger, weil aufgrund einer Software-Panne zahlreiche Kunden auf ihre Ergebnisse warten mussten darunter Menschen, die infiziert waren, aber auch solche, die das Testergebnis für den Reiseantritt dringend benötigten.

Unklar ist, wann das Unternehmen das Geschäft mit den Flüchtlingsheimen für sich entdeckte. Nach Auskunft der Stadt Braunschweig soll es schon von 2017 bis 2020 drei Unterkünfte im Auftrag des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) in Berlin betrieben haben. Beim LAF ist ein privater Betreiber dieses Namens aber unbekannt, möglicherweise ist der Betreiber hier unter einem anderen Namen aufgetreten. Die Überprüfung dieser Angaben laufe noch, erklärt Braunschweigs Stadtsprecher Rainer Keunecke.

Besonders ärgerlich in den Augen der grünen Ratsfraktion in Braunschweig: Der bisherige Betreiber der Unterkunft in Braunschweig das Deutsche Rote Kreuz (DRK) hat hier anderthalb Jahre Aufbauarbeit geleistet und nicht nur die Unterkunft betrieben, sondern auch für ein umfassendes Beratungs- und Freizeitangebot gesorgt. Das ging auch deshalb, weil neben den hauptamtlichen Sozialpädagogen zahlreiche ehrenamtliche Kräfte geholfen haben. Die Einrichtung galt als so vorbildlich, dass man sie stolz der frischgebackenen niedersächsischen Innenministerin Daniela Behrens (SPD) kurz nach ihrem Amtsantritt Anfang 2023 präsentierte.

Dem neuen Betreiber fehlt nicht nur diese lokale Vernetzung, die Grünen zweifeln auch daran, dass er die Anforderungen an die Qualifikation der Hauptamtlichen hinreichend ernst nimmt. So wird beispielsweise in einer Stellenanzeige auf dem Portal Indeed ein Administrator gesucht. Aufgaben: Verwaltung und Organisation der Flüchtlingsunterkunft, Koordination des täglichen Betriebs und Einhaltung von Standards. Erforderliche Qualifikation: Quereinsteiger, Kommunikationsstärke und interkulturelle Kompetenz, ausgezeichnete Deutschkenntnisse. Erfahrungen im Sozial- oder Flüchtlingsbereich werden nur als von Vorteil, Kenntnisse im Asyl- und Migrationsrecht als wünschenswert aufgelistet, sind also keine notwendige Bedingung. Als Vergütung werden 15 Euro pro Stunde offeriert.

Die Stadt will die Qualifikation der frisch eingestellten Mitarbeiter noch überprüfen, mit der Leitung sei aber jemand betraut worden, der schon einmal ein vergleichbares Heim geleitet habe.

Kritik an der Ausschreibungspraxis

Von den qualifizierten Mitarbeitern des DRK ist jedenfalls keiner zum neuen Anbieter gewechselt: Wir sind sehr froh, dass es uns gelungen ist, allen ein Angebot an anderen Standorten zu machen und wir so alle Mitarbeiter halten konnten, sagt die zuständige Vorständin Nicole Kumpis. Zur Konkurrenz sagt sie prinzipiell nichts. Wir haben es natürlich sehr bedauert, dass wir nicht zum Zuge gekommen sind. Unsere Mitarbeiter haben den Standort mit viel Herzblut aufgebaut. Wir müssen uns jetzt überlegen, wie wir uns für künftige Ausschreibungen besser aufstellen können.

Über die Ausschreibungspraxis möchten auch die Braunschweiger Grünen noch einmal reden. Sie halten Ausschreibungen im sozialen Bereich grundsätzlich für problematisch, weil diese Arbeit Kontinuität und gute

Militärdienstleister soll Flüchtlinge unterbringen In Braunschweig hat die Firma Ecolog den Zuschlag für den Betrieb einer Flüchtlingsunterkunft bekommen. Die G....

Vernetzung benötige. Im diesem Fall räumt auch die erfahrene Ratsfrau Elke Flake ein, es hätte an einer europaweiten Ausschreibung wohl kein Weg herum geführt dazu war die Auftragssumme zu hoch.

Das Verfahren ist formal korrekt gelaufen , sagt sie. Allerdings hätte man sicherstellen müssen, dass bei der Bewertung der Angebote auch die Konzepte und Qualitätsanforderungen stärker berücksichtigt werden und nicht nur der Preis. Die Verwaltung vertrete hier eine zu strikte Auslegung des Ausschreibungsrechts. Rechtssichere Ausschreibungen durchzuführen, ist allerdings ein kompliziertes juristisches Kunststück, viele Verwaltungsjuristen fürchten vor allem die aufschiebende Wirkung der Rügen und Klagen unterlegener Unternehmen, die Auftragsvergaben über längere Zeit lahmlegen können.

In der Stadt Lüneburg scheint man diesen Weg allerdings erfolgreich beschritten zu haben. Auch hier hatte sich Ecolog als Betreiber einer großen Flüchtlingsunterkunft beworben ist aber letztlich nicht zum Zuge gekommen. Man habe eine Bewertungsmatrix erstellt und zu 50 Prozent die Qualität und zu 50 Prozent den Preis für die Vergabeentscheidung herangezogen, erklärt der dortige Sozialdezernent Florian Forster (Grüne) auf taz-Anfrage.

Zu der Entscheidung in Braunschweig kam es möglicherweise auch, weil der Posten der Sozialdezernentin gerade vakant war. Die Amtsinhaberin Christine Arbogast war im November als Staatssekretärin ins niedersächsische Sozialministerium gewechselt, Nachfolgerin Christina Rentzsch trat ihr Amt erst im Mai an. Nun kommt ihr die Aufgabe zu, das Kind wieder aus dem Brunnen zu holen. Der Auftrag an Ecolog wurde für sechs Monate vergeben mit der Option auf Verlängerung. Nach spätestens zwei Verlängerungen ist Schluss, dann muss neu ausgeschrieben werden wenn überhaupt noch Bedarf besteht.

Load-Date: September 6, 2023

Sachsen: Geflüchteter stürzt in den Tod; Während einer Abschiebung springt ein Asylsuchender vom Balkon. Der Flüchtlingsrat ist entsetzt

taz, die tageszeitung

Mittwoch 18. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 476 words

Byline: Rieke Wiemann

Highlight: Während einer Abschiebung springt ein Asylsuchender vom Balkon. Der Flüchtlingsrat ist entsetzt

Body

Von Rieke Wiemann, Leipzig

In der sächsischen Kleinstadt Hainichen, rund 20 Kilometer von Chemnitz entfernt, hat sich am Montagmorgen ein Asylbewerber während einer Abschiebung in den Tod gestürzt. Wie die Landesdirektion Sachsen mitteilte, sollte der 33 Jahre alte Nigerianer im Rahmen des sogenannten Dublin-Verfahrens in die Niederlande zurückgeschickt werden.

Beim Packen seiner persönlichen Gegenstände sei der junge Mann unvermittelt zum Balkon seines Zimmers im fünften Stock der Asylunterkunft gelaufen und hinuntergesprungen, teilte die Behörde mit. Einer der Polizeibeamten habe den Mann noch am Arm greifen, den tödlichen Sturz in rund 15 Meter Tiefe aber nicht verhindern können. Trotz sofort eingeleiteter medizinischer Maßnahmen sei der Asylsuchende noch vor Ort verstorben.

Der Mann sei seit Februar 2023 Deutschland gewesen und habe im März einen Asylantrag gestellt, erklärte die Sprecherin der Landesdirektion Sachsen, Valerie Eckl, der taz. Seit Juni habe er in der Unterkunft in Hainichen gewohnt. Sein Asylantrag sei im August abgelehnt worden, weil die Niederlande auf Grund eines bereits zuvor erteilten Visums für die Bearbeitung des Antrags verantwortlich gewesen seien. Eckl zufolge ist der Mann per Brief über die Abschiebung informiert worden, auf Deutsch und auf Englisch. Der genaue Termin sei ihm nicht bekannt gewesen.

Es waren fünf Polizeibeamte vor Ort und aufgrund seiner Hepatitis-Erkrankung auch vorsorglich ein Rettungssanitäter, erklärte Eckl. Ein Dolmetscher jedoch sei nicht dabei gewesen. Ob der Mann wusste, warum er abgeschoben werde und wohin, bleibt unklar.

Wir sind extrem bestürzt, aber leider kaum überrascht, sagte Dave Schmidtke vom sächsischen Flüchtlingsrat der taz. Erst vor einigen Wochen wollte sich ein junger Mensch aus Pakistan bei einer Abschiebung in Eberswalde auf die gleiche Weise das Leben nehmen und überlebte nur schwer verletzt. Vergangenes Jahr hätten in einer Geflüchtetenunterkunft in Hoyerswerda zwei Menschen binnen weniger Monate Suizid begangen aus Angst vor

Sachsen : Geflüchteter stürzt in den Tod Während einer Abschiebung springt ein Asylsuchender vom Balkon.
Der Flüchtlingsrat ist entsetzt

einer Abschiebung. Diese Praxis bleibt inhuman und kann immer tödlich enden , so Schmidtke. Wer also heute auf der politischen Bühne nach mehr Abschiebungen schreit, sollte morgen nicht von einer Tragödie sprechen und Krokodilstränen vergießen.

Für Petra agalj Sejdi, die asylpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion im Sächsischen Landtag, zeigt der Vorfall in Hainichen sehr deutlich, wie belastend und manchmal auch auswegslos Abschiebungen und Rückführungen nach dem Dublin-Verfahren für die Betroffenen seien. Laut der in Berlin ansässigen Antirassistischen Initiative haben 2022 in Sachsen 34 Geflüchtete versucht, sich das Leben zu nehmen, neun Personen starben.

Sollten Sie von Suizidgedanken betroffen sein, finden Sie anonym Hilfe bei der Telefonseel-sorge. Rufnummern: (0800) 1110111 und (0800) 1110222.

Load-Date: October 17, 2023

End of Document

Bekenntnis zum Tätervolk?; Sollen sich migrantische Menschen zu Täter-Nachfahren erklären, um dazuzugehören? Nein, sie haben andere Bezüge zur Shoah gut so

taz, die tageszeitung

Mittwoch 22. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 1011 words

Byline: Charlotte Wiedemann

Highlight: Sollen sich migrantische Menschen zu Täter-Nachfahren erklären, um dazuzugehören? Nein, sie haben andere Bezüge zur Shoah gut so

Body

schlagloch

Wenn eine Nachfahrin von Versklavten nach Großbritannien einwandert, wird sie dadurch nicht zur Nachfahrin von Sklavenhändlern. Ein Algerier in Frankreich wandert nicht in die Verantwortung für seine eigene Kolonisierung ein und ein asiatischer Immigrant in Australien nicht in die Schuld an der Ausrottung der Aborigines.

Alle diversen Gesellschaften ringen mit der Frage, wie sich neu eingebrachte historische Prägungen zum Altbestand des Erinnerns und zur jeweiligen nationalen (weißen) Tätergeschichte verhalten. Deutschland ist also kein Einzelfall, doch hat das Thema hier besonderes Gewicht: zum ersten und unbestreitbar aufgrund der Monstrosität der NS-Verbrechen. Zum Zweiten aber, und hier wird es strittig, weil die deutsche Politik den Eindruck erweckt, migrantische Menschen könnten sich einen legitimen Aufenthalt im Land der Shoah nur durch geschichtspolitische Bekenntnisse erkaufen. Sie sollen sich, sofern nicht jüdisch, quasi zu Täter-Nachfahren umfigurieren.

Wer die Verantwortung für den Holocaust nicht tragen wolle und dies sei angesichts der Schwere der Schuld verständlich, solle darauf verzichten, in Deutschland leben zu wollen, las ich kürzlich bei einem Berliner Sozialdemokraten. Zugleich aber verfällt bei vielen alteingesessenen Deutschen in verstörendem Tempo das Bewusstsein für die NS-Geschichte, ablesbar an den Erfolgen der AfD wie an Umfragedaten. Eine überwältigende Mehrheit redet sich die eigenen Vorfahren schön; sie hätten nichts gewusst und nichts getan. Wird nun auf Migranten abgewälzt, was man selbst nicht mehr leisten will?

Die Soziologin Esra Özyürek beschreibt in ihrem Buch *Subcontractors of Guilt* (Subunternehmer der Schuld) Beobachtungen in Projekten, die speziell Muslime an das richtige deutsche Erinnern heranführen sollen. Wenn diese nach einem Auschwitz-Besuch angesichts eigener Rassismus-Erfahrung die Angst äußerten, es könne ihnen

Bekenntnis zum Tätervolk? Sollen sich migrantische Menschen zu Täter-Nachfahren erklären, um dazuzugehören? Nein, sie haben andere Bezüge zur Shoah gut so

womöglich einmal so ergehen, wie es Juden und Jüdinnen ergangen ist, dann seien dies falsche Gefühle, eine falsche Empathie, eine falsche Furcht, resümiert Özyürek. Muslime sollen sich bitte nicht mit jüdischen Opfern identifizieren, sondern sich bei den deutschen Täter-Nachkommen einreihen.

Sinnvoll wäre eine gegenteilige Perspektive. Für Eingewanderte ist der Holocaust nicht als die Geschichte von Eltern und Großeltern relevant, sondern weil er eine weltgeschichtlich extreme Erfahrung gewalttätigen, genozidalen Otherings (Dis-tanzierung von anderen Gruppen, Abwertung einer anderen Gruppe; d. Red.) darstellt. Darauf kann sich, ungeachtet anderer Prägungen, potenziell jede/r beziehen, daraus lassen sich ethische Konsequenzen ableiten. Wer selbst Ausgrenzung, gar Bedrohungen erlebt, kann sich anders mit der NS-Geschichte verbinden als Alteingesessene. Eigene Erfahrungen können der Ausgangspunkt sein, um dann in der Schule zu verstehen, warum Juden und Jüdinnen im besonderen Maße zu Opfern wurden.

Und vieles wird ja längst praktiziert, fern von politischem Gedröhn. Schon in den 1990ern suchten türkischstämmige Literaten eigene Zugänge zur NS-Geschichte. Gedenkstätten haben sich auf ein heterogenes Publikum eingestellt. Und seit mehr als einem Jahrzehnt wird wissenschaftlich über Memory Citizenship gesprochen: sich mitsamt des Mitgebrachten zugehörig fühlen können. Tatsächlich ist die Bandbreite migrantischer Bezüge auf die NS-Geschichte beträchtlich. Ein geflüchteter Syrer überraschte mich mit den Worten: Wir müssen Verantwortung für Assad übernehmen, so wie die Deutschen für Hitler. Vom Bruder eines in Hanau Ermordeten hörte ich: Die Deutschen haben keine Erinnerungskultur!, Ausdruck seiner Verzweiflung angesichts der verbreiteten Gleichgültigkeit gegenüber rechtsextremen Mordtaten. Und es gibt familiäre Geschichtslinien, nur eben andere: Die Herkunftsländer osteuropäischer Zugewanderter waren NS-Opfer oder gelegentlich Kollaborateur. Aus dem Maghreb kamen Kolonialsoldaten, die gegen Nazi-Deutschland kämpften. Es gibt Deutsche, von denen ein Großvater bei der SS war und ein anderer ein griechischer Antifaschist.

Palästinenser sind mit der deutschen Geschichte besonders eng verbunden, denn die Vertreibung ihrer Verfahren aus der angestammten Heimat hätte es ohne den europäischen Antisemitismus, ohne die Shoah nicht in diesem Maße gegeben. Umso tragischer, wie gerade sie in diesen Wochen zum kollektiven Feind der Erinnerungskultur stilisiert werden als hätten sie und nicht die Gesellschaft meiner Eltern und Großeltern den Holocaust auf dem Gewissen.

Letztlich ist die Übernahme historischer Verantwortung eine Frage der Entscheidung bei neuen Deutschen ebenso wie bei den alten. Und es war eigentlich nie anders: Sensible Menschen meiner Generation fühlten sich schuldig, gerade weil es die meisten der Tätergeneration eben nicht taten. Je universeller die Lehre aus dem Holocaust formuliert wird, desto eher fördert sie Menschenrechte und Zivilcourage in einer diversen Gesellschaft inklusive des Gebots, beim Schutz jüdischen Lebens mitzuwirken. Über Israel, zumal mit regierenden Rechtsextremisten, wird es hingegen keinen Konsens geben. Von der emotionalen Kälte derer, die autoritär Staatsräson! rufen und bereits das Mitgefühl für Kinder in Gaza unter Antisemitismusverdacht stellen, fühlen sich viele abgestoßen; oft sind es die Gebildetsten, Erfolgreichsten der migrantischen Szene, die sich diesem Deutschland intellektuell entfremden beziehungsweise Deutschland ihnen.

Einen antifaschistischen Grundkonsens finden heute eher Minderheiten untereinander. Und vielleicht kommt eine Zeit, was ich nicht hoffe, wo sie es sind, die eine Bastion gegen die Völkischen sein werden.

Von der emotionalen Kälte derer, die autoritär Staatsräson! rufen, fühlen sich viele abgestoßen

Charlotte Wiedemann befasst sich mit Gesellschaften außerhalb Europas und deren Auseinandersetzungen mit dem Westen. Zuletzt erschien *Den Schmerz der Anderen begreifen. Holocaust und Weltgedächtnis* (Propyläen 2022).

Die Schlagloch-Vorschau:

29. 11.

Georg Seeßlen

Bekenntnis zum Tätervolk? Sollen sich migrantische Menschen zu Täter-Nachfahren erklären, um dazuzugehören? Nein, sie haben andere Bezüge zur Shoah gut so

6. 12.

Ilija Trojanow

13. 12.

Jagoda Marini

20. 12.

Mathias Greffrath

Load-Date: November 21, 2023

End of Document

Bitterer Nachgeschmack; Der Diskurs über die Hintergründe der Gewalt in der Silvesternacht ist wenig zielführend. Konstruktive Lösungsansätze kommen dabei viel zu kurz

taz, die tageszeitung

Montag 06. Februar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 997 words

Byline: Tuba Ahmed-Butt

Highlight: Der Diskurs über die Hintergründe der Gewalt in der Silvesternacht ist wenig zielführend. Konstruktive Lösungsansätze kommen dabei viel zu kurz

Body

debatte

Was muss ich sein oder machen, damit ich deutsch bin? , fragt Dilan Sözeri. Die 17-jährige Jugendliche war von mehreren Tätern rassistisch beleidigt und dann zusammengeschlagen worden. Betrachtet man die seit der Silvesternacht in Deutschland stattfindende Integrationsdebatte in der Metaebene, so wird schnell deutlich, weshalb Politikwissenschaftler Carlo Masala diese Debatte nicht gut für die Zukunft dieses Landes findet und anführt, dass sie komplett aus dem Ruder läuft . Wenn wir nämlich so weit sind, dass die führenden deutschen Politiker von Integrationsverweigerern (Faeser, SPD) und dem Phänotypus: westasiatisch, dunkler Hauttyp (de Vries, CDU) sprechen, von bestimmten jungen Männern mit Migrationshintergrund (Fae-ser, SPD), kleinen Paschas und Jugendlichen aus dem arabischen Raum (Merz, CDU) zusammen mit unregelter Migration , gescheiterter Integration (Spahn, CDU) und kultureller Überfremdung (Adler, FDP) und wenn keine dieser polemisch verwendeten Begriffe und Denunzierungen aus dem AfD-Milieu, sondern aus der bürgerlichen Mitte stammen, dann müssen wir doch laut aufschreiben.

Es muss diesen Politikern doch bewusst sein, dass mit ihrer Sprache nicht nur die sozioökonomisch benachteiligte, kriminell auffällig gewordene und vom Rechtsstaat geahndete kleine Gruppe von 38 Personen in Berlin-Neukölln ansprechen, sondern alle 21 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Die Debatte über Integration, Migration und dunklen Hauttyp trifft unweigerlich uns alle.

Der gravierendste Fehler bei der Debatte nach Silvester ist die irrtümliche Annahme, der Migrationshintergrund der gewalttätigen Jugendlichen sei Grund für die Gewalt gegen Polizei und Rettungssanitäter. Tatsächlich ist Gewalt, in der Polemik der aktuellen Debatte formuliert, auch deutsche Norm. Stichwort Dresden 2021, Borna 2022, Lützerath 2023. So sieht auch Jugendrichter Andreas Müller nicht die Herkunft als das Problem, sondern vielmehr ob diese Jugendlichen eine Perspektive haben .

Bitterer Nachgeschmack Der Diskurs über die Hintergründe der Gewalt in der Silvesternacht ist wenig zielführend. Konstruktive Lösungsansätze kommen dabei viel z....

Gewalt gegen unsere Einsatzkräfte und Rettungskräfte ist zu verurteilen und strafrechtlich zu verfolgen. Die Polemik dieser entgleisten Integrationsdebatte ist dennoch fatal, denn sie perpetuiert rassistische Narrative. Menschen mit Migrationshintergrund wird kulturelle Überfremdung angelastet, anstatt sie als Bereicherung wahrzunehmen. Das ist die laute Debatte, die geführt wird. Das bleibt in den Köpfen hängen.

Das Ziel, dass Menschen mit Migrationshintergrund irgendwann auch tatsächlich als Deutsche wahrgenommen werden und nicht als Fremde, rückt damit nicht gerade näher. Die Diskriminierung deutscher Tatverdächtiger anhand ihrer Vornamen ist der Gipfel der rassistischen Narrative. Der Soziologe und Bildungsforscher El Mafaalani bringt es auf den Punkt: Das Signal ist, selbst wenn ihr eingebürgert seid, selbst wenn ihr hier geboren seid, am Ende gucken wir uns noch mal euren Vornamen an. Das Signal ist das Gegenteil von dem, was eine sinnvolle zukunftsorientierte Integrationspolitik wäre.

Ironischerweise wird die aktuelle Integrationsdebatte weder zu einer verbesserten Sicherheitssituation unserer Rettungskräfte führen noch zu mehr Achtung und Respekt vor dem Staat. Im Gegenteil: Das Ergebnis ist Frustration, ist Verbitterung und Spaltung auf beiden Seiten. Die einen kämpfen darum, als Teil der Gesellschaft akzeptiert zu werden, und die anderen rufen laut, dass sie hier nichts zu suchen haben.

Einen Tag nach dem Auftritt des CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz bei Markus Lanz, wo er sich darüber echauffiert, dass in Deutschland alle Menschen die gleichen Chancen hätten, veröffentlicht die Integrationsbeauftragte und Beauftragte für Antirassismus, Reem Alabali-Radovan, einen Bericht, der genau das Gegenteil belegt. Merz setzt oben drauf, dass Deutschland durch die heute 8-jährigen Grundschüler, die er als kleine Paschas denunziert, eine Bedrohung besteht. Das sind Kinder, für die wir als Gesellschaft die Verantwortung tragen. In welcher verzerrten Realität leben Merz und seines Geistes Brüder?

Glücklicherweise positionierte sich Berlins Bürgermeisterin Franziska Giffey umgehend gegen diese absurde Debatte, die uns keiner Lösung näherbringt. Welche Versäumnisse müssen wir jetzt aufholen? Wem müssen wir zuhören? Und wen müssen wir unterstützen? Wo investiert Deutschland in die Zukunft? Wie sieht die Bildungs-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik der Migrationsgesellschaft aus? Schon heute weisen 40 Prozent der unter Fünfjährigen Migrationshintergrund auf. Welchen Lösungsansatz gibt es gegen den eklatanten Lehrermangel in Deutschland? Welche Projekte sind geplant, um gegen die Benachteiligung von Schülern und Schülerinnen mit Migrationshintergrund im deutschen Bildungssystem anzugehen? Das sind unsere eigentlichen Baustellen.

Die Ergebnisse des von Franziska Giffey initiierten Jugendgipfels sind die ausgestreckte Hand und das Stoppsignal. Diesen Lösungsansatz gilt es, konsequent und langfristig voranzutreiben, wenn man sich gesellschaftlichen Frieden wünscht. Die Jugendlichen von heute sind unsere Lehr- und Pflegekräfte von morgen mit oder ohne Migrationshintergrund.

Das rassistische Narrativ ist nicht mehr nur rechts. Es ist mitten in der Politik, mitten in der Gesellschaft, steckt in unseren Köpfen. Bundesinnenministerin Nancy Faeser liegt falsch: Diese Debatte kann nicht geführt werden, ohne rassistische Ressentiments zu schüren. Die letzten Wochen haben das einmal mehr gezeigt. Struktureller Rassismus ist tief in uns drin und der Lagebericht Rassismus in Deutschland ein unwiderlegbarer Nachweis dessen, was 90 Prozent der Menschen schon lange fühlen: Deutschland hat ein Rassismusproblem.

Die einen kämpfen darum, akzeptiert zu werden, und die anderen rufen laut, dass sie hier nichts zu suchen haben

Tuba Ahmed-Butt

ist gebürtige Frankfurterin mit Migrationshintergrund. Die studierte Humanmedizinerin und Mutter schreibt regelmäßig Gesellschafts- und Medienkritiken zum Thema Spaltung und Ungerechtigkeit.

Load-Date: February 5, 2023

Bitterer Nachgeschmack Der Diskurs über die Hintergründe der Gewalt in der Silvesternacht ist wenig zielführend. Konstruktive Lösungsansätze kommen dabei viel z....

End of Document

Urteil: Ruanda ist kein sicherer Drittstaat; Ein britisches Berufungsgericht kippt den Deal, Asylsuchende direkt nach Ruanda auszufliegen

taz, die tageszeitung

Freitag 30. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 682 words

Byline: Dominic Johnson

Highlight: Ein britisches Berufungsgericht kippt den Deal, Asylsuchende direkt nach Ruanda auszufliegen

Body

Von Dominic Johnson

Großbritanniens Vorhaben, Asylsuchende ohne Anhörung nach Ruanda zu schicken, statt ihre Anträge anzuhören, ist rechtswidrig. Dies urteilte in zweiter Instanz ein Berufungsgericht in London am Donnerstag.

Damit ist eines der kontroversesten Vorhaben der regierenden Konservativen vorläufig gestoppt. Aber die Gründe dafür sind sehr eng gefasst: Nicht die Verbringung von Flüchtlingen nach Ruanda an sich ist rechtswidrig, sondern es wird lediglich Ruanda der Status als sicheres Drittland, in das man Flüchtlinge bedenkenlos bringen darf, abgesprochen. Und dies auch nicht wegen der Menschenrechtslage, wie es zahlreiche Kampagnengruppen geltend gemacht hatten, sondern nur, weil keine Gewissheit bestehe, dass Ruanda Asylsuchende nicht in ihr Herkunftsland weiterschicken werde. Solange die Defizite in (Ruanda) Asylverfahren nicht korrigiert sind, ist die Verbringung von Asylsuchenden unrechtmäßig, so das Gericht in der Zusammenfassung seines Urteils.

Im April 2022 hatte die damalige britische Innenministerin Priti Patel angesichts der rapiden Zunahme illegaler Bootsüberquerungen von Schutzsuchenden aus Frankreich über den Ärmelkanal an die englische Südküste mit Ruanda vereinbart, Ankömmlinge direkt ins Flugzeug nach Ruanda setzen zu dürfen. Ihre Asylanträge sollten dann dort entgegengenommen und nach ruandischem Recht behandelt werden. Ruanda nimmt bereits routinemäßig Flüge des UN-Flüchtlingshilfswerks aus Libyen mit afrikanischen Asylsuchenden auf. Für Großbritannien richtete die Regierung ein ehemaliges Hotel als Vorzeige-Aufnahmeeinrichtung her und ließ sich das von London mit umgerechnet 165 Millionen Euro bezahlen.

Aber kein einziger Flüchtling wurde bisher nach Ruanda gebracht. Der erste geplante Abschiebeflug am 14. Juni 2022 wurde in letzter Minute per Eilantrag vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gestoppt. Daraus entwickelte sich das Gerichtsverfahren in London. In erster Instanz gab ein Gericht in London im vergangenen Dezember einerseits den zehn klagenden Asylsuchenden in ihren Einzelfällen recht, erklärte aber andererseits den Flüchtlingsdeal mit Ruanda prinzipiell für rechtmäßig. Während die Regierung ihre Niederlage in den Einzelfällen akzeptierte, zogen Flüchtlingsorganisationen gegen den Deal als solches in die nächste Instanz.

Urteil: Ruanda ist kein sicherer Drittstaat Ein britisches Berufungsgericht kippt den Deal, Asylsuchende direkt nach Ruanda auszufliegen

Mit der Feststellung, Ruandas Asylverfahren gewähre keinen ausreichenden Schutz vor Abschiebung ins Herkunftsland, hielt die zweite Instanz jetzt nur einen einzigen Klagepunkt aufrecht. Alle anderen Klagepunkte wurden abgewiesen. Insbesondere sei die Ruanda-Politik an sich kein Bruch der UN-Flüchtlingskonvention: Diese hindere prinzipiell keinen Staat daran, Asylsuchende bei der Ankunft in andere sichere Länder zu bringen, statt ihre Asylanträge aufzunehmen. Das Gericht verweist unter anderem auf das Dublin-Verfahren innerhalb der EU, wonach Asylsuchende ins Land ihrer ersten Ankunft innerhalb der EU abgeschoben werden dürfen.

Die Feststellung, es gebe für Flüchtlinge in Ruanda keinen Schutz vor Abschiebung in ihr Herkunftsland, ist allerdings im Detail ziemlich vernichtend. So werden die Erfahrungen des Deals zwischen Ruanda und Israel aus dem Jahr 2013 sehr negativ bewertet, wonach Israel Asylsuchende ohne Verfahren nach Ruanda schickte und Ruanda dafür Geld bekam. Solche Flüchtlinge wurden gegen ihren Willen weiter nach Uganda gebracht (auch die taz berichtete). Der Umgang der ruandischen Justiz mit Asylsuchenden sei mangelhaft. Ruandas Zusicherungen, in Zukunft werde alles besser, genügten nicht für eine Einstufung als sicheres Drittland.

Für Premier Rishi Sunak ist das Urteil ein Dämpfer. Seit Beginn der illegalen Bootsüberquerungen aus Frankreich im Jahr 2018 haben fast 100.000 Flüchtlinge auf diese Weise die Insel erreicht 45.755 allein 2022, mit weiter steigender Tendenz. Der rechte Flügel der Tories sieht darin den Nachweis der Unfähigkeit ihrer eigenen Regierung und fragt sich, wieso die Leute nicht nach Frankreich als sicheres Drittland zurückgebracht werden. Ruanda galt immer als Plan B, und nun geht nicht einmal das.

meinung + diskussion

Load-Date: June 29, 2023

End of Document

Sachlich argumentieren und sich radikalisieren; Amina Aziz La dolce Vita

taz, die tageszeitung

Mittwoch 03. Mai 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: GESELLSCHAFT; S. 14

Length: 533 words

Byline: Amina Aziz

Body

Amina Aziz La dolce Vita

Ich würde lieber über etwas Schönes schreiben, aber Deutschland zwingt mich dazu, mich mit rassistischen Geschehnissen auseinanderzusetzen. Auch deswegen, weil viele Medien sie nicht richtig einordnen können. Die Konferenz Migration steuern, Pluralität gestalten zum Beispiel, zu der die Hertie Stiftung und das Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam mit der Direktorin Susanne Schröter am vergangenen Freitag in die Räume der Goethe-Uni eingeladen hatten. Die Liste der Red-ne-r*in-nen liest sich wie ein Who's who der Rechten verkleidet als harmlose bürgerliche Mitte, die unwissenschaftlich vor allem Mus-li-m*in-nen problematisieren. Redner*innen, wie Heinz-Peter Meidinger, Präsident des Lehrerverbands, der Leistung nach Herkunft beurteilt und Migrantenquoten für Schulen fordert. Manuel Ostermann, stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, der für das rechte Onlinemagazin The Germanz schreibt. Oder Ahmad Mansour, Psychologe und von vielen Medien, ähnlich wie Schröter, zum Islamexperten auserkoren. Sie alle sind in der Vergangenheit mit rechten und rassistischen Äußerungen aufgefallen, die teils bei der AfD anschlussfähig sind. Und der Tübinger Bürgermeister Boris Palmer nutze im Vorfeld der Konferenz auch noch mehrfach das N-Wort und verglich sich selbst mit Jüd_innen während des Nationalsozialismus. Der Aufschrei war groß. Doch das Problem wurde vor allem auf Palmer reduziert. Auch Schröter findet, dass lediglich Palmers Verhalten die ansonsten gute Tagung beschädigt habe.

Schröter wollte mit der Konferenz wohl die, wie sie sagt, Wissenschaftsfreiheit gegenüber der politischen Korrektheit stärken. Doch nur weil Thesen von Schröter und Co leicht widerlegbar sind, bedeutet das für Aka-de-mi-ke-r*in-nen keine Einschränkungen. Weder in der Forschung noch in der Meinungsäußerung. Was als politische Korrektheit diffamiert werden soll, ist der Kampf für eine gerechtere Gesellschaft. Doch Ideo-lo-g*in-nen wie Schröter sehen die Demokratie und Meinungsfreiheit gefährdet. Es ist ermüdend, gegen dieses rechte Mantra anzureden. Denn Schröter und Co profitieren von der Aufmerksamkeit.

Es sind vor allem Boomer, die diese rechten Debatten befeuern und das politische Geschehen bestimmen. In Videos von der Konferenz sind fast nur ältere Menschen im Publikum zu sehen. Entscheidungsträger*innen, die rassistisches, anti-queeres und anderes menschenfeindliches Gedankengut verbreiten oder umsetzen, sind eben die älteren Semester. Seien es Schröter, Faeser, Scholz oder Uni- und Redaktionsleitungen. Anlässlich drängender

Sachlich argumentieren und sich radikalisieren Amina Aziz La dolce Vita

Fragen in der Asylpolitik, zu Antisemitismus und Rassismus hat reden bislang nicht viel gebracht. Egal, wie sachlich argumentiert wurde. Kli-ma-ak-ti-vis-t*in-nen greifen deswegen zu radikaleren Maßnahmen, trotzdem mauert die Politik. Scheinbar können wir Änderungen erst erreichen, wenn diese rechten Boomer ausgestorben sind. Oder wir radikalisieren uns auch.

Die Fünftage-vorschau

Do., 4. 5. Mohamed Amjahid Die Nafrichten

Fr., 5. 5. Peter Weissenburger Unisex

Mo., 8. 5. Simone Dede Ayivi Diskurspogo

Di., 9. 5. Saskia Hödl Kinderspiel

Mi., 10. 5. Lin Hierse Poetical Correctness

kolumne @taz.de

Load-Date: May 2, 2023

End of Document

Mehr Einwohner in EU; Zwar starben in der Europäischen Union 2022 mehr Menschen als geboren wurden, doch die Zahl der Flüchtlinge aus der Ukraine glich das mehr als aus

taz, die tageszeitung

Mittwoch 12. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: WIRTSCHAFT UND UMWELT; S. 8

Length: 354 words

Highlight: Zwar starben in der Europäischen Union 2022 mehr Menschen als geboren wurden, doch die Zahl der Flüchtlinge aus der Ukraine glich das mehr als aus

Body

Die Bevölkerungszahl in der Europäischen Union ist 2022 wegen der starken Zuwanderung vor allem aus der Ukraine wieder gestiegen. Sie erhöhte sich um rund 1,7 Millionen auf 448,4 Millionen, wie das EU-Statistikamt Eurostat am Dienstag mitteilte. Zwar starben mehr Menschen als geboren wurden, doch wurde dies durch die Zuwanderung mehr als ausgeglichen.

Zuvor war die Zahl infolge der Coronapandemie in zwei aufeinanderfolgenden Jahren gesunken. Das beobachtete Bevölkerungswachstum kann größtenteils auf die verstärkten Migrationsbewegungen nach der Covid-19-Pandemie und auf den Massenzustrom von Vertriebenen aus der Ukraine zurückgeführt werden, die in den EU-Ländern einen vorübergehenden Schutzstatus erhalten haben, erklärte Euro-stat dazu.

Sieben der 27 EU-Mitgliedsländer meldeten für das vergangene Jahr einen Bevölkerungsrückgang. Dazu zählt auch Italien, wo die Einwohnerzahl um fast 180.000 Menschen abnahm. Den größten Zuwachs verzeichnete Deutschland mit mehr als 1,1 Millionen Menschen. Der Anstieg in der Bundesrepublik ist vor allem darauf zurückzuführen, dass infolge des russischen Angriffskriegs viele Schutzsuchende aus der Ukraine kamen.

Im vergangenen Jahr wurden hierzulande rund 1,1 Millionen Zuzüge und 138.000 Fortzüge von Menschen aus der Ukraine erfasst, wie das Statistische Bundesamt ermittelte. Dabei erreichte die Zuwanderung vor allem in den ersten Kriegsmonaten von März bis Mai 2022 ihren Hochpunkt. Seit August 2022 sinkt sie stetig, so die Statistiker.

Viele Ökonomen halten eine stetige Zuwanderung nach Europa für notwendig, da in den kommenden Jahren Millionen Erwerbstätige aus den geburtenstarken Jahrgängen in Rente gehen. Nicht die aktuelle wirtschaftliche Flaute, sondern der Fachkräftemangel belastet den Arbeitsmarkt in den kommenden Jahren, betont etwa das Kieler Institut für Weltwirtschaft. Deutschland braucht 1,5 Millionen Zuwanderer im Jahr, wenn wir abzüglich der beträchtlichen Abwanderung jedes Jahr 400.000 neue Bürger haben und so die Zahl der Arbeitskräfte halten wollen, sagte die Wirtschaftsweisen Monika Schnitzer kürzlich der Süddeutschen Zeitung. (rtr, taz)

Mehr Einwohner in EU Zwar starben in der Europäischen Union 2022 mehr Menschen als geboren wurden,
doch die Zahl der Flüchtlinge aus der Ukraine glich das mehr

Load-Date: July 11, 2023

End of Document

Da hilft nur massenhafte Einbürgerung; Wegen antisemitischer Demos will die CDU die Staatsbürgerschaftsreform stoppen. Dabei ist migrantischer Judenhass auch ein Ergebnis restriktiver Einwanderungspolitik

taz, die tageszeitung

Samstag 04. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: GESELLSCHAFT; S. 16

Length: 1097 words

Byline: Volkan A ar

Highlight: Wegen antisemitischer Demos will die CDU die Staatsbürgerschaftsreform stoppen. Dabei ist migrantischer Judenhass auch ein Ergebnis restriktiver Einwanderungspolitik

Body

Von Volkan A ar

Bevor ich pünktlich zur Volljährigkeit endlich meinen schönen, bordeauxroten deutschen Pass in den Händen halten durfte, musste ich ein Versprechen abgeben: Mit einer Unterschrift sollte ich dem deutschen Staat um dessen Bürger zu werden, hatte ich ein langes und mühevolles bürokratisches Prozedere durchlaufen versichern, dass ich keine extremistischen oder terroristischen Absichten verfolge, und mich zum Grundgesetz bekennen.

15 Jahre später erinnert mich CDU-Chef Friedrich Merz daran, wie absurd ich es fand, dass mir der Sachbearbeiter nach allem, was ich als in Deutschland geborene Person bereits geliefert hatte, noch diese Loyalitätserklärung vorlegte. Natürlich unterschrieb ich. Weil ich endlich diesen deutschen Pass haben wollte. Weil ich tatsächlich auch kein Terrorist war. Aber auch ein Terrorist hätte einfach unterschrieben, um den deutschen Pass zu bekommen, und dann weiter seine terroristischen, verfassungsfeindlichen Ziele verfolgt.

Merz hatte vergangene Woche angesichts antisemitischer Demonstrationen in Deutschland nach dem barbarischen Angriff der Hamas-Terroristen auf Israel am 7. Oktober gefordert, die Anerkennung Israels per Unterschrift zur Voraussetzung einer Einbürgerung zu machen. Die zu schnelle Einbürgerung muss gestoppt werden, sagte der Oppositionsführer außerdem.

Sein Generalsekretär -Carsten Linnemann legte vor wenigen Tagen nach und forderte den Stopp der von der Ampelregierung beschlossenen Liberalisierung des Staatsbürgerschaftsrechts. Demnach sollen sich Personen bereits nach fünf Jahren legalen Aufenthalts für den deutschen Pass bewerben können statt wie bisher nach acht. Außerdem will die Regierung doppelte Staatsbürgerschaften erlauben. Die Geschehnisse der vergangenen Tage und Wochen haben gezeigt, dass weder die Staatsbürgerschaft noch der bloße Erwerb der deutschen Sprache zu

Da hilft nur massenhafte Einbürgerung Wegen antisemitischer Demos will die CDU die Staatsbürgerschaftsreform stoppen. Dabei ist migrantischer Judenhass auch ein....

einer entsprechenden Integration in unsere Wertegemeinschaft führen, sagte Linnemann. Die Expressedeinbürgerung sende völlig falsche Signale.

Auch in einem 26-Punkte-Forderungskatalog der CDU zum Thema Migration heißt es ohne Belege, dass die Erleichterung der Einbürgerung ein Anreiz für illegale Migration darstelle und verhindert werden müsse. Einbürgerung müsse am Ende einer gelungenen Integration stehen, nicht am Anfang, propagieren CDU-Politiker immer wieder.

Dabei beweisen antisemitische Demonstrationen, das Feiern von Terror durch Menschen mit Migrationshintergrund und die Empathielosigkeit gegenüber Jüdinnen und Juden gerade das Gegenteil. Das res-trik-ti-ve deutsche Staatsbürgerschaftsrecht, das seine Wurzeln im bis zur Jahrtausendwende (!) einzig geltenden *ius sanguinis*, dem Recht des Bluts, hat, wonach jemand nur Deutscher werden kann, wenn ein Elternteil die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, hat offensichtlich nicht dazu geführt, einer politischen, sozialen und moralischen Zersplitterung der Gesellschaft entgegenzuwirken. Vielmehr hat rechtliche Ungleichbehandlung begünstigt, dass sich viele Menschen weder mit dem deutschen Staat noch mit irgendeiner Art von Staatsräson identifizieren, geschweige denn sich als Teil einer deutschen Gesellschaft verstehen, deren Mitglieder sich auf einen demo-kratischen Grundkonsens einigen.

Statt Migration:innen einzubürgern, sich somit einer unumgänglichen Auseinandersetzung über die Art und Weise eines guten Zusammenlebens in einer Einwanderungsgesellschaft zu stellen, die neuen Deutschen dann auch wie jeden anderen Bürger zur Rechenschaft ziehen zu können, ohne sich dabei Vorwürfen der Ungleichbehandlung aussetzen zu müssen, propagierten deutsche Politiker:innen jahrzehntlang einen fehlgeleiteten Multikulturalismus: Sollen die Ausländer doch in ihren eigenen Vierteln ihr eigenes Ding machen, solange sie hier nur hart genug arbeiten und uns Deutsche in Ruhe lassen!

Die Erfahrung, in einer Gesellschaft zu leben, die weniger engstirnig, dafür dynamischer und kosmopolitischer wird, sollte begrüßt und gefeiert werden. So unterschied der britische Publizist Kenan Malik vor zehn Jahren schon die zwei Bedeutungen des Multikulturalismus in seinem viel beachteten Essay *Das Unbehagen in den Kulturen*. Als politischer Prozess bedeutet Multikulturalismus jedoch etwas anderes. Hier beschreibt der Begriff ein Bündel politischer Maßnahmen, um Vielfalt zu verwalten und zu institutionalisieren, indem Menschen in ethnische und kulturelle Schubladen gesteckt werden. Sodann werden ihre individuellen Rechte und Bedürfnisse anhand ebenjener Schubladen bestimmt und die Schubladen so zum Gestalten der öffentlichen Ordnung genutzt. Diese Politik, die Minderheitengruppen überhaupt erst geschaffen habe, habe einerseits zur Entfremdung vieler Migration:innen von der Mehrheitsgesellschaft geführt und andererseits dazu, dass Migration:innen als Sündenböcke hätten herhalten müssen.

Zum Glück erinnere ich mich heute nicht nur an meine schriftliche Distanzierung vom Terrorismus, sondern auch an das schöne Gefühl, endlich mitmachen zu dürfen, als ich als Sohn türkischer Arbeitsmigranten bei meiner ersten Bundestagswahl den Umschlag mit meiner Stimme in die Urne gesteckt habe. Ich erinnere mich daran, wie sehr ich das Privileg einer deutschen Staatsbürgerschaft schätzte, als ich das erste Mal mit dem deutschen Pass gereist bin und nicht von Grenzbeamten aufgehalten wurde. Ich erinnere mich an meine Erleichterung, nicht mehr von der Gunst der deutschen Ausländerbehörde oder des türkischen Konsulats abzuhängen.

Welches Demonstrationsverbot, welche Vizekanzleransprache, welcher Polizeieinsatz, welche schriftliche Loyalitätserklärung kann dieses Gefühl dabei übertreffen, Akzeptanz für und Identifikation mit dem demokratischen Grundkonsens in einer vielfältigen Gesellschaft zu schaffen?

Wer Antisemitismus bekämpfen und demokratische Werte stärken will, muss sich also auch davon verabschieden, die rechtliche Ungleichbehandlung mit leeren folkloristischen Sonntagsreden zu verwalten und migrantische Menschen, die zum Teil seit Jahrzehnten in Deutschland leben und arbeiten, ewig hinzuhalten. Wer jene hehren Ziele verfolgt, muss massenhaft einbürgern und zwar sofort!

Wer dagegen den machtpolitischen Manövern der CDU folgen möchte, verstärkt nur weiter die Zersplitterung der postmigrantischen Gesellschaft in Deutschland, die trotz aller restriktiven Migrationspolitik postmigrantisch bleiben

Da hilft nur massenhafte Einbürgerung Wegen antisemitischer Demos will die CDU die Staatsbürgerschaftsreform stoppen. Dabei ist migrantischer Judenhass auch ein....

wird. Was wir gerade erleben, dürfte dann nur der Anfang eines leidvollen Auflösungsprozesses der Gesellschaft sein.

Wer den machtpolitischen Manövern der CDU folgt, verstärkt die Zersplitterung der postmigrantischen Gesellschaft

Load-Date: November 3, 2023

End of Document

Ein weiterer Schritt zur Barbarisierung; Kommentar von Christian Jakob zum Flüchtlingsdeal zwischen Tunesien und der EU

taz, die tageszeitung

Dienstag 18. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SEITE 1; S. 1

Length: 444 words

Byline: Christian Jakob

Body

Kommentar von Christian Jakob zum Flüchtlingsdeal zwischen Tunesien und der EU

Buchstäblich Verdurstende, entkräftet im Staub der Sahara: Die zuletzt verbreiteten Bilder von Menschen, die Tunesien an seiner Südgrenze in der Wüste aussetzt, sind erbarmenswert. Nicht einmal die libysche Grenzpolizei ließ sich nehmen, sich dabei fotografieren zu lassen, wie sie in Herrenmenschenpose aus heruntergelassenen Seitenfenstern ein paar Tropfen in die Kehlen elender Gestalten tropfen ließ. Brutaler lassen sich Unerwünschte kaum abwehren.

Dass die Zahl der toten Geflüchteten in der Wüste wohl jene im Mittelmeer übersteigt, nur dass die in der Wüste niemand zählt darauf wiesen die UN schon vor fünf Jahren hin.

Das Aussetzen von Menschen in der Wüste war lange vor allem von Algerien praktiziert worden. Nun aber hält es auch Tunesien zunehmend so: Wer in dem nordafrikanischen Land nicht bleiben soll, muss damit rechnen, in lebensgefährlicher Hitze abgeladen zu werden. Die entsprechenden Berichte häuften sich zuletzt.

Es ist kaum ein Zufall, dass das Land fast zeitgleich mit der EU enger in die Beratungen über eine intensivere Partnerschaft bei der Migrationsabwehr eingestiegen war. Präsident Saied braucht dringend Geld, um die Staatsausgaben weiter leisten zu können. Und die EU will sinkende Flüchtlingszahlen, und zwar sofort. Die extreme Rechte wird vielfach immer stärker, im Mai sind EU-Wahlen. So versprach die EU Saied nun Hunderte Millionen. Und Tunesien sicherte zu, künftig mehr zu tun, um die Grenzen dicht zu halten. Fast immer gehen solche Zusagen mit einem Schub an Brutalisierung einher. Die Barbarisierung der Türsteherstaaten ist ein Muster, dass sich vielerorts beobachten ließ so wie dieser Tage in Tunesien.

Keine der vielen diplomatischen Formeln, die die Vereinbarungen der EU mit ihren Partnern auf zivilisatorisch-menschenrechtliche Standards eichen sollen, verhindert, dass am Ende nackte Gewalt gegen Menschen auf der Flucht steht. Gewalt, die die Europäer seit Langem widerspruchslos hinnehmen und dafür zahlen.

Ein weiterer Schritt zur Barbarisierung Kommentar von Christian Jakob zum Flüchtlingsdeal zwischen Tunesien und der EU

Diese Entwicklung ist auch eine weitere Niederlage des Arabischen Frühlings. Die Menschen, die 2011 den Diktator Ben Ali aus dem Amt jagten, hatten damals auch gegen die Türsteherdienste ihres Landes protestiert. Die seither vergangenen Jahre waren ein Kampf auch um die Frage, was Tunesien wichtiger ist: Geld aus Europa oder der Versuch, sich mit anderen Staaten Afrikas für ein an Menschenrechten und gemeinsamen afrikanischen Interessen orientiertes Verhältnis zu den Europäern einzusetzen. Nun hat Tunesien sich für das Geld aus Europa entschieden. Mehr Gewalt und Tote an den Grenzen werden die Folge sein.

das thema

Load-Date: July 17, 2023

End of Document

Der Rest ist Inschallah ; Abdul Hamid A. ist einer der Flüchtlinge, die derzeit in Bayern im Kirchenasyl ausharren, weil sie so der Abschiebung nach Osteuropa wohl entgehen können. Denn dort, das haben sie bereits erlebt, erwartet sie eine unmenschliche Behandlung. Ein Besuch

taz, die tageszeitung

Freitag 03. Februar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 4-5

Length: 2862 words

Byline: Dominik Baur

Highlight: Abdul Hamid A. ist einer der **Flüchtlinge**, die derzeit in Bayern im Kirchenasyl ausharren, weil sie so der Abschiebung nach Osteuropa wohl entgehen können. Denn dort, das haben sie bereits erlebt, erwartet sie eine unmenschliche Behandlung. Ein Besuch

Body

Aus Fischbach bei Nürnberg Dominik Baur (Text) und Sonja Och (Fotos)

Wenn ihn die linke Schulter schmerzt, und das tut sie regelmäßig, muss Abdul Hamid A. immer an Sofia denken. An die zehn Tage, die er in der bulgarischen Hauptstadt im Gefängnis zugebracht hat. Mit Schlagstöcken haben die Wärter dort auf ihn und die anderen Häftlinge eingeschlagen – mehrfach jeden Tag. Weil er Syrer war, weil er unerlaubt ins Land gekommen war. Im Februar vergangenen Jahres war das.

Jetzt sitzt Abdul Hamid A. in einem Zimmer im Pfarrhaus der Evangelisch-Lutherischen Kirche Fischbach im Südosten von Nürnberg. Ein Tisch, eine Küchenzeile, ein Kicker. In eine Ecke hat Pfarrer Johannes Häselbarth ein Bett gestellt. Auf dem Tisch liegen ein paar Grammatikbücher, eine Schale mit Datteln steht daneben. Eigentlich ist das hier der Besprechungsraum der Pfarrgemeinde. In einer Ecke des Raums hängt eine rote Stola. Auf der Küchenzeile hat sich eine Plüschmaus namens Anna niedergelassen. Für gut zwei Wochen ist das hier die Welt für Abdul Hamid A.

Vom Fenster aus sieht man direkt auf die Kirche. Das Gotteshaus, das Abdul Hamid A. derzeit Schutz gewährt. Schutz vor dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf), das den Mann nach Bulgarien abschieben will, in das Land, in dem er misshandelt wurde. Denn laut Dublin-III-Verordnung sei nun einmal Bulgarien für den Asylantrag zuständig. Solange er das Grundstück der Kirche nicht verlässt, ist der Flüchtling jedoch sicher. Er befindet sich im Kirchenasyl.

Vor ein paar Tagen ist Abdul Hamid A. 22 Jahre alt geworden. Jetzt sitzt er hier am Besprechungstisch und erzählt von seiner Flucht, die er am Neujahrstag 2022 gemeinsam mit seinem Zwillingbruder angetreten hat. Ein

Der Rest ist Inshallah Abdul Hamid A. ist einer der Flüchtlinge, die derzeit in Bayern im Kirchenasyl ausharren, weil sie so der Abschiebung nach Osteuropa woh....

Dolmetscher übersetzt. Über dem Kapuzenpulli trägt Abdul Hamid A. eine dünne Daunenjacke. Der Blick ist ernst, nur selten entkommt ihm ein Lächeln.

Er erzählt von seinem Dorf in der Nähe des kurdisch beherrschten Qamischlis im Nordosten von Syrien. Ein arabisches Dorf, 400 Häuser, schätzt er. Das Dorf selbst liegt in einem Gebiet, das offiziell von der syrischen Armee kontrolliert wird. Hätte er es auf eigene Faust verlassen, wäre er mit Sicherheit Assads Truppen in die Hände gefallen, die ihn sofort eingezogen hätten. Als Kanonenfutter für den syrischen Machthaber. Das Dorf war ein Gefängnis für mich, sagt Abdul Hamid A.

Er erzählt, wie er und sein Bruder sich von der Mutter und den vier anderen Geschwistern verabschiedet und sich Schleusern anvertraut hätten, Kriminellen, die ihnen für eine Pauschale von 9.500 Euro pro Kopf einen Transfer nach Deutschland versprochen hätten. Und wie diese die Checkpoints der syrischen Armee geschmiert und sie so in sechs Stunden mit dem Auto zur türkischen Grenze gebracht hätten. Er erzählt, wie sie dort zu Fuß über die grüne Grenze geführt und dann weiter mit dem Auto nach Istanbul gebracht worden seien. Auch von der Flucht über Bulgarien, Serbien, Ungarn, die Slowakei und Tschechien erzählt er. Wie es in Prag der Fluchthelfer mit der Angst zu tun gekriegt und sie einfach in einen Zug nach Deutschland gesetzt habe. Und wie sie in Dresden schließlich im Mai war das dann schon bei einer Zugkontrolle entdeckt worden seien. All das, was er auch schon dem Bamf erzählte.

Vor allem aber erzählt er von dem, was ihm in Bulgarien widerfahren ist. Daran war man bei der Bamf-Anhörung weniger interessiert. Dreimal war die Gruppe von elf Flüchtlingen von Istanbul aus an die Grenze zu Bulgarien gebracht worden, um auf die bulgarische Seite zu gelangen. Die ersten beiden Male wurden sie von den bulgarischen Grenzpolizisten aufgegriffen. Zuerst hetzten sie Hunde auf sie, dann schlugen sie sie und schließlich schickten sie sie in Unterwäsche zurück. Auch Geld, Mobiltelefone und Essen stahlen ihnen die Polizisten. Beim dritten Versuch schafften die Flüchtlinge es schließlich Anfang März über die Grenze und bis nach Sofia, wo der Polizei dann jedoch der mit zwölf Personen besetzte Pkw verdächtig vorkam. Die Gruppe wurde festgenommen und zunächst für einen Tag auf die Polizeiwache und dann ins Gefängnis gebracht.

Dort steckte man sie in einen Schlafsaal mit 300 Häftlingen. Die Matratzen waren schmutzig und voller gefräßiger Wanzen, auf das verdreckte Klo konnte man nur tagsüber gehen. Und zu essen gab es nur so viel, dass man nicht gestorben ist. Jeden Tag prügelten die Wärter auf die Gefangenen ein und beschimpften sie dabei auf Englisch: Sie seien illegal, hätten hier nichts zu suchen. Und Assad sei ein guter Mann, es gebe keinen Grund, aus Syrien zu flüchten. Abdul Hamid A. kam mit seiner Schulterverletzung noch glimpflich davon. Einem anderen Mann aus seiner Gruppe haben sie ein Bein gebrochen. Vier Tage lang lag er unter größten Schmerzen in der Zelle. Er bekam keinerlei medizinische Behandlung, nichts gegen die Schmerzen. Erst als sie nach zehn Tagen aus dem Gefängnis entlassen wurden, konnte er ins Krankenhaus. Die anderen wurden zu einem Flüchtlingscamp gefahren, in dem die Zustände kaum besser waren. Einziger Vorteil: Man konnte es verlassen. Das taten die beiden Brüder dann auch, kontaktierten ihren Schleuser und setzten die Flucht nach Deutschland fort.

Nun lässt sich nicht überprüfen, was Abdul Hamid über seine Erlebnisse in Sofia erzählt. Nur, und das macht den Bericht dann doch glaubwürdig: Er deckt sich mit nahezu allen Erzählungen von Flüchtlingen, die über Bulgarien nach Deutschland gekommen sind. Der Verein Matteo Kirche und Asyl, der die meisten Menschen im Kirchenasyl in Bayern betreut, stellt gerade ein Dossier über diese Fälle zusammen. Es sind Dutzende. Alle berichten sie von Misshandlungen und menschenunwürdigen Zuständen.

Das Bamf sieht die Sache dennoch recht locker. Von einem systematischen Vorgehen bei Misshandlungen oder herabwürdigender Behandlung von Schutzsuchenden seitens der bulgarischen Polizei sei ihm nichts bekannt, schreibt das Bamf in der Beurteilung eines ähnlichen Falles. Es sei davon auszugehen, dass Bulgarien über ein funktionierendes Rechts- und Justizsystem verfügt, welches auch Schutz für Flüchtlinge gewährt. Fehlverhalten einzelner Polizisten und Sicherheitskräfte seien weder dem Staat noch systemischen Mängeln im bulgarischen Asylsystem anzulasten.

Der Rest ist Inschallah Abdul Hamid A. ist einer der Flüchtlinge, die derzeit in Bayern im Kirchenasyl ausharren, weil sie so der Abschiebung nach Osteuropa woh....

Für viele der Flüchtlinge bleibt daher das Kirchenasyl die letzte Hoffnung. Die Tradition des Kirchenasyls ist älter als die Kirche. Schon in der Antike fanden Menschen in Notsituationen Zuflucht in Tempeln, auch im Mittelalter nahmen die Kirchen immer wieder eine vermittelnde Position ein und hielten zumindest vorübergehend eine schützende Hand über manchen Verfolgten. Das Kirchenasyl in seiner heutigen Form gibt es in Deutschland seit knapp 40 Jahren. Es hat keine rechtliche Grundlage, aber in Bayern beispielsweise gibt es eine Zusage des Innenministers, kein Kirchenasyl räumen zu lassen. Hier sind derzeit nach Matteo-Schätzungen rund 80 Menschen im Kirchenasyl.

In der Regel geht es heute beim Kirchenasyl um die Verhinderung von Dublin-Abschiebungen. Da das Bamf nach der Dublin-III-Verordnung im Normalfall nur sechs Monate hat, um einen Flüchtling in das Land der Erstregistrierung abzuschieben, gilt es meist, Personen, denen in diesem Land eine menschenunwürdige Behandlung droht, so lange aufzunehmen, bis die Frist verstrichen ist und Deutschland selbst den Asylantrag bearbeiten muss. Von den Kirchen wird der Einsatz des Kirchenasyls unterschiedlich stark forciert. Das Erzbistum München etwa warnt seine Pfarrgemeinden, das Kirchenasyl solle nur besonderen Fällen vorbehalten sein. Letztendlich hängt es meist am Engagement der Kirchenvertreter vor Ort.

Auch das Bamf bekannte sich 2015 zur Tradition des Kirchenasyls, auch wenn sein heutiger Chef Hans-Eckhard Sommer keinen Hehl daraus macht, dass er es für unnötig hält. Und bestimmte Staatsanwaltschaften und Gerichte in Bayern fuhren zeitweise einen harten Kurs gegen Pfarrer und Ordensangehörige, die sich der Flüchtlinge annahmen. Wegen Beihilfe zum unerlaubten Aufenthalt von ausreisepflichtigen Ausländern fanden diese sich plötzlich zu ihrer großen Überraschung auf der Anklagebank. Wir leben in einer Demokratie, nicht in einem Gottesstaat, belehrte etwa ein Richter in Würzburg im Sommer 2021 eine Franziskanerschwester und verurteilte sie zu einer Geldstrafe auf Bewährung. Das Urteil wurde jedoch später von einer höheren Instanz aufgehoben. Nachdem auch andere Urteile kassiert wurden, halten sich die Staatsanwaltschaften mittlerweile wieder zurück.

Es war der 24. Oktober 2022, als Stephan Theo Reichel eine Nachricht über Whatsapp erhielt. Der Absender war ihm unbekannt, der Text lautete: Ich habe eine Absage und Abschiebung nach Bulgarien. Mehr nicht. Dennoch wusste Reichel gleich Bescheid. Solche Nachrichten bekommt er am laufenden Band. Der 70-Jährige ist bekannt, seine Mobilnummer macht in bayerischen Flüchtlingsunterkünften schon seit Jahren die Runde.

Reichel ist so etwas wie der Mr. Kirchenasyl in Bayern. Kaum ein Fall von Kirchenasyl, den er hier nicht eingefädelt hat. Dabei kommt der gläubige Protestant nicht aus der Kirchenarbeit. 30 Jahre lang hat der Münchner bei einem Rückversicherer gearbeitet, ist durch die ganze Welt gereist. Nachdem er in den Vorruhestand gegangen war, half er mehr zufällig bei einem Kirchenasyl in München. Und so führte eins zum anderen. Inzwischen feierte Matteo, der von ihm mitgegründete Verein für Kirchenasyl, bereits sein Fünffjähriges. In seiner E-Mail-Signatur hat Reichel ein Zitat aus dem Johannes-Evangelium stehen: Wer zu mir kommt, den werde ich nicht abweisen.

Die WhatsApp-Nachricht an ihn kam von Abdul Hamid A. Die Zwillinge waren zwischenzeitlich über Stationen in Hannover und Regensburg in einer Unterkunft in Seubersdorf im Landkreis Neumarkt in der Oberpfalz gelandet. Ein sehr kleines Heim, fünf Flüchtlinge in drei Zimmern. Doch Abdul Hamid A. gefiel es dort.

Zumindest bis zum 16. September. An diesem Freitag war plötzlich ein gelber Umschlag im Briefkasten. Darin: der Abschiebebescheid. Abdul Hamid A. wurde mitgeteilt, dass Bulgarien am 23. Juli dem Übernahmeersuchen nach der Dublin-Verordnung zugestimmt habe, von diesem Zeitpunkt an liefen die sechs Monate, innerhalb derer ein Flüchtling abgeschoben werden muss. Sein Bruder bekam kein Schreiben. Während eine Regensburger Anwältin vergebens gegen den Bescheid klagte, bekam Abdul Hamid A. die Nummer von Reichel. Die beiden tauschten WhatsApp-Nachrichten und Dokumente aus, trafen sich zweimal. Bei der Gelegenheit wird Reichel ihm das gesagt haben, was er fast immer sagt, wenn er von der Notwendigkeit eines Falls überzeugt ist: Ich helfe dir. In 90 bis 95 Prozent der Fälle funktioniert das auch. Der Rest ist Inschallah.

90 bis 95 Prozent das klingt nicht schlecht. Abdul Hamid A. vertraute Reichel. Trotzdem blieb die Angst. Ich hatte Panik. Während des letzten Monats habe ich nachts gar nicht mehr geschlafen, weil ich immer gedacht habe: Jetzt kommt gleich die Polizei und holt mich. In seiner Verzweiflung schrieb er Reichel erkennbar mit Hilfe einer

Der Rest ist Inshallah Abdul Hamid A. ist einer der Flüchtlinge, die derzeit in Bayern im Kirchenasyl ausharren, weil sie so der Abschiebung nach Osteuropa woh....

Übersetzungssoftware: Sie haben mir versprochen, dass sie mich bald ins kirchliche Sanatorium bringen. Ich fürchte, Sie haben mich vergessen. Reichel musste ihn erst mal trösten, es gebe andere, deren Fälle noch dringender seien.

Der Syrer erwog unterzutauchen, verwarf den Gedanken jedoch gleich wieder; er wusste: Sobald er die Unterkunft unerlaubt verlässt, verlängert sich die Frist, innerhalb derer er abgeschoben werden darf, von sechs auf 18 Monate. Doch das Ende der sechs Monate nahte. Mit jedem Tag wurde eine Abschiebung somit wahrscheinlicher. Als im November ein Cousin aus Baden-Württemberg nach Bulgarien abgeschoben wurde und Anfang Januar ein anderer aus Österreich, zog das Abdul Hamid A. noch mehr herunter.

Am 12. Januar in der Früh dann ging in Fischbach bei Pfarrer Häselbarth eine E-Mail ein, mit der Betreffzeile AKUTE ABSCHIEBEDROHUNG im Raum Neumarkt/Oberpfalz (Seubersdorf). Junger Syrer soll nach Bulgarien abgeschoben werden. Keine zehn Minuten später antwortete der Pfarrer. Sollte klargen, er brauche nur noch die Zustimmung des Kirchenvorstands. Der war einverstanden; drei Tage später bekam Plüschmaus Anna ihren neuen Mitbewohner.

Stephan Theo Reichel ist heute ebenfalls nach Nürnberg zu Besuch gekommen, sitzt wie Pfarrer Häselbarth mit am Tisch. Er nimmt sich eine Dattel und ist erstaunt: Obwohl auch er im Vorfeld die Fluchtdetails abgefragt hatte, war ihm eines dennoch komplett neu: Abdul Hamid A.s Zwillingbruder. Ein Paradebeispiel für die Willkür und Inkonsistenz des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, findet Reichel. Zwei Menschen, die offensichtlich exakt dieselbe Fluchtgeschichte haben, und doch werden sie komplett unterschiedlich behandelt.

Wenn es rechtsstaatlich zugehe, sagt Reichel, müsste ja auch das Gleichheitsprinzip gelten. Für ihn heißt das in diesem Fall: Nach dem, was ihnen in Bulgarien droht, müssten beide Brüder aufgrund von Artikel 17 der Dublin-Verordnung von der Rückführung befreit werden. Stattdessen machen sie bei dem einen gar keine ordentliche Prüfung, und den anderen wollen sie gegen besseres Wissen nach Bulgarien zurückschicken. Nach Artikel 17 kann jeder Staat den Selbsteintritt ins Asylverfahren erklären, wenn eine Abschiebung aus humanitären Gründen nicht in Frage kommt. Ein Kriterium, das aus Sicht Reichels im Fall von Bulgarien ohnehin immer erfüllt wäre. Die müssten sagen: Der hat so Schlimmes erlebt, den schicken wir nicht zurück. Machen sie aber nicht. Sie halten das alles unterm Teppich.

Nun ist es nicht so, dass jedem Flüchtling, der gern in Deutschland bleiben würde, Kirchenasyl gewährt wird. In einer Vereinbarung mit dem Bamf von 2015 haben die Kirchen ausdrücklich zugesichert, Flüchtlinge nur in Härtefällen aufzunehmen mit dem Ziel, neue Einzelfallprüfungen zu erreichen. Der Fokus hat sich dabei jedoch in den letzten Jahren stark nach Osten verlagert. Waren es anfangs noch sehr oft Abschiebungen nach Italien, Ungarn oder Griechenland, die es zu verhindern galt, geht es mittlerweile überwiegend um Länder wie Rumänien, Polen, Litauen und Lettland. Und natürlich Bulgarien, das laut Reichel den größten Anteil ausmacht. Die Betroffenen selbst seien fast ausschließlich Menschen aus Syrien, Afghanistan, dem Irak und manchmal dem Iran. Die Verschiebung hänge auch damit zusammen, dass teilweise Länder trotz ihrer Dublin-Verpflichtung überhaupt keine Flüchtlinge mehr zurücknahmen und Deutschland aus humanitären Gründen von Abschiebungen in gewisse Länder absehe.

Für Pfarrer Häselbarth ist es nicht das erste Kirchenasyl. Seit 2018 ist er Pfarrer hier, in seiner früheren Pfarrgemeinde, im rund 30 Kilometer entfernten Eckental, waren einmal drei junge Männer zeitgleich fast ein halbes Jahr bei ihm, und vergangenes Jahr beherbergte er hier in Fischbach einen Flüchtling für rund vier Monate.

Natürlich will er helfen, wo seine Hilfe gebraucht wird. Ich möchte den Menschen die gute Botschaft von Jesus Christus bringen in vielfältiger Art und Weise, sagt der 57-Jährige. Und dazu gehört für mich auch das Kirchenasyl. Was aber nicht heißt, dass die Sache leicht wäre. Helfen kann eben schon auch eine Herausforderung sein. Beim letzten Mal, da hat er es gemerkt. Das hat mich mehr Kraft gekostet, als ich gedacht habe. Deshalb war es dieses Mal ausschlaggebend für Häselbarth, dass es nur um eine kurze Zeitspanne ging.

Mit Abdul Hamid A. versteht er sich gut soweit man sich eben versteht, wenn man die Sprache des anderen nicht versteht. Und doch: allein das Essen! Syrer sind sehr, sehr nett und sehr heikel, ist die Erfahrung des Pfarrers.

Der Rest ist Inshallah Abdul Hamid A. ist einer der Flüchtlinge, die derzeit in Bayern im Kirchenasyl ausharren, weil sie so der Abschiebung nach Osteuropa woh....

Also beim Essen ist das ganz schwierig. Der eine will kochen, was dem anderen schmeckt, der andere will bloß höflich sein. Ob sein Gast denn Hähnchenschlegel möge, bittet Häselbarth den Dolmetscher zu fragen. Er möge alles, was er hier bekomme, antwortet der Flüchtling. Eine Antwort, die den Pfarrer nur mäßig befriedigt.

Natürlich sind das Luxusprobleme. Und der Gast sagt ohnehin, er sei von den Häselbarths so freundlich aufgenommen worden, dass er sich fast schon wie ein Mitglied der Familie fühle. Es gehe ihm bestens hier. Dass der Alltag zwangsläufig etwas monoton ist, stört ihn nicht. Der Pfarrer hat ihm ein Tablet gegeben, auf dem er ein paar Deutschlektionen lernt. Die übrige Zeit verbringt er größtenteils am Mobiltelefon, spricht mit der Familie.

Aber es ist ja nur für eine kurze Zeit. In zwei, drei Wochen, verspricht Stephan Reichel, werde das Bamf schriftlich bestätigen, dass die Frist für eine mögliche Abschiebung abgelaufen sei. Dann ist Abdul Hamid A. frei. Als Syrer werde er dann auf jeden Fall in Deutschland bleiben dürfen inklusive Sprachkurs und Arbeitserlaubnis. Eine Ausbildung zum Mechatroniker würde er gerne machen. Ein Happy End ist im Fall von Abdul Hamid A. zumindest absehbar. Und morgen gibt es Huhn.

Das Kirchenasyl hat keine rechtliche Grundlage in Bayern hat Innenminister Herrmann (CSU) derzeit zumindest zugesagt, dass kein Kirchenasyl vom Staat geräumt wird

Das Ziel von Kirchenasyl: Geflüchtete aufnehmen, bis die amtliche Abschiebefrist verstreicht und Deutschland dann selbst den Asylantrag bearbeiten muss

Load-Date: February 2, 2023

Eine Erfahrung kollektiver Macht ; Der wilde Ford-Streik vor 50 Jahren war spontan und doch geplant, sagt Kölns DGB-Vorsitzender Witich Roßmann. Am 30. August 1973 wurde der Gastarbeiter -Ausstand gewaltsam von der Polizei beendet

taz, die tageszeitung

Donnerstag 31. August 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 7

Length: 1687 words

Byline: Pascal Beucker

Highlight: Der wilde Ford-Streik vor 50 Jahren war spontan und doch geplant, sagt Kölns DGB-Vorsitzender Witich Roßmann. Am 30. August 1973 wurde der Gastarbeiter -Ausstand gewaltsam von der Polizei beendet

Body

Interview Pascal Beucker

taz: Herr Roßmann, sieben Tage dauerte der wilde Streik in den Kölner Ford-Werken vor 50 Jahren. Was ist das Besondere an ihm, dass er bis heute im Gedächtnis geblieben ist und für Diskussionen sorgt?

Witich Roßmann: Der Ford-Streik bildete den Höhepunkt einer ganzen Reihe wilder Streiks im Jahr 1973 und erregte schon damals eine öffentliche Aufmerksamkeit, die alle anderen Ausstände in den Schatten stellte. Bis heute von Relevanz ist dieser Streik, weil er eine elementare Rolle in der Erinnerungskultur der migrantischen Bevölkerung spielt. Wenn auch nur temporär und segmentiert, verwandelte sich in diesen sieben Tagen im August die individuelle Ohnmacht vor allem der türkischen Migranten im Produktionsprozess in die Erfahrung kollektiver Macht. Für das migrantische Selbstbewusstsein war das von großer Bedeutung: Mit diesem wilden Streik demonstrierten die brutal ausgebeuteten sogenannten Gastarbeiter exemplarisch, dass sie sich nicht mehr alles gefallen lassen.

Wieso ausgerechnet beim Autobauer Ford?

Ford beschäftigte damals rund 16.000 Gastarbeiter, darunter 11.200 Kollegen türkischer und 2.200 italienischer Herkunft. Das war fast die Hälfte der gesamten Belegschaft und so viel wie sonst nirgendwo in der Bundesrepublik. Wobei die Aufteilung im Werk einfach war: Die besser bezahlten Arbeitsplätze besetzten deutsche Facharbeiter, die Migranten schufteten an den Montagebändern mit geringster Bezahlung. Der Ford-Konzern, Erfinder der taylorisierten Fließbandarbeit, war berüchtigt für die härtesten Arbeitsbedingungen, für das Ford-Tempo mit den kürzesten Taktzeiten. Und nach der Schicht lebte mehr als die Hälfte in werkseigenen sogenannten

Eine Erfahrung kollektiver Macht Der wilde Ford-Streik vor 50 Jahren war spontan und doch geplant, sagt Kölns DGB-Vorsitzender Witich Roßmann. Am 30. August....

Gastarbeiter-Wohnheimen in Vierbettzimmern. Der Leidensdruck war hoch. Da bedurfte es für eine Explosion nur noch eines Streichholzes.

Was war dieses Streichholz?

Im Sommer 1973 lief eine Welle wilder Streiks durch Nordrhein-Westfalen. Kurz bevor es bei Ford losging, war es bereits zu spontanen Arbeitsniederlegungen unter anderem bei den Autozulieferern Hella in Lippstadt und Pierburg in Neuss, beim Gelsenkirchner Küchengerätehersteller AEG-Küppersbusch und bei Opel in Bochum gekommen. Deren Kern war die Forderung nach einem Teuerungsausgleich, weil angesichts eines mit heute vergleichbaren Inflationsanstiegs der Tarifabschluss, den die IG Metall Anfang des Jahres abgeschlossen hatte, einfach zu gering ausgefallen war. Vielen dieser wilden Streiks war gemeinsam, dass sie maßgeblich von migrantischen Beschäftigten getragen wurden bei Hella und Pierburg übrigens überwiegend von Migrantinnen und sie mit harten Konflikten bis hin zu Polizeieinsätzen verbunden waren, aber ebenso, dass sie erfolgreich waren. Das motivierte auch in Köln.

Warum wilde Streiks ?

Das Tarif- und Arbeitskampfrecht verpflichtet die Gewerkschaften während der Laufzeit eines Tarifvertrags zur Friedenspflicht, illegalisiert spontane Arbeitsniederlegungen und verbietet offizielle gewerkschaftliche Unterstützung. Als wild titulieren sie Arbeitgeberverbände und Medien. Diese wilde Streikwelle 1973 bundesweit über 400 veranlasste die ARD- Tagesschau zeitweise sogar zur Veröffentlichung einer Streikkarte vor dem Wetterbericht: Aufgesteckte Nadeln dokumentierten die täglich gerade streikenden Betriebe! Seit Ende der Werksferien steuerte auch Ford auf einen solchen wilden Streik zu, mit dem Verhandlungsdruck für eine Teuerungszulage und die Kontrolle der Bandgeschwindigkeit durch die Arbeiter erzeugt werden sollte. Die willkürliche Entlassung von dreihundert türkeistämmigen Beschäftigten, die zu spät aus dem Urlaub zurückgekehrt waren, heizte die Stimmung zusätzlich auf.

Den gängigen Darstellungen nach begann der Streik in der Endmontagehalle Y mit einer spontanen Arbeitsniederlegung eines linken türkischen Kollegen, dem sich dann nach und nach andere türkische Kollegen anschlossen.

Die Atmosphäre nicht nur in der Y-Halle, in der 5.000 Menschen arbeiteten, war wie in einem Kessel, der bei jedem Funken explodieren kann. Und in diesem Fall gab es gleich mehrere Funken: Eine Gruppe junger Vertrauensleute und Betriebsräte hatte ohnehin eine spontane Arbeitsniederlegung für die Freitagsspätschicht am 24. August hinter dem Rücken des Betriebsratsvorsitzenden geplant. Heftige Debatten wegen der Entlassungen, der Mehrarbeit, dem Arbeitsdruck und die Forderung nach einer Teuerungszulage führten dann zu einem solidarischen Streikauftritt migrantischer wie deutscher Arbeiter.

Erst bei der Sichtung der Archive der IG Metall Köln sind Sie darauf gestoßen, dass Vertrauensleute und Betriebsräte den Ford-Streik maßgeblich initiiert haben. Warum ist das nicht früher bekannt geworden?

Das Bild des absolut spontan ausgebrochenen Streiks ist einfach schöner. Außerdem gab es niemanden, der ein Interesse an einem anderen Bild hatte.

Warum nicht?

Zentral für die Gastarbeiter war die Selbstermächtigung, die dieser Ausstand für sie bedeutete. Für die Migranten spielte es auch in der Nachbetrachtung einfach keine Rolle, was Vertrauensleute zu Streikbeginn in der Y-Halle organisiert haben. Für linke Gruppen, die sich über Jahrzehnte intensiv mit dem Ford-Streik beschäftigt haben, war er hingegen stets der realisierte Traum einer direkten Aktion. So entstanden etliche Mythen. Ein vermeintlich von jeglicher gewerkschaftlicher Organisation völlig losgelöster eruptiver Ausbruch gehört dazu. Befördert wurde diese Wahrnehmung natürlich auch vom schwierigen Umgang der IG Metall mit dem Streik.

Inwiefern?

Eine Erfahrung kollektiver Macht Der wilde Ford-Streik vor 50 Jahren war spontan und doch geplant, sagt Kölns DGB-Vorsitzender Witich Roßmann. Am 30. August....

Selbstverständlich konnte und wollte die Führung der IG Metall nicht zugeben, dass ein von ihr abgelehnter wilder Streik von Gewerkschaftern maßgeblich vorbereitet worden ist. Die linken IG-Metall-Vertrauensleute und -Betriebsräte wiederum hatten das Problem, dass sie ja etwas Illegales initiiert hatten. Das sollte von Anfang an nicht herauskommen. Nicht unterschätzt werden darf dabei, dass sie befürchten mussten, von Ford in Regress genommen und mit millionenschweren zivilrechtlichen Schadenersatzprozessen überzogen zu werden.

Dann muss die Geschichte jetzt umgeschrieben werden?

Nein, sie sollte aber ergänzt werden. Der wilde Streik bei Ford kam nicht aus heiterem Himmel, sondern war geplant, hat sich dann jedoch verselbstständigt. Das ursprünglich nur von Freitag bis Montag konzipierte Konzept einer spontanen Arbeitsniederlegung scheiterte an der harten Haltung des Ford-Konzerns. Statt wie erhofft bis zum Ende der montäglichen Frühschicht erste Verhandlungserfolge präsentieren zu können, biss der Betriebsrat auf Granit. Das radikalisierte die migrantischen Beschäftigten in ihren Forderungen und Protestformen. Sukzessive etablierte sich eine Logik des Aufstands. Mit der spontanen Wahl einer 14-köpfigen Streikleitung, die aus neun türkischen, zwei italienischen, einem jugoslawischen und zwei deutschen Kollegen bestand, etablierte sich ein von gewerkschaftlichen Zusammenhängen gänzlich abgelöster Akteur des Aufstandes, der nun in Konfrontation mit dem Betriebsrat und der Vertrauenskörperleitung das Verhandlungsmandat beanspruchte. Vor allem aber organisierte er die Fortsetzung des Streiks als flexible Fabrikbesetzung: Werkstore wurden besetzt, türkische Streikposten übernahmen die Ausweiskontrolle, ließen Beschäftigte zu den Schichtwechseln zur Streikfortsetzung ins Werk, verhinderten aber auch zum Teil militant, dass Beschäftigte das Werk verlassen konnten.

Wie hat der Ford-Konzern auf die Proteste reagiert?

Ford war nicht an einer Verständigung interessiert, sondern wollte den Protest mit allen Mitteln brechen. Dazu gehörte die Isolierung der aktiv Streikenden von der Restbelegschaft durch faktische Aussperrung, die Aufhetzung der deutschen gegen die migrantischen Beschäftigten und eine mediale Propagandakampagne, wo dann in Zeitungen vom Türkenterror zu lesen war. Das kulminierte in der heimlichen Organisation einer Gegendemonstration von leitenden Angestellten, Meistern, Werkschutz und zivilen Polizeikräften am Streikdonnerstag. Die führte zu einer wilden Schlägerei, die die erwünschte Legitimation für den Polizeieinsatz lieferte, der den Streik schließlich gewaltsam beendete.

Was waren die Folgen des Streiks?

Die unmittelbare Folge des Streiks war eine unglaublich harte Spaltung zwischen den deutschen und den türkischen Arbeitern. Die ersten Vollversammlungen der gewerkschaftlichen Vertrauensleute nach dem Streik prägte die tiefe Enttäuschung der türkischen Beschäftigten, dass sich die Deutschen an der Fabrikbesetzung nicht beteiligten, passiv abwarteten oder sich sogar offen entsolidarisierten. Wieder zusammenzufinden war nicht leicht. Trotz des desasterhaften Endes führte der Ford-Streik jedoch auch zu einer neuen Sicht auf die Gastarbeiterfrage und zu einem anderen Umgang mit den Arbeitsmigranten, bei einem Konzern wie Ford ebenso wie in den Gewerkschaften. 1978 wurde mit Salih Güldiken der erste türkeistämmige Arbeiter für die IG Metall in den Aufsichtsrat von Ford berufen.

Wie ist es denn heute um das Verhältnis zwischen den deutschen und den migrantischen Beschäftigten bei Ford bestellt?

Das ist eine völlig andere Welt. Das liegt nicht zuletzt daran, dass die nachfolgenden migrantischen Generationen eine Berufsausbildung gemacht haben und nach und nach auch in die qualifizierten Arbeitsbereiche hineingekommen sind. Heute sitzt im Ford-Aufsichtsrat ein türkeistämmiger Betriebsrat einer türkeistämmigen Vertreterin der Arbeitgeberseite gegenüber. Da geht es also nicht mehr um die Frage der Herkunft, sondern ausschließlich um die unterschiedlichen Interessen zwischen Arbeit und Kapital.

Ende gut, alles gut?

Eine Erfahrung kollektiver Macht Der wilde Ford-Streik vor 50 Jahren war spontan und doch geplant, sagt Kölns DGB-Vorsitzender Witich Roßmann. Am 30. August....

Nein, sicher nicht. Ethnische Spaltungen, rassistische Diskriminierungen, heterogene Interessen und Erfahrungen in immer neuen Branchen und Unternehmen müssen thematisiert und solidarisch überwunden werden. Die Aufarbeitung von Erfolgen und Niederlagen in solchen Kämpfen ist dafür unverzichtbar.

Witich Roßmann, geboren 1951, ist Vorsitzender des DGB-Stadtverbands Köln. Seit 1985 Mitglied der IG Metall, war der promovierte Politikwissenschaftler von 2000 bis 2017 Erster Bevollmächtigter der IG Metall Köln-Leverkusen.

Load-Date: August 30, 2023

End of Document

Fast sieben Millionen Menschen auf der Flucht; Demokratische Republik Kongo

taz, die tageszeitung

Dienstag 31. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 243 words

Byline: Dominic Johnson

Body

Demokratische Republik Kongo

Die Zahl der Kriegsvertriebenen in der Demokratischen Republik Kongo hat erneut einen historischen Höchststand erreicht. Rund 6,95 Millionen Menschen in dem vermutlich rund 100 Millionen Einwohner zählenden Land seien innerhalb der Landesgrenzen auf der Flucht, teilte am Montag die UN-**Migrationsorganisation** IOM (International Organisation für **Migration**) mit. Rund 5,6 Millionen davon seien im Osten des Landes unterwegs, in den Provinzen Ituri, Nord-Kivu, Süd-Kivu und Tanganyika, die allesamt Schauplätze von Kämpfen zwischen bewaffneten Gruppen beziehungsweise zwischen bewaffneten Gruppen und Regierungstruppen sind.

Am heftigsten sind die Kämpfe in der an Ruanda und Uganda angrenzenden Provinz Nord-Kivu, die laut den neuen IOM-Daten inzwischen 2,3 Millionen Vertriebene zählt – annähernd die Hälfte der Bevölkerung. Allein die Kämpfe zwischen Regierungsarmee samt verbündeten Milizen und der von Ruanda unterstützten Rebellenbewegung M23 (Bewegung des 23. März) seien für 700.000 Vertriebene verantwortlich, heißt es.

Die Kämpfe in Nord-Kivu sind seit einigen Wochen wieder aufgeflammt und toben seit einigen Tagen verschärft nur noch rund 20 Kilometer von der Provinzhauptstadt Goma entfernt, in einem direkt an Ruanda angrenzenden Gebiet. Lokale Medien berichten aus der Millionenstadt Goma von zunehmender Teuerung und Knappheit von Grundnahrungsmitteln, da Bauern aus dem Umland nicht mehr in die Stadt gelangen. (D.J.)

Load-Date: October 30, 2023

Bloß keine Pauschalverdächtigung von Migranten nach Silvester, fordert Maiyra Chaudhry; die dritte meinung

taz, die tageszeitung

Mittwoch 04. Januar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 358 words

Byline: Maiyra Chaudhry

Body

die dritte meinung

Deutschland feierte nach zwei Jahren coronabedingter Einschränkungen ausgelassen ins neue Jahr. Für Polizei und Rettungskräfte beginnt das Jahr mit einem Kraftakt. Neben Schwerverletzten, brennenden Autos, Wohnungen und Müllcontainern wurden in mehreren Stadtteilen Berlins Rettungsfahrzeuge durch Pyrotechnik beschädigt, Einsatzkräfte mit Eisenstangen und Steinen attackiert.

Die Polizei berichtet von den Angriffen ohne Nennung weiterer Details über die Täter*innen. Nancy -Faeser fordert zu Recht harte Strafen für die Chaoten und Gewalttäter . Doch ohne weitere Ermittlungen abzuwarten, haben rechte Kreise bereits die Schuldigen festgenagelt: Die Migranten . Ras-sis-t*in-nen im Netz diskutieren nicht über ein mögliches Böllerverbot, sondern nutzen die Ereignisse zum Jahreswechsel, um rassistische Hetze voranzutreiben.

Die Stimmungsmache folgt dem alt bekannten Muster. So twittert der Journalist Julian Reichelt: Wir brauchen keine Debatte über Feuerwerk, sondern über Migration und Verachtung für unseren Staat. Es folgen Nutzerkommentare wie: Nennen Sie die Täter, es waren respektlose Migranten. Oder: Böller weiterhin erlauben, Ausländer abschieben. Das Fehlverhalten in der Silvesternacht aktiviert das Schema eines gewalttätigen Fremden , der nicht ist wie wir , wie der gut bürgerliche typische Deutsche . Schuld an dem Chaos auf den Straßen Deutschlands seien die gewalttätigen jungen Migrant*innen. Während Folgen der Silvesternacht wie Umweltverschmutzung, Menschen- und Tierqual ins Abseits fallen, dominieren die Themen Migration und Integration schneller als gedacht wieder die Agenda.

Rechtsradikale werden es nicht unterlassen, Gewalt zu ethnisieren, um sie den Fremden im Land zuschreiben zu können. Bis die Ermittlungen abgeschlossen sind, sollten bei Straftaten keine Pauschalverdächtigungen über Herkunft und Tä-te-r*in-nen verbreitet werden. Lasst uns rassistische Narrative aus dem Weg räumen, statt sie unbedacht zu befeuern.

Bloß keine Pauschalverdächtigung von Migranten nach Silvester, fordert Maiyra Chaudhry die dritte meinung

Maiyra Chaudhry arbeitet als Medien-analystin und Journalistin für verschiedene Plattformen. Ihre Schwerpunkte sind Medienkritik, Bildung, Gesellschaft und Religion.

Load-Date: January 3, 2023

End of Document

Die soziale Herkunft in den Blick nehmen ; Bei der Diskussion über die Gewalt an Silvester sei der Fokus auf ethnische Herkunft der falsche, sagt die Berliner Integrationsbeauftragte Katarina Niewiedzial

taz, die tageszeitung

Donnerstag 05. Januar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 648 words

Byline: Dinah Riese

Highlight: Bei der Diskussion über die Gewalt an Silvester sei der Fokus auf ethnische Herkunft der falsche, sagt die Berliner Integrationsbeauftragte Katarina Niewiedzial

Body

Interview Dinah Riese

taz: Frau Niewiedzial, in Berlin gab es in der Silvesternacht besonders heftige Angriffe auf Polizei und Feuerwehr. Seither wird hitzig über **Migration** diskutiert. Der CDU-Politiker Jens Spahn sprach von gescheiterter Integration. Aus Ihrer Sicht als Berliner Integrationsbeauftragte: Ist das der richtige Fokus?

Katarina Niewiedzial: Eindeutig nein. Die Gewalt an Silvester geht auf eine Gruppe randalierender Jugendlicher zurück. Diese verurteile ich auf Schärfste. Aber wer das zu einem Ausländerthema machen will, dem sei -gesagt: 1,4 Millionen Menschen in Berlin haben einen sogenannten Migrationshintergrund, das sind 38 Prozent der Bevölkerung. Wir tun dieser großen Gruppe Unrecht, wenn wir sie in Gänze stigmatisieren und kriminalisieren.

Laut Polizei gab es unter den Festgenommenen 18 Nationalitäten. Etwa ein Drittel waren Deutsche, dann folgten Afghanen und Syrer. Was sagen diese Zahlen aus?

Grundsätzlich spiegeln die Zahlen relativ unaufgeregt die Bevölkerungszusammensetzung in Berlin wider. Hier leben Menschen aus 190- Nationen friedlich zusammen. Deswegen sollte nicht die ethnische, sondern die soziale Herkunft in den Blick genommen werden. Es geht um abgehängte Jugendliche und zwar um unsere Jugendlichen. Jetzt zu signalisieren: Ihr gehört nicht dazu, ist das völlig falsche Signal. Was wir stattdessen brauchen, ist eine Debatte darüber, wie eine Bildungs-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik aussehen muss, die auf eine Migrationsgesellschaft ausgerichtet ist.

Also ist es doch ein Migrationsthema?

Nicht insofern, dass Migration ein Problem ist. Aber es ist nun mal Fakt, dass Jugendliche mit Migrationsgeschichte häufiger von Unterrichtsausfall betroffen sind, keinen Schulabschluss haben und daher auch keine berufliche

Die soziale Herkunft in den Blick nehmen Bei der Diskussion über die Gewalt an Silvester sei der Fokus auf ethnische Herkunft der falsche, sagt die Berliner Int....

Perspektive bekommen. Die Startbedingungen in unserer Gesellschaft sind ungleich verteilt. Wir müssen darüber reden, in welchen sozialen Realitäten und mit welchen Rassismus-erfahrungen Menschen in unserer Stadt aufwachsen. Und genau da müssen wir ansetzen.

Die Täter haben gezielt Einsatzkräfte von Polizei und Feuerwehr angegriffen. Was sagt das aus über ihr Verhältnis zum deutschen Staat?

Die Botschaft hinter den Angriffen lautet: Wir gehören nicht dazu. Es ist enorm wichtig, darauf als Staat nicht einzig und allein mit Law-and-Order-Politik zu reagieren. Als Berliner -Beauftragte für Integration und Migration treibt mich die Frage um, wie wir es schaffen in einer von -Migration geprägten Gesellschaft, Brücken zu bauen, mehr Teilhabe zu ermöglichen und strukturellen Rassismus abzubauen.

Über welche Bereiche sprechen wir da?

Die Situation in den Berliner Schulen zum Beispiel ist katastrophal gerade in den sozial benachteiligten Stadtteilen und Regionen. Es fehlt an neuen Schulgebäuden, technischer Ausstattung und mehr Personal, das die Lebensrealitäten der jungen Menschen besser versteht. Es muss uns gelingen, den jungen Menschen eine berufliche Perspektive zu geben. Das heißt: Schulabschluss, Ausbildungs-, oder Studienplatz.

Was hat das konkret mit Zugehörigkeit zu tun?

So gut wie jedes zweite Kind hier in Berlin hat eine familiäre -Migrationsgeschichte. Im Unterricht kommt das aber wenn überhaupt im Ethik-unterricht vor. Ich stelle mir vor, ich sei eine Jugendliche und mein -Leben spielt in der Schule gar keine Rolle das macht etwas mit einem. Das meine ich mit den zielgenauen Lösungen: Präventions- und Bildungsarbeit muss in sozial benachteiligten -Stadtteilen deutlich besser aus-gestattet werden. Es kann nicht sein, dass gerade dort die Ressourcen immer am Limit sind, dass Leh-re-r*in-nen und So-zi-al-ar-bei-te-r*in-nen immer am Limit sind. Genau dort müssen wir investieren weil wir die Jugendlichen eben nicht als verloren auf-geben -dürfen.

Katarina Niewiedzial

45 Jahre alt, ist seit 2019 die -Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration.

gewalt an silvester

Load-Date: January 4, 2023